

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 13.12.2010, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Gasthof zu Loyerberg, Braker Chaussee 314, 26180 Rastede

Rastede, den 02.12.2010

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|--|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.08.2010 | |
| TOP 4 | 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg" | |
| | Vorlage: 2010/163 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 5 | 44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg | |
| | Vorlage: 2010/159 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 6 | Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II | |
| | Vorlage: 2010/162 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 7 | Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | |
| | Vorlage: 2010/206A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 8 | Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien | |
| | Vorlage: 2010/181A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 9 | Entgelte der Kindertagesstätten | |
| | Vorlage: 2010/146 | Berichterstatter: Frau Weber |

- | | | |
|--------|---|---|
| TOP 10 | Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss
Vorlage: 2010/198 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 11 | Neufassung der Schulverträge mit der Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: 2010/191 | - wird nachgereicht -
Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 12 | Schuleinzugsbereiche der Grundschulen Loy und Feldbreite
Vorlage: 2010/140 | Berichterstatter: Herr Krause |
| TOP 13 | Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011
Vorlage: 2010/202 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 14 | Darlehensaufnahme aus der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 2010/126 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 15 | Haushalt 2008 - Beschluss über die Jahresrechnung 2008, Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2010/200 | Berichterstatter: Herr Steinhausen |
| TOP 16 | Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"
Vorlage: 2010/148 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 17 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt" in der Gemeinde für 2011
Vorlage: 2010/152 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 18 | Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2010/154 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 19 | Gebührensatzsatzung 2011 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2010/155 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 20 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011
Vorlage: 2010/119B | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 21 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 22 | Schließung der Sitzung | |

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/163

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010

2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Die 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 – „Südlich Brombeerweg“ nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 17.08.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/104).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 27.08.2010 bis 27.09.2010 statt.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Oldenburger Planungsbüro Lux gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 10.08.10 VA 17.08.2010	Entfällt	27.08.10 - 27.09.10	Ratssitzung am 13.12.2010

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Verfahrens werden von dem Investor getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

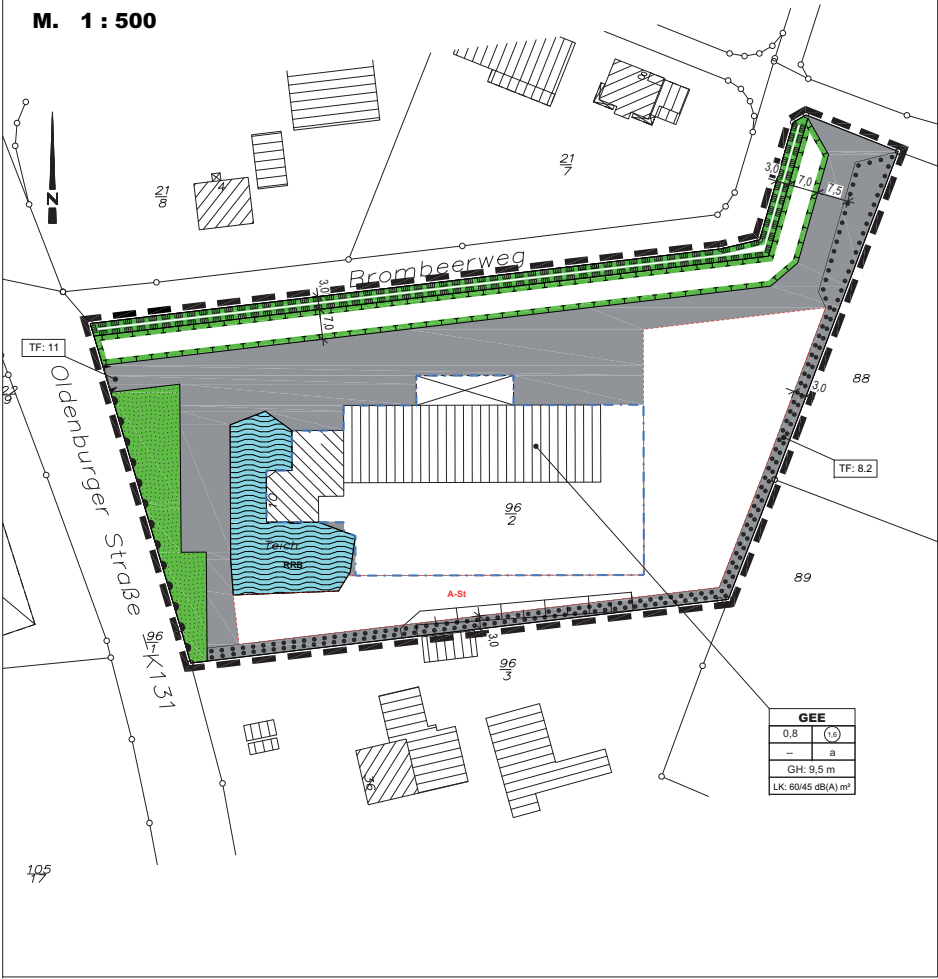
Gemeinde Rastede
Vohabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1
"Südlich Brombeerweg"

2. Änderung

Anlage 1 zu Vorlage 2010/163

Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB

M. 1 : 500



Planzeichenerklärung

1. Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung



eingeschränktes Gewerbegebiet
(vgl. textl. Festsetzung Nr. 10)

2. Maß der baulichen Nutzung

0,8 Grundflächenzahl als Höchstmaß
GH: 9,5 m Gebäudehöhe als Höchstmaß



Geschossflächenzahl - Dezimalzahl im Kreis,
als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

a abweichende Bauweise
— — — — — Baugrenze

4. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz,
zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und
Landschaft



Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen
und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen
Bepflanzungen sowie von Gewässern



Umgrenzung von Schutzobjekten im Sinne des
Naturschutzrechts (vgl. Nachrichtliche Übernahme Nr. 3)

5. Verkehrsflächen



Einfahrtbereich (vgl. textl. Festsetzung Nr. 11)



Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

6. Grünflächen



private Grünfläche

7. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses



Wasserflächen - Regenrückhaltebecken

8. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des
Bebauungsplans



Umgrenzung von Flächen für Ausstellungs-Stellplätze
und Stellplätze (vgl. textl. Festsetzung Nr. 6)



LK:
60/45 dB(A) m² Lärmkontingent in dB(A)/m² tag/nacht

Textliche Festsetzungen

1. Gewerbegebiet GEE gemäß § 8 BauNVO i.V.m. § 12 BauGB

Im Plangebiet sind Verkauf- und Werkstätten für Autohandel, Büro- und Ausstellungsfächen, sowie zugehörige Nebenanlagen und Nutzungen zulässig. Betriebsstelleneinrichtungen im Plangebiet nicht zulässig.

2. Höhe baulicher Anlagen gemäß § 18 BauNVO

Die Gebäuhöhe bildet die obere Kante des Gebäudes, gemessen oberhalb der Oberkante Fahrbahnhmitte der anliegenden Erschließungsstraße. Die Gebäuhöhe darf nur durch untergeordnete Bauteile (z.B. Schornsteine, Antennen) überschritten werden.

3. Abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO

Im Plangebiet wird eine abweichende Bauweise a festgesetzt, es sind Gebäudelängen von über 50 m zulässig. Ansonsten gelten die Grenzregelungen der offenen Bauweise.

4. Flächen für Ausstellungs-Stellplätze gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

4.1 Innerhalb der gekennzeichneten Fläche A-ST sind Stellplatzanlagen als Ausstellungsfächen zulässig.
4.2 Innerhalb der überbauten Bereiche sind Stellplatzanlagen als Ausstellungsfächen zulässig.
4.3 Ausnahmeweise sind auch Stellplätze außerhalb der gekennzeichneten Flächen zulässig.

5. Garagen gemäß § 12 BauNVO, Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO

Es sind Garagen sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden zwischen der Straßenbegrenzungslinie der Kreisstraße 131 und der straßenseitige Baulgrenze nicht zulässig.

6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

6.1 Es sind zum Schutz des Boden- und Wasserhaushaltes die Ausstellungs-Stellplätze mit einer wasserdurchlässigen Deckschicht (z.B. wassergebundene Decke, Schotter, Schotterrasen, Rasengittersteinen, Betonfesterstein) auszubilden. Hievon ausgenommen sind die Fahrspuren.
6.2 Es sind die Pkw-Stellplätze zu begrünen. Innerhalb der Pkw-Stellplatzbereiche ist zur Gliederung der Anlage alle zehn Stellplätze ein Pflanzbeet in der Größenordnung eines Stellplatzes mit einem hochstämmigen standortgerechten Baum (siehe Pflanzliste) mit Unterpflanzung zu pflanzen und zu erhalten. Ausfälle sind nachzupflanzten.

7. Grünfläche § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Die gekennzeichnete Grünfläche ist als Beet- oder Rasenfläche anzulegen. Sie ist zudem mit einer Baumreihe entlang der Oldenburger Straße zu bepflanzen. Es sind heimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden.

8. Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB

8.1 Die Bäume und Gehölze innerhalb der gekennzeichneten Flächen sind zu erhalten.

8.2 Die entlang der östlichen Plangebietsgrenze gekennzeichnete Fläche darf im Falle einer Betriebserweiterung – ausnahmeweise - bis zu einer Breite von 10 m unterbrochen werden.

9. Schutzstreifen für Wallhecken gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Die Mahdoffenfläche ist als extensives Grünland anzulegen. Pro Jahr ist mindestens eine Mahd, frühestens ab dem 01.07. d. Jahres, durchzuführen.

Innerhalb der gekennzeichneten flächenbezogenen Schutzflächen zum Schutz der Wallhecken nach § 33 NABGNatSchuG sind bauliche Anlagen im Sinne der §§ 12 und 14 BauNVO, jegliche Flächen - Verengungen, Materialablagerungen (auch Kompost), Auf- und Abgräbungen, sowie Auffüllungen unzulässig.

10. Schallschutz gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Im Plangebiet sind nur Betriebe zulässig, deren Schallemissionen je m² Grundstücksfläche die festgesetzten Lärmkontingente LK nicht überschreiten:
tagsüber (6 - 22 Uhr) 60 dB(A)/m²
nachts (22 - 6 Uhr) 45 dB(A)/m²

Die Berechnung der angegebenen flächenbezogenen Lärmkontingente wurde mit der Annahme freier Schallverbreitung (Quellhöhe 5 m über Grund) vom Emissions- zum Immissionsort durchgeführt. Bei Anordnung eines zusätzlichen Schallhindernisses mit abschirmender Wirkung auf dem Ausbreitungsweg kann der Betrag des sich daraus ergebenden Abschirmmaßes zum vorgegebenen Schallschutzniveau für den Bereich der Wirkamkeit des Schallschirms addiert werden.

11. Erschließung gemäß § 9 Nr. 11 BauGB

Die Zufahrt von und zum Oldenburger Straße (K 131) dient nur dem Besucher- und Mitarbeiterverkehr. Die Betriebsverkehre sind ausschließlich über den Brombeerweg abzuwickeln.

12. Pflanzliste

Bäume:
Hainbuche, Vogelkirsche, Sandbirke, Eberesche, Feldahorn, Schlehe
Sträucher:
Hase, Weißdorn, Hartriegel, Faulbaum, Gelbbirke, Stachelpflaume, Weidengehüsch, Kornelkirsche, Hartriegel in Arten, Spindelbaumgewächse in Arten, Forsythie, Ballustrauweide, Liguster, Felsenbirne

Hinweise

1. Baunutzungsverordnung

Es gilt die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990.

2. Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleassemblagen, Schladern sowie auffällige Bodenverfärbungen und Stellenkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege –Stützpunkt Oldenburg- unverzüglich gemeldet werden.

Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter oder der Unternehmer der Arbeiten. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nds. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. ist für ihren Schutz Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

3. Altablagerungen

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

4. Aufhebung von Bebauungsplänen

Diese 2. Änderung des Bebauungsplanes überdeckt den Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“, sowie seine 1. Änderung und hebt damit die bisherigen Festsetzungen auf. Die Aufhebung wird mit Rechtskraft der 2. Änderung wirksam.

Nachrichtliche Übernahmen

1. Bauverbotsgesetz gemäß § 24 Nds. Straßengesetz

Gemäß Fernstraßengesetz sind innerhalb der 20 m - Bauverbotzone der K 131, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, Hochbauten sowie Nebenanlagen nicht zulässig.

2. Wallhecken gemäß § 33 NABGNatSchG

Die bestehende Wallhecke im Plangebiet ist gemäß § 33 NABGNatSchG geschützt, sie darf nicht geschädigt werden.

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rastede diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ 2. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung und den nebeneinanderstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Rastede, den

(Bürgermeister)

(Siegel)

Verfahrensvermerke

1. Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am _____ die Aufteilung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ 2. Änderung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am _____ ersichtlich bekanntgemacht.

Rastede, den

(Bürgermeister)

2. Plangrundlage

Kartengrundlage: Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK)
Gemarkung: _____, Flur: _____

Maltab: 1 : 1.000

Die öffentliche Widerrage von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standortinformationen ist ohne Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörde nur für kommunale Körperschaften im Rahmen ihrer Aufgabenberufung zur Bereitstellung eigener Informationen an Dritte gestattet (§ 5 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen, NVermsG, vom 12. Dezember 2002, Nds. GVBl. 2003, S. 5). Hierzu gehört auch die Veröffentlichung von Bauleitplänen. Öffentliche Widerragen sind der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde mitzuteilen (§ 5 Abs. 3 Satz 3 NVermsG).
Die Plangrundlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom _____). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Überlagerung der neu zu bildenden Grenzen in der Orthofoto ist einwandfrei möglich.

Oldenburg, den

OBV Wagner

(Unterschrift)

(Siegel)

2. Entwurfs- und Verfahrensbetreuung

Projektbearbeitung: Dipl.-Ing. Matthias Lux
Technische Mitarbeit: S. Bruns

Matthias-Lux-DE
39108 Oldenburg
T: 0441 381164-10
F: 0441 381164-99



Oldenburg, den

4. Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am _____ dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am _____ ersichtlich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom _____ bis _____ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede, den

(Bürgermeister)

5. Vereinfachte Änderung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am _____ dem vereinfacht geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt. Der Bebauungsplan im Sinne von § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom _____ Gegenstand der Stellungnahme bis _____ gegeben.

Rastede, den

(Bürgermeister)

6. Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am _____ als Satzung (gem. §10 BauGB i.V.m. § 12 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede, den

(Bürgermeister)

7. Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 BauGB am _____ im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am _____ rechtsverbindlich geworden.

Rastede, den

(Bürgermeister)

8. Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Rastede, den

(Bürgermeister)

9. Mängel der Abwägung

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, den

(Bürgermeister)

Übersichtsplan

M. 1 : 5.000



Gemeinde Rastede

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1
"Südlich Brombeerweg"
2. Änderung

Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB

M. 1 : 500

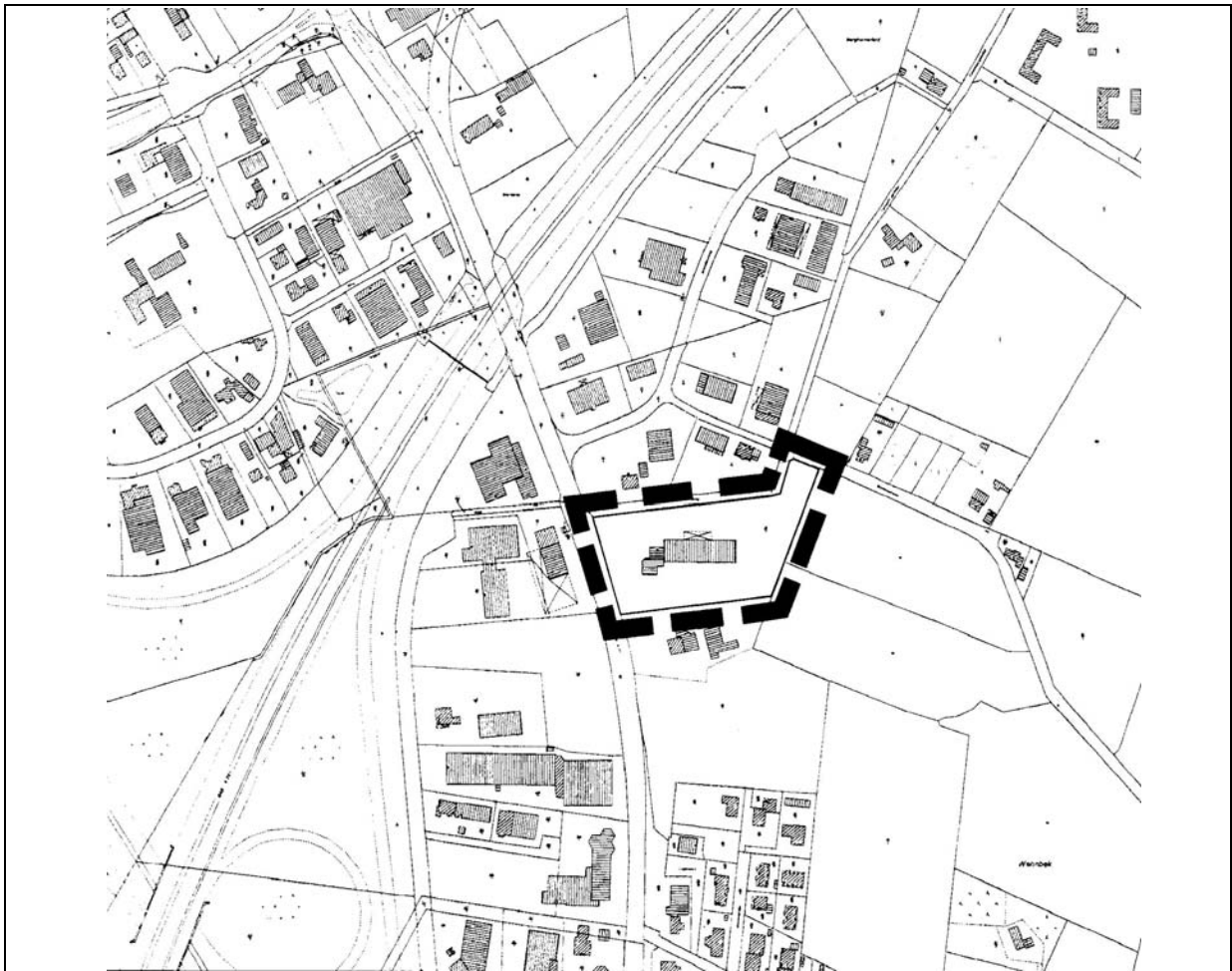
Gemeinde Rastede

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1

„Südlich Brombeerweg“ - 2. Änderung -

Begründung

Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch



INHALT

1	GRUNDLAGEN DER PLANAUFSTELLUNG.....	3
1.1	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG.....	3
1.2	VERFAHRENSSTAND	3
1.3	GELTUNGSBEREICH	3
2	PLANERISCHE VORGABEN	4
2.1	REGIONALPLANUNG	4
2.2	FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG.....	4
2.3	FESTSETZUNGEN DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES NR. 1	5
3	BESTANDSSTRUKTUREN.....	7
3.1	BESTAND	7
3.2	ERSCHLIEßUNG	7
4	INHALT DES BEBAUUNGSPLANES	8
4.1	PROJEKTBESCHREIBUNG.....	8
4.2	BEBAUUNGSPLAN	9
4.2.1	Art der baulichen Nutzung.....	9
4.2.2	Sonstige bauliche Nutzung, Bauweise	10
4.2.3	Grünfläche an der Oldenburger Straße	10
4.2.4	Grünfestsetzungen	10
4.3	ERSCHLIEßUNG	11
4.4	IMMISSIONEN.....	12
4.5	FLÄCHENBILANZ	12
4.6	UMWELTPRÜFUNG.....	12
5	VER- UND ENTSORGUNG.....	13
5.1	OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG.....	13
5.2	SCHMUTZWASSERKANALISATION.....	13
5.3	GAS- UND STROMVERSORGUNG	13
5.4	TRINKWASSERVERSORGUNG	13
5.5	ABFALLENTSORGUNG.....	13
6	HINWEISE.....	14
6.1	BAUNUTZUNGSVERORDNUNG.....	14
6.2	ARCHÄOLOGISCHE BODENFUNDE.....	14
6.3	ALTLASTEN	14
6.4	AUFHEBUNG VON BEBAUUNGSPLÄNEN	14
7	NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN	15
7.1	BAUVERBOTSZONE GEMÄß § 24 Nds. STRG	15
7.2	WALLHECKEN GEMÄß § 33 NAGBNATSCHG	15

1 Grundlagen der Planaufstellung

1.1 Anlass und Ziel der Planung

Das vorhandene gewerblich genutzte Gebäude und Gelände Brombeerweg 10 in 26 180 Rastede ist vom ehemaligen Eigentümer verkauft worden. Es soll nun zu einer Betriebsstätte für die Firma Nord-Automobile aus Oldenburg umgenutzt werden. Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ mit Zufahrt vom Brombeerweg und von der Oldenburger Straße.

Zwischenzeitlich wurde die Oldenburger Straße auf eine Kreisstraße herabgestuft, dadurch erhielt das Betriebsgrundstück bereits eine direkte Zufahrt auf die Oldenburger Straße. Planungsrechtlich wurde dies durch das Verfahren zur 1. Änderung (Sammeländerung der Bebauungspläne Nr. 33a, 34, 68a und des BP Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“) ermöglicht.

Da sich die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 auf die Nutzung eines Betriebes für Wintergärten bezieht, erfordert die geplante Nutzung neues Planungsrecht. Daher wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes erforderlich. Es wird das beschleunigte Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB angewandt.

1.2 Verfahrensstand

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am xx.xx.xxxx die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes wurde am xx.xx.xxxx ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit dem Begründungsentwurf gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom xx.xx.xxxx bis xx.xx.xxxx öffentlich ausgelegen.

Nach Prüfung der Anregungen und Bedenken hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am xx.xx.xxxx den Bebauungsplan als Satzung gemäß § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen.

1.3 Geltungsbereich

Das Plangebiet befindet sich am südlichen Randbereich von Wahnbek in der Gemeinde Rastede. Nördlich des Plangebietes schließt sich der Bebauungsplan Nr. 68a „Brombeerweg“ an. Südlich grenzt ein Privatgrundstück mit Wohngebäuden an. Westlich wird das Plangebiet durch die Oldenburger Straße K 131 begrenzt, im Osten durch landwirtschaftliche Flächen. Die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist aus der Übersichtskarte ersichtlich.

Das Plangebiet hat eine Größe von etwa 1,3 ha.

2 Planerische Vorgaben

2.1 Regionalplanung

Im regionalen Raumordnungsprogramms 1996 des Landkreises Ammerland ist die Ortschaft Wahnbek als Grundzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten“ festgelegt.

Das Plangebiet ist noch als Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft, Erholung sowie der Landwirtschaft festgelegt. Die Überplanung des Plangebietes mit einer gewerblichen Nutzung erfolgte bereits im Zuge der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1. Die Planänderung ist somit mit den Zielen der Regionalplanung vereinbar.

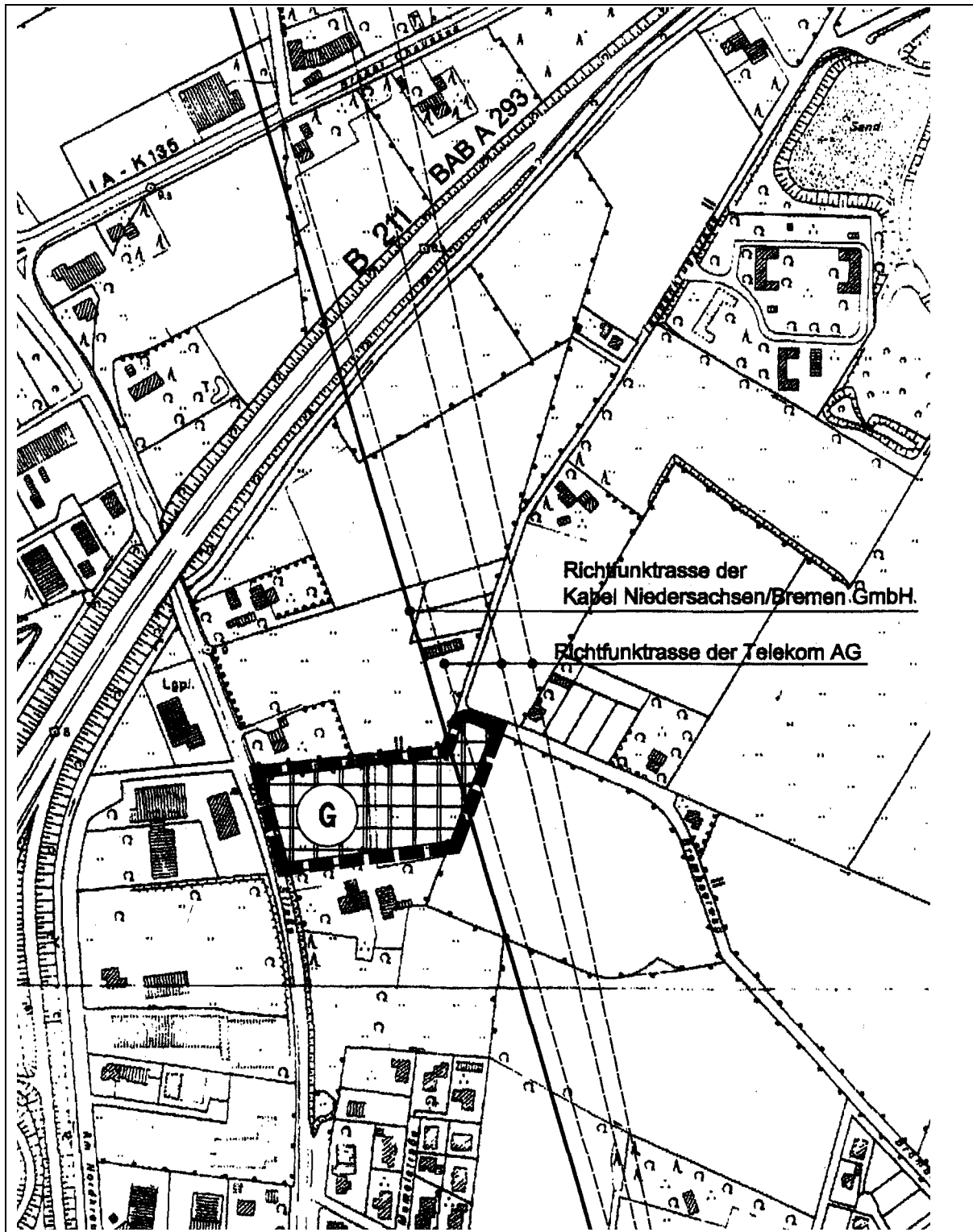
2.2 Flächennutzungsplanung

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede ist das Plangebiet bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt (18. Änderung).

Außerhalb des Plangebietes sind die Flächen nördlich und westlich (der Oldenburger Straße) als gewerbliche Bauflächen dargestellt. Östlich und südlich grenzen an das Plangebiet landwirtschaftlichen Flächen an.

In Zuge der 18. Änderung wurden für das Plangebiet gewerbliche Baufläche G dargestellt, daher ist kein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan erforderlich.

18. Änderung des Flächennutzungsplanes



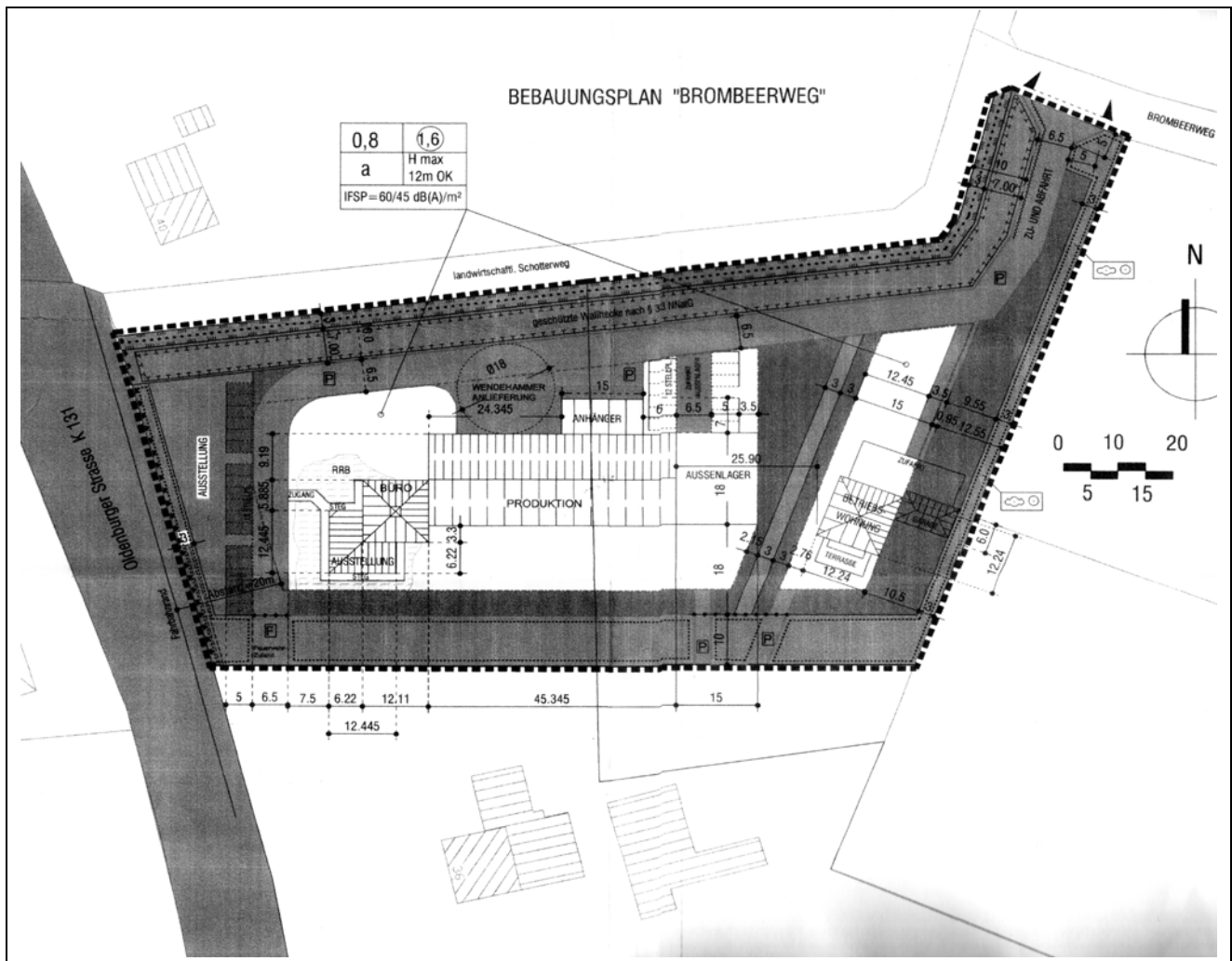
2.3 Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ setzt für das Plangebiet ein Gewerbegebiet mit dem konkreten Bezug für die Produktion von Wintergärten fest.

Es sind zwei überbaubare Bereiche festgesetzt. Die Grundflächenzahl beträgt 0,8, die Geschossflächenzahl 1,6 bei abweichender Bauweise. Die Gebäudehöhe ist auf 12,0 m begrenzt. Für das Plangebiet sind Lärmkontingente bzw. IFSP's von 60 dB(A)/m² tags bzw. 45 dB(A)/m² nachts festgesetzt.

Die nördlich verlaufende Wallhecke ist mit einem breiten Schutzstreifen gesichert.

Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 6.2/B 15, 1. Änderung



3 Bestandsstrukturen

3.1 Bestand

Die Fläche stellt sich als Betriebsgelände mit einem repräsentativem Bürogebäude und einer angebauten Halle dar. Zwischen Bürotrakt und Oldenburger Straße liegt ein Grünstreifen mit Besucherstellplätzen, die eigentliche Betriebszufahrt erfolgt von Nordosten.

Das Betriebsgelände ist großzügig eingegrünt, ortsbildprägend ist die Wallhecke an der Nordseite.

3.2 Erschließung

Das Plangebiet ist über die Oldenburger Straße (K 131) und die Gemeindestraße Brombeerweg verkehrlich erschlossen. Die Besucher und Mitarbeiter können das Betriebsgelände über eine direkte Zufahrt von der Oldenburger Straße erreichen. Die Betriebsverkehre werden von Nordosten über die Gemeindestraße Brombeerweg abgewickelt.

Mit dem Bus gibt es eine Busverbindung von Oldenburg nach Rastede, wobei eine Haltestelle in 300 m Entfernung in der Nähe des Plangebietes liegt. Das Planungsgebiet wird von der Haltestelle "Wahnbek, Brombeerweg" erschlossen, die von den Linien 340 und 342 bedient wird. Die Linie 340 verbindet das Planungsgebiet mit dem Ortsteil Rastede und dem Oberzentrum Oldenburg. Die Linie 342 ist vorwiegend auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet.

3.3 Verkehrslärm

Von der Oldenburger Straße gehen Verkehrslärmimmissionen auf das Plangebiet nieder. Auf die Festsetzung von Lärmpegelbereichen kann verzichtet werden, da erstens Wohn- und Aufenthaltsräume sowie ausnahmsweise zulässige Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter nicht zulässig sind und der Abstand der straßenseitigen Fassade zur Oldenburger Straße mindestens 30 m beträgt.

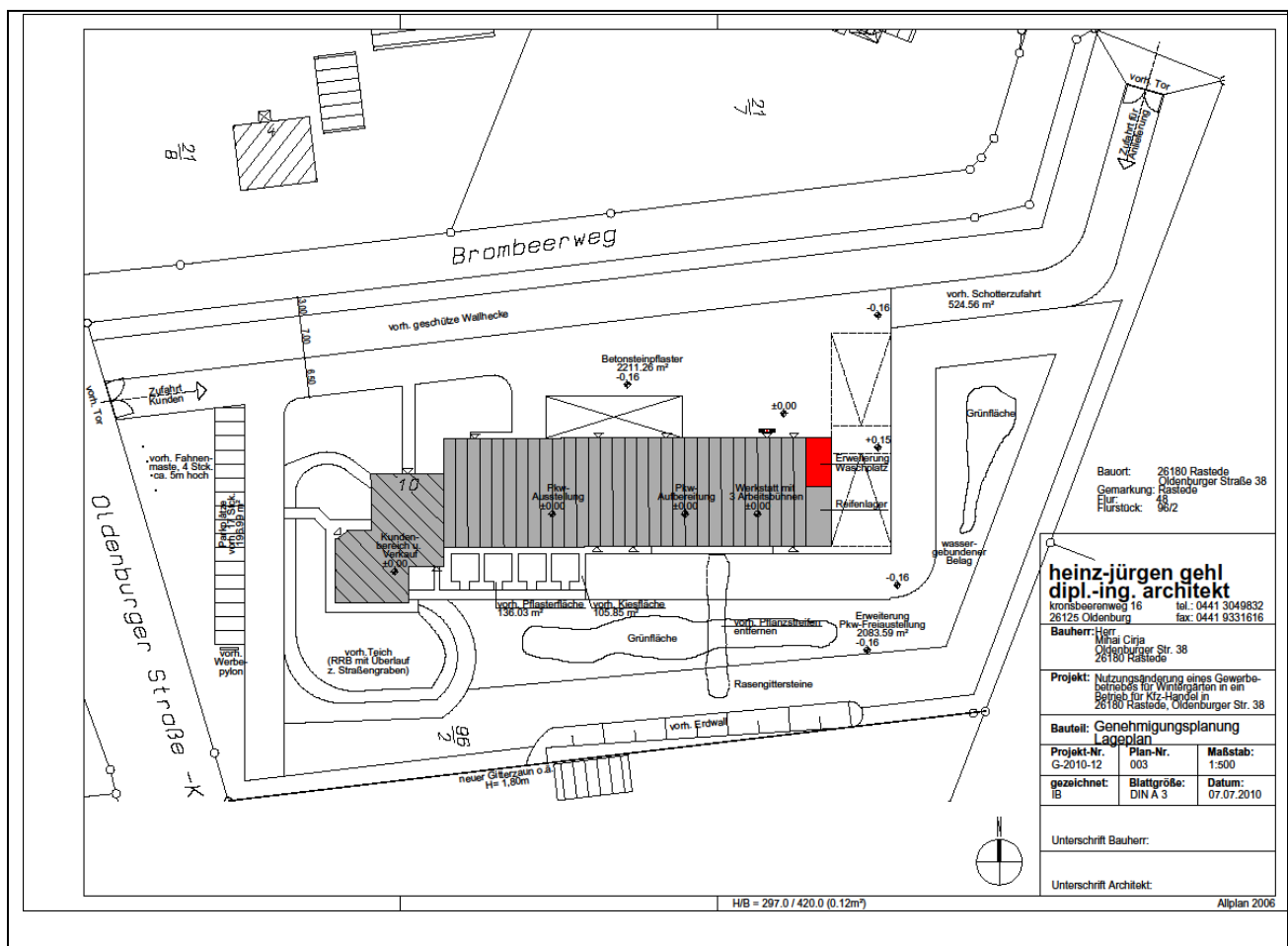
4 Inhalt des Bebauungsplanes

4.1 Projektbeschreibung

Das vorhandene gewerblich genutzte Grundstück soll zu einer Betriebsstätte für die Firma Nord-Automobile aus Oldenburg umgenutzt werden. Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.1 „Südlich Brombeerweg“.

Die vorhandenen Gebäudeabschnitte sollen für die neue Nutzung geringfügig umgebaut und umgenutzt, in einem weiteren Schritt evtl. erweitert werden. Der vorhandene Werkstattbereich wird als Kfz-Werkstatt für Pkw mit drei Hebebühnen umgebaut. Der bisherige Lagerbereich soll künftig zur Aufbereitung und Pflege der Pkw genutzt werden. Neben dem Werkstattbereich ist eine neue Waschanlage und ein Waschplatz für die zum Verkauf angebotenen Pkw geplant. Die vorhandene Ausstellungshalle soll auch künftig als Ausstellung für Pkw genutzt werden. Der großzügige Eingangsbereich und Bürobereich wird der zukünftige Kunden- und Verkaufsbe- reich. Die Büros im Obergeschoss werden zur Verwaltungszwecken, Buchhaltung etc. dienen. Umkleieräume, WC-Anlagen und andere Nebenräume sind ausreichend vorhanden.

Nutzungskonzept (Lageplan Vorentwurfsfassung)



Die vorhandenen Außenanlagen bleiben erhalten und werden für den Verkauf von Pkw's durch eine Ausstellungsfläche, die südlich an das Gebäude anschließt und einige Meter hinter dem ge-

planten Waschplatz endet, erweitert. Die Freiausstellung wird wasserdurchlässig befestigt und soll durch Sitzgruppen, Brunnen etc. aufgelockert und für Kunden attraktiv gestaltet werden. Die vorhandenen Pkw-Stellplätze vor dem Eingangsbereich sollen als Kundenparkplätze genutzt werden. Von dort aus können Kaufinteressenten das Angebot der Firma Nord-Automobile zu Fuß in der Freiausstellung und in der Ausstellungshalle erkunden.

Überschlägige Angaben zum Grundstück und zur Grundstücksausnutzung:

Grundstücksgröße ca.: 13.200 m²

Bebaute Fläche vorhanden ca.: 1.400 m²

Versiegelte Flächen vorhanden ca.: 3.000 m²

Geplante Freiausstellung ca.: 2.500 m²

4.2 Bebauungsplan

Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 1 werden weitgehend übernommen. Die grundlegende Struktur des Gebietes bleibt im Wesentlichen erhalten:

- Die nördliche Wallhecke mit breitem Schutzstreifen
- Die vorhandenen Gebäude werden weiter genutzt
- Der vorgelagerte, öffentliche Bereich an der Oldenburger Straße bleibt als Grünbereich erhalten
- Die gewerbliche Erschließung erfolgt über den Brombeerweg.

Es erfolgen im Wesentlichen folgende Änderungen:

- Das Plangebiet wird im Süden geringfügig erweitert.
- Die Art der gewerblichen Nutzung wird sich in Zukunft als Autohandel mit Ausstellungsflächen für Pkw's darstellen.
- Die Erschließung für die Besucher und Mitarbeiter erfolgt bereits seit längerem über die Oldenburger Straße, im Unterschied dazu sieht der alte Bebauungsplan noch eine komplette Erschließung über das Gewerbegebiet Brombeerweg vor.
- Der überbaubare Bereich für die Halle wird weiter nach Süden erweitert, dafür wird auf den überbaubaren Bereich im östlichen Plangebiet (ehemals Betriebsleiterwohnhaus) verzichtet.

4.2.1 Art der baulichen Nutzung

Für das Plangebiet wird ein Gewerbegebiet GEE festgesetzt.

Die Art der baulichen Nutzung wird auf das Vorhaben bezogen: „Im Plangebiet sind Verkaufs- und Werkstätten für Autohandel, Büro- und Ausstellungsflächen sowie dazugehörige Nebenanlagen und Nutzungen zulässig. Betriebsleiterwohnen ist im Plangebiet nicht zulässig.“ (vgl. textliche Festsetzung Nr. 1).

Hinsichtlich der Schallemissionen wird das Gewerbegebiet – wie zuvor – mit Lärmkontingenten beschränkt. Es werden hier Lärmkontingente von 60 dB(A)/m² tags bzw. 45 dB(A)/m² nachts festgesetzt. (vgl. Kap. 4.4).

Bei Einbeziehung des Außenflächen wird die Verkaufsfläche deutlich über 2.000 qm liegen. Die Festsetzung eines Gewerbegebietes ist für die Art der Nutzung angemessen. Denn es handelt sich beim Autohandel mit Werkstatt um eine Nutzung, die typischerweise in eine Gewerbegebiet gehört. Beim Autohandel handelt es sich nicht um zentrenrelevante Sortimente.

4.2.2 Sonstige bauliche Nutzung, Bauweise

Als Nutzungskennziffern werden eine Grundflächenzahl von 0,8 und eine Geschossflächenzahl von 1,6 festgesetzt. Es wird eine Gebäudehöhe von 9,5 m festgesetzt.

Wegen der Gebäudelänge von Bürotrakt und Halle wird eine abweichende Bauweise festgesetzt: „Im Plangebiet wird eine abweichende Bauweise a festgesetzt, es sind Gebäudelängen von über 50 m zulässig. Ansonsten gelten die Grenzregelungen der offenen Bauweise.“ (textliche Festsetzung Nr. 3)

Der überbaubare Bereich wird nach Süden gegenüber dem rechtskräftigen Bebauungsplan erweitert werden, da hier mittelfristig zusätzliche Ausstellungsflächen überdacht werden sollen. Südlich und östlich der Halle sind Ausstellungsflächen für die zu verkaufenden Kraftfahrzeuge vorgesehen: „Innerhalb der gekennzeichneten Fläche A-ST sind Stellplatzanlagen als Ausstellungsflächen zulässig. Innerhalb der überbaubaren Bereiche sind Stellplatzanlagen als Ausstellungsflächen zulässig. Ausnahmsweise sind auch Stellplätze außerhalb der gekennzeichneten Flächen zulässig.“ (textliche Festsetzungen Nr. 4).

4.2.3 Grünfläche an der Oldenburger Straße

Der Bereich an der Oldenburger Straße soll aus Gesichtspunkten des Ortsbildes von Nutzungen freigehalten werden: „Die gekennzeichnete Grünfläche ist als Beet- oder Rasenfläche anzulegen. Sie ist zudem mit einer Baumreihe entlang der Oldenburger Straße zu bepflanzen. Es sind heimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden.“ (textliche Festsetzungen Nr. 7).

Zudem sind Garagen sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden zwischen der Straßenbegrenzungslinie der Kreisstraße 131 und der straßenseitige Baugrenze nicht zulässig (textliche Festsetzungen Nr. 5).

4.2.4 Grünfestsetzungen

Die vorhandene Wallhecken entlang der Nordgrenze des Plangebietes ist nach § 33 NAGB-NatSchG geschützt und in der Planzeichnung entsprechend festgesetzt. Sie und ihr Bewuchs dürfen durch bauliche Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Zur Sicherung der Wallhecke wurde zusätzlich ein 7 m breiter Schutzstreifen festgesetzt. „Innerhalb der gekennzeichneten

Schutzflächen zum Schutz der Wallhecken nach § 33 NAGBNatSchG bauliche Anlagen im Sinne der §3 12 nd 14 BauNVO, jegliche Flächen – Versiegelungen, Materialablagerungen (auch Kompost), Auf- und Abgrabungen, sowie Auffüllungen unzulässig. Die Fläche ist als extensives Grünland anzulegen, es ist mindestens eine Mahd, frühestens ab dem 1. Juli des Jahres, vorzunehmen.“ (textliche Festsetzungen Nr. 9)

Zur Einbindung in das Landschaftsbild wird der vorhandene dichte Bewuchs an den verbleibenden Grenzen gesichert, daher sind hier Flächen zum Erhalt von vorhandenem Bewuchs – i.d.R. mit einer Breite von 3 m – festgesetzt: „Die Bäume und Gehölze innerhalb der gekennzeichneten Flächen sind zu erhalten. Die entlang der östlichen Plangebietsgrenze gekennzeichnete Fläche darf im Falle einer Betriebserweiterung – ausnahmsweise - bis zu einer Breite von 10 m unterbrochen werden.“ (textliche Festsetzungen Nr. 8)

Es sind folgende Pflanzen zu verwenden:

Bäume:

Hainbuche, Vogelkirsche, Sandbirke, Eberesche, Feldahorn, Schlehe

Sträucher:

Hasel, Weißdorn, Hartriegel, Faulbaum, Geißblatt, Stechpalme, Weidengebüsch, Kornelkirsche, Hartriegel in Arten, Spindelbaumgewächse in Arten, Forsythie, Blutjohannisbeere, Liguster und Felsenbirne

4.3 Erschließung

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt für den Gewerbeverkehr über das Gewerbegebiet Brombeerweg (Bebauungsplan Nr.68a): „Die Zufahrt von und zur Oldenburger Straße (K 131) dient nur dem Besucher- und Mitarbeiterverkehr. Die Betriebsverkehre sind ausschließlich über den Brombeerweg abzuwickeln.“ (textliche Festsetzung Nr. 11).

Die Einmündungsradien von einer Dreiecksgröße 5m / 5m erleichtern die Zufahrt vom Brombeerweg ins Plangebiet zur Halle, vor der ein Wendehammer mit Durchmesser von 18m angelegt werden kann. Der Durchmesser von mindestens 18 m ist ausreichend.

Der Stellplatzbereich für Besucher wird über die Oldenburger Straße erschlossen. Er ermöglicht einen guten Blick auf die Außen-Stellplätze der Pkw's und führt die Besucher in das Büro und Ausstellungsgebäude. Büro- und Ausstellungsgebäude liegen beide außerhalb der vom Straßenbauamt Oldenburg geforderten Bauverbotszone von 20 m, die vom östlichen Fahrbahnrand der K 131 einzuhalten ist. Es werden gemäß § 24 (1) NStrG in dieser Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand der K 131 keine Hochbauten jeder Art, bauliche Anlagen i. S. der NBauO, die über Zufahrten unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, errichtet. Gleiches gilt für Abgrabungen oder Aufschüttungen größerem Umfangs sowie für Werbeanlagen.

Die Fahr- und Wegeflächen zu den Gebäuden sind bereits weitestgehend vorhanden. Wie bereits oben ausgeführt, besteht eine ausreichende Wendemöglichkeit auch für Müllfahrzeug.

4.4 Immissionen

Die Problematik des Immissionsschutzes (Schallemissionen) ist im ursprünglichen Verfahren ausführlich erörtert worden. Auf Grundlage eines Schallgutachtens wurden im Bebauungsplan Nr. 1 immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel (IFSP) von 60 dB(A)/m² tags bzw. 45 dB(A)/m² nachts festgesetzt. (vgl. Schalltechnisches Gutachten zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ der Gemeinde Rastede vom 10. Juni 2002)

Für die 1. Änderung wurden die IFSP's bzw. Lärmkontingente überprüft. Zu diesem Zwecke wurden die Lärmkontingente die sich aus der 1. Änderung ergeben in die Berechnung eingestellt: Die Grünflächen im Bebauungsplan und die geringfügige Erweiterung des Plangebietes nach Süden wurden hier berücksichtigt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass an den beiden relevanten Immissionsorten – dem Wohnhaus nordöstlich des Plangebietes sowie dem Wohnhaus südlich des Plangebietes – die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Mischgebiete um mehr als 6 dB(A) unterschritten werden. Somit sind sie im Sinne der TA Lärm als „irrelevant“ anzusehen. Im Bebauungsplan werden somit die gleichen Lärmkontingente, nämlich 60 dB(A)/m² tags bzw. 45 dB(A)/m² nachts, wie zuvor festgesetzt. Der Vorhabenträger hat im Zuge der Baugenehmigung nachzuweisen, dass er die vorgegebenen Lärmkontingente einhält. Dies hat er in einem schalltechnischen Gutachten nachzuweisen (vgl. Schalltechnischer Nachweis - Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ 1. Änderung der Gemeinde Rastede vom 09.08.2010).

4.5 Flächenbilanz

Gesamtes Plangebiet	1,32 ha
Gewerbegebiet (ohne Pflanzflächen)	0,91 ha
Wallhecke und Schutzstreifen (Maßnahmefläche)	0,19 ha
Fläche mit Pflanzbindung	0,09 ha
Grünfläche an Oldenburger Straße	0,06 ha
Wasserfläche - Regenrückhaltung	0,07 ha

4.6 Umweltprüfung

Die max. versiegelbare Grundfläche liegt deutlich unter der 20.000 qm Schwelle.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem heutigen Planungsrecht vorgenommen. Daher über sind keine erheblichen Umweltauswirkungen durch die Planung zu erwarten. Auf eine Umweltprüfung wird daher verzichtet.

5 Ver- und Entsorgung

5.1 Oberflächenentwässerung

Zur Entwässerung wird die naturnah gestaltete Regenrückhalteeinrichtung übernommen. Auch für das neue Vorhaben wird hier ausreichend Rückhaltevolumen vorgehalten. Die Oberflächenentwässerung ist gesichert. Die Oberflächenentwässerung wird rechtzeitig mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

5.2 Schmutzwasserkanalisation

Das Plangebiet ist an das Netz der Schmutzwasserkanalisation der Rastede angeschlossen.

5.3 Gas- und Stromversorgung

Die Versorgung mit Gas und Strom erfolgt durch den Anschluss an das Versorgungsnetz der EWE AG.

5.4 Trinkwasserversorgung

Entlang der K 131, angrenzend an das Plangebiet, verläuft eine Trinkwasser-Versorgungsleitung DN 100. Diese darf weder von Gebäuden noch von Bäumen überbaut werden. Der Sicherheitsstreifen ragt bis in das Plangebiet (Grünfläche).

Bei der Erstellung von Bauwerken ist ein Sicherheitsabstand zu den Versorgungsleitungen einzuhalten, der aus dem DVGW Arbeitsblatt W 403 ersichtlich wird. Die genaue Lage der Leitungen ist ggfs. bei Baumaßnahmen, vor Ort mit dem zugehörigen Rohrnetzmeister abzuklären.

5.5 Abfallentsorgung

Die im Plangebiet anfallenden Abfälle werden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung durch den Landkreis Ammerland als entsorgungspflichtige Körperschaft als Träger der öffentlichen Abfallbeseitigung entsorgt.

Sonderabfälle sind vom Verursacher einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

6 Hinweise

6.1 Baunutzungsverordnung

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990.

6.2 Archäologische Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege - Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15 unverzüglich gemeldet werden.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

6.3 Altlasten

Im Umkreis von 500 m sind keine Kenntnisse über Altlasten vorhanden.

Bei konkreten Hinweisen auf Altablagerungen im weiteren Planungsverfahren wird die Untere Abfallbehörde informiert.

6.4 Aufhebung von Bebauungsplänen

Diese 2. Änderung des Bebauungsplanes überdeckt den Bebauungsplan Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ und seine 1. Änderung und hebt damit die bisherigen Festsetzungen auf. Die Aufhebung wird mit Rechtskraft der 2. Änderung wirksam.

7 Nachrichtliche Übernahmen

7.1 Bauverbotszone gemäß § 24 Nds. StrG

Gemäß Fernstraßengesetz sind innerhalb der 20 m – Bauverbotszone der K 131, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, Hochbauten sowie Nebenanlagen nicht zulässig.

7.2 Wallhecken gemäß § 33 NAGBNatSchG

Die bestehende Wallhecke im Plangebiet ist geschützt, sie darf nicht geschädigt werden.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Entwurfs- und Verfahrensbetreuung

Oldenburg, den 08.10.2010

Marie-Curie-Straße 1
26129 Oldenburg
T 0441 361164-90
F 0441 361164-99
buero@lux-planung.de
www.lux-planung.de



M. Lux - Dipl.-Ing. –

Gemeinde Rastede

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1

„Südlich Brombeerweg“

- 2. Änderung

Verfahrensstand:

Abwägungsvorschläge
nach erneuter öffentlicher Auslegung
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
i.V.m. § 13 aBauGB

Von folgenden Behörden wurden Hinweise/Anregungen gegeben:

- | | |
|---|------------|
| 1. OOWV | 01.09.2010 |
| 2. Verkehrsverband Bremen/Niedersachsen | 09.09.2010 |
| 3. Landkreis Ammerland | 24.09.2010 |
| 4. IHK | 29.09.2010 |

Folgende Träger die antworteten, haben keine Anregungen geäußert:

- | | |
|---|------------|
| 5. Transpower Stromübertragung GmbH | 02.09.2010 |
| 6. Gasunie Deutschland Services GmbH | 03.09.2010 |
| 7. EWE NETZ GmbH | 09.09.2010 |
| 8. e on / Netz GmbH | 07.09.2010 |
| 9. Telekom | 17.09.2010 |
| 10. Polizeiinspektion Oldenburg-Stadt/Ammerland | 21.09.2010 |
| 11. Kabel Deutschland | 28.09.2010 |

Folgende Bürger haben Anregungen geäußert:

Von folgenden Trägern wurden Hinweise gegeben:

1 OOWV					30.08.2010
Die Stellungnahme beinhaltet		Anregungen	x	Hinweise	
Zusammenfassung der Stellungnahme					Abwägungsvorschlag
Wir nehmen zu dem o. g. Bebauungsplanentwurf wie folgt Stellung: Im Bereich des Bebauungsgebietes befinden sich Versorgungsleitungen DN 100 und Hausanschlussleitungen. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke, außer in Kreuzungsbereichen, überbaut werden.					Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und ggfs. im Rahmen der Erschließungs- bzw. Bauplanung beachtet.
Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.					Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und ggfs. im Rahmen der Erschließungs- bzw. Bauplanung beachtet.
Das ausgewiesene Planungsgebiet muss durch die bereits vorhandenen Versorgungsleitungen als voll erschlossen angesehen werden. Ob und in welchem Umfang eine Erweiterung erfolgt, muss rechtzeitig gemeinsam festgelegt werden.					Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten. Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.					Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und ggfs. beachtet.
Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Plan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage gibt Ihnen Dienststellenleiter Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Tel: 04488 1845211, in der Örtlichkeit an.					Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und ggfs. im Rahmen der Erschließungs- bzw. Bauplanung beachtet.
Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.					Dem OOWV wird nach Satzungsbeschluss eine Ausfertigung des genehmigten Bebauungsplanes übersandt.

2 VBN Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen					09.09.2010
Die Stellungnahme beinhaltet		Anregungen	x	Hinweise	
Zusammenfassung der Stellungnahme					Abwägungsvorschlag
Wir haben grundsätzlich keine Bedenken bezüglich der oben genannten Planungen. Wir begrüßen die Aussage zur Anbindung des Planungsgebietes durch den öffentlichen Personennahverkehr, wir möchten jedoch den Satz präzisieren.					

Das Planungsgebiet wird von der Haltestelle "Wahn-bek, Brombeerweg" erschlossen, die von den Linien 340 und 342 bedient wird. Die Linie 340 verbindet das Planungsgebiet mit dem Ortsteil Rastede und dem O-berzentrum Oldenburg. Die Linie 342 ist vorwiegend auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerich-tet.	Die Begründung wird entsprechend ergänzt.
--	---

3 Landkreis Ammerland				24.09.2010	
Die Stellungnahme beinhaltet		Anregungen	x	Hinweise	
Zusammenfassung der Stellungnahme				Abwägungsvorschlag	
Da die 1. Änderung zum vorhabensbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 bereits am 20.07.2007 in Kraft getreten ist, empfehle ich die Umbenennung dieses Bauleitplanverfahrens in "2. Änderung des vorhabensbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1".				Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Änderungsverfahren wird als 2. Änderung bezeichnet.	
Die naturschutzfachlichen Ausführungen (s. textliche Festsetzung Nr. 9, nachrichtliche Übernahme Nr. 3 und Begründung) sollten mit dem seit 01.03.2010 geltenden novellierten Bundesnaturschutzgesetz und mit dem seit 01.03.2010 in Kraft getretenen Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) harmonisiert werden (das Niedersächsische Naturschutzgesetz - NNatG - ist am 01.03.2010 außer Kraft getreten).				Die Gesetzesangaben werden entsprechend der Hinweise aktualisiert.	
Auch die straßenrechtlichen Ausführungen sollten überarbeitet werden (die Bauverbotszone entlang Kreisstraßen basiert auf § 24 des Niedersächsischen Straßengesetzes, nicht auf § 9 des Bundesfernstraßengesetzes - s. nachrichtlichen Hinweis Nr. 1). In diesem Zusammenhang bitte ich auch darum, die Bauverbotszone im Plan zu kennzeichnen. Die nachrichtlichen Übernahmen Nr. 1 und 2 sind, soweit sie sich auf Werbeanlagen beziehen, wegen der Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes (in Kraft getreten am 1.11.2009) obsolet.				Die Gesetzesangaben werden entsprechend der Hinweise angepasst.	
Die Angabe des § 3 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) - Reine Wohngebiete - in der textlichen Festsetzung Nr. 9 macht keinen Sinn und ist zu streichen.				Die Gesetzesangaben werden entsprechend der Hinweise aktualisiert.	
Bodenfunde sind nicht der Ostfriesischen Landschaft in Aurich (s. Hinweis Nr. 2) zu melden, sondern der Unteren Denkmalschutzbehörde (Landkreis Ammerland)/ dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege - Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg.				Der Hinweis wird entsprechend angepasst.	
Ich bitte um Beachtung des § 12 Abs. 3 a BauGB und Vorlage des Durchführungsvertrages.				Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.	
Ich vermisse die Nutzungsfestsetzung im Bereich der Maßnahmenfestsetzung Wallheckenschutzstreifen (s. textliche Festsetzung Nr. 9) und der Wallhecke (s. nachrichtliche Übernahme Nr. 3).				Die Fläche ist als extensives Grünland anzulegen. Die textliche Festsetzung wird entsprechend ergänzt.	

Die Planzeichenerklärung der umgrenzten Fläche für Ausstellungs-Stellplätze und Stellplätze sollte einen Hinweis auf die textliche Festsetzung Nr. 6 enthalten.	Es wird dem Hinweis gefolgt, die Legende der Planzeichenerklärung wird entsprechend ergänzt.
Da ohnehin der Gebäudebestand an der Kreisstraße 131 hinsichtlich zukünftiger Lärminderungserfordernisse (EU-Umgebungslärmrichtlinie, Stufe 2) zu berücksichtigen ist, bitte ich vorsorgend zu prüfen, ob für Neubauten bzw. bei baugenehmigungspflichtigen Änderungen von Wohn- und Aufenthaltsräumen in nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter Lärmpegelbereiche zum Schutz vor Straßenverkehrslärm festzusetzen sind, ggfls. auch für den Bereich möglicher Arbeitsstätten. Sollte dies der Fall sein, mache ich vorsorglich darauf aufmerksam, dass nach obergerichtlicher Rechtsprechung (VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17.12.2008 - 3 S 358/08) eine erneute Auslegung des Bebauungsplanentwurfs erforderlich wäre.	Die nächstgelegene, straßenseitige Baugrenze hält einen Abstand von ca. 35 bis 40 m zur Straßenmitte ein. Innerhalb des Plangebietes sind nur gewerbliche Nutzungen, u.a. Büros, zulässig. (vgl. Textliche Festsetzung Nr. 1). Aufgrund dieser Sachlage hält die Gemeinde Rastede eine nähere Ermittlung der Verkehrslärmimmissionen für nicht erforderlich. Zur Klarstellung wird die textliche Festsetzung Nr. 1 noch um folgende Formulierung ergänzt: „Betriebsleiterwohnen ist im Plangebiet nicht zulässig.“
Ich empfehle, die Ausführungen zur ÖPNV-Anbindung in der Begründung zum Bebauungsplanentwurf unter Kapitel 3.2 - Erschließung - wie folgt zu ergänzen: Bei der genannten Busverbindung handelt es sich um die Linie 340, bei der genannten Haltestelle um die Haltestelle "Brombeerweg", die direkt an das Plangebiet angrenzt.	Es werden die Hinweise zur ÖPNV-Anbindung übernommen (vgl. auch die obigen Ausführungen zur Stellungnahme des VBN).
Abschließend weise ich im Vorgriff auf die beabsichtigte Überarbeitung der VV-BauGB auf die aktualisierten Regelungen über die für die Bauleitpläne zu verwendenden Planunterlagen (s. Anlage) hin.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, die Verfahrensvermerke zur Planunterlage werden entsprechend angepasst.

4 IHK Oldenburg				29.09.2010	
Die Stellungnahme beinhaltet		Anregungen	x	Hinweise	
Zusammenfassung der Stellungnahme				Abwägungsvorschlag	
Mit dem oben genannten Planänderungsverfahren verfolgt die Gemeinde Rastede das Ziel, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Kfz-Handelsbetriebe, nebst Kfz-Werkstatt und Waschanlage sowie einer Freiausstellung zu schaffen.				Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.	
Die Oldenburgische IHK äußert sich zu dem Planvorhaben wie folgt: Gegen das Planvorhaben an diesem Standort erheben wir keine grundsätzlichen Bedenken. Gleichwohl werfen die gegenwärtigen Festsetzungen des Bebauungsplanes einige Fragen auf, zu denen wir folgende Hinweise geben möchten:				Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.	

<p>1. Wir gehen davon aus, dass die Verkaufsfläche der geplanten Verkaufs- und Werkstätten für Autohandel 800 qm übersteigen - insbesondere da die Ausstellungsflächen bauplanungsrechtlich unter Umständen als Verkaufsflächen zu bewerten sind. Die tatsächliche Größe der Verkaufsfläche lässt sich dem Plan nicht entnehmen.</p> <p>Bekanntermaßen sind Einzelhandelsbetriebe, die Schwelle zur „Großflächigkeit“ überschreiten, im Gewerbegebiet nicht zulässig. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfehlen wir die bauplanungsrechtliche Voraussetzung für das Planvorhaben nicht durch die Festsetzung eines Gewerbegebietes, sondern vielmehr durch die Festsetzung eines Sondergebietes zu schaffen.</p>	<p>Bei Einbeziehung des Außenflächen wird die Gesamt - Verkaufsfläche deutlich über 2.000 qm liegen.</p> <p>Die Festsetzung eines Gewerbegebietes ist für die Art der Nutzung angemessen. Denn es handelt sich beim Autohandel mit Werkstatt um eine Nutzung die typischerweise in ein Gewerbegebiet gehört.</p>
<p>2. Zum Schutz der zentralen Versorgungsbereiche empfehlen wir der Gemeinde Rastede, die Verkaufsfläche für zentrenrelevante Randsortimente, wie z. B. Unterhaltungselektronik (Autoradios), Reinigungsmittel, Kartenmaterial und Navigationsgeräte, flächenmäßig zu beschränken.</p>	<p>Bei der Planung handelt es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Über den Durchführungsvertrag kann die Gemeinde ggfs. die Verkaufsfläche kritischer Randsortimente begrenzen.</p>
<p>3. Der Kfz-Handel gehört per Fachdefinition nicht zum funktionalen Einzelhandel im engeren Sinne. Das Einzelhandelsgutachten für die Gemeinde Rastede aus dem Jahr 2006 enthält keine Aussagen zur künftigen räumlichen Entwicklung des Kfz-Handels in der Gemeinde.</p> <p>Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass der Kfz-Handel im bauplanungsrechtlichen Sinne, z. B. als einzelhandelsrelevante Vorprägung eines Bereiches, zu berücksichtigen ist.</p> <p>Wir empfehlen daher, dass Einzelhandelsgutachten für die Gemeinde Rastede zu ergänzen und den Kfz-Handel der Vollständigkeit halber mit aufzunehmen. Aufgrund seiner Charakteristik (u. a. flächenintensiv, zentrale Standorte nicht prägend) scheint die ergänzende Aufnahme des Kfz-Handel in die Liste der nicht-zentrenrelevanten Sortimente sachgerecht.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Darüber hinaus würden wir es begrüßen, wenn die Planzeichnung zukünftig eine Maßstabsleiste enthalten würde, so dass trotz verschieden großer Vervielfältigungen (Ausdruck der ".pdf-Datei) die Dimension der Vorhaben ablesbar ist.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und bei zukünftigen Verfahren beachtet.</p>

Oldenburg, 08.10.2010

Marie-Curie-Straße 1
26129 Oldenburg
T 0441 361164-90
F 0441 361164-99
buero@lux-planung.de
www.lux-planung.de



M. Lux -Dipl. Ing.-

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/159

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010

44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes – nördlich Nethener Weg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 02.06.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/066). Diese fanden in der Zeit vom 05.08.2010 bis 06.09.2010 statt. Parallel hierzu wurde die Auslegung des Bebauungsplanes 78 B – Hahn – Am Ostermoor II durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage entnommen werden.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 14.12.2009 VA 19.01.2010	22.02.10 - 22.03.10	05.08.2010 – 06.09.2010	13. Dezember 2010

Finanzielle Auswirkungen:

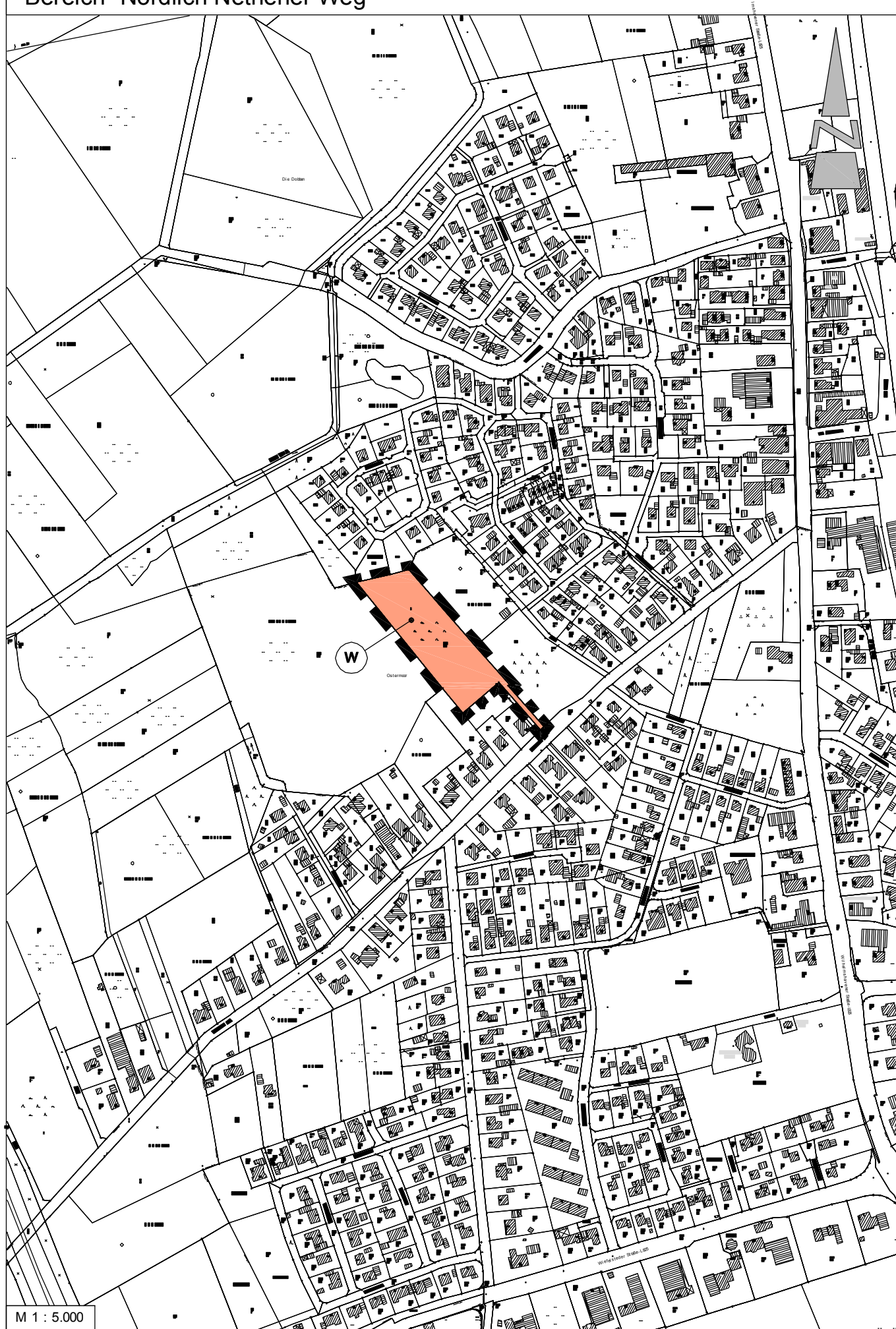
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschläge

Gemeinde Rastede

44. Flächennutzungsplanänderung Bereich "Nördlich Nethener Weg"



Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 40 / § 72 Abs. 1 Nr. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rastede die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung beschlossen.

Rastede,

Bürgermeister

(Siegel)

Verfahrensmerkmale

Planunterlage

Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK), Maßstab 1:1000

Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung

Herausgegeben von der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg - Katasteramt Westerstede -

Der Entwurf der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach, Rastede.

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden.

Rastede,

Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der 44. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB / § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der 44. Flächennutzungsplanänderung mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis einschließlich gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Rastede,

Bürgermeister

Feststellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die 44. Flächennutzungsplanänderung nebst Begründung in seiner Sitzung am beschlossen.

Rastede,

Bürgermeister

Genehmigung

Die 44. Flächennutzungsplanänderung ist mit Verfügung (Az.:) vom heutigen Tage unter Auflagen / mit Maßgaben / Ausnahme der durch kenntlich gemachte Teile gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Westerstede,

Landkreis Ammerland
(Genehmigungsbehörde)

Beitriffsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.: s.o.) aufgeführten Maßgaben/Auflagen/Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten. Der betroffenen Öffentlichkeit sowie den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom gemäß § 4a Abs. 3, Satz 4 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung haben wegen der Maßgaben /Auflagen/Ausnahmen gemäß § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis öffentlich ausgelegt.

Rastede,

Bürgermeister

Bekanntmachung

Die Erteilung der Genehmigung der 44. Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland bekannt gemacht worden. Die 44. Flächennutzungsplanänderung ist damit am wirksam geworden.

Rastede,

Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

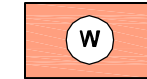
Innerhalb von einem Jahr nach Wirksamwerden der 44. Flächennutzungsplanänderung ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der 44. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede,

Bürgermeister

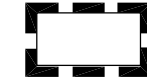
Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung



Wohnbaufläche (W)

2. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 44. Flächennutzungsplanänderung

Es gilt die Baunutzungsverordnung BauNVO 1990

Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland

44. Flächennutzungsplanänderung
Bereich "Nördlich Nethener Weg"

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

44. Flächennutzungsplanänderung „Nördlich Nethener Weg“

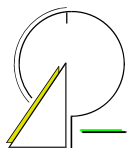
Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (2) BauGB)

und

Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

08.10.2010



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg
2. Oldenburgische Industrie- und Handelskammer
Moslestraße 6
26122 Oldenburg
3. ExxonMobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
4. EWE NETZ GmbH
Netzregion Oldenburg/Nord
Staulinie 16-17
26122 Oldenburg
5. E.ON Netz GmbH
Betriebszentrum Lehrte – Leitungen
Eisenbahnlängsweg 2a
31275 Lehrte
6. Deutsche Telekom AG
Ammerländer Heerstraße 140
26129 Oldenburg

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Oldenburg
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg
3. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Da zurzeit nicht der gesamte Bereich dieser Flächennutzungsplanänderung im parallelen verbindlichen Bauleitplanverfahren (Bebauungsplan Nr. 78 B) geplant wird, gebe ich zu bedenken, dass nur bei Waldumwandlungen im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes auf eine gesonderte formale Waldumwandlungsgenehmigung (s. § 8 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 NWaldLG) verzichtet werden könnte, und bitte darum, die Begründung (Kapitel 4.1.5, 3. Absatz, S. 10) entsprechend zu differenzieren.</p> <p>Meine Waldbehörde weist darauf hin, dass die zeitnahe Durchführung der waldrechtlichen Ersatzaufforstung durch die Gemeinde zu gewährleisten ist. Da der Entwurfsbegründung die Eigentumsverhältnisse des für die waldrechtliche Ersatzaufforstung vorgesehenen Grundstücks Flurstück 492/80, Flur 12, Gemarkung Rastede, nicht entnommen werden können (s. Kapitel 4.1.8: "...steht der Gemeinde Rastede...zur Verfügung"), hat sie nur dann keine Bedenken gegen diese Planung, wenn die Gemeinde für den Fall, dass sie nicht Eigentümerin dieses Grundstücks ist, diese Ersatzaufforstungsfläche dinglich sichert, oder sie anderenfalls als Eigentümerin dieses Grundstücks der Waldbehörde eine Verpflichtungserklärung zur Aufforstung dieser Fläche übersendet.</p> <p>Meine Anregungen zum ÖPNV bitte ich meiner Stellungnahme im parallelen Bauleitplanverfahren (zum Bebauungsplanentwurf Nr. 78 B) zu entnehmen.</p> <p>Abschließend weise ich im Vorgriff auf die beabsichtigte Überarbeitung der VV-BauGB auf die aktualisierten Regelungen über die für die Bauleitpläne zu verwendenden Planunterlagen (s. Anlage 1) hin.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Begründung entsprechend überarbeitet. Für den deckungsgleichen Bereich der Flächennutzungsplanänderung mit dem Bebauungsplan wird auf Begründung des Bebauungsplanes Nr. 78B verwiesen, in der die Waldumwandlung abgearbeitet wird. In Absprache mit dem Landkreis Ammerland wird für den Teilbereich des Waldes, der momentan lediglich über die Flächennutzungsplanänderung vorbereitet wird, auf eine zukünftige nachfolgende verbindliche Bauleitplanung hingewiesen, in dessen Begründungstext die Waldumwandlung dann abzuarbeiten ist.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde Rastede hat mit den Eigentümern der Aufforstungsfläche eine Vereinbarung über die Herstellung und Betreuung einer Kompensationsfläche über einen Zeitraum von 20 Jahren geschlossen. Die Untere Waldbehörde wird bei der Ersatzaufforstung entsprechend beteiligt, so dass eine Umsetzung der Ersatzaufforstung gewährleistet wird.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Informationen zum Anschluss des ÖPNV werden in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt und in die Verfahrensleiste der Planzeichnung eingestellt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg	
<p>Das Plangebiet o. g. Flächennutzungsplanänderung liegt zwischen der A 29 und der L 825. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über eine Gemeindestraße, die in die 825 einmündet. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) werden von der vorliegenden Planung berührt.</p> <p>Wie auch Kap. 4.2.1 der Begründung zu entnehmen ist, ist das Plangebiet insbesondere durch die vom Verkehr auf der A 29 ausgehenden Emissionen belastet. Hierzu verweise ich auf meine Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf Nr. 78 B im Parallelverfahren.</p> <p>Gegenüber den Trägern der Straßenbaulast der A 29 und der L 825 bestehen keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 78B weist darauf hin, den Prognosezeitraum im Rahmen des Schallgutachtens von 2020 auf 2025 zu erweitern. Diese Stellungnahme wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung behandelt. Grundsätzlich ist eine Realisierung des Geltungsbereiches der 44. Flächennutzungsplanänderung zu Wohnbauzwecken auch weiterhin möglich. Insofern wird an der bisherigen Planung festgehalten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p>
Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake	
<p>In unserem Schreiben vom 24.02.2010 Tla-28/10/He haben wir bereits eine Stellungnahme zum o. g. Vorhaben abgegeben.</p> <p>Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>	<p>Die angegebene Stellungnahme bezieht sich auf die Berücksichtigung der vorhandenen Versorgungsleitungen im Rahmen der Erschließungsmaßnahmen. Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/162

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010

Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 78 B – Hahn – Am Ostermoor II nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 02.06.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/064).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 05.08.2010 bis 06.09.2010 statt.

Im Rahmen der Stellungnahmen hatten einige Anwohner um Veränderung der Straßenführung im westlichen Plangebiet gebeten, da sie zusätzliche Flächen erwerben wollen. Die Planung und Abwägung wurde dementsprechend angepasst.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 14.12.2009 VA 19.01.2010	22.02.10 - 22.03.10	05.08.2010 – 06.09.2010	13. Dezember 2010

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

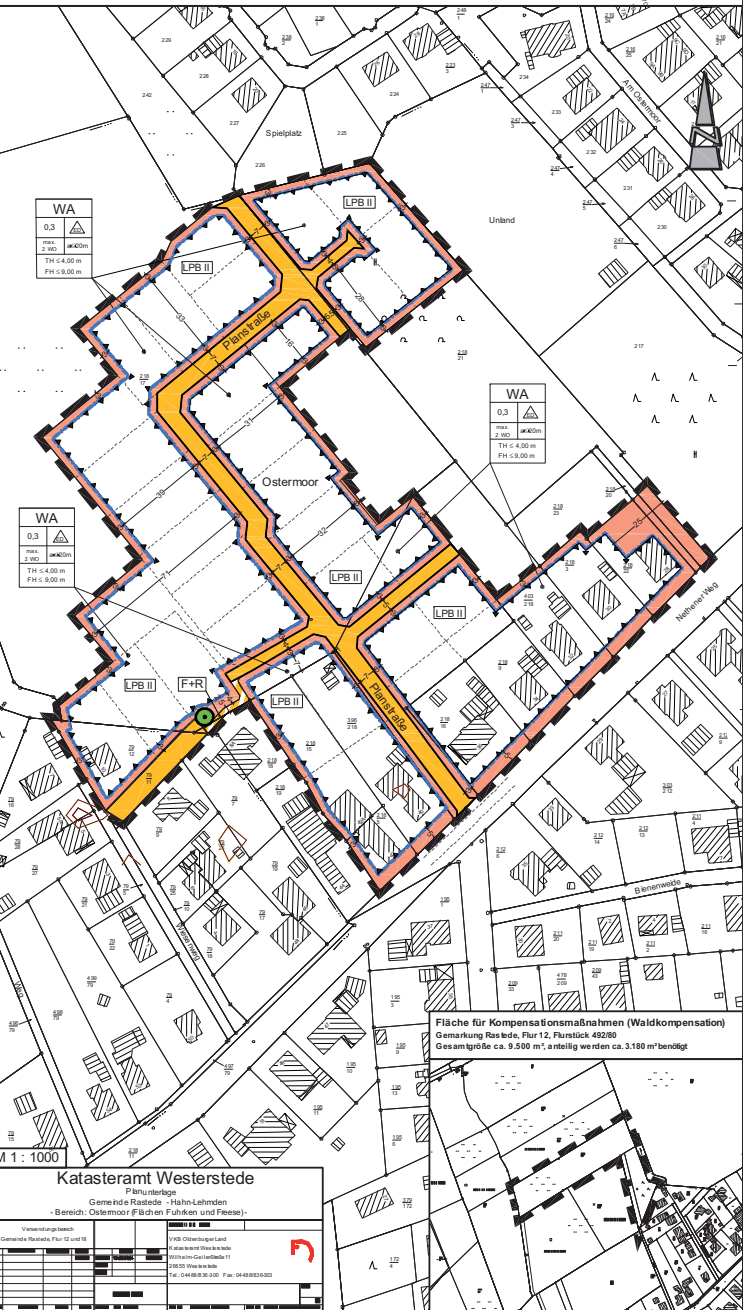
Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschlag

Gemeinde Rastede

Bebauungsplan Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II"

mit örtlichen Bauvorschriften



3. Art der baulichen Nutzung

1. Innerhalb des gem. § 4 BauNVO festgesetzten allgemeinen Wohngebietes (WA) sind die ausnahmsweise zulässige Nutzungen gem. § 4 (2) 3-5 BauNVO (Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) im Bestand des Bebauungsplanes (§ 1 (6) BauNVO).

2. Innerhalb des Bebauungsplanes gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):

Oberer Bezugspunkt: a) Trauf- oder Dachkante der Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks und der Dachhaut
b) Fest- oder oberste Kranke

Unterer Bezugspunkt: Stufenoberkante (Fahrbahn) der nächsten öffentlichen Erschließungsstraße

Die festgesetzten Traufhöhen (TH) gelten nicht für Kuppelwäme, Dachgauben, Ecken, Wirtelgärten und sonstige unregelmäßige An- oder Ausbauten. Gefällige Überstreichungen der maximal zulässigen Traufhöhen durch untergeordnete Gebäude etc. (z. B. Schornsteine) sind zulässig.

3. Gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauNVO sind innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) je Wohngebäude maximal zwei Wohneinheiten zulässig. Sofern als Einzelhaus mehrere Gebäude aneinandergelagert werden, ist je Wohngebäude nur eine Wohneinheit zulässig. Je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohneinheit zulässig.

4. In der abweichenden Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO sind die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser oder Doppelhäuser mit einer Gesamtlänge von 2,20 m zu errichten. Hauptgärten sind nicht zulässig. Gärten gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf diese Gebäude Länge nicht anzuwenden.

5. Innerhalb des Festgelegten, nicht überbauten Grundstückflächen sind Gärten und Spielplätze gem. § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO nicht zulässig (§ 23 (6) BauNVO).

6. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauNVO sind im Bereich des BImSchG (z. B. 200 m) keine weiteren, bei baulichen Veränderungen der baulichen Anlagen erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen (z. B. RVS) der Luftreinhaltung für Aufenthaltsräume von Wohnungen bzw. Bürosräume u. ä. einzubauen.

7. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauNVO sind in besonders schutzbedürftigen Wohnräumen (Schlafzimmer und Kinderzimmer), die auf der zur Schutzzone (§ 20) gegenüberliegenden Seite angeordnet werden, die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden zum Schutz vor Lärm, z. B. durch schallgedämmte Lüftungssysteme oder Füllungen über die lärmabgewandten Fassadenfassaden sicherzustellen.

8. Innerhalb des Geltungsbereiches der gem. § 9 (1) Nr. 25 BauNVO festgesetzte Einzelbaum auf Dauer zu erhalten. Abstände sind abzuhalten.

9. Die Fläche der Gemarkung Rastede, Flur 12, Flurstück 492/80 (Gesamtgröße ca. 9.500 m²) anliegt werden ca. 3.180 m² benötigt ist rechtsverbindlich Bestandteil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 78 B Fläche zur Waldkompensation) Als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauNVO weiterer Maßnahme der Begründung zum Bebauungsplan eine Auffassung vorzunehmen.

Nachrichtliche Hinweise

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten un- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (Steinmönchen u. a.) sein, Tongefäßreste, Holzkohlenreste, Scherben sowie aufgefällige Bodenerhebungen und Steinzertrümmerungen, auch geringe Spuren solcher Funde, gemeldet werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldungspflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landes sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Referat Archäologie-Stützpunkt Oldenburg, Ostermoorstraße 15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht der Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gemeldet.

2. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Abfallabgaben zu Tage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschuttsbehörde zu benachrichtigen.

Örtliche Bauvorschriften

1. Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften ist identisch mit dem des Bebauungsplanes Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II".

2. Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete (WA) sind die Dächer der Hauptgebäude ausschließlich als geneigte Dächer mit einer Neigung von 15° zu errichten. Dieses gilt nicht für Dachgauben, Dachziegel, Kuppelwäme, Wirtelgärten und weitere, dem Gebäude deutlich untergeordnete Baulagen.

3. 78 B BauNVO sowie für Gärten gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden.

3. Gemäß § 56 (1) Nr. 4 NdschG sind im Geltungsbereich des Bebauungsplans oberirdische Freileitungen Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen nicht zulässig.

Städtebauliches Konzept

Hahn - Lehmden, nördlich Nethener Weg

PRÄAMBEL UND AUSFÜHRUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede den Bebauungsplan Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" beschlossen und aus der Planung sowie den nebenstehenden textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Rastede, Der Bürgermeister

(Siegel)

VERFAHRENSVERMERKE

PLANUNTERLAGE
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Maßstab 1:1.000, Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung
Herausgeber: Herausgegeben von der Behörde für Geoinformation, Landesentwicklung und Liegenschaften (GLI) Oldenburg

Angaben und Präsentationen des amtlichen Vermessungswesens sind durch das Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen (NVerMG) sowie durch das Gesetz über die Höheberechnung und die amtliche Höhenfestsetzung (Höhenfestsetzungsgesetz) geschützt. Die Verwendung für andere Zwecke oder für wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Weitergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standarddaten ist nur mit Erlaubnis der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Keine Erlaubnis bedarf:

1. die Verwendung von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standarddaten für Aufgaben des öffentlichen Verwaltungswesens durch kommunale Körperschaften,
2. die öffentliche Weitergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standarddaten an andere durch kommunale Körperschaften, soweit diese im Rahmen ihrer Aufgabe zur Erfüllung eigener Informations für Dritte berechtigt ist. (Auszug aus § 5 (1) NVerMG).

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen genehmigt. Die Übertragung der neu zu bildenden Grenzen ist der Öffentlichkeit nicht anzuzeigen.

Behörde für Geoinformation, Landesentwicklung und Liegenschaften Oldenburg, Katasteramt Westerstede.

Westerstede, (Siegel)

PLANVERFASSER

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach.

Rastede, Dipl.-Ing. O. Mosebach (Planverfasser)

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am öffentlich bekanntgemacht worden.

Rastede, Der Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 78 B und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB (§ 4 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB) beschlossen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am öffentlich durch die Tagesstellung bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 78 B mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis zum öffentlich gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Rastede, Der Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" nach Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede, Der Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am im Amtsblatt bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am in Kraft getreten.

Rastede, Der Bürgermeister

VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, Der Bürgermeister

BEGLAUBIGUNG

Die zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" stimmt mit der Urschrift überein.

Rastede, Der Bürgermeister

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung
WA Allgemeines Wohngebiet (WA)
max. 2 Wo Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden (b. textl. Festsetzung Nr. 3)

2. Maß der baulichen Nutzung
0,3 Grundflächenzahl (GRZ) z. B. 0,3
maximal zulässige Traufhöhe ≤ 4,00 m (Bezugspunkte z. textliche Festsetzung Nr. 2)
maximal zulässige Traufhöhe ≤ 9,00 m (Bezugspunkte z. textliche Festsetzung Nr. 2)

3. Bauweise, Baugarten
a abweichende Bauweise ≤ 20 m (textl. Festsetzung Nr. 4)
Baugarten
nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

4. Verkehrsmittel
Straßenverkehrsfläche
Stellenbegrenzungslinie
Verkehrsmittel besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Landschaft zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
zu erhaltender Freizeitsaum

6. Sonstige Planzeichen
Grenze des öffentlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
Umgrünung von Flächen für Nutzung abschwächen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Immissionsbereich II)
Parzellierungsvorschlag

Anlage 1 zu Vorlage 2010-162

Es gilt die Bauanweisung des BauNVO 1990

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 78 B "Hahn - Am Ostermoor II" mit örtlichen Bauvorschriften

Übersichtsplan um Maßstablich

13. Oktober 2010

Diekmann & Mosebach Regioplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 78B „Hahn - Am Ostermoor II“

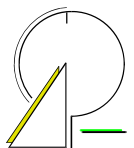
Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (2) BauGB)

und

Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

13.10.2010



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg
2. Oldenburgische Industrie- und Handelskammer
Moslestraße 6
26122 Oldenburg
3. ExxonMobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
4. EWE NETZ GmbH
Netzregion Oldenburg/Nord
Staulinie 16-17
26122 Oldenburg
5. E.ON Netz GmbH
Betriebszentrum Lehrte – Leitungen
Eisenbahnlängsweg 2a
31275 Lehrte

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Oldenburg
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg
3. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake
4. Deutsche Telekom AG
Ammerländer Heerstraße 140
26129 Oldenburg

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Meine Waldbehörde weist darauf hin, dass die zeitnahe Durchführung der waldrechtlichen Ersatzaufforstung durch die Gemeinde zu gewährleisten ist. Da der Entwurfsbegründung die Eigentumsverhältnisse des für die waldrechtliche Ersatzaufforstung vorgesehenen Grundstücks Flurstück 492/80, Flur 12, Gemarkung Rastede, nicht entnommen werden können (s. Kapitel 4.1.8: "...steht der Gemeinde Rastede...zur Verfügung"), hat sie nur dann keine Bedenken gegen diese Planung, wenn die Gemeinde für den Fall, dass sie nicht Eigentümerin dieses Grundstücks ist, diese Ersatzaufforstungsfläche dinglich sichert, oder sie anderenfalls als Eigentümerin dieses Grundstücks der Waldbehörde eine Verpflichtungserklärung zur Aufforstung dieser Fläche übersendet.</p> <p>Ich kann die Daten in der textlichen Festsetzung Nr. 9 nicht nachvollziehen, gehe aber davon aus, dass die Fläche für Kompensationsmaßnahmen (Waldkompensation) lt. Planzeichnung und Begründung (Kapitel 5.6 der Begründung) gemeint ist, und bitte um entsprechende Korrektur dieser Festsetzung.</p> <p>Meiner unteren Naturschutzbehörde ist zum Nachweis der fehlenden Kompensationswerteinheiten eine aktuelle Übersicht über den Flächenpool der Gemeinde bis zum Satzungsbeschluss vorzulegen. M. E. sollten vorher die Flächenwerte in der Bilanzierung (Kapitel 4.1.7 der Begründung: Vergleich Ist-Zustand/ Planung) überprüft werden.</p> <p>Um das Schallgutachten der itap (Projekt Nr.: 1283-08-a.rem) vom 5.11.2008 immissionsfachlich beurteilen zu können, bittet meine Untere Bauaufsichtsbehörde (Sachgebiet Immissionsschutz) darum, das Schallgutachten um folgende Berechnungsparameter zu ergänzen:</p> <p>Seite 12/23: Detaillierte Berechnung des Emissionspegels der A29 auf Grundlage der RLS-90</p> <ul style="list-style-type: none"> - Korrektur für Straßenoberflächen DStrO in dB(A) - Geschwindigkeitskorrektur Dv in dB(A) 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde Rastede hat mit den Eigentümern der Aufforstungsfläche eine Vereinbarung über die Herstellung und Betreuung einer Kompensationsfläche über einen Zeitraum von 20 Jahren geschlossen. Die Untere Waldbehörde wird bei der Ersatzaufforstung entsprechend beteiligt, so dass eine Umsetzung der Ersatzaufforstung gewährleistet wird.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die textliche Festsetzung Nr. 9 entsprechend angepasst.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird hinsichtlich der Bilanzierung entsprechend überarbeitet. Es ergibt sich dadurch eine geringfügige Änderung im Kompensationsbedarf. Die zusätzlich erforderlichen Werteinheiten können ebenfalls im Kompensationsflächenpool der Gemeinde Rastede verbucht werden. Dem Landkreis wird eine aktuelle Übersicht über den Nachweis der Kompensationswerteinheiten im Flächenpool der Gemeinde übermittelt werden.</p> <p>Der Hinweis wird befolgt, das Gutachten (itap, Oldenburg) wird entsprechend ergänzt. Auswirkungen auf die Prognoseergebnisse bzw. die notwendigen Festsetzungen im Bebauungsplan ergeben sich hierdurch nicht.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Seite 13/23: Detaillierte Berechnung des Emissionspegels des Nethener Weges auf Grundlage der RLS-90</p> <ul style="list-style-type: none"> - Korrektur für Straßenoberflächen DStrO in dB(A) - Geschwindigkeitskorrektur Dv in dB(A) <p>Ich bitte darum, den Lärmpegelbereich II auch für das südliche Plangebiet festzusetzen.</p> <p>Das Thema ÖPNV ist in der Begründung unter "7.0 Verkehrliche und technische Infrastruktur" fast korrekt abgehandelt. Allerdings gibt es noch zwei (kleine) Korrekturen:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Die Haltestelle "Feuerwehr" wird nicht von der Linie 343 bedient. * Der letzte Satz müsste (vollständigkeitshalber) heißen: "Die Linien 337, 341 und 343 sind eher auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet." <p>Der im Vorentwurf noch enthaltene Hinweis auf die BauNVO 1990 fehlt in diesem Entwurf. Ich bitte, ihn wieder in die Planzeichnung aufzunehmen.</p> <p>Abschließend weise ich im Vorgriff auf die beabsichtigte Überarbeitung der VV-BauGB auf die aktualisierten Regelungen über die für die Bauleitpläne zu verwendenden Planunterlagen (s. Anlage 1) hin.</p>	<p>Die Festsetzung gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB für den Lärmpegelbereich II wird bereits durch das entsprechende Planzeichen sowie die hierzu formulierte textliche Festsetzung gesichert. Zur Verdeutlichung wird jedoch die Schablone „LPB II“ in der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird befolgt, die Begründung wird hinsichtlich der Erschließung durch den ÖPNV korrigiert.</p> <p>Der Hinweis auf die BauNVO 1990 wird befolgt und in die Planzeichnung aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird befolgt, der aktuelle Verweis auf die Planunterlage wird in die Planzeichnung eingearbeitet.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg</p>	
<p>Das Plangebiet o. g. Bebauungsplanes liegt zwischen der A 29 und der L 825. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über eine Gemeindestraße, die in die 825 einmündet. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) werden von der vorliegenden Planung berührt.</p> <p>Wie auch Kap. 4.2.1 der Begründung zu entnehmen ist, ist das Plangebiet</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Prognosedaten für das</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>insbesondere durch die vom Verkehr auf der A 29 ausgehenden Emissionen belastet. Zum dem Bebauungsplan anliegenden schalltechnischen Gutachten des Instituts itap, Oldenburg vom 05.11.2008 und zu Ziff. 4.2.1 der Begründung weise ich darauf hin, dass sich Prognosewerte auf einen Prognosezeitraum von 15 Jahren beziehen sollen, d. h. in der aktuell vorliegenden Bauleitplanung müssten die Prognosedaten 2025 berücksichtigt werden. Die NLStBV-OL könnte auf Wunsch die Prognosewerte des Verkehrsmodells Niedersachsen für das Jahr 2025 zur Verfügung stellen.</p>	<p>Jahr 2025 wurden durch die NLStBV-OL zur Verfügung gestellt. Der mögliche Verkehrszuwachs, ausgehend von dem Ausbau der Autobahn A 20, wurde hierbei gesondert aufgeführt. Derzeit wird die Diskussion der unterschiedlichen Trassenvarianten für den Teilabschnitt der Autobahn A 20 nördlich Rastedes geführt, das Planfeststellungsverfahren hierfür wurde noch nicht eingeleitet. Auf Grund dieses ungewissen Realisierungszeitraumes der A 20, der aus dem derzeitigen Planungsstand resultiert, werden die hieraus prognostizierten Verkehrszuwächse für den Autobahnabschnitt der A 29 nicht in die Prognose für das Jahr 2025 mit einbezogen. Auf der Basis dieser Werte wurde durch das Büro itap, Oldenburg, die sich ergebende Schallimmissionssituation für das Plangebiet erneut überprüft.</p> <p>Das Ergebnis der Untersuchungen für den aktualisierten Prognosehorizont 2025 zeigt eine Erhöhung der Emissionsdaten von tagsüber 0,9 dB(A) und nachts von 0,1 dB(A). Für die überbaubaren Grundstücksflächen innerhalb der allgemeinen Wohngebiete (WA) werden bereits in der Entwurfsfassung des Bebauungsplanes passive Schallschutzmaßnahmen gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB zum Schutz der Wohnnutzung (Anforderungen an die Schalldämmung der Außenbauteile, Maßnahmen zum Schutz der Schlafräume) getroffen. Aus den Ergebnissen der o. g. Überprüfung ergeben sich keine neuen Anforderungen an den Schallschutz, die Festsetzungen bleiben in ihrer bisherigen Form bestehen.</p> <p>Durch den rechnerisch ermittelten Beurteilungspegel in 1,7 m Höhe zur Beurteilung der Außenwohnbereiche wird der Orientierungswert der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) von 55 dB(A) tags durch die veränderten Prognosedaten geringfügig um bis zu ca. 1 dB(A) überschritten. Der Richtwert der 16. BimSchV von 59 dB(A) tags, der mit gesunden Wohnverhältnissen vereinbar ist, wird in dem angesprochenen Teilbereich deutlich unterschritten. Angesichts der Geringfügigkeit dieser Überschreitung und der aus vorherigen Bauleitplanungen erfahrenen geringen Akzeptanz von passiven Schallschutzmaßnahmen für den Außenbereich hat sich die Gemeinde Rastede entschieden, hierzu keine verbindliche Festsetzung zu treffen. Eine Notwendigkeit zur Festsetzung dieser Maßnahme gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB besteht nicht und wird in dem Gutachten bei einer geringfügigen Überschreitung der städtebaulichen Orientierungswerte auch nicht gefordert.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Gegenüber den Trägern der Straßenbaulast der A 29 und der L 825 bestehen keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz. Ich bitte um Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in den Bebauungsplan.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>	
<p>In unserem Schreiben vom 24.02.2010 Tla-217/10/He haben wir bereits eine Stellungnahme zum o. g. Vorhaben abgegeben.</p> <p>Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>	<p>Die angegebene Stellungnahme bezieht sich auf die Berücksichtigung der vorhandenen Versorgungsleitungen und werden im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>
<p>Deutsche Telekom AG Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg</p>	
<p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Zur o. a. Planung haben wir bereits online am 19.03.2010 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.</p>	<p>Die Stellungnahme bezieht sich auf den notwendigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes im Zuge der Erschließungsplanung und wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen von Bürgern

von folgenden Bürgern wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Dr. Claus-Dieter Dürselen
Rotdornweg 16
26180 Rastede
2. Helmut u. Grete Regensdorff
Manfred Meyer u. Kirsten Meyer-Regensdorff
Nethener Weg 36
26180 Rastede-Lehmden

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
Dr. Claus-Dieter Dürselen Rotdornweg 16 26180 Rastede	
<p>Auf meine Anfragen Mitte Mai dieses Jahres wurde von Bürgermeister Decker auf die öffentliche Auslegungsfrist des Bebauungsplans verwiesen. Ich bekam damals keine Antworten. Bisher habe ich von der Auslegung nichts gehört. Mir ist es zeitlich einfach nicht möglich ständig die Presse oder andere Bekanntmachungen zu verfolgen, zumal ich in naher Zukunft öfter unterwegs sein werde.</p> <p>Deshalb möchte ich Sie bitten, dieses Schreiben bei der verantwortlichen Stelle (mit der Bitte um Weiterleitung, falls Sie das nicht sind) zu „deponieren“ und zu gegebener Zeit mit zu behandeln. Ich würde mich freuen, dann Antworten auf die drei folgenden Anfragen zu bekommen.</p> <p><u>1. Anfrage</u></p> <p>Das nun für den Bebauungsplan 78 B vorgelegte Schallschutzgutachten weicht signifikant von dem vor Jahren für den Plan 78 A erstellten Gutachten ab. Damals lief die Isolinie des Beurteilungspegels 55 dB für tagsüber parallel zur Autobahn schräg über die Grundstücke Rotdornweg 12 bis 20. Mit dem nun veröffentlichten Gutachten liegt diese Linie plötzlich 20 bis 30 Meter weiter zur Autobahn hin. In dem aktuellen Gutachten wird an keiner Stelle erwähnt bei welchen Windbedingungen die Schallemissionen ermittelt wurden. Da in unserer Gegend die vorherrschenden Windrichtungen Nordwest, West und Südwest (also direkt aus Richtung Autobahn) sind, müssen die Messungen auch unter entsprechenden Bedingungen ("worst case") durchgeführt werden. Zumal durch den Jade-Weser Port die Verkehrsbelastung auf der A 29 in Zukunft deutlich steigen und damit die Lärmbelastung der Anwohner größer wird, wie es auch im vorliegenden Gutachten prognostiziert wird.</p> <p>Diesen signifikanten Unterschied in den beiden Schallschutzgutachten möchten wir gerne aufgeklärt haben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zum Bebauungsplan Nr. 78B (Rechtswirksamkeit im Jahr 2005) wurde im Jahr 2004 durch das Büro Jacobs, Papenburg ein Lärmschutzgutachten zur Ermittlung der Schallbelastung erstellt. Hierin wurde auf der Basis der Verkehrszählung aus dem Jahr 2000 die zukünftige Belastung auf das Jahr 2015 rechnerisch prognostiziert. Als Verkehrsbelastung ergab sich eine Zahl von 32.045 KFZ/24 h, zukünftige Entwicklungen aus dem Jade-Weser-Port wurden nicht mit eingerechnet. Aus den Berechnungsergebnisse wurde die angegebene Isolinie von 55 dB(A) tags)im Bereich Rotdornweg 12-29 ermittelt.</p> <p>Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78B wurde im Jahr 2008 auf der Basis aktueller Zahlen eine erneute schalltechnische Betrachtung (itap, Oldenburg) für das Jahr 2020 erstellt. Diese legt die Prognosewerte der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr für das Jahr 2020 zu Grunde. Darüber hinaus wurde in Absprache mit dem Straßenbauamt der zukünftige Güterverkehr, der sich nach Fertigstellung des Jade-Weser-Ports einstellen kann, mit einbezogen. Hieraus ergibt sich eine prognostizierte Belastungszahl von 30.288 KFZ/24h. Aus der Annahme dieser deutlich geringeren Verkehrszahlen wurde die in Richtung Westen „verschobene“ Isolinie des Beurteilungspegels von 55 dB(A) ermittelt. In dem Gutachten werden die zu erwartenden</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p><u>2. Anfrage</u> Im damaligen Bebauungsplan 78 A war der folgende Passus zu finden: <i>„Als Maßnahme zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind in den hierfür in der Planzeichnung besonders gekennzeichneten Bereichen typische Aufenthaltsbereiche im Freien (z. B. Terrassen und Balkone) nur auf den der Autobahn A 29 abgewandten Seiten im direkten Schallschatten der zugehörigen Gebäude zulässig. Alternativ hierzu sind die Freibereiche durch entsprechend dimensionierte Lärmschutzmaßnahmen (z. B. Lärmschutzwände oder -wälle), die die erforderliche Schallminderung der Immissionswerte bewirken bzw. durch die Anordnung von Garagen oder Nebengebäuden abzusichern.“</i></p> <p>Diese Vorschrift gibt es im neuen Bebauungsplan 78 B nicht mehr. Was hat sich seit damals geändert, dass diese Vorschrift nun nicht mehr angewendet werden muss?</p> <p><u>3. Anfrage</u> Das Gelände westlich des Rotdornweges verläuft in eine natürliche Sen-</p>	<p>Geräuschpegel durch anerkannte Berechnungsmodelle entsprechend den anzuwendenden Vorschriften berechnet. Hierin werden auch die meteorologischen Daten mit einbezogen, insofern erfolgt die Berechnung gem. RLS-90 unter der Annahme eines „worst-case“. Bei einer Überprüfung rechnerisch ermittelter Daten ergeben sich im Regelfall geringere Werte, so dass die Berechnungen stets „auf der sicheren Seite“ zu sehen ist.</p> <p>Entsprechend den oben getroffenen Aussagen wurden im ursprünglichen Gutachten des Büros Jacobs aus dem Jahr 2004 angesichts der Überschreitung des Orientierungswertes der DIN 18005 von 55 dB(A) in einem Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 78A Maßnahmen zum Schutz der Außenwohnbereiche vorgeschlagen, die im Bebauungsplan Nr. 78B über die angesprochene textliche Festsetzung übernommen wurde. Aus der schalltechnischen Prognose des Gutachtens aus dem Jahr 2008 für das Prognosejahr 2020 (s. o.) ergaben sich keine Überschreitungen des Beurteilungspegels von 55 dB(A) innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 78B, da sich die Gemeinde auf Grund neuer Flächenverfügbarkeiten in der Lage sah, den Bereich des städtebaulichen Konzepts im Sinne des vorsorgenden Schallschutzes von dem Schallmitten der A 29 abzurücken.</p> <p>Aktuell hat sich durch die im Planungsverlauf aktualisierten Prognosedaten für das Jahr 2025 eine geringfügige Erhöhung des Beurteilungspegels von 55 dB(A) um ca. 1 dB(A) für einen Teilbereich ergeben. Angesichts der Geringfügigkeit dieser Überschreitung und der aus vorherigen Bauleitplanungen erfahrenen geringen Akzeptanz von Maßnahmen zum Schutz des Außenbereiches hat sich die Gemeinde Rastede in diesem Fall dafür entschieden, keine diesbezügliche, verbindliche Festsetzung zu treffen. Eine Notwendigkeit zur Festsetzung dieser Maßnahme gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB besteht nicht und wird in dem Gutachten für die Überschreitungen im Außenbereich auch nicht gefordert. Der Richtwert der 16. BImSchV von 59 dB(A) tags, der mit gesunden Wohnverhältnissen vereinbar ist, wird in dem angesprochenen Teilbereich deutlich unterschritten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Bauleitpla-</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>ke. Erst zur Autobahn hin steigt es wieder etwas an. Das geht aus der Höhenkarte hervor und ist vor Ort auch deutlich sichtbar. Am tiefsten Punkt (etwa westlicher Rand des bereits erwähnten Brachlandstreifens) läuft in Süd-Nord-Richtung ein Entwässerungsgraben, über den nicht nur die westlich gelegenen Kuhweiden, sondern auch große Teile der Grundstücke Rotdornweg 12 bis 20 entwässert werden.</p> <p>Laut Städtebaulichem Konzept soll dieses Gebiet zukünftig in einer weiteren Phase bebaut werden und müsste damit eingeebnet werden. Wie will die Gemeinde sicherstellen, dass die Entwässerung der Grundstücke am Rotdornweg weiterhin gewährleistet wird, ohne dass zusätzliche Kosten auf die Eigentümer zukommen? Darf ein solcher Entwässerungsgraben überhaupt „entfernt“ werden?</p>	<p>nung sind die Belange der Wasserwirtschaft, in diesem Fall der ordnungsgemäßen Oberflächenentwässerung Rechnung zu tragen. Bereits im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78A wurde durch das Büro Prante, Rastede ein Oberflächenentwässerungskonzept erarbeitet, welches die gesamten Flächen des städtebaulichen Konzepts mit umfasst. Entsprechend diesem Konzept wird das anfallende Regenwasser in das Rückhaltebecken nördlich des Plangebietes am Meenheitsweg geleitet. Für notwendige Erweiterungen wurden im Bebauungsplan Nr. 78A ausreichende Flächen planungsrechtlich gesichert. Die Weiterentwicklung des Gebietes erfolgt über Bebauungspläne, in denen die Ableitung des Oberflächenwassers zu gewährleisten ist. Hierzu werden jeweils entsprechende Fachplanungen erstellt werden. Die erforderlichen wasserrechtlichen Anträge, z. B. bei Verlagerung von Entwässerungsgräben, werden in diesem Zusammenhang gestellt. Die Umlage entstehender Kosten ist nicht Inhalt der Bauleitplanung.</p>
<p>Helmut u. Grete Regensdorff Manfred Meyer u. Kirsten Meyer-Regensdorff Nethener Weg 36 26180 Rastede-Lehmden</p>	
<p>Zum ausgelegten Bebauungsplan möchten wir (Grete u. Helmut Regensdorff u. Manfred Meyer / Kirsten Meyer-Regensdorff) hiermit Einspruch einlegen.</p> <p>Grundsätzlich sind wir mit der im Bebauungsplan mittigen Straßenführung einverstanden. Aus dem Plan ist für uns jedoch nicht zu erkennen, dass die Planstraße tatsächlich eine vermessene mittige Führung zwischen den bestehenden Grundstücksgrenzen (Grundstücke Nethener Weg 36 und 40) hat.</p> <p>In mehreren Gesprächen in Ihrem Hause wurde uns eine solche Straßenführung jedoch zugesichert.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Konstruktion und Festsetzung der öffentlichen Verkehrsfläche gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB erfolgte auf Basis der amtlichen Kartengrundlage des Katasteramtes Westerstede mittig auf der hierfür zur Verfügung stehenden Fläche. Die zeichnerische Festsetzung innerhalb der Planzeichnung besitzt demnach Rechtswirksamkeit. Zur Klarstellung erfolgt in dem angesprochenen Bereich (westlich Nethener Weg Nr. 36) jedoch zusätzlich eine Bemaßung der geplanten Verkehrsfläche an den vorhandenen Grundstücksgrenzen. Der Verlauf bleibt in der bisherigen Form bestehen.</p>

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/206A

freigegeben am 08.12.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 08.12.2010

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

13.12.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die unter Tagesordnungspunkt 15 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ erörterten Änderungsvorschläge werden in einer A-Vorlage (2010/181A) zusammengeführt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010

Tagesordnungspunkt 15

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: 2010/206

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung zu TOP 16 „Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Darüber hinaus erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die unter Tagesordnungspunkt 15 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ erörterten Änderungsvorschläge werden in einer A-Vorlage (2010/181A) zusammengeführt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

B90/GRÜNE RATSFRAKTION, SEILERWEG 20, 26180 RASTEDE

Herrn
Bgm. Dieter Decker
Rathaus

Fraktion im Gemeinderat Rastede

Gerd Langhorst
Fraktionssprecher
Seilerweg 20
26180 Rastede
Tel: 04402.3306
Mobil: 0160.97749467
Fax: 04402.51230
gerdlanghorst@me.com
www.gruene-rastede.de

Rastede, 1. Dezember 2010

**Änderungsantrag zur Vorlage 2010/181 „Anstalt öffentlichen
Rechts-Wertung von Zuschlagskriterien**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Decker,

nach der ausgezeichneten Vorarbeit auf HBV-Ebene und im Verwaltungsrat der AöR wurde in allen Ammerland Gemeinden eine gleichlautende Vorlage „Anstalt öffentlichen Rechts- Wertung von Zuschlagskriterien“ zur Beratung und Beschlussfassung in den Verwaltungsausschüssen vorgelegt.

Eine Arbeitsgruppe aus Ratsmitgliedern mehrerer gemeindlicher Ratsfraktionen von B90/Grüne hat sich daraufhin mit dieser Vorlage befasst und folgende Änderungsanträge erarbeitet, deren Abstimmung in den Gremien unseres Rates ich hiermit beantrage. Die Änderungsanträge beziehen sich hauptsächlich auf den neu abzuschließenden Konzessionsvertrag. (Anlage 5 der Vorlage 2010/181)

Zum Verfahren bitte ich darum, den Zeitdruck für den Rasteder Rat (Übersendung der umfangreichen Vorlage Mittwoch, 1. Dezember, Beschlussfassung im VA am 7. Dezember 2010) herauszunehmen sowie den Finanz- und Wirtschaftsausschuss als zuständigen Ausschuss des Rates an der Erarbeitung zu beteiligen.

Der Rat möge beschließen:

Die folgenden Änderungsanträge werden in die Vorlage 2010/181 eingearbeitet:

- 1. Die Anlage 2 – Übersicht mögliche Ziele mit Rangreihenfolge – der Vorlage wird wie folgt neu formuliert:**

Ziele des Vergabeverfahrens

- 1. Versorgungssicherheit Netz – Qualität des Versorgungsnetzes**
- 2. Ökologische Ziele und Kommunalfreundlichkeit**

3. **Augenhöhe zwischen den Partnern und Bürgerakzeptanz**
4. **Auf- und Ausbau regenerativ basierter Energieerzeugung**
5. **Kommunaler Einfluss auf das Netz und die Preisgestaltung**
6. **Schnelle und mit den Zielen der Kommune abgestimmte Projektumsetzung im Netzbereich**
7. **Gute Wirtschaftlichkeit, ausgewogenes Verhältnis Risiko-Rendite**
8. **Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen im Versorgungsgebiet**

Begründung:

Eine rein an „hohem Durchschnittsgewinn“ orientierte Bewertung eingehender Angebote wird den Aufgaben einer zukunftsfähigen Vertragsgestaltung für eine so lange Vertragslaufzeit nicht gerecht (Wegfall einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsberechnung durch Vorfestlegung auf Vermeidung von EK-Einbringung,...). Darüber hinaus finden sich in der vorgelegten Entscheidungsgrundlage Zielformulierungen, die mit einer Netzkonzession nichts zu tun haben, sondern in die Verantwortung des (Grund-)Versorgers gehören (Erzeugung, Preisgestaltung Energiepreise,...). Dies wäre unter dem Gesichtspunkt der Gründung von „Kreiswerken“ gesondert zu verhandeln.

2. **Die Anlage 3 – gewichtete Reihenfolge in Rubriken – der Vorlage wird auf der Grundlage der veränderten Zieldefinition neu gefasst.**

Begründung:

Dies ergibt sich zwangsläufig aus der aus Änderungsantrag 01 hervorgehenden Neudefinition der mit der Ausschreibung verbundenen Ziele.

3. **In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 folgender neuer Absatz 2.(neu) eingefügt:**

Das EVU ist verpflichtet, das Elektrizitätsversorgungsnetz jederzeit entsprechend den gesetzlichen und untergesetzlichen Normen sowie dem jeweiligen Stand der Technik zu errichten, zu betreiben und zu warten sowie einen sicheren und zuverlässigen Betrieb des Netzes jederzeit zu gewährleisten. Dabei wird das EVU die Belange des Umweltschutzes, insbesondere nach Maßgabe der geltenden naturschutz-, wasser- sowie bau- und bodenschutzrechtlichen Bestimmungen, in angemessener Weise berücksichtigen.

Der bisherige Absatz 2. wird zu 4.

4. **In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 folgender neuer Absatz 3. (neu) eingefügt:**

Das EVU sowie die Gemeinde bekennen sich zur Förderung der dezentralen Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Sinne des Erneuerbare-Energien-

Gesetzes (EEG) sowie von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung im Sinne des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG).

Das EVU und die Gemeinde entwickeln diesbezüglich gemeinsam für das Gemeindegebiet ein Konzept, um Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen über die Möglichkeiten dezentraler Stromerzeugung zu informieren und setzen dieses Konzept um. Eine erstmalige Information der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen erfolgt im zweiten Jahr der Vertragslaufzeit und anschließend regelmäßig in angemessenen Abständen. Die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sind insbesondere über ihre gesetzlichen Rechte, öffentliche und private Förderungen sowie über alle notwendigen Schritte zu Errichtung und Betrieb von dezentralen Stromerzeugungsanlagen zu informieren.

5. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 der Absatz 2. (alt), 4. (neu), am Ende des ersten Absatzes (nach ...nicht zugemutet werden kann.) folgendermaßen ergänzt:

Anlagen der Stromerzeugung nach dem EEG werden unabhängig von weniger weitreichenden gesetzlichen Vorgaben vom EVU an das Netz angeschlossen. Die Kosten eines eventuell notwendigen Netzausbaus trägt das EVU.

Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wird das EVU wirtschaftlich sinnvolle Durchleitungskonzepte entwickeln, die Direktlieferverträge zwischen EEG-Stromerzeugern und –abnehmern ermöglichen werden.

6. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 nach Absatz 2. (alt), 4. (neu), ein neuer Absatz 5 (neu) eingefügt:

Das EVU wird das Elektrizitätsversorgungsnetz jederzeit so erhalten und gestalten, dass es an die Gemeinde in Ausübung des in § 11 vereinbarten Kaufrechts mit Auslaufen dieses Vertrages unverzüglich und ohne erhebliche Entflechtungsmaßnahmen sowie ohne Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit übergeben werden kann.

7. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 nach Absatz 5 (neu) ein neuer Absatz 6 (neu) eingefügt:

Die Bestimmung des Grundversorgers richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen; derzeit ist die [einsetzen: Name des Grundversorgers] Grundversorger im Vertragsgebiet.

8. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 der Absatz 3 (alt) zu Absatz 7 (neu)

9. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 der Absatz 4 (alt) als Absatz 8 (neu) folgendermaßen formuliert:

Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU verpflichtet, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.

10. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 1 der Absatz 5 (alt) als Absatz 9 (neu) folgendermaßen formuliert:

Das EVU verpflichtet sich, die Gemeinde und ihre Bürgerinnen und Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Elektrizitätsanwendung zu beraten.

11. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 7 nach Absatz 2 folgender neuer Absatz 3 (neu) eingefügt:

Bei der Bestimmung von Sonder- und Tarifikunden im Niederspannungsnetz sind die beiden Abgrenzungskriterien nach § 2 Abs. 7 S. 1 der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV) vom 09.01.1992 in der Fassung vom 01.11.2006 kumulativ anzuwenden. Erfolgt bei einem Kunden keine registrierende Leistungsmessung, so gilt er als Tarifikunde.

Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Strom an Letztverbraucher, so sind von dem EVU für diese Lieferungen Konzessionsabgaben in der Höhe an die Gemeinde zu zahlen, wie sie das EVU in vergleichbaren Fällen für Lieferungen seines Unternehmens oder durch verbundene oder assoziierte Unternehmen in diesem Konzessionsgebiet zu zahlen hat. Diese Konzessionsabgaben werden von dem EVU dem Netznutzungsentgelt hinzugerechnet und dem Netznutzer in Rechnung gestellt.

Wird ein Weiterverteiler über den öffentlichen Verkehrsraum der Gemeinde mit Strom beliefert, den er ohne Benutzung solcher Flächen an Letztverbraucher weiterleitet, hat das EVU für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe an die Gemeinde zu zahlen, wie sie ohne Einschaltung des Weiterverteilers angefallen wären.

12. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 7 Absatz 3 (alt), 4 (neu) nach (derzeit in Höhe von 10 %) folgender Satz ergänzt:

Das EVU weist den Nachlaß auf der Rechnung gesondert aus.

13. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 7 Absatz 4 (alt) zu 5 (neu) und Absatz 5 (alt) zu Absatz 6 (neu).

14. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 7 Absatz 5 alt, Absatz 6 (neu), am Ende um folgenden Satz ergänzt:

Die Kosten der Prüfung trägt das EVU.

15. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird der § 10 in der Überschrift folgendermaßen neu gefaßt:

Vertragsdauer und Kündigungsregelungen

Außerdem werden ergänzend zum bisher einzigen Satz , der nun zu Absatz 1 (neu) wird, folgende Absätze ergänzt:

2. Die Gemeinde kann den Vertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Ablauf des zehnten und des fünfzehnten Jahres der Vertragslaufzeit kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

3. Die Gemeinde kann den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn innerhalb des EVU oder innerhalb des Unternehmens, welches das EVU beherrscht:

a) der Anteil des heute beherrschenden Gesellschafters auf unter 50 % der Gesellschaftsanteile sinkt oder

b) ein Gesellschafter, der heute weniger als 50 % der Gesellschaftsanteile hält, diesen Anteil auf über 50 % erhöht oder

b) ein neuer Gesellschafter hinzutritt, der zwar weniger als 50 % der Gesellschaftsanteile hält, aber mit Rechten ausgestattet ist, die eine beherrschende Stellung vermitteln.

Dies gilt nicht, wenn es sich ausschließlich um eine Umstrukturierung im Rahmen verbundener Unternehmen (vgl. § 15 AktG) handelt. Das EVU hat insoweit relevante Veränderungen der Gemeinde unverzüglich schriftlich unter Verweis auf diese Regelung mitzuteilen. Dieses Recht zur Kündigung erlischt, wenn die Gemeinde die Kündigung nicht spätestens sechs Monate nach Zugang der ordnungsgemäßen Mitteilung nach S. 3 gegenüber dem EVU schriftlich erklärt hat.

4. Überträgt das EVU Rechte oder Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Nachfolger gilt Abs. 3 entsprechend.

16. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 11, Absatz 1, Zeile 5 das Wort „übertragen“ durch „verkaufen“ ersetzt.

- 17. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 11 der Absatz 5 durch folgende Formulierung ersetzt:**

Für den Fall der Übernahme des Netzes haben die Vertragspartner gemeinsam ein Entflechtungskonzept zu erarbeiten. Das Konzept muss auf eine die Versorgungssicherheit wahrende, Investitions- und Betriebskosten minimierende, diskriminierungsfreie und effiziente Entflechtung ausgerichtet sein, welche eine klare Zuordnung von Verantwortungsbereichen für die Netzbetriebe gewährleistet. Für die Kostenverteilung gelten folgende Grundsätze: Das EVU trägt die Kosten der Herauslösung des Netzes insbesondere durch messtechnische oder galvanische Trennung an den Verbindungsstellen zu den Netzteilen, die es behält. Weiter trägt es die Kosten für die Verbindung dieser bei ihm verbleibenden Netzteile zu einem neuen Netz. Die Gemeinde trägt die Kosten der Einbindung des von ihr übernommenen Netzes in das Netz des neuen Netzbetreibers.

- 18. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 11 der Absatz 6 durch folgende Formulierung ersetzt:**

Macht die Gemeinde von dem Übernahmerecht nach Abs. 1 Gebrauch, ist sie berechtigt und verpflichtet, alle im Gemeindegebiet vorhandenen Anlagen, Einrichtungen und Leitungen des EVU zu übernehmen, die zum Elektrizitätsversorgungsnetz gehören. Soweit Anlagen, Einrichtungen oder Leitungen des Elektrizitätsversorgungsnetzes zugleich einem überörtlichen Versorgungszweck dienen, gehören auch diese zum Übernahmegegenstand.

- 19. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 11 nach Absatz 8 folgender neuer Absatz 9 (neu) eingeführt:**

Jeder Vertragspartner kann ab dem 17. Jahr ab Vertragsbeginn oder im Falle einer Kündigung ab dem Tag des Zugangs der Kündigung beim EVU Verhandlungen über den Kaufpreis fordern.

Absatz 9 (alt) wird zu Absatz 10 (neu)

- 20. In der Anlage 5 – Hauptangebot Konzessionsvertrag Strom – sowie analog dazu auch in den Anlagen 7 und 9 wird in § 14 nach Absatz 1 folgender neuer Absatz 2 (neu) eingeführt:**

Soweit in diesem Vertrag Bezug genommen wird auf gesetzliche oder untergesetzliche Regelungen und anderes ausdrücklich nicht vereinbart ist, handelt es sich um dynamische Verweisungen.

Absatz 2 (alt) wird zu Absatz 3 (neu), Absatz 3 (alt) zu Absatz 4 (neu).

21. In den Anlagen 7 und 9 (Konzessionsvertrag Strom – Nebenangebote 1 & 2) wird in § 1 zum Thema „Qualität der Leistungserbringung“ explizit zusätzlich nach Konzepten der Förderung der Elektromobilität und zur planmäßigen, überprüfbaren Reduzierung von Netzverlusten im Verteilnetz gefragt.

Die Begründungen für die Punkte 3 – 21 erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen,

Gez. Gerd Langhorst



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/181A

freigegeben am 08.12.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 08.12.2010

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

13.12.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die Wertungskriterien, die Gewichtung der Wertungskriterien, die wesentlichen Regelungen der vorläufigen Musterkonzessionsverträge zur Auswahl eines Bestbieters im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionsverträgen werden auf der Grundlage dieser Vorlage sowie der beigefügten Anlagen beschlossen.

Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.

Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010

Tagesordnungspunkt 16

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien

Vorlage: 2010/181

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker regt an, die Tagesordnungspunkte 15 „Anstalt des öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt des öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ gemeinsam zu beraten.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Herr Langhorst bemerkt eingangs, dass vom Grundsatz her, die bisherige Vorgehensweise ausgesprochen positiv bewertet wird und gegenüber der letzten Vergabe der Konzessionsverträge Anfang der 90er Jahre ein Riesenfortschritt darstellt. Insbesondere die Möglichkeit der Beteiligungslösung und des damit einhergehenden Mitspracherechts wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet. Hinsichtlich seines Antrages macht er deutlich, dass es der Fraktion in erster Linie darum geht, dass sich der Rat noch einmal inhaltlich mit der Thematik stärker beschäftigt und dabei berücksichtigt, dass neben wirtschaftlichen Aspekten auch ökologische Gesichtspunkte nicht zu kurz kommen sollten. Vor diesem Hintergrund begrüßt er die von der Verwaltung aufgestellte aussagekräftige Synopse, in der einige Änderungswünsche für umsetzbar gehalten werden und für weitere Bestandteile der Änderungsanträge empfohlen wurde, diese bei den Nebenangeboten zu berücksichtigen.

Herr Henkel erläutert noch einmal umfassend anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, das angedachte weitere Vorgehen sowie das Zustandekommen der Reihenfolge bei den Zuschlagskriterien mit Hilfe eines sogenannten Par Tests. Er weist ergänzend darauf hin, dass zahlreiche ökologische Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Vorfeld bei den vorgesehenen Bewertungskriterien für die Nebenangebote Berücksichtigung gefunden haben. Er unterbreitet darauf hin den Vorschlag, den Beschlussvorschlag um folgenden Passus zu ergänzen:

- Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.
- Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Beschlussempfehlung:

Die Wertungskriterien, die Gewichtung der Wertungskriterien, die wesentlichen Regelungen der vorläufigen Musterkonzessionsverträge zur Auswahl eines Bestbieters im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionsverträgen werden auf der Grundlage dieser Vorlage sowie der beigelegten Anlagen beschlossen.

Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.

Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine. Weitere Kosten werden sich im Zusammenhang mit dem Markterkundungsverfahren ergeben. Hierzu werden zu gegebener Zeit weitere Informationen gegeben.

Anlagen:

1. vorläufiger Zeitplan
2. Übersicht über die Ziele im Rahmen eines Verfahrens
3. Rubriken für die Gewichtung von Kriterien
4. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Hauptangebot Gas
5. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Hauptangebot Strom
6. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 1 Gas
7. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 1 Strom
8. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 2 Gas
9. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 2 Strom
10. Gewichtung der Nebenangebote

Ausschreibungsverbund Ammerland

Zeitschiene	2010	2011
Auftragsvergabe Beratung	Juli/ August	
Information der politischen Gremien	August	
Entscheidung über Satzungsentwurf = Beitritt (incl. Errichtungsbeschluss)	August / Oktober	
Zielfindung Kriterien 	September / Oktober	
Behandlung der Kriterien in pol. Gremien	bis Dezember	
Beginn Markterkundung		Januar / Februar
Auswertung Markterkundung		Februar / März
Gründung AöR		März
Beginn Interessenbekundung		ab April

Zeitschiene für Ammerland (Vorschlag)

Das Vergabeverfahren		
Verfahrensschritt	Termine	Zuständig
Vergabebekanntmachung – Beginn des Teilnahmewettbewerbs (Osterferien 16. bis 27. April 2011)		
Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und EU-Amtsblatt	01.04.2011 30 Tage	BRS
Fristablauf: Einreichung Interessenbekundungen	02.05.2011	Bieter
Auswertung der Interessenbekundungen	3 Wochen	BRS/GPP
Abstimmung intern zur Angebotsaufforderung nach Vorschlag der Berater	Bis 23.05.2011	Alle intern
Aufforderung der Bewerber zur Angebotsabgabe (max. 6):	23.05.2011	Vorstand AöR
Erstellung der Angebote	8 Wochen (10.06. Himmelfahrt, 14.06. Pfingsten)	Bieter
Fristablauf für Abgabe eines verbindlichen Hauptangebots und eines Nebenangebots 1, gleichzeitig Abgabe eines zunächst nur indikativen Nebenangebots 2	18.07.2011 (04.07. bis 13.08. Sommerferien)	Bieter
Auswertung der Angebote und Nebenangebote (max. 6)	5 Wochen	BRS/GPP
Abstimmung intern zu den eingegangenen Angeboten, Auswahl der Bieter für den wettbewerblichen Dialog	Bis 17.08.2011	Alle intern
Info an Bieter, Einladung zu den Bietergesprächen zur Dialogphase I (max. 4)	22.08.2011	Vorstand AöR
Beginn 1. Dialogphase für das Nebenangebot 2 - Beteiligungslösung		
1. Runde Dialogphase: Dauer 2 Wochen	29.08. – 09.09.2011	
Auswertung der Bietergespräche, Vorbereitung der Verträge	1 Monat Bis 10.10.2011	BRS/GPP
Interne Abstimmung der Vertragsmuster	39. KW	Alle intern
Bekanntgabe des Verhandlungsstandes an alle Bieter je Los, Übersendung der Vertragsmuster mit der Bitte um Stellungnahme, Einladung zu den Bietergesprächen	10.10.2011	Vorstand
Erklärungsfrist: Abgabe einer Stellungnahme der Bieter zum Vertragskonvolut sowie zum Verhandlungsstand, der von der Gemeinde übermittelt wurde.	17.10.2011	Bieter

Zeitschiene für Ammerland (Vorschlag)

Auswertung der Stellungnahme Vorbereitung auf die Dialogphase II	24.10.2011	
2. Runde Dialogphase: Dauer 2 Wochen	24.10.- 04.11.2011 (Herbstferien 24.10. bis 05.11.2011)	
Auswertung der zweiten Verhandlungsrunde – Vertragsgestaltung – 4 Wochen	04.11. – 02.12.2011	BRS/GPP
Interne Abstimmung Bietergespräche und Vertragsgestaltung	48. KW	Alle intern
Versenden der Vergabeunterlagen mit Möglichkeit zur Stellungnahme zu abschließenden Verträgen für die Bieter – Auswertung der Stellungnahmen – Erstellung der finalen Unterlagen	02.12.2011	Vorstand AöR
Fristablauf für Stellungnahmen	09.12.2011	Bieter
Auswertung der Stellungnahmen, Endgültige Erstellung der Angebotsunterlagen	1 Woche	BRS/GPP
Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Angebots zum Nebenangebot 2 je Los	16.12.2011	Vorstand AöR
Schriftliche Beantwortung von Fragen der Bieter		BRS
Fristablauf verbindliches Nebenangebot 2 (4 Wochen)	13.01.2012	Bieter
Auswertung aller Angebote HA, NA1 und NA2 4 Wochen	10.02.2012	BRS/GPP
Interne Abstimmung zum Vorschlag	6. KW	Alle intern
Vorschlag an die Gremien zur Zuschlagserteilung	6. KW	Alle intern
Beschlussfassung in den Räten	März 2012	
Zuschlagserteilung	März 2012	

Ziele des Vergabeverfahrens

[Rangfolge vom 24.09.2010]

- 1. Hoher Durchschnittsgewinn**
 - 2. Geringes Risiko (Kaufpreisrisiken etc.)**
 - 3. Vermeidung EK-Einbringung**
 - 4. Versorgungssicherheit Netz – Qualität des Versorgungsnetzes**
 - 5. Kommunalfreundlicher Konzessionsvertrag / ökologische Ziele**
 6. Steuerlicher Querverbund
 7. Augenhöhe Partner
-
8. Aufbau Vertrieb / Einfluss auf Preisgestaltung Energiepreise
 9. Preisgestaltung Netz (Einflussmöglichkeiten auf das Netz)
 10. Schnelle Projektumsetzung im Netzbereich
 11. Auf- bzw. Ausbau reg. Energien
 12. Erzeugung

<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftlich optimale Leistungserbringung (1) Hoher Durchschnittsgewinn (Höhe des angebotenen Ertrages unter Berücksichtigung seiner Plausibilität) (2) Geringes Risiko (Kaufpreiskrisen, Haftung etc.) (3) Vermeidung EK-Einbringung (Angebote zur Art und Weise und Höhe des einzubringenden EK) (6) Steuerlicher Querverbund (9) Preisgestaltung Netz 	600
<ul style="list-style-type: none"> • Qualität der Leistungserbringung (4) Versorgungssicherheit – Qualität des Versorgungsnetzes Einflussnahme auf Netzbetrieb (Angebote zum Netzausbau und zur Netzinstandhaltung, Optimierung der Netzinfrastuktur, Umweltverträglichkeit des Netzbetriebes) (7) <i>Augenhöhe Partner</i> (Einfluss des Auftraggebers auf die Aufgabenerfüllung und die Entscheidungsfindung in der Gesellschaft, Mitbestimmung in der Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung) 	200
<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsfähiges Standortkonzept (8) Aufbau Vertrieb/Einflussnahme auf Energiepreise (11) Auf- und Ausbau reg. Energien Bürgernähe/Einbindung regionaler Unternehmen Arbeitsplatzsicherung Offenheit für weitere Partner 	100

Hauptangebot

Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.

2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3. Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fortschreiben oder anpassen.

Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.

4. Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.
5. Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu beraten.

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdische und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.

7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.
- 9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.
5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zustän-

digen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 6 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
 - Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung
 - Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte
 - Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr,
 - Tagesneuwerte der Anlagen
 - Höhe der nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen,
 - zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
 - Verlustmengen im Netz
 - Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter
 - Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren,
 - Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden)
2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde 50 % der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.
3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen

durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....,

.....,

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Hauptangebot

Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.

2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3. Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fortschreiben oder anpassen.

Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.

4. Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.
5. Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.

Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über

eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.

7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu</p>	<input type="checkbox"/>

Lasten des EVU.	
-----------------	--

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.
5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.

3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 6 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
 - Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung
 - Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder -kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte
 - Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagengegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr,
 - Tagesneuwerte der Anlagen
 - Höhe der nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen,
 - zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
 - Verlustmengen im Netz
 - Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter
 - Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren,
 - Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden),
2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde 50 % der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....,

.....,

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Qualität der Leistungserbringung :
--

Der Bieter könnte hier Regelungen zur Erschließung von Baugebieten, insbesondere von Gewerbe- und Industriegebieten in Abstimmung mit der Gemeinde aufnehmen, so dass eine Unterdimensionierung der Leitungsnetze vermieden wird.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu be-	

raten.	
--------	--

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium der wirtschaftlichen Leistungserbringung eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt, insbesondere auch, zu welcher Art von Kooperation sich der Bieter bei der Leitungsverlegung mit Dritten verpflichten möchte.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechen-

des gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.

5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.	<input type="checkbox"/>
2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.	<input type="checkbox"/>
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbe-	<input type="checkbox"/>

<p>triebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	
---	--

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]
--

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

	Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: Hier dürfen die Bieter auch kürzere Laufzeiten anbieten, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen. Der Vertragsbeginn darf dabei nicht abweichend angeboten werden!
Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.	

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei	

nur die Kosten der Entflechtung.	
----------------------------------	--

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Monate]
----------	---

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und 	

<p>Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden) 	
---	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

...../

...../

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Qualität der Leistungserbringung :
Der Bieter könnte hier Regelungen zur Erschließung von Baugebieten, insbesondere von Gewerbe- und Industriegebieten in Abstimmung mit der Gemeinde aufnehmen, so dass eine Unterdimensionierung der Leitungsnetze vermieden wird.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien, wie z.B: smart grid, smart metering umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.	

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörenden Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.

2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium der **wirtschaftlichen Leistungserbringung** eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt, insbesondere auch, zu welcher Art von Kooperation sich der Bieter bei der Leitungsverlegung mit Dritten verpflichten möchte.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
<p>1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.</p> <p>Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.</p>	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>

Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>
--	--------------------------

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit</p>	<input type="checkbox"/>

sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]
--

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

	Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: Hier dürfen die Bieter auch kürzere Laufzeiten anbieten, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen. Der Vertragsbeginn darf dabei nicht abweichend angeboten werden!
Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.	

§ 11 - Endschaftsbestimmung

- Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert	

nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.	

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.

7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.

9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [Monate]

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder -kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzananschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, 	

<p>aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden), 	
---	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<p>4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.</p>	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung entspricht.

mung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

...../

...../.....

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot

Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Qualität der Leistungserbringung :
--

Der Bieter könnte hier Regelungen zur Erschließung von Baugebieten, insbesondere von Gewerbe- und Industriegebieten in Abstimmung mit der Gemeinde aufnehmen, so dass eine Unterdimensionierung der Leitungsnetze vermieden wird.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu be-	

raten.	
--------	--

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium der wirtschaftlichen Leistungserbringung eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt, insbesondere auch, zu welcher Art von Kooperation sich der Bieter bei der Leitungsverlegung mit Dritten verpflichten möchte.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechen-

des gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.

5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.	<input type="checkbox"/>
2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.	
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbe-	<input type="checkbox"/>

<p>triebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	
---	--

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]
--

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

	Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: Hier dürfen die Bieter auch kürzere Laufzeiten anbieten, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen. Der Vertragsbeginn darf dabei nicht abweichend angeboten werden!
Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.	

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
<p>2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.</p>	
<p>3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.</p>	
<p>4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.</p>	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
<p>5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei</p>	

nur die Kosten der Entflechtung.	
----------------------------------	--

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Monate]
----------	---

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und 	

<p>Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden) 	
---	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

...../

...../

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Qualität der Leistungserbringung :
Der Bieter könnte hier Regelungen zur Erschließung von Baugebieten, insbesondere von Gewerbe- und Industriegebieten in Abstimmung mit der Gemeinde aufnehmen, so dass eine Unterdimensionierung der Leitungsnetze vermieden wird.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien, wie z.B: smart grid, smart metering umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.	

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörenden Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.

2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium der **wirtschaftlichen Leistungserbringung** eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt, insbesondere auch, zu welcher Art von Kooperation sich der Bieter bei der Leitungsverlegung mit Dritten verpflichten möchte.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
<p>1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.</p> <p>Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.</p>	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>

Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>
--	--------------------------

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit</p>	<input type="checkbox"/>

sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]
--

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

	Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: Hier dürfen die Bieter auch kürzere Laufzeiten anbieten, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen. Der Vertragsbeginn darf dabei nicht abweichend angeboten werden!
Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2013 in Kraft und gilt 20 Jahre.	

§ 11 - Endschaftsbestimmung

- Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert	

nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.	

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.

7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.

9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
[Monate]

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder -kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzananschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, 	

<p>aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden), 	
---	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<p>4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.</p>	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung entspricht.

mung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

...../

...../.....

.....
Stadt / Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebote

- Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 100
 - Mitverlegung von kommunalen Leitungen
 - Entfernen von Altleitungen ohne Entschädigungspflicht
 - Endabrechnung der Konzessionsabgaben
 - Endschaftsklausel
 - Entflechtungsmaßnahmen
 - Folgekosten

- Qualität der Leistungserbringung 100
 - Verpflichtungen zur Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG
 - Erschließung von Baugebieten
 - Einsatz neuer Techniken, Umweltfreundlichkeit des Netzbetriebes
 - Zusagen zur Verhinderung des Fahrens auf Verschleiß
 - unterirdische Verkabelung (Strom)
 - Zertifizierungen

Nebenangebote

- Zukunftsfähiges Standortkonzept, Bürgerfreundlichkeit 100
 - Erstellung von Energiekonzepten
 - Beratung von Bürgern
 - Einbindung regionaler Partner
 - Einflussnahmemöglichkeiten der Gemeinde auf das Netz

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/146**

freigegeben am 15.09.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Fritz Sundermann

Datum: 15.09.2010**Entgelte der Kindertagesstätten****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.09.2010	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:**A)**

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten wird mit Wirkung ab dem 01.01.2011 wie folgt neu gefasst:

„Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten

1. Der Anteil der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes soll ab dem 01.01.2011 = 25 % betragen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.
2. Die Entgelte werden in Form eines Fixbetrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleich bleibend.
3. Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50 %. Für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten. Diese Ermäßigung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.
4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für g a n z e Monate erhoben.“

B)

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.01.2011 wie folgt neu festgesetzt:

Krippe:

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags: 240,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 20,-- Euro

Kindergarten:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 89,-- Euro
2	= 84,-- Euro
3	= 79,-- Euro
4 und mehr	= 74,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 109,-- Euro
2	= 104,-- Euro
3	= 99,-- Euro
4 und mehr	= 94,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 187,-- Euro
2	= 177,-- Euro
3	= 167,-- Euro
4 und mehr	= 157,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 38,-- Euro
2	= 35,-- Euro
3	= 32,-- Euro
4 und mehr	= 29,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 10,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen 56,-- Euro

Hort:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 ¼ Stunden nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 106,-- Euro
2	= 101,-- Euro
3	= 96,-- Euro
4 und mehr	= 91,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Essensgeld 56,-- Euro

Sach- und Rechtslage:

A) Vorbemerkungen

Nach dem sonst üblichen Kostendeckungsprinzip des NKAG sind für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben. Für den Bereich Kindertagesstätten ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Fachpersonalkosten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vom Land Niedersachsen in einem pauschalierten Verfahren mit 20 % bezuschusst werden. In Integrationsgruppen werden vom Land Niedersachsen zusätzlich die vollen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft übernommen. Daneben werden in einem pauschalierten Verfahren 25 % (zusätzlich zu den vorgenannten 20 %) der Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkraft zum Ausgleich des geringeren Entgeltaufkommens aufgrund der niedrigeren Platzzahl in Integrationsgruppen vom Land übernommen und eine Sachkostenpauschale zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten gewährt.

Durch § 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) erfolgt eine Abkehr vom Kostendeckungsprinzip. Gemäß § 20 KiTaG in der seit dem 01.08.2002 wieder geltenden Fassung sind die Entgelte für den Besuch von Kindertagesstätten, in denen die Kinder wöchentlich mindestens 15 Stunden am Vormittag betreut werden, so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Sorgeberechtigten zumutbar ist. Die Entgeltsätze sollen sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sorgeberechtigten unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richten und gestaffelt werden. Es ist nicht mehr der Grad der Inanspruchnahme, sondern das Maß der zumutbaren wirtschaftlichen Belastung entscheidender Maßstab für den Elternbeitrag.

Die Umsetzung der Sozialstaffelung erfolgt in unterschiedlichster Art und Weise:

In den übrigen Ammerlandgemeinden erfolgt jeweils eine Staffelung nach Betreuungsdauer und Einkommen mit von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Einkommens- und Entgeltstufen. Empfänger von Wohngeld zahlen hierbei jeweils das niedrigste Entgelt. Übersichten über die Höhe der Kindergarten- und Krippenbeiträge im Ammerland liegen bei.

B) Gemeinde Rastede

Soweit auch ohne Differenzierung mit einem Einheitsbeitrag die Zumutbarkeit auch für Eltern mit niedrigerem Einkommen nicht überschritten wird, ist eine Staffelung nicht geboten. Nach dem Wortlaut des § 20 KiTaG geht es darum, die Belastung der Eltern zumutbar zu halten, nicht um steuerlich genaue Gerechtigkeit.

Auch bei einem Einheitsbeitrag ist in Fällen geringen Einkommens die Übernahme der Kindergartenentgelte im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe möglich.

In der Gemeinde Rastede wurden von 1994 bis Juli 2000 die Entgelte für den Besuch der Kindergärten in Abhängigkeit von den um die Kinderfreibeträge bereinigten positiven Einkünften sowie nach der Kinderzahl gestaffelt. Die jährliche Einstufung nach dem Einkommen hat einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht und war für die Eltern kaum nachvollziehbar.

Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes für Kindertagesstätten und weil ca. 86 % aller Eltern den beiden untersten Entgeltstufen entfielen, hat der Rat in seiner Sitzung am 04.04.2000 mehrheitlich ab dem 01.08.2000 die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder gestaffelt. Der Anteil der Elternentgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben (Zuschüsse Dritter werden nicht abgezogen) sollte bei rechnerischer Vollausslastung der Plätze 25 % betragen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 2003 eine Steigerung des Elternentgeltanteils auf 26 % im Jahr 2004, auf 27 % im Jahr 2005, auf 28 % im Jahr 2006, auf 29 % im Jahr 2007 und auf 30 % ab dem Jahr 2008 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bei der Kalkulation die Ansätze des Vermögenshaushaltes, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht bleiben.

Aufgrund des ab dem Jahr 2009 vorgenommenen Wechsels auf die doppische Buchführung sind ab diesem Zeitpunkt systembedingt alle inneren Verrechnungen sowie die kalkulatorischen Kosten zusammen mit den Bewirtschaftungskosten bei der jeweiligen Kindertagesstätte unter den Sachkonten 481300 und 481310 im Ergebnishaushalt abzurechnen. Zusätzlich sind weitere Positionen, die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagt worden sind, im Rahmen der doppischen Buchführung ebenfalls im Ergebnishaushalt zu buchen.

Unter Berücksichtigung dieser stattgefundenen Veränderungen ist der gewünschte Elternentgeltanteil von 30 % nicht mehr haltbar und anzupassen. Es wird daher vorgeschlagen, den Anteil der Elternentgelte künftig auf 25 % zu senken und anhand der Ausgaben des Ergebnishaushalts für die Kindertagesstätten zu errechnen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.

Ausgehend von den Entwurfszahlen für das Haushaltsjahr 2011 und ohne eine Anpassung der Elternentgelte würde mit den inneren Verrechnungen eine Elternquote von 22,99 % erzielt werden.

Die letzte Erhöhung der Kindergartenentgelte wurde zum 1.8.2004 vorgenommen und zwar auf nachfolgende Beträge:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 81,-- Euro
	2 = 76,-- Euro
	3 = 71,-- Euro
	4 und mehr = 66,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 97,-- Euro
	2 = 92,-- Euro
	3 = 87,-- Euro
	4 und mehr = 82,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 172,-- Euro
	2 = 162,-- Euro
	3 = 152,-- Euro
	4 und mehr = 142,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 33,-- Euro
	2 = 30,-- Euro
	3 = 27,-- Euro
	4 und mehr = 24,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Frühdienst	8,-- Euro
Mittagsdienst	16,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen	43,-- Euro

Seit dem Jahre 2004 sind sowohl die Bewirtschaftungskosten als auch insbesondere die Personalkosten erheblich angestiegen. Ebenso übersteigen die Beschaffungskosten für das Mittagessen inzwischen das bisher hierfür festgelegte Entgelt.

Die gewünschte Elternquote von 30 % konnte trotz dieser gestiegenen Kosten in den vergangenen Jahren durch die Einrichtung und damit verbesserte Förderung von Integrationsgruppen und insbesondere durch die im Jahre 2007 erfolgte Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres erreicht werden. Hierfür wird der Gemeinde ein Betrag von 120,00 Euro monatlich für Halbtagesbetreuung und von 160,00 Euro für Ganztagesbetreuung vom Land gezahlt. Diese Beträge aus der Landesförderung lagen deutlich über den tatsächlich erhobenen Elternentgelten. Durch die Veränderungen infolge der doppelten Buchführung ist dieser Bonus aber aufgezehrt.

Gemäß § 10 KiTaG können die Beiräte der Kindertagesstätten bzw. der Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten Vorschläge zur Regelung der Elternentgelte machen. Eine Abstimmung mit den Beiräten zu der vorgeschlagenen Erhöhung ist bisher nicht erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Entgeltanpassung würde für die kommunalen Kindergärten Mehreinnahmen im Jahre 2011 in Höhe von rd. 5.300 Euro für das Essensgeld und von rd. 25.000 Euro für Benutzungsentgelte bedeuten.

Anlagen:

- Anlage 1 – Entgeltquote 2011
- Anlage 2 – Übersicht Kindergartenbeiträge Ammerland
- Anlage 3 – Übersicht Krippenbeiträge Ammerland
- Anlage 4 – Übersicht Krippenbeiträge Andere

Haushalt 2011 (Entwurf)	Elternentgelte	Entgeltfreies Kindergartenjahr	Zuschüsse Integration	Gesamt
Kindergarten				
Loy	16.300	25.000	32.000	73.300
Marienstraße	38.300	19.500	37.000	94.800
Mühlenstraße	66.200	68.800	0	135.000
Am Voßbarg	48.700	46.800	0	95.500
Feldbreite	36.500	16.500	35.000	88.000
Gesamt	206.000	176.600	104.000	486.600

	Aufwand	Aufwand Personal	Summe Aufwand und Aufwand Personal	interne Verrech. Gebäude	interne Verrech. Grdst.	Gesamt
Haushalt 2011 (Entwurf)						
Kindergarten						
Loy	23.310	233.100		28.630	13.997	
Marienstraße	21.600	278.700		21.147	11.295	
Mühlenstraße	35.950	542.600		32.649	7.150	
Am Voßbarg	27.250	399.000		36.120	5.845	
Feldbreite	20.190	349.400		19.275	8.957	
Gesamt	128.300	1.802.800	1.931.100	137.821	47.244	2.116.165

Entgeltquote:

22,99

mit inneren Verrechnungen

Vergleich der Kindergartenbeiträge im Landkreis Ammerland:

Anlage 2 zu Vorlage 2010/146

Kindergartenjahr: 2010/2011

Gemeinde/ Stadt	Vormittagsgruppen (4 Stunden)		Ganztagsgruppen bzw. ganztägige Betreuung		Ermäßigungen
	Mindestsatz Höchstsat	bis Einkommen ab Einkommen	Mindestsatz Höchstsat	bis Einkommen ab Einkommen	
Apen	72,00 □ 162,00 □	bis 24.000,00 □ ab 48.000,01 □	162,00 □ 364,50 □	bis 24.000,00 □ ab 48.000,01 □	2. Kind: 50 ab 3. Kind:100
Bad Zwischenahn	70,00 □ 171,00 □	bis 18.000,00 □ ab 48.000,01 □	k.A.	k.A.	2. Kind: 50 ab 3. Kind:100
Edewecht	69,00 □ 161,00 □	bis 24.000,00 □ ab 48.000,01 □	123,00 □ 279,00 □	bis 24.000,00 □ ab 48.000,01 □	2. Kind: 50 ab 3. Kind:100
Rastede	<i>Vorschlag:</i> 74,00 € 89,00 €		<i>Vorschlag:</i> 157,00 € 187,00 €		2. Kind: 50 ab 3. Kind:100
Westerstede	74,00 □ 185,00 □	bis 23.000,00 □ über 46.000,00 □	133,00 □ 333,00 □	bis 23.000,00 □ über 46.000,00 □	2. Kind: 50 ab 3. Kind:100
Wiefelstede	75,00 € 165,00 €	bis 18.000,00 € über 54.000,00 €	150,00 € 330,00 €	bis 18.000,00 € über 54.000,00 €	2. Kind 50 ab 3. Kind: 100

Vergleich der Krippenbeiträge im Landkreis Ammerland:

Anlage 3 zu Vorlage 2010/146

Kindergartenjahr: 2010/2011

Gemeinde/ Stadt	Vormittagsgruppen		Ganztagsgruppen bzw. ganztägige Betreuung		Ermäßigungen	Zuschläge für Sonderöffnungszeiten
	Betreuungs- zeit	Gebührenhöhe	Betreuungs- zeit	Gebührenhöhe		
Apen	5 Stunden	bis 24.000,00 € 130,- € bis 30.000,00 € 162,- € bis 36.000,00 € 194,- € bis 42.000,00 € 227,- € bis 48.000,00 € 259,- € ab 48.001,00 € 291,- €	-	-	2. Kind: 50 ab 3. Kind: 100	SÖ pro € Std.: 9,75 € 12,25 € 14,50 € 17,00 € 19,50 € 21,50 €
Bad Zwischenahn	4 Stunden	173,- €	-	-	Geschwisterkinder mind. 4 Std. beitragspflichtig in Hort, Kiga oder Krippe: mtl. 35,- € Rabatt	SÖ pro Stunde: 43,25 €
Edewecht	5 Stunden	220,- €	9 Stunden	360,- €	2. und weitere Kinder 25 Ermäßigung	SÖ pro € Std.: 10 extra
Rastede	5 Stunden	240,- €	-	-	2. Kind: 120,- € ab 3. Kind: 0,- €	SÖ pro € Stunde: 20,- €
Westerstede	4 Stunden	179,- €	-	-	-	SÖ zusätzlicher Beitrag
	5 Stunden	223,- €				
Wiefelstede	5 Stunden	bis 18.000,00 € 157,- € bis 36.000,00 € 190,- € ab 36.000,01 € 252,- €	8 Stunden	Stufe 1: 250,- € Stufe 2: 304,- € Stufe 3: 404,- €	2. Kind 50 ab 3. Kind: 100	SÖ pro € Stunde: Stufe 1: 15,50 € Stufe 2: 19,00 € Stufe 3: 25,00 €

Vergleich der Krippenbeiträge andere Städte und Gemeinden:

Kindergartenjahr: 2010/2011

Oldenburg	5 Stunden	Stufe 1: 104,00 □ Stufe 2: 93,00 □ Stufe 3: 83,00 □	über 6 Std.	Stufe 1: 158,00 □ Stufe 2: 148,00 □ Stufe 3: 137,00 □	2. Kind: 30 ab 3. Kind: 50	-
Leer	4,5 Stunden	bis 21.000,00 □ 80,35 □ bis 26.000,00 □ 107,90 □ bis 31.000,00 □ 134,20 □ ab 31.000,01 □ 161,80 □	9 Stunden	bis 21.000,00 □ 120,52 □ bis 26.000,00 □ 161,85 □ bis 31.000,00 □ 201,30 □ ab 31.000,01 □ 242,70 □	ab dem 2. Kind: jeweils 50	SÖ pro Stunde: 8,45 □
Hude	5 Stunden	bis 29.500,00 □ 144,50 □ bis 38.100,00 □ 155,00 □ bis 47.000,00 □ 176,50 □ bis 55.800,00 □ 197,00 □ ab 55.800,01 □ 218,00 □	6 Stunden	bis 29.500,00 □ 168,50 □ bis 38.100,00 □ 176,50 □ bis 47.000,00 □ 198,00 □ bis 55.800,00 □ 218,00 □ ab 55.800,01 □ 248,50 □	2. Kind: 50 ab 3. Kind: 100	SÖ pro Std.: 12,00 □ 16,00 □ 19,00 □ 22,00 □ 25,00 □
Großenkneten	5 Stunden	<u>mtl. Nettoeinkommen:</u> bis 1.020,00 □ 65,00 □ bis 1.380,00 □ 90,00 □ bis 1.740,00 □ 120,00 □ bis 2.100,00 □ 145,00 □ ab 2.100,01 □ 170,00 □	-	-	2. Kind: 25 ab 3. Kind: 50	-
Wardenburg	4 Stunden	7,5 des Jahreseinkommens mind.: 110,00 □ max.: 384,00 □	7 Stunden	9,2 des Jahreseinkommens mind.: 137,00 □ max.: 480,00 □	2. Kind: 50 3. Kind: 70 ab 4. Kind: 100	Keine zusätzlichen Gebühren für SÖ
Wildeshausen	5 Stunden	Familien mit 1 Kind: bis 13.000,00 □ 119,00 □ bis 19.000,00 □ 144,00 □ bis 25.000,00 □ 170,00 □ bis 31.000,00 □ 197,00 □ bis 37.000,00 □ 225,00 □ bis 43.000,00 □ 255,00 □ ab 43.000,01 □ 314,00 □	-	-	ab 2. Kind 20 zusätzliche Ermäßigung für Familien mit mehreren Kindern	für Früh- und Spätdienst zusätzlich je 10,50 □ mtl.
Ippenburg	4 Stunden	bis 25.565,00 □ 121,00 □ bis 33.234,00 □ 147,00 □ bis 43.460,00 □ 186,00 □ bis 56.243,00 □ 229,00 □ ab 56.244,00 □ 276,00 □	9 Stunden	bis 25.565,00 □ 271,00 □ bis 33.234,00 □ 331,00 □ bis 43.460,00 □ 418,00 □ bis 56.243,00 □ 515,00 □ ab 56.244,00 □ 620,00 □	2. Kind: 30 ab 3. Kind: 50	pro □ Std. SÖ: 11,00 □ 12,00 □ 16,00 □ 19,00 □ 24,00 □

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/198**

freigegeben am 23.11.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Frau Claudia Menze

Datum: 23.11.2010**Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Elternvertreter, Herr Ingo Reese, wohnhaft Pater-Kolbe-Straße 7 in Rastede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.
Herr Andre Hespe, wohnhaft Eichendorffstraße 19 in Rastede, wird als stellvertretender Elternvertreter in den Schulausschuss berufen.
2. Der Schülervertreter, Herr Nikolas Kehmeier, wohnhaft Kortebrügger Straße 17 a in Wiefelstede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.
Frau Eva Keding, wohnhaft von-Humboldt-Straße 6 in Rastede, wird als stellvertretende Schülervertreterin in den Schulausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

In seiner Sitzung am 22.11.2010 hat sich der neu gewählte Gemeindeelternrat konstituiert. Als Vertreter der Elternschaft im Schulausschuss wurde der Vorsitzende des Gemeindeelternrates, Herr Ingo Reese gewählt, als sein Vertreter Herr Andre Hespe.

Die Schülervvertretung der Kooperativen Gesamtschule Rastede hat Herrn Nikolas Kehmeier als neuen Vertreter für den Schulausschuss der Gemeinde Rastede gewählt, als seine Vertreterin Frau Eva Keding.

Die Vorschläge des Gemeindeelternrates und der Schülervvertretung sind für den Schulträger gem. § 110 Nieders. Schulgesetz verbindlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Ohne.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/140

freigegeben am 07.09.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 07.09.2010

Schuleinzugsbereiche der Grundschulen Loy und Feldbreite

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2010	Schulausschuss
N	28.09.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Loy und Feldbreite wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Errichtung eines Multifunktionsraumes in der Grundschule wird nicht vorgenommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede hatte im Jahr 2009 eine Entwicklungsplanung der Rasteder Grundschulen vorgestellt (Vorlage 2009/050). Hinsichtlich der demografischen Entwicklung war festgestellt worden, dass ein Rückgang der Schülerzahlen bei allen Rasteder Schulen zu verzeichnen ist.

Als problematisch wurde der Einschulungsjahrgang 2011/2012 bei der Grundschule Loy gesehen, da dort insbesondere auf Grund des Baugebietes „Südlich Schlosspark“ die Einzügigkeit überschritten wird. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, die Änderung der Schulbezirke vorzubereiten.

Hinsichtlich der allgemein rückgängigen Schülerzahlen wurde auf Landesebene überlegt, den Klassenteiler von derzeit 28 Schülern ggfs. abzusenken. Dies ist jedoch für Grundschulen derzeit noch nicht umgesetzt worden.

Nach den aktuellen Anmeldungen ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass ohne Änderung des Schuleinzugsbereiches ab 2011 für vier Jahre ein zusätzlicher Klassenraum in Loy notwendig wird.

Grundschule Loy -

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	AUR
2010	20	20	17	25	82	4
2011	29	20	20	17	86	5
2012	19	29	20	20	88	5
2013	17	19	29	20	85	5
2014	22	17	19	29	87	5
2015	14	22	17	19	72	4
2016	14	14	22	17	67	4

Insofern wurde die Entwicklungsplanung bestätigt.

Es besteht daher weiterhin ein Handlungsbedarf. Eine zeitweise Änderung des Einzugsgebietes für das betreffende Jahr wäre zur Problemlösung ausreichend, allerdings wurde bereits deutlich, dass viele Eltern aus dem Baugebiet südlich Schlosspark den Bezug zum Hauptort und damit zur Grundschule Feldbreite sehen.

Unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Grundschule Loy und der geäußerten Forderung aus dem Bereich der Bürger aus dem Gebiet „Südlich Schlosspark“ ist deshalb überlegt worden, beiden Bereichen hinreichend gerecht zu werden.

Schülerinnen und Schüler aus dem Gebiet "Südlich Schlosspark" (ab Schuljahr 2011/12)

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt
2011	10				10
2012	7	10			17
2013	5	7	10		22
2014	9	5	7	10	31
2015	6	9	5	7	27
2016	5	6	9	5	25

Derzeit stammen pro Jahrgang etwa 5 bis 10 Kinder aus dem Gebiet südlich Schlosspark, die bei einem Wechsel komplett an der Grundschule Feldbreite beschult werden müssen. Es wird anhand der unten stehenden Grafik deutlich, dass diese Schülerinnen und Schüler dort untergebracht werden können und noch eine Reserve verbleibt.

GS Feldbreite mit Südlich Schlosspark

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	max. 8 AUR
2011	52	47	47	46	192	8
2012	43	52	47	47	189	8
2013	38	43	52	47	180	8
2014	48	38	43	52	181	8
2015	38	48	38	43	167	8
2016	21	38	48	38	145	7

Bei der Grundschule Loy würde sich die komplette Herausnahme des Bereichs südlich Schlosspark wie folgt auswirken:

GS Loy ohne Südlich Schlosspark

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	AUR
2011	19	20	20	17	76	4
2012	12	19	20	20	71	4
2013	12	12	19	20	63	3
2014	13	12	12	19	56	3
2015	8	13	12	12	45	2
2016	9	8	13	12	42	2

Zunächst würde der Bedarf eines zusätzlichen Klassenraumes für vier Jahre vermieden werden. Danach zeichnet sich in den folgenden Jahren eine Zusammenlegung von Klassen ab, da diese nach den Landesvorgaben zusammenzulegen sind, wenn die Schülerzahl über mehrere Jahrgänge 26 in der Summe unterschreitet.

In der vorstehenden Tabelle sind ggfs. noch zu erwartende Zugänge aus dem Baugebiet „Denkmalsweg“ und weitere Bebauungen unberücksichtigt geblieben, da deren Anzahl unbekannt ist. Diese werden sich positiv auf die Schülerzahlen der Grundschule Loy auswirken.

Schuleinzugsbereiche sind vom Schulträger präzise festzulegen. Es wurde jedoch überlegt, ob für den Bereich „Südlich Schlosspark“ die Möglichkeit eingeräumt werden könnte, den Eltern in diesem Gebiet ein Wahlrecht einzuräumen, ob das Kind an der Grundschule Loy oder an der Grundschule Feldbreite beschult werden soll.

Aus den Gesprächen mit Grundstücksinteressenten ist sicher, dass sich ein nicht unerheblicher Teil an die Grundschule Feldbreite orientieren wird. Es wird wegen des ebenfalls guten Angebots an der Grundschule Loy aber davon auszugehen sein, dass die Wahlmöglichkeit nicht für alle Schülerinnen und Schüler aus dem Bereich „Südlich Schlosspark“ genutzt werden wird. Wie die tatsächliche Auslastung der beiden Grundschulen bei Einräumung des Wahlrechtes erfolgen wird, bleibt abzuwarten.

Bekanntlich wurde die Entscheidung über den Antrag der Grundschule Loy auf Errichtung eines Mehrzweckraumes zurückgestellt. Hintergrund war, dass eine endgültige Entscheidung über den Einzugsbereich ausstand. Insofern könnte nun in diesem Zusammenhang entschieden werden.

Die Schülerzahlen sind in Loy trendgemäß rückläufig. Auch wenn das Baugebiet „Denkmalsweg“ sich ggfs. noch positiv auf die Schülerzahlen in Loy auswirkt, ist dort mittelfristig von einer Zusammenlegung von Klassen auszugehen.

Die Größenordnung ist hinsichtlich des oben beschriebenen Wahlrechtes unklar. Wahrscheinlich ist jedoch eine Zusammenlegung von Jahrgängen spätestens ab 2015, weshalb von einem Anbau eines Mehrzweckraumes abzuraten ist. Vielmehr wird ein ehemaliger Klassenraum dann als Mehrzweckraum der Grundschule Loy zur Verfügung stehen.

Sollte entgegen dieser Annahme eine Zusammenlegung mittelfristig nicht stattfinden, ist die Einrichtung eines Mehrzweckraumes in Loy ebenfalls nicht erforderlich, da an der Grundschule Wahnbeck bereits ein Werkraum vorgehalten wird, der nicht ausgelastet ist und in Abstimmung mit der Grundschule Wahnbeck genutzt werden kann. Es steht der Grundschule Loy diese Möglichkeit frei, diese bereits angebotene Option in den Unterricht zu integrieren und - ähnlich dem Schwimmunterricht - wahrzunehmen.

Ebenfalls könnte man in Wahnbek bei dieser Gelegenheit zusätzlich die Schulküche nutzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Satzungsentwurf

Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Loy und Feldbreite

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Neufassung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl S. 473) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.10.2009 (GVBl. S. 366), und des § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.03.1998 (Nds. GVBl S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8.06.2010 (Nds. GVBl S. 232), hat der Rat der Gemeinde Rastede am 13.12.2010 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Die Gemeinde Rastede ist Schulträger für die Grundschulen im Gemeindegebiet Rastede. Sie legt gemäß § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes als Schulträger die Schulbezirke fest.

§ 2 Gegenstand

Für die Schuleinzugsgebiete der Grundschule Loy und der Grundschule Feldbreite wird für das nachfolgend näher bezeichnete Teilgebiet ein Wahlrecht eingeräumt, durch Erklärung eine Beschulung des schulpflichtigen Kindes entweder an der Grundschule Feldbreite oder der Grundschule Loy wahrzunehmen. Das Teilgebiet ist gemeinsamer Schuleinzugsbereich für die Grundschulen Loy und Feldbreite.

Das Wahlrecht findet eine Begrenzung in der möglichen Höchstgrenze der Schülerinnen und Schüler die eine Zweizügigkeit bei der Grundschule Loy ergeben würde oder eine Dreizügigkeit bei der Grundschule Feldbreite.

§ 3 Teilgebiet

Das Teilgebiet wird begrenzt durch die Straßen Oldenburger Straße, Parkstraße, Loyer Weg und Buchenstraße. Zusätzlich zählen die östlich der Buchenstraße gelegenen Grundstücke ab der Hausnummer 40 in Richtung Loyer Weg zu diesem Gebiet. Die Grenzen des Teilgebietes ergeben sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung, die gleichzeitig Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 4 Erklärungsfrist

Maßgeblich für die Feststellung an welcher Grundschule die Beschulung stattfinden wird, ist eine Erklärung der Erziehungsberechtigten. Die Erklärung ist regelmäßig bis zum 30.04. des Jahres vor der Einschulung gegenüber der Grundschule Loy abzugeben. In den Fällen einer Überschreitung der Höchstgrenze der Zügigkeit gilt die Reihenfolge des Erklärungseinganges, wobei Geschwisterkindern Vorrang eingeräumt werden muss.

§ 5 Inkrafttreten

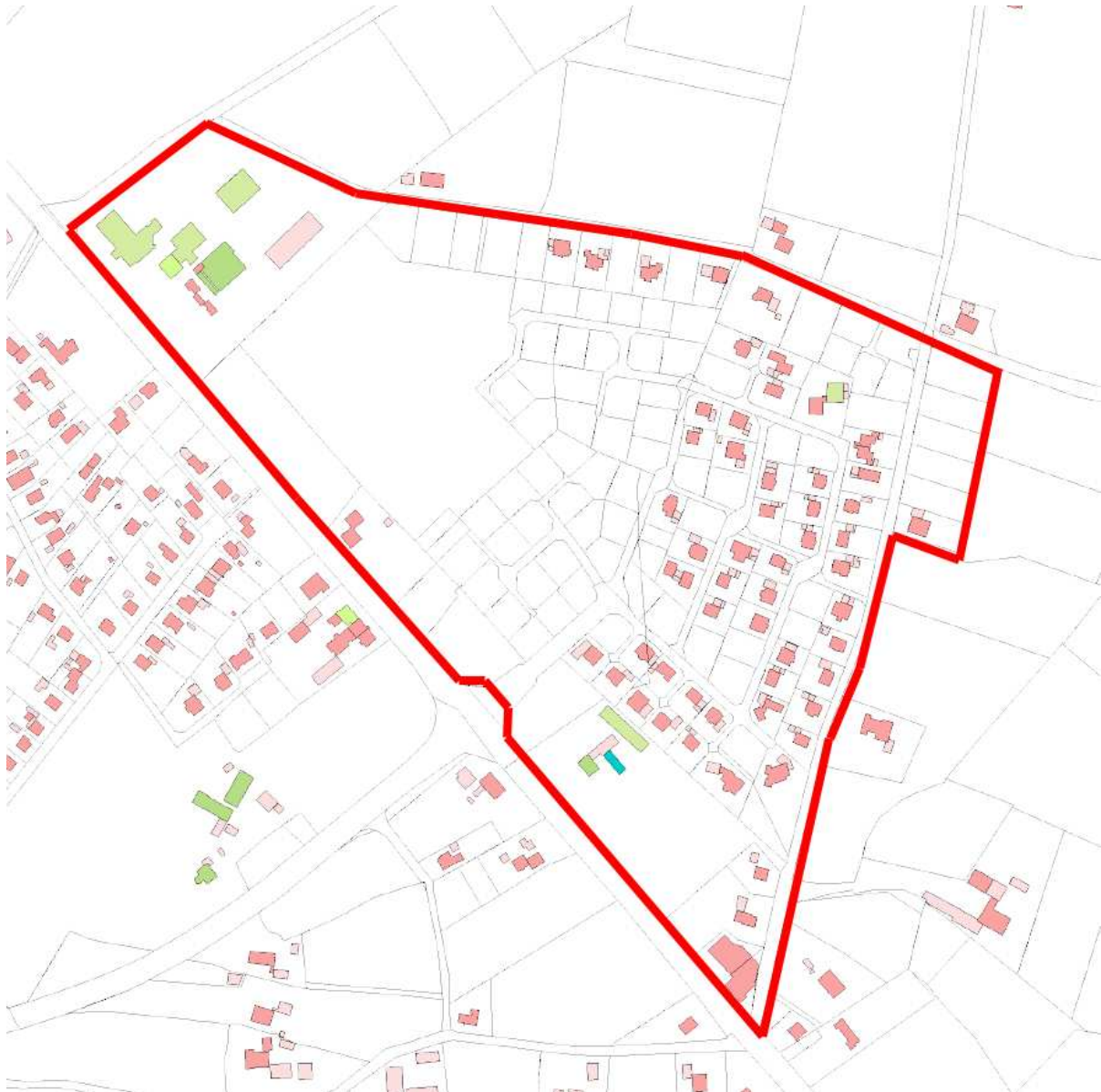
Die Satzung tritt zum 01.02.2011 in Kraft.

Rastede, den 13.12.2010

Gemeinde Rastede
Der Bürgermeister

Decker

Anlage 1 zur Satzung der Anpassung der Schuleinzugsgebiete Loy und Feldbreite



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/202

freigegeben am 29.11.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Frau Vievien Padecken

Datum: 29.11.2010

Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.12.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Das Gebiet der Gemeinde Rastede wird für die Kommunalwahl 2011 in zwei Wahlbereiche eingeteilt.

Die Abgrenzung der Wahlbereiche wird gegenüber der Kommunalwahl 2006 nicht verändert und gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage festgelegt.

Sach- und Rechtslage:

Durch Verordnung vom 26.07.2010 hat die Niedersächsische Landesregierung festgelegt, dass die kommunalen allgemeinen Neuwahlen der Ratsfrauen und Ratsherren in den Gemeinden und Samtgemeinden, der Kreistagsabgeordneten und der Regionsabgeordneten am 11. September 2011 stattfinden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 09.11.2010 das „Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Bestimmungen“ verabschiedet, welches am 19.11.2010 in Kraft getreten ist.

Wesentliche Änderungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung sind:

- Wegfall der Stichwahl
- Veränderte Vorgaben für die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlbereiche
- Ergänzung zur Frage der Feststellung von Ersatzpersonen bei wahlbereichsübergreifendem Nachrücken
- Harmonisierung mit bundeswahlrechtlichen Veränderungen
(Vereinfachung der Verfahren zur Erteilung von Wahlscheinen und zur Aushändigung von Wahlscheinen mit Briefwahlunterlagen an andere als die Wahlberechtigten, Regelungen zur Vermeidung unzureichender Wahlscheinanträge, zur Parteizugehörigkeit von Parteibewerbern auf Wahlvorschlägen, Klarstellung für die Fristenberechnung zur Wahlberechtigung)

Die Änderungen sind bereits bei der Kommunalwahl 2011 zu berücksichtigen.

Wahlbereich/e

Gemäß § 7 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) wird die Kommunalwahl in sogenannten Wahlbereichen durchgeführt. Gemäß § 7 Abs. 3 NKWG können Wahlgebiete, in denen die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter mindestens 34 und höchstens 39 beträgt, in zwei Wahlbereiche eingeteilt werden. Die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter beträgt in der Gemeinde Rastede 34.

Insofern besteht für die Gemeinde Rastede nun das Wahlrecht, entweder das Gemeindegebiet in zwei Wahlbereiche einzuteilen oder für das gesamte Gemeindegebiet einen einheitlichen Wahlbereich zu bilden. In der Vergangenheit wurden stets 2 Wahlbereiche gebildet, was der damaligen Mindestzahl der Wahlbereiche nach § 7 Abs. 4 NKWG (alt) entsprach. Im Jahr 2006 erfolgte zuletzt eine kleine Änderung des Grenzverlaufes der Wahlbereiche.

Sofern man der Variante A (Einteilung in zwei Wahlbereiche) folgt, ist der Vollständigkeit halber festzustellen, dass die örtlichen Verhältnisse gemäß § 7 Abs. 6 NKWG bei der Abgrenzung der Wahlbereiche zu berücksichtigen sind. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungsanzahl der Wahlbereiche soll nicht mehr als 25 % nach oben oder unten betragen.

Im Wahlbereich Nord wurde mit Stichtag von 01.07.2010 eine Bevölkerungszahl in Höhe von 9.782 Einwohnern festgestellt. Der größere Wahlbereich Süd hat eine Bevölkerungsanzahl in Höhe von 10.821 Einwohnern. 10.821 Einwohner zu 9.782 Einwohner steht im Verhältnis 52,52 / 47,48. Somit beträgt der Unterschied prozentual lediglich 5,04 %-punkte. Somit wäre die gesetzliche Schwankungsbreite eingehalten und die Wahlbereiche wären nicht zu ändern.

Eine Begutachtung der Gewichtung der einzelnen Wahlbereiche kann bei Variante B entfallen.

Wahlbezirke

Die Wahlbereiche werden von der Gemeinde in mehrere Wahlbezirke unterteilt. Hinsichtlich der Sicherstellung der geheimen Wahl ist die Größe der Wahlbezirke wichtig. In den Wahlgesetzen wird die maximale Größe eines Wahlbezirkes mit 2.500 Wahlberechtigten definiert. Um den Grundsatz der geheimen Wahl zu beachten, darf die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirkes jedoch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie Wählergruppen oder gar einzelne Wahlberechtigte gewählt haben. Wie aus Bekanntmachungen des Landeswahlleiters ersichtlich, ist als Untergrenze die Anzahl von 50 Wählern (nicht Wahlberechtigten) ausschlaggebend.

Da man von der Anzahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen ausgehen muss, ist die Anzahl der Wahlberechtigten anhand der geringsten Wahlbeteiligung (Europawahl 2009 rd. 41%) hochzurechnen. Es ergibt sich eine ungefähre Minimalgröße eines Wahlbezirkes von 122 Wahlberechtigten.

Die beiden Wahlbereiche (Nord und Süd) sind bisher eingeteilt in insgesamt 24 Wahlbezirke (1-12 und 20-31). Einige der Wahlbezirke haben weniger als 500 Wahlberechtigte, ein Wahlbezirk sogar weniger als 100 Wahlberechtigte, daher sind diese kleineren Wahlbezirke zu mehreren größeren zusammenzufügen.

Folgender Wahlbezirk ist unter der Anforderungsgrenze:

Wahlbezirk 29: Ipwegermoor mit derzeit 96 Wahlberechtigten.

Dieser Wahlbezirk wird geändert / zusammengelegt, da sich mit nur 96 Wahlberechtigten die Frage des Grundsatzes des Wahlgeheimnisses stellt. Hier bietet sich eine Zusammenlegung mit dem Wahlbezirk 28 Ipwege an. Der Wahlvorstand von Ipwegermoor hatte bei den letzten beiden Wahlen bereits von sich aus eine Zusammenlegung angesprochen.

Weitere grenzwertige Wahlbezirke:

Auch bei den folgenden Wahlbezirken bietet sich eine Zusammenlegung an, da die Anzahl der Wahlberechtigten sehr gering ist:

Wahlbezirk 11: Wapeldorf mit derzeit 182 Wahlberechtigten

Wahlbezirk 5: Delfshausen mit derzeit 290 Wahlberechtigten

Wahlbezirk 6: Kleibrok – Lehmdermoor mit derzeit 295 Wahlberechtigten

Insofern werden diese Wahlbezirke im Benehmen mit den jeweiligen Wahlvorständen wie folgt zusammengefasst:

Wahlbezirk 5 Delfshausen und 6 Kleibrok – Lehmdermoor werden zu einem Wahlbezirk zusammengefasst. Dieser neue Wahlbezirk hätte dann 585 Wahlberechtigte.

Wahlbezirk 11 Wapeldorf wird mit 10 Bekhausen zusammengelegt werden. Dieser Wahlbezirk hätte dann 695 Wahlberechtigte.

Zerlegen/Aufteilen der größeren Wahlbezirke:

Bei den Nachbargemeinden werden die Wahlbezirke zu je rund 800 Wahlberechtigte eingeteilt. Dies erzielt, wie bei den vorherigen Wahlen zu sehen, den Effekt, dass die Wahlergebnisse zügiger festgestellt und an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werden können. Die Gemeinde Rastede hat bei den vergangenen Wahlen stets als letzte Kommune aus dem Kreisgebiet die Wahlergebnisse zum Landkreis Ammerland bzw. zur Stadt Oldenburg melden können.

Folgende größere Wahlbezirke werden daher in kleinere Wahlbezirke aufgeteilt:

Wahlbezirk 001 Rastede mit 1287 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 513 / 774 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 002 Rastede Kleibrok mit 1395 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 801 / 594 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 003 Rastede Hankhausen mit 1188 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 584 / 604 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 021 Südende I mit 1222 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 501 / 721 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 031 Wahnbeek Süd mit 1284 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 611 / 673 Wahlberechtigten.

Eine Auflistung über die sich ergebende Einteilung der Wahlbezirke liegt als Anlage 2 bei.

Sofern weiterhin zwei Wahlbereiche bestehen sollen, werden die Wahlbezirke zur besseren Übersichtlichkeit zukünftig mit „N“ für die Wahlbezirke, die sich im Wahlbereich Nord und „S“ für die Wahlbezirke, die sich im Wahlbereich Süd befinden, ergänzend zur Nummer benannt. Bei nur einem Wahlbereich würde der Zusatz „N“ bzw. „S“ entfallen.

Finanzielle Auswirkungen:

Erfrischungsgelder:

Die jetzigen 24 Wahlbezirke haben jeweils 8 Wahlhelfer. Jeder dieser Wahlhelfer erhält für die ehrenamtliche Tätigkeit ein Erfrischungsgeld in Höhe von 25,- €. Dies ergibt Kosten für Erfrischungsgelder für einen Wahltag in Höhe von 4.800,- €. Eine Neueinteilung nach den vorstehenden Planungen wird Mehrkosten bei den Erfrischungsgeldern in Höhe von 400,- € je Wahltag auslösen.

Verteilung der Wahlunterlagen:

Die Verteilung der Wahlunterlagen an die 24 Wahllokale wird durch den Bauhof der Gemeinde Rastede vorgenommen. Dieser wird durch die Verteilung der Wahlunterlagen etc. für zwei zusätzliche Wahllokale einen größeren Aufwand in Rechnung stellen.

Anlagen:

Anlage 1 – Abgrenzung Wahlbereiche für Variante A

Anlage 2 – Liste mit den Wahlbezirken und Wahllokalen



Abgrenzung der Wahlbereiche und -bezirke

I. Bisherige Aufteilung

Wahlbereich Nord	Wahllokal	Relevanz: Wahlbezirk		Relevanz: Wahlbereich	
		Wahlberechtigte Anteil 48,06 %	Einwohner 47,48 %	Anteil	
001 Rastede I	GS Kleibrok	1287	1515		
002 Rastede- Kleibrok	Ev. Gemeindehaus	1395	1702		
003 Rastede-Hankhausen	Schützenhalle	1188	1317		
004 Hostemost - Liethe	Firma Brötje	443	503		
005 Delfshausen	Gaststätte Decker	290	349		
006 Kleibrok - Lehmdermoor	Schule Südbäke	295	353		
007 Hahn	Feuerwehr Hahn	612	766		
008 Lehmden	GS Lehmden	760	886		
009 Nethen	Dorfgemeinschaftshaus	863	1021		
010 Bekhausen R. u. H.	Dorfgemeinschaftshaus	513	588		
011 Wapeldorf	Mehrzweckgebäude	182	212		
012 Rastede Nordpol	GS Kleibrok	492	570		
Insgesamt		8320	9782		

Wahlbereich Süd	Wahllokal	Relevanz: Wahlbezirk		Relevanz: Wahlbereich	
		Wahlberechtigte Anteil 51,94 %	Einwohner 52,52 %	Anteil	
020 Rastede II	KGS	900	1063		
021 Südende I	Genossenschaftsakademie	1222	1446		
022 Südende II	Schule Voßbarg	788	992		
023 Leuchtenburg	GS Leuchtenburg	513	635		
024 Neusüdende I und II	Feuerwehr Neusüdende	535	644		
025 Kleinenfelde	Schule Voßbarg	608	680		
026 Loy-Barghorn	Feuerwehr Loy-Barghorn	969	1169		
027 Wahnbek Nord	Ev. Gemeindehaus	923	1061		
028 Ipwege	GS Wahnbek	786	893		
029 Ipwegermoor	Birkenkrug	96	104		
030 Hankhausen I und II	Gaststätte Küpker	367	494		
031 Wahnbek Süd	GS Wahnbek	1284	1640		
Insgesamt		8991	10821		

II. Geplante Aufteilung

Wahlbereich Nord	Wahllokal	Relevanz: Wahlbezirk		Relevanz: Wahlbereich	
		Wahlberechtigte Anteil 48,06 %	Einwohner 47,48 %	Anteil	
N1 Rastede I Nord	Feuerwehrhaus Rastede	513	627		
N2 Rastede I Süd	GS-Kleibrok	774	888		
N3 Rastede- Kleibrok Nord	Ev. Gemeindehaus	801	1009		
N4 Rastede- Kleibrok Süd	Kindergarten Marienstraße	594	693		
N5 Rastede-Hankhausen West	Schützenhalle Mühlenstraße	584	646		
N6 Rastede-Hankhausen Ost	Kindergarten Mühlenstraße	604	671		
N7 Hostemost - Liethe	Firma Brötje	443	503		
N8 Delfshausen-Kleibrok-Lehmdermoor	Gaststätte Decker	585	702		
N9 Hahn	Feuerwehr Hahn	612	766		
N10 Lehmden	GS Lehmden	760	886		
N11 Nethen	Dorfgemeinschaftshaus	863	1021		
N12 Bekhausen Rastederberg Heubült Wapeldorf	Dorfgemeinschaftshaus	695	800		
N13 Rastede Nordpol	GS Kleibrok	492	570		
Insgesamt		8320	9782		

Wahlbereich Süd	Wahllokal	Relevanz: Wahlbezirk		Relevanz: Wahlbereich	
		Wahlberechtigte Anteil 51,94 %	Einwohner 52,52 %	Anteil	
S20 Rastede II	KGS	900	1063		
S21 Südende I Süd	Genossenschaftsakademie	501	853		
S22 Südende I Nord	Genossenschaftsakademie	721	593		
S23 Südende II	Schule Voßbarg	788	992		
S24 Leuchtenburg	GS Leuchtenburg	513	635		
S25 Neusüdende I und II	Feuerwehr Neusüdende	535	644		
S26 Kleinenfelde	Schule Voßbarg	608	680		
S27 Loy-Barghorn	Feuerwehr Loy-Barghorn	969	1169		
S28 Wahnbek Süd	Ev. Gemeindehaus	923	1061		
S29 Ipwege / Ipwegermoor	GS Wahnbek	882	997		
S30 Hankhausen I und II	Gaststätte Küpker	367	494		
S31 Wahnbek West	GS Wahnbek	611	765		
S32 Wahnbek Mitte	Feuerwehr Ipwege-Wahnbek	673	875		
Insgesamt		8991	10821		

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/126

freigegeben am 18.08.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 18.08.2010**Darlehensaufnahme aus der Kreisschulbaukasse****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.09.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Aufnahme der nachstehenden Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wird zugestimmt.

Maßnahme	Darlehen KSBK
KGS Rastede (Gebäude Feldbreite) Einbau einer Sonnenschutzanlage	28.600 €
KGS Rastede (Gebäude Feldbreite) Einrichtung einer Schulküche	37.700 €
KGS Rastede (Grundstück Feldbreite) Errichtung einer Schulsportanlage	298.400 €
Insgesamt:	364.700 €

Die Darlehen sind zinslos und in 20 Jahren zurückzuzahlen.

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Ammerland hat für drei Maßnahmen zinslose Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von insgesamt 364.700 € gewährt. Eine endgültige Festsetzung der Höhe des jeweils tatsächlich gewährten Darlehens erfolgt durch den Landkreis Ammerland nach Vorlage eines Verwendungsnachweises.

Die Darlehen sind ab dem Jahr nach der Auszahlung mit 5 v.H. der ursprünglichen Darlehenssumme zu tilgen. Aufgrund der Liquidität der Kreisschulbaukasse kann sich die Auszahlung der Darlehen verzögern.

Finanzielle Auswirkungen:

Vorausgesetzt der Gesamtbetrag der Darlehen in Höhe von 364.700 € wird im Jahre 2011 ausgezahlt, dann ist ab dem Jahr 2012 mit einer zusätzlichen Tilgungsrate in Höhe von 18.235 € jährlich zu rechnen.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/200

freigegeben am 24.11.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 24.11.2010

Haushalt 2008 - Beschluss über die Jahresrechnung 2008, Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.12.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 33.697.661,31 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. mit dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2008 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2008 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2008 keine Gründe ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Vermerk über die Vollständigkeit

Anlage 2: Rechenschaftsbericht

Anlage 3: Prüfbericht RPA

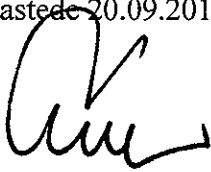
Anlage 4: Stellungnahme zum Prüfbericht

0. 2. Feststellungsvermerk

Die Jahresrechnung 2008 enthält alle Bestandteile, die unter Punkt 0. 1. im Inhaltsverzeichnis aufgeführt sind.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2008 wird festgestellt.

Rastede 20.09.2010



Decker
Bürgermeister



Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede 2008

mit Anlagen

Inhaltsverzeichnis Rechenschaftsbericht

I. Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2008

A) Daten der Haushaltsplanung

- | | |
|--|---------|
| 1. Haushaltssatzung | 01 - 02 |
| 2. Weitere Eckdaten zur Haushaltsplanung | 02 |

B) Ergebnisse der Jahresrechnung

- | | |
|---|---------|
| 1. Ergebnis der Haushaltrechnung | 03 |
| 2. Abschlussergebnis Verwaltungshaushalt | 04 |
| 3. Abschlussergebnis Vermögenshaushalt | 04 |
| 4. Zuführung zum Vermögenshaushalt | |
| a) Pflicht- und Sollzuführung | 05 |
| b) Unterjährige Zuführung | 06 |
| c) Finanzwirtschaftliche Bedeutung | 06 |
| 5. Allgemeine Rücklage | 07 |
| 6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben | 08 |
| 7. Haushaltsreste | 09 - 10 |
| 8. Entwicklung der Kassenlage | 10 |
| 9. Außerhaushaltsmäßige Rechnung (Verwahr und Vorschuss) | 10 - 11 |
| 10. Nebenrechnung nach § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung für die leistungsgebundenen kostenrechnenden Einrichtungen | 11 - 13 |
| a) öffentliche Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung | 12 |
| b) öffentliche Einrichtung Regenwasserbeseitigung | 13 |
| 11. Zusammenfassung | 14 |

C) Gegenüberstellung Haushaltsplanung – Jahresergebnisse

- | | |
|--|---------|
| 1. im Rahmen des budgetorientierten Haushaltes | 15 |
| a) auf Ebene der Budgets | 16 |
| b) auf Ebene der Teilbudgets | 17 - 18 |
| c) auf Ebene der Anteilbudgets | 19 - 23 |
| 2. im Rahmen des herkömmlichen Haushaltes auf Ebene der Einzelpläne | 24 - 25 |
| 3. in der Betrachtung nach Gruppierungen (mit Erläuterungen zu den erheblichen Abweichungen) | 25 - 37 |

D) Überblick über die Haushaltswirtschaft

- | | |
|--|---------|
| 1. Allgemeines | 38 |
| 2. Investitionen und Investitionsförderung | 38 - 39 |
| 3. Abgeschlossene Baumaßnahmen | 40 |
| 4. Regiekostenrechnung | 41 |

II. Kredit- und Vermögenswirtschaft im Haushaltsjahr 2007

- | | |
|-------------------------|----|
| 1. Kreditwirtschaft | 42 |
| 2. Schuldenentwicklung | 43 |
| 3. Vermögensentwicklung | 44 |

III. Anlagen

1. Einzeldarstellung über- und außerplanmäßige Ausgaben
 - a) Verwaltungshaushalt
 - b) Vermögenshaushalt
2. Gegenüberstellung Haushaltssoll – Anordnungssoll in der Betrachtung einzelner Haushaltsstellen
3. Im Haushaltsjahr 2008 fertiggestellte Maßnahmen

Rechenschaftsbericht

über die Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2008

Gemäß § 100 Abs. 1 S. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. In diesem sind nach § 44 Abs. 4 S. 1 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) insbesondere die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen darzustellen bzw. zu erläutern. Zudem ist nach § 44 Abs. 4 S. 2 GemHVO im Rahmen des Rechenschaftsberichtes ein Überblick über die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres zu gewähren.

I. Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2008

A) Daten der Haushaltsplanung

1. Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung 2008 der Gemeinde Rastede wurde am 11.12.2007 mit Beschluss des Rates erlassen. Mit Verfügung vom 10.01.2008 wurde die Haushaltssatzung vom Landkreis Ammerland als Aufsichtsbehörde im Rahmen der Rechtsaufsicht genehmigt. Auf den Erlass einer Nachtragssatzung wurde verzichtet.

Folgende Einnahme- und Ausgabevolumen wurden veranschlagt:

- **im Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme	26.112.300 Euro
in der Ausgabe	26.112.300 Euro
- **im Vermögenshaushalt**

in der Einnahme	7.623.800 Euro
in der Ausgabe	7.623.800 Euro

Desweiteren wurden in der Haushaltssatzung folgende Festsetzungen getroffen:

- Höhe der Kreditermächtigung 200.700 Euro
- Höhe der Verpflichtungsermächtigungen 832.000 Euro
- Höhe der zulässigen Kassenkredite 1.500.000 Euro

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern wurden für 2007 – wie im Vorjahr – in folgender Höhe festgesetzt:

- | | |
|-----------------|----------|
| • Grundsteuer A | 280 v.H. |
| • Grundsteuer B | 300 v.H. |
| • Gewerbesteuer | 310 v.H. |

2. Weitere Eckdaten zur Haushaltsplanung

Neben den in der Haushaltssatzung getroffenen Festsetzungen sind folgende Eckdaten zur Haushaltsplanung 2008 herauszustellen:

- | | |
|--|---------------------------------|
| • Zuführung zum Vermögenshaushalt | 2.987.044 Euro |
| • Rücklagenentnahme | 1.129.469 Euro |
| • Ordentliche Tilgung | 292.055 Euro (Pflichtzuführung) |
| • Nettokreditaufnahme | 15.844 Euro |
| • Investitionsvolumen
(nach Rechnungsquerschnitt) | 7.665.225 Euro |

B) Ergebnisse der Jahresrechnung

1. Haushaltrechnung

Die Haushaltsrechnung für 2007 weist folgendes Ergebnis aus:

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	25.316.289,29 €
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	<u>8.436.303,81 €</u>
Summe Soll-Einnahmen	33.752.593,10 €

+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	54.931,79 €

Summe bereinigter Soll-Einnahmen	33.697.661,31 €
---	------------------------

Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	25.293.057,47 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	7.106.439,59 €
(darin enthalten: Überschuss nach § 42 III S.2 GemHVO:	<u>471.100,64 €</u>)
Summe Soll-Ausgaben	32.399.497,06 €

+ neue Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	1.063,08 €
Vermögenshaushalt	1.843.549,77 €

- Abgang alter Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	27.252,86 €
Vermögenshaushalt	519.195,74 €

- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 €
-----------------------------------	--------

Summe bereinigter Soll-Ausgaben	33.697.661,31 €
--	------------------------

Etwaiger Unterschied	
	bereinigte Soll-Einnahme
	33.697.661,31 €
abzüglich	bereinigte Soll-Ausgabe
	<u>33.697.661,31 €</u>
Fehlbetrag	<u><u>0,00 €</u></u>

Im Abschluss sind enthalten:

Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.987.044,91 €
Zuführung an den Verwaltungshaushalt	0,00 €

2. Abschlussergebnis Verwaltungshaushalt

	Haushaltssoll	Ergebnis (AO-Soll)	+ / –
Einnahmen	26.112.300,00	25.316.289,29	- 796.010,71
Ausgaben	<u>26.112.300,00</u>	<u>25.293.057,47</u>	- 798.196,19
Überschuss	0,00	2.987.044,91	

Im Ergebnis schloss der Verwaltungshaushalt mit Einnahmen i. H. v. 25.266.867,69 Euro und mit Ausgaben i. H. v. 22.279.822,78 Euro ab. Dem Vermögenshaushalt konnte somit ein Betrag i. H. v. 2.987.044,91 Euro zugeführt werden. Die veranschlagte Mindestzuführung i. H. v. 306.300 Euro wurde somit erheblich überschritten. Die Verbesserung im Ergebnis resultiert aus den Minderausgaben i. H. v. 3.832.477,22 Euro und Mindereinnahmen i. H. v. 796.010,71 Euro.

3. Abschlussergebnis Vermögenshaushalt

	Haushaltssoll	Ergebnis (AO-Soll)	+ / –
Einnahmen	7.623.800,00	8.436.303,81	+ 812.503,81
Ausgaben	<u>7.623.800,00</u>	<u>7.106.439,59</u>	– 538.406,75
Überschuss	0,00	471.100,64 (Zuführung zur allg. Rücklage)	

Im Ergebnis schloss der Vermögenshaushalt mit Einnahmen i. H. v. 8.430.793,62 Euro und mit Ausgaben i. H. v. 7.959.692,98 Euro ab. Die Einnahme beinhaltet die Zuführung vom Verwaltungshaushalt i. H. v. 2.987.044,91 Euro, eine Rücklagenentnahme in Höhe von 1.129.469,57 und eine Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse i. H. v. 307.900,00 Euro. Im Rahmen des Jahresabschlusses konnte der verbliebene Überschuss der Einnahmen über den Ausgaben i. H. v. 471.100,64 Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

4. Zuführung zum Vermögenshaushalt

a) Pflicht- und Sollzuführung

Soweit sich aus der Gegenüberstellung von Solleinnahmen und Sollausgaben im Verwaltungshaushalt ein Überschuss ergibt, ist dieser dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Gemäß § 22 Abs. 1 S. 2 GemHVO muss die Zuführung mindestens so hoch sein, dass damit die ordentliche Tilgung der Kredite gedeckt werden kann (Pflichtzuführung). Zudem soll die Zuführung die aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen umfassen (§ 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO).

Im Haushaltsplan wurde eine (Pflicht-)Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. 306.300 Euro veranschlagt.

Nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnung 2008 stellt sich die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt wie folgt dar:

- Mindesthöhe der Zuführung nach § 22 Abs. 1 S. 2 GemHVO (Pflichtzuführung)

Ordentliche Tilgung von Krediten	292.055,32 €
<u>+ Kreditbeschaffungskosten (§ 22 Abs. 2 GemHVO)</u>	<u>0,00 €</u>
= Pflichtzuführung nach § 22 Abs.1 S.2 GemHVO	292.055,32 €

- Zuführung mindestens in Höhe der durch spezielle Entgelte gedeckten Abschreibungen nach § 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO

- Schmutzwasser, einschl. Fäkalschlamm	640.991,14 €
	<u>1.431,99 €</u>
	642.423,13 €
- Regenwasser (eine Gebühr wird nicht erhoben)	0,00 €
- Märkte	0,00 €
- Obdachloseneinrichtung (Bei Entgeltdeckung 100 %)	3.472,18 €
<u>- Straßenreinigung</u>	<u>0,00 €</u>
= Mindestzuführung nach § 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO	645.895,31 €

Tatsächliche Zuführung (Anordnungssoll) 2.987.044,91 €

Gegenüberstellung Anordnungssoll – Mindestzuführung
= Nettozuführung 2.694.989,59 €

Im Ergebnis (Anordnungssoll) beträgt die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt 2.987.044,91 Euro. Abzüglich der Pflichtzuführung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 GemHVO i. H. v. 292.055,32 Euro ergibt sich eine Nettozuführung i. H. v. 2.694.989,59 Euro.

b) Unterjährige Zuführung zum Vermögenshaushalt

Im Rahmen einer eingeführten Budgetierung erlaubt es die Gemeindehaushaltsverordnung innerhalb der untersten Budgetebene (Teil- oder Anteilbudget) Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt zu sparen, um sie im Vermögenshaushalt für Anschaffungen bereitzustellen, (§ 18 Abs. 3 GemHVO). Darüber hinaus können nach § 17 Abs. 3 GemHVO Mehreinnahmen oder nicht verwendete zweckgebundenen Einnahmen im Verwaltungshaushalt für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt verwendet werden.

Die Bereitstellung im Vermögenshaushalt setzt eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nach dem bekannten haushaltsrechtlichen Verfahren voraus. Dieses Verfahren wurde 2008 ausweislich der unterjährigen Einzuführung lt. UVN-Fin in 24 Fällen angewandt. Dabei wurden insgesamt Haushaltsmittel i. H. v. 21.046,34 Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt.

c) Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zuführung

Tatsächliche Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.987.044,91 €
---	----------------

Anteil der Bruttozuführung (2.987.044,91 €) an den Ist-Ausgaben des Vermögenshaushaltes

- | | |
|--|---------|
| • einschließlich Rücklagenzuführung (8.104.034,95 €) | 36,86 % |
| • ohne Rücklagenzuführung (7.632.934,31 €) | 39,13 % |

Anteil der Nettozuführung (2.694.989,59 €) an den um die Ausgaben für Tilgung und Kreditbeschaffungskosten bereinigten Ist-Ausgaben des Vermögenshaushaltes

- | | |
|--|---------|
| • einschließlich Rücklagenzuführung (8.104.034,64 €) | 33,25 % |
| • ohne Rücklagenzuführung (7.632.934,31 €) | 35,31 % |

Anteil der Zuführungen im Sinne der §§ 17 Abs. 3 und 18 Abs. 3 GemHVO (37.540,99 €) an der Nettozuführung (2.694.989,59 €)

1,39 %

5. Allgemeine Rücklage

Zur Deckung der Ausgaben im Vermögenshaushalt war für das Haushaltsjahr 2008 eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage i. H. v. 3.485.800 Euro vorgesehen. Das Rechnungsergebnis weist tatsächlich eine Rücklagenentnahme i. H. v. brutto 1.129.469,57 Euro aus. Aufgrund der hohen Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt war im Ergebnis ein Rückgriff auf die allgemeine Rücklage nur in verhältnismäßig geringem Maße erforderlich.

Eine Rücklagenzuführung war für das Haushaltsjahr 2008 nicht ausgewiesen. Das Rechnungsergebnis weist im Vermögenshaushalt allerdings einen Einnahmeüberschuss i. H. v. 2.949.503,92 Euro aus. Da der Einnahmeüberschuss nicht zur Deckung von Fehlbeträgen im Verwaltungshaushalt herangezogen werden musste, konnte dieser nach § 22 Abs. 3 GemHVO der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die Allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2008 einen Bestand i. H. v. 5.916.601,31 Euro aus.

Übersicht über die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage:

Rücklagenbestand am 01.01.2008	6.574.970,24 €
Rücklagenentnahme in 2008	1.129.469,57 €
Rücklagenzuführung in 2008	471.100,64 €
Rücklagenbestand am 31.12.2008	5.916.601,31 €

Der Bestand der Allgemeinen Rücklage muss nach § 20 Abs.2 GemHVO mindestens 1 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der drei dem entsprechenden Haushaltsjahr vorangehenden Jahre betragen. Dieser Mindestbestand soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse).

Zur Ermittlung des Mindestbestandes für das Haushaltsjahr sind folgende Ausgabevolumen (Anordnungssoll) heranzuziehen:

2005	31.244.745,12 €
2006	27.221.685,05 €
2007	33.697.661,31 €
Durchschnitt	30.721.363,83 €
Mindestbestand	307.213,63 €

Mit einer Höhe von rund 5,9 Mio. Euro liegt der Rücklagenbestand weit über dem Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage.

6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Mit Beschluss der Haushaltssatzung hat der Rat der Gemeinde Rastede den Rahmen für die Haushaltsführung festgelegt. Nach dem Kassenwirksamkeitsprinzip und dem Grundsatz der Haushaltswahrheit sind dabei alle nach sorgfältigen Berechnungen und Schätzungen voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben zu veranschlagen.

Im Laufe des Haushaltsjahres weicht die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben jedoch von der Planung ab. Sind über den im Haushaltsplan vorgegebenen Rahmen hinaus Ausgaben zu leisten, so können im Hinblick auf eine flexible Haushaltsführung über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben eingegangen werden.

Innerhalb der Budgets sind auf jeweils unterster Ebene im Rahmen der Budgetierungsbestimmungen die Ausgaben gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus ist diese Deckungsfähigkeit nicht gegeben und es handelt sich um über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im haushaltsrechtlichen Sinn.

Der über- bzw. außerplanmäßige Bedarf erfüllte die Voraussetzung der Unvorhergesehenheit und der Unabweisbarkeit. Die Deckung erfolgte innerhalb des laufenden Haushaltsjahres überwiegend durch Minderausgaben bei anderen Ausgabehaushaltsstellen.

Bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000 Euro wird der Rat unverzüglich informiert. Für alle übrigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt die Unterrichtung des Rates spätestens im Rahmen der Jahresrechnung.

Im Haushalt wurden folgende über- und außerplanmäßige Ausgaben vorgenommen:

	<u>Anzahl</u>	<u>Volumen</u>
• Verwaltungshaushalt	80	523.526,04 €
• Vermögenshaushalt	<u>75</u>	<u>412.684,68 €</u>
gesamt	135	1.885.414,64 €

Auch wenn es im Laufe des Haushaltsjahres zu einer Vielzahl von über- und außerplanmäßigen Ausgaben gekommen ist, so sind dennoch rechtlich verpflichtende Gründe für den Erlass einer Nachtragssatzung nicht eingetreten. Zudem sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben keine Abweichungen von den Planungsabsichten des Rates, weil lediglich auf Ausgabennotwendigkeiten reagiert, die politischen Gremien informiert wurden, und sich die mit dem Haushaltsplan verbundenen Ausgabenziele nicht verändert haben. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass im Jahre 2008 die Vorbereitungen für die Umstellung des Finanzbuchhaltungssystems auf die Doppik zum 01.01.2009 in vollem Umfang liefen. Aus diesem Grunde musste auch aus Gründen der Ermessensabwägungen auf einen „Ermessens“-Nachtrag verzichtet werden.

Eine Einzeldarstellung über die wesentlichen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt vorgenommenen außer- und überplanmäßigen Ausgaben ist als Anlage 1 beigelegt. Aus der Anlage können die einzelnen Begründungen entnommen werden.

7. Haushaltsreste

Als Ausnahme vom Grundsatz der zeitlichen Bindung von Haushaltsansätzen können nach § 19 GemHVO Ausgabeermächtigungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden, ohne dass eine Veranschlagung im neuen Haushaltsplan erforderlich ist. Die zeitliche Übertragbarkeit der Ausgaben ist unter bestimmten Voraussetzungen im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt möglich.

Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt können Ausgabeansätze übertragen werden, soweit es die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert, gemäß § 19 Abs. 2 GemHVO. Mit Einführung der Budgetierung gelten nach § 8 Abs. 3 der GemHVO die Voraussetzungen für die Übertragung von Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes als von vornherein erfüllt. Im Verwaltungshaushalt wurde auf einer Haushaltsstelle ein Ausgabereist i. H. v. 1.066,33 Euro gebildet und ins Folgejahr übertragen. Die Übertragung der Haushaltsansätze entfällt auf folgende Gruppierungsbereiche:

Gruppierungsbereich		Anordnungssoll - im Ergebnis -	Haushaltsreste	Anteil
6	Sachlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.790.552,02 €	1.066,36 €	0,06 %
	davon			
636	Kosten der EDV	160.100 €	1.066,36 €	0,67 %

Eine Einzeldarstellung der im Verwaltungshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereiste ist dem Jahresabschluss unter II.4 beigelegt.

Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt bleiben die Ausgabeermächtigungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Für Baumaßnahmen und Beschaffungen begrenzt der § 19 Abs. 1 GemHVO die Verfügbarkeit auf einen Zeitraum von längstens zwei Jahren nach Abschluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Im Vermögenshaushalt wurden Ausgabereiste i. H. v. insgesamt 2.465.622,17 Euro gebildet – vorrangig bei bereits begonnenden Tiefbaumaßnahmen – und ins Folgejahr übertragen. Von diesem Betrag entfallen 1.478.191,97 Euro auf bereits über Aufträge gebundene Haushaltsmittel. Das Volumen der im Vermögenshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereiste umfasst 29,25 % des Anordnungssolls im Ergebnis in Höhe von 8.430.793,62 Euro. Die Übertragung der Haushaltsansätze entfällt auf folgende Gruppierungsbereiche:

Gruppierungsbereich		Anordnungssoll - im Ergebnis -	Haushaltsreste	Anteil
9	Ausgaben des Vermögenshaushaltes	8.430.793,62	2.465.622,17	29,25
	davon			
93	Vermögenserwerb	4.165.807,61	284.396,81	6,83
94	Hochbau	3.275.290,04	214.239,16	6,54
95	Tiefbau	2.017.081,06	1.943.966,06	96,38
96	Planung	12.333,18	17.640,88	143,04

Eine Einzeldarstellung der im Vermögenshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereste ist dem Jahresabschluss unter II.4 beigelegt.

Auch wenn mit Einführung der Budgetierung die Voraussetzungen für die Übertragung von Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes als von vornherein erfüllt gelten und im Vermögenshaushalt die Ausgabeermächtigungen über das ursprüngliche Haushaltsjahr hinaus fortbestehen, so besteht nach wie vor das Ziel, die Anzahl und die Höhe der Haushaltsausgabereste zu reduzieren. Die Haushaltsreste werden weiterhin als zu hoch betrachtet.

8. Entwicklung der Kassenlage

Eine jederzeitige Liquidität der Gemeindekasse konnte im Haushaltsjahr 2008 gesichert werden. Die Allgemeine Rücklage wurde im Laufe des Haushaltsjahres 2008 als Kassenverstärkungsmittel herangezogen. Eine Inanspruchnahme eines Kassenkredites zur Kassenbestandsverstärkung war in 2008 nicht erforderlich. Freie Kassenmittel wurden wirtschaftlich angelegt und entsprechende Zinsen vereinnahmt.

9. Verwahrung und Vorschüsse

Grundsätzlich sind bei Ausführung des Haushaltsplanes zu leistende Ausgaben und einzunehmende Einnahmen unverzüglich bei der entsprechenden Haushaltsstelle zu buchen. Nur unter den Voraussetzungen des § 31 GemHVO und des § 10 GemKVO können Einnahmen und Ausgaben als Verwahrung oder Vorschuss gebucht werden. Eine Beordnung der Verwahr- und Vorschusskonten ist laufend vorzunehmen. Ziel ist es, die Konten soweit wie möglich zum Jahresende auszugleichen.

a) Verwahrung

Zum 31.12.2008 verbleiben folgende Verwahrbestände:

	Reste aus Vorjahr	Anordnungssoll	Ist	Reste auf Nachjahr
Einnahme	6.919.186,67	3.673.545,92	10.587.246,68	5.485,91
Ausgabe	17.101,19	4.375.154,61	4.392.255,80	0,00
Saldo	6.902.085,48	-701.608,69	6.194.990,88	5.485,91

Einzelaufstellung siehe Punkt II.3 der Haushaltsrechnung

b) Vorschüsse

Zum 31.12.2008 wurden folgende Kontostände nachgewiesen:

	Reste aus Vorjahr	Anordnungssoll	Ist	Reste auf Nachjahr
Einnahme	7.018.178,38	5.545.781,72	12.556.014,57	7.945,53
Ausgabe	70.888,31	6.203.166,85	6.274.055,16	0,00
Saldo	6.947.290,07	-657.385,13	6.281.959,41	7.945,53

Einzelaufstellung siehe Punkt II.3 der Haushaltsrechnung

Hinweis zu den Konten „Bauhof“:

Der Regiebetrieb Bauhof besitzt keine eigenen Geldkonten. Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind deshalb Vorschuss-/Verwahrkonten als Kassenverrechnungskonto des Bauhofes bei der Gemeinde Rastede eingerichtet worden, die mit dem Kassenverrechnungskonto der kaufmännischen Buchführung des Bauhofes identisch sein müssen. Um einen entsprechenden Abgleich zwischen den in den unterschiedlichen Buchungssystemen geführten Konten (Vorschusskonten der Gemeinde und Kassenverrechnungskonto des Bauhofes) zu vereinfachen, werden – erstmalig ab dem Haushaltsjahr 2005 – für jedes Haushaltsjahr gesonderte Vorschusskonten eingerichtet. Dennoch ist der Abgleich der Kassenverrechnungskonten sehr schwer, was u.a. daran liegt, dass der Bauhof in seiner Buchhaltung keine „offene Posten“-Rechnung führt.

Bereinigung der Vorschuss- und Verwahrgelder:

An den Salden ist erkennbar, dass sich die Bestände der Vorschuss- und Verwahrgelder von Jahresanfang bis Jahresende deutlich reduziert haben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass alle Geschäftsbereiche im Hinblick auf die Umstellung der Finanzbuchhaltung auf die Doppik zum 01.01.2009 ausdrücklich aufgefordert waren, die Vorschuss- und Verwahrkonten zu überprüfen und überfällige Kontenausgleiche durchzuführen. Die verbliebenen Positionen auf den Konten sind unumgänglich und wurden in das doppische System übernommen.

10. Nebenrechnung nach § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) für die leitungsgebundenen kostenrechnenden Einrichtungen

Über die Gebühr zahlt der Gebührenpflichtige die Abschreibungen für die Einrichtung Abwasserbeseitigung. Diesen vom Gebührenzahler entrichteten Abschreibungen stehen die Aufwendungen gegenüber, die die Gemeinde als Finanzier und Errichter der Einrichtung bisher gehabt hat. Die Differenz zwischen den Spalten 1 und 2 der nachfolgenden Tabellen ist das Ergebnis der Nebenrechnung, das in der Spalte 3 beziffert ist.

Ein Ergebnis mit negativem Vorzeichen sagt aus, dass der entsprechende Betrag vom Gebührenzahler noch an die Gemeinde „zurückzuzahlen“ ist. Ein Ergebnis mit positivem Vorzeichen sagt dagegen aus, dass der entsprechende Betrag von der Gemeinde in der Rücklage für Investitionen bereitgehalten werden muss.

a) öffentliche Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung

		Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	Noch nicht verwendete Abschreibungen („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
		1	2	3
1 a)	bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	11.960.395,89 €		
1 b)	bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	12.048.533,06 €		
2 a)	bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		2.436.126,00 €	
2 b)	bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
	- spezielle Darlehen		3.703.550,68 €	
	- allgemeine Darlehen		2.201.581,02 €	
2 c)	bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		8.007.962,27 €	
	Summe Spalte 2:		16.349.219,96 €	
3.	bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	12.048.533,06 €	16.349.219,96 €	
				- 4.300.686,90 €

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:
 - speziell für Abwasser aufgenommen 3.703.550,68 €
 - Anteil an den Allgemeindeckungsdarlehen 2.457.494,95 €
- von der Gemeinde gegebene Darlehen 8.948.630,45 €

b) öffentliche Einrichtung Regenwasserbeseitigung

		Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
		1	2	3
1 a)	bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	1.559.980,22 €		
1 b)	bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	457.024,63 €		
2 a)	bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		1.948.176,83 €	
2 b)	bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
	- spezielle Darlehen		210.742,01 €	
	- allgemeine Darlehen		477.776,07 €	
2 c)	bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		2.132.558,33 €	
	Summe Spalte 2		4.769.253,24 €	
3.	bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	457.024,63 €	4.769.253,24 €	- 4.312.228,61 €

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:
 - speziell für Regenwasser aufgenommen 210.742,01 €
 - Anteil an den Allgemeindedeckungsdarlehen 569.645,56 €
- von der Gemeinde gegebene Darlehen 2.634.077,46 €

11. Zusammenfassung

Der Haushaltsplan wurde mit dem Ziel aufgestellt, im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ausgeglichen zu sein, keine Steuern anzuheben und keine Kredite (Kreditmarkt) aufzunehmen, dafür aber aus der Rücklage rd. 3,49 Mio Euro zu entnehmen. Was die Steuereinnahmen und Einnahmen aus dem Finanzausgleich betrifft, war, wie im Vorjahr, von einer tendenziellen Belebung der Konjunktur und damit von einer Verbesserung der Einnahmesituation ausgegangen worden, die aber durch Ausgabepositionen wie die Gewerbesteuerumlage zu einem Teil kompensiert wird. Die Erwirtschaftung einer Nettoinvestitionsrate konnte allerdings nur auf 37.200 Euro prognostiziert werden.

Die reale Entwicklung des Haushalts 2008 sah dann jedoch anders aus:

Verwaltungshaushalt:

Die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (Steuereinnahmen, Finanzausgleich) haben im Saldo (also abzüglich Gewerbesteuerumlage und Kreisumlage) zu rd. 1,25 Mio Euro Mehreinnahmen geführt. Verantwortlich hierfür waren insbesondere die Gewerbesteuer, die Beteiligung an der Einkommensteuer und insbesondere die Schlüsselzuweisungen. Bei den Personalkosten waren aufgrund der Auswirkungen der Tarifvereinbarungen 256.000 Euro zu wenig veranschlagt worden. Dagegen wurden bei den Haushaltsmitteln für die Bewirtschaftung rd. 174.000 Euro nicht in Anspruch genommen, für die bauliche Unterhaltung wurden rd. 146.000 Euro nicht beauftragt und bei der Unterhaltung der Grundstücke wurden rd. 207.000 Euro sowie bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Straßen, Abwasserkanäle) rd. 174.000 Euro nicht benötigt.

Vermögenshaushalt:

Beim Erwerb des Grundvermögens wurden rd. 113.000 mehr ausgegeben als veranschlagt (+ 3,2 %). Im Bereich Hochbau wurden rd. 203.000 Euro nicht in Anspruch genommen (- 22,4 %) und im Bereich Tiefbau wurden veranschlagte rd. 755.000 Euro nicht ausgegeben (- 34,1 %).

Diese Entwicklung in beiden Haushalten hat dazu geführt, dass eine hohe und nicht veranschlagte Nettoinvestitionsrate dem Vermögenshaushalt zugeführt und auf die geplante Rücklagenentnahme deutlich reduziert werden konnte.

Bei allen Veränderungen im Haushaltsjahr ist jedoch festzustellen, dass sich im Laufe des Jahres an den haushalts- und finanzpolitischen Zielen nichts verändert hat. Es wurden auch keine investitionspolitischen Veränderungen derart beschlossen, die ein grundsätzliches Überdenken der Haushaltsplanung erforderlich gemacht hätten. Soweit über- und außerplanmäßige Maßnahmen und damit auch entsprechende Ausgaben durchgeführt wurden, sind diese politisch beraten worden. Sehr von Bedeutung ist dabei, dass über- und außerplanmäßige Ausgaben durch Minderausgaben an anderer Stelle oder durch Mehreinnahmen finanziert wurden. Bei keiner der betroffenen Maßnahmen handelt es sich jedoch um Ausgaben, die im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Haushaltes erheblich sind.

Aus den v.g. Gründen und weil im Übrigen keine sonstigen verpflichtenden Gründe für eine Nachtragshaushaltssatzung bestanden, wurde keine Nachtragshaushaltssatzung erlassen. Seitens des Rechnungsprüfungsamtes wurde in den vergangenen Jahren diese wiederholte „Zurückhaltung“ bei der Nachtragshaushaltsplanung bemängelt. Dennoch vertritt die Gemeinde nach wie vor die Auffassung, dass eine Nachtragshaushaltsplanung unter den gegebenen Bedingungen nicht zwingend erforderlich gewesen ist.

C) Gegenüberstellung Haushaltsplanung – Jahresergebnisse

Bei der Gegenüberstellung der Daten aus der Haushaltsplanung mit denen aus der Jahresrechnung wird deutlich, dass in den wenigsten Fällen die Haushaltsansätze in ihrer veranschlagten Höhe in Anspruch genommen bzw. realisiert werden. Dies liegt oftmals in der Natur der Sache, da die Entwicklung vieler Einnahme- oder Ausgabepositionen zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nur schwer vorhersehbar ist. Dabei ist es sicherlich erfreulich, wenn das Jahresergebnis aufgrund von Mehreinnahmen oder Minderausgaben im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt Überschüsse ausweist, so dass durch eine hohe Zuführung zum Vermögenshaushalt u. a. sich eingeplante Kreditaufnahmen reduzierten oder durch eine entsprechende Zuführung zur Rücklage Haushaltsmittel für Investitionen zukünftiger Jahre zur Verfügung stehen.

Auch wenn das Jahresergebnis entsprechende Überschüsse im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt ausweist, soll im Rahmen des Rechenschaftsberichtes aufgezeigt werden, in welchen Bereichen die Jahresergebnisse von den Daten der Haushaltsplanung abweichen. Dabei wurde das Haushaltssoll dem Anordnungssoll im Ergebnis gegenübergestellt. Dies geschieht im Rahmen des budgetorientierten Haushaltes auf Ebene der Budgets, der Teilbudgets und auf der untersten Ebene, den Anteilbudgets, unter dem Aspekt der gemeindlichen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus erfolgt eine Gegenüberstellung im Rahmen des herkömmlichen Haushaltes auf der Ebene der Einzelpläne. Ergänzend dazu erfolgt noch eine Betrachtung nach Gruppierungen (mit Erläuterungen zu den erheblichen Abweichungen) und abschließend eine Betrachtung einzelner Haushaltsstellen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten das Zahlenmaterial. In den Tabellen sind die v.g. Gegenüberstellungen enthalten. Textlich wird nachfolgend nur auf das Notwendige eingegangen. In diesem Zusammenhang wird auf das Schreiben vom 20.11.08 des Rechnungsprüfungsamtes zur Jahresrechnung 2008 hingewiesen, in dem mitgeteilt wird, dass auf der Grundlage geführten Gespräche in Anbetracht der landkreisweiten Einführung der Doppik der Rechenschaftsbericht in Kurzform erstellt werden kann.

1. im Rahmen des budgetorientierten Haushaltes

In den nachfolgenden Übersichten erfolgt getrennt für den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt ein Vergleich des Haushaltssolls mit dem Anordnungssoll im Ergebnis auf den verschiedenen Budgetebenen:

Nachstehende Bemerkungen sind zu berücksichtigen:

Die in der Gemeindehaushaltsverordnung vorgesehene Budgetierung wird in ihren Gestaltungsmöglichkeiten weitestgehend umgesetzt. Es wurde allerdings nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, neben den gebildeten Budgets, die jeweils alle Einnahme- und Ausgabepositionen einer gemeindlichen Aufgabe abdecken (Einrichtung einer gegenseitigen Deckung in vertikaler Richtung), auch noch Sammelnachweise (horizontale Deckung) einzurichten. Hiervon wurde Abstand genommen, weil die gleichzeitige Deckungsfähigkeit in beide Ausrichtungen zu Unübersichtlichkeiten führen könnte und die horizontale Deckungsfähigkeit bei einzelnen Gruppierungen (Sammelnachweise) dem eigentlichen Budgetierungsgedanken nicht Rechnung trägt.

a) auf Ebene der Budgets

Budget	Verwaltungshaushalt		Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung	
	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll
10 Ordnung	169.200,00	197.627,25	-28.427,25	782.200,00	604.906,64	177.293,36	-613.000,00	-407.279,39
20 Schulen und Jugend	782.100,00	1.003.161,03	-221.061,03	2.923.400,00	2.234.036,05	689.363,95	-2.141.300,00	-1.230.875,02
30 Kultur	10.000,00	12.234,09	-2.234,09	700.600,00	453.743,91	246.856,09	-690.600,00	-441.509,82
40 Soziales	1.601.700,00	1.740.240,84	-138.540,84	4.064.300,00	3.544.017,97	520.282,03	-2.462.600,00	-1.803.777,13
50 Sport	455.700,00	423.533,07	32.166,93	1.939.000,00	1.377.869,79	561.130,21	-1.483.300,00	-954.336,72
60 Straßen, Plätze	392.800,00	398.921,38	-6.121,38	2.464.400,00	1.658.169,62	806.230,38	-2.071.600,00	-1.259.248,24
70 Abwasser	2.227.800,00	2.219.409,48	8.390,52	2.570.600,00	2.299.061,68	271.538,32	-342.800,00	-79.652,20
80 Service	20.473.000,00	19.321.162,15	1.151.837,85	10.667.800,00	13.121.251,81	-2.453.451,81	9.805.200,00	6.199.910,34
Gesamthaushalt	26.112.300,00	25.316.289,29	796.010,71	26.112.300,00	25.293.057,47	819.242,53	0,00	23.231,82

Budget	Vermögenshaushalt		Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung	
	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll
10 Ordnung	500,00	11621,00	-11.121,00	292.000,00	290.018,26	1.981,74	-291.500,00	-278.397,26
20 Schulen und Jugend	265.500,00	467.535,77	-202.035,77	746.300,00	750.358,21	-4.058,21	-480.800,00	-282.822,44
30 Kultur	0	0	0,00	1.500,00	6.632,04	-5.132,04	-1.500,00	-6.632,04
40 Soziales	0	0	0,00	32.000,00	17.789,82	14.210,18	-32.000,00	-17.789,82
50 Sport	0	36293,96	-36.293,96	542.400,00	744.157,54	-201.757,54	-542.400,00	-707.863,58
60 Straßen, Plätze	1.059.400,00	771.252,82	288.147,18	1.398.000,00	636.944,54	761.055,46	-338.600,00	134.308,28
70 Abwasser	180.000,00	654.187,59	-474.187,59	552.000,00	241.466,43	310.533,57	-372.000,00	412.721,16
80 Service	6.118.400,00	6.495.412,67	-377.012,67	4.059.600,00	4.419.072,75	-359.472,75	2.058.800,00	2.076.339,92
Gesamthaushalt	7.623.800,00	8.436.303,81	-812.503,81	7.623.800,00	7.106.439,59	517.360,41	0,00	1.329.864,22

b) auf Ebene der Teilbudgets

Verwaltungshaushalt		Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung		
Teilbudget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	
1100	Ordnung	169.200,00	197.627,25	-28.427,25	782.200,00	604.906,64	177.293,36	-613.000,00
2100	Grundschulen	98.200,00	126.454,26	-28.254,26	1.291.400,00	886.612,70	404.787,30	-1.193.200,00
2200	Sonderschule	100.100,00	166.088,94	-65.988,94	266.800,00	214.777,23	52.022,77	-166.700,00
2300	KGS	546.300,00	658.578,46	-112.278,46	1.123.900,00	942.749,81	181.150,19	-577.600,00
2400	Jugendpfl./-hilfe	37.500,00	52.039,37	-14.539,37	241.300,00	189.896,31	51.403,69	-203.800,00
3100	Palais	0,00	0,00	0,00	212.900,00	141.974,32	70.925,68	-212.900,00
3200	Bücherei	9.000,00	10.479,61	-1.479,61	247.000,00	179.108,48	67.891,52	-238.000,00
3300	Heimspflege	1.000,00	1.754,48	-754,48	240.700,00	132.661,11	108.038,89	-239.700,00
4100	Allg. Soz.Verw.	0,00	1491,00	-1.491,00	113.400,00	87.444,86	25.955,14	-113.400,00
4200	Leist. BSHG	68.800,00	61.945,84	6.854,16	68.800,00	58.802,31	9.997,69	0,00
4250	Grundsicherung SGB II	560.500,00	580.639,69	-20.139,69	552.300,00	538.449,32	13.850,68	8.200,00
4300	Leis. AsylbLG	13.200,00	27.587,28	-14.387,28	13.200,00	27.667,28	-14.467,28	0,00
4500	Kindertagesstätten	861.200,00	993.292,69	-132.092,69	3.113.300,00	2.692.520,51	420.779,49	-2.252.100,00
4700	bedarfsorientierte Grundsicherung	1.000,00	2.764,99	-1.764,99	1.000,00	2.849,24	-1.849,24	0,00
4800	Obdachl.Angeleg.	97.000,00	72.519,35	24.480,65	202.300,00	136.284,45	66.015,55	-105.300,00
4900	Sonstige Soz.Leist.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5100	Bäder	455.400,00	418.214,84	37.185,16	956.300,00	770.085,50	186.214,50	-500.900,00
5200	Sportplätze	0,00	0,00	0,00	286.200,00	198.258,16	87.941,84	-286.200,00
5300	Sporthallen	300,00	5318,23	-5.018,23	510.300,00	335.347,41	174.952,59	-510.000,00
5400	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	186.200,00	74.178,72	112.021,28	-186.200,00
6100	Straßen	381.300,00	385.055,56	-3.755,56	2.008.800,00	1.406.834,97	601.965,03	-1.627.500,00
6200	Plätze	11.500,00	13.865,82	-2.365,82	455.600,00	251.334,65	204.265,35	-444.100,00
7100	Schmutzwasser	2.226.400,00	2.218.714,60	7.685,40	2.073.100,00	1.952.893,93	120.206,07	153.300,00
7200	Regenwasser	1.400,00	694,88	705,12	448.800,00	329.887,92	118.912,08	-447.400,00
7300	Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	48.700,00	16.279,83	32.420,17	-48.700,00
8100	Personal	173.700,00	1.200,00	172.500,00	171.400,00	155.134,02	16.265,98	2.300,00
8200	Allg. Finanzen	17.675.800,00	18.507.152,11	-831.352,11	7.884.700,00	10.397.858,92	-2.513.158,92	9.791.100,00
8300	Bauwesen	222.300,00	8.293,17	214.006,83	219.900,00	253.532,44	-33.632,44	2.400,00
8400	Planung	150.300,00	11.778,65	138.521,35	147.800,00	121.790,17	26.009,83	2.500,00
8500	Liegenschaften	146.400,00	124.479,71	21.920,29	143.800,00	201.292,34	-57.492,34	2.600,00
8600	Bauhof	564.500,00	572.989,49	-8.489,49	567.300,00	571.450,11	-4.150,11	-2.800,00
8700	Kommunalmarketing	350.100,00	21.770,54	328.329,46	347.600,00	360.111,15	-12.511,15	2.500,00
8800	Organisation	1.176.900,00	73.498,48	1.103.401,52	1.174.500,00	1.052.413,94	122.086,06	2.400,00
8900	Frauenbeauftragte	13.000,00	0,00	13.000,00	10.800,00	7.668,72	3.131,28	2.200,00
Gesamthaushalt		26.112.300,00	25.316.289,29	796.010,71	26.112.300,00	25.293.057,47	819.242,53	0,00
								23.231,82
								-23.231,82

Vermögenshaushalt		Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung	
Teilbudget		HHSoll	AOSoll	HHSoll	AOSoll	HHSoll	AOSoll
1100	Ordnung	500,00	11621,00	292.000,00	290.018,26	-291.500,00	-278.397,26
2100	Grundschulen	0,00	0,00	121.200,00	102.673,69	-121.200,00	-102.673,69
2200	Sonderschule	49.500,00	41.259,17	73.700,00	80.948,59	-24.200,00	-39.689,42
2300	KGS	216.000,00	426.276,60	550.400,00	565.736,93	-334.400,00	-139.460,33
2400	Jugendpfl./-hilfe	0,00	0,00	1.000,00	999,00	-1.000,00	-999,00
3100	Palais	0,00	0,00	500,00	500,00	-500,00	-500,00
3200	Bücherei	0,00	0,00	500,00	498,50	-500,00	-498,50
3300	Heimspflege	0,00	0,00	500,00	5.633,54	-500,00	-5.633,54
4100	Allg. Soz. Verw.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4200	Leist. BSHG	0,00	0,00	1874,25	1874,25	0,00	-1.874,25
4250	Grundversicherung SGB II	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4300	Leis. AsylbLG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4400	Sozialstation	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4500	Kindertagesstätten	0,00	0,00	32.000,00	15.915,57	-32.000,00	-15.915,57
4700	bedarfsorientierte Grundsicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4800	Obdachl./Angeleg.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4900	Sonstige Soz. Leist.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5100	Bäder	0,00	0,00	3.000,00	9.045,26	-3.000,00	-9.045,26
5200	Sportplätze	0,00	463,86	310.000,00	607.300,24	-310.000,00	-606.836,38
5300	Sporthallen	0,00	35.830,10	0	0	0,00	35.830,10
5400	Sportförderung	0,00	0,00	229.400,00	127.812,04	-229.400,00	-127.812,04
6100	Straßen	1.059.400,00	758.309,18	838.000,00	403.943,75	221.400,00	354.365,43
6200	Plätze	0,00	12.943,64	560.000,00	233.000,79	-560.000,00	-220.057,15
7100	Schmutzwasser	141.500,00	530.717,99	370.000,00	166.011,57	-228.500,00	364.706,42
7200	Regenwasser	38.500,00	123.469,60	182.000,00	75.454,86	-143.500,00	48.014,74
7300	Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8100	Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8200	Allg. Finanzen	4.173.000,00	4.683.586,11	306.300,00	763.155,96	3.866.700,00	3.920.430,15
8300	Bauwesen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8400	Planung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8500	Liegenschaften	139.800,00	88.274,00	1.000,00	0,00	138.800,00	88.274,00
8600	Bauhof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8700	Kommunalmarketing	1.805.500,00	1.723.552,56	3.439.100,00	3.490.268,49	-1.633.600,00	-1.766.715,93
8800	Organisation	100,00	0,00	313.200,00	165.648,30	-313.100,00	-165.648,30
8900	Frauenbeauftragte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamthaushalt		7.623.800,00	8.436.303,81	7.623.800,00	7.106.439,59	0,00	1.329.864,22
			-812.503,81		517.360,41		-1.329.864,22

c) auf Ebene der Anteilbudgets

Anteilbudget	Verwaltungshaushalt	Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung	
		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	97.200,00	114.887,17	-17.687,17	363.300,00	-266.100,00	-87.857,40
1102	Feuerwehr	37.100,00	42.883,72	-5.783,72	293.700,00	-256.600,00	-57.141,53
1103	Standesamt	15.000,00	20.086,50	-5.086,50	90.700,00	-75.700,00	-37.343,81
1104	Märkte	19.900,00	19.769,86	130,14	34.500,00	-14.600,00	-23.377,87
2101	Allgemeine Schulanlagen	72.000,00	100.159,08	-28.159,08	120.300,00	-48.300,00	-26.707,11
2102	Grundschule Kleibrok	5.300,00	6.365,48	-1.065,48	246.800,00	-241.500,00	-84.517,80
2103	Grundschule Hahn-Lehmde	10.100,00	902,93	9.197,07	198.600,00	-188.500,00	-53.547,25
2104	Grundschule Wahnbeck	800,00	5.889,67	-5.089,67	286.300,00	-285.500,00	-125.404,48
2105	Grundschule Loy	4.400,00	7.332,19	-2.932,19	115.400,00	-111.000,00	-44.206,09
2106	Grundschule Leuchtenburg	400,00	358,19	41,81	115.700,00	-115.300,00	-44.480,44
2107	Grundschule Feldbreite	5.200,00	5.446,72	-246,72	208.300,00	-203.100,00	-54.198,39
2201	Schule für Lernhilfe	100.100,00	166.088,94	-65.988,94	266.800,00	-166.700,00	-118.011,71
2301	KGS	546.300,00	658.578,46	-112.278,46	1.123.900,00	-577.600,00	-293.428,65
2401	Jugendpflege	37.500,00	52.039,37	-14.539,37	143.500,00	-106.000,00	-35.165,01
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	0,00	0,00	0,00	97.800,00	-97.800,00	-30.778,05
3101	Palais	0,00	0,00	0,00	161.700,00	-161.700,00	-41.119,38
3102	Archiv	0,00	0,00	0,00	34.700,00	-34.700,00	-18.440,34
3103	Ausstellungen, Veranstaltungen	0,00	0,00	0,00	16.500,00	-16.500,00	-11.365,96
3200	Bücherei	9.000,00	10.479,61	-1.479,61	247.000,00	-238.000,00	-69.371,13
3300	Heimspflege	1.000,00	1.754,48	-754,48	240.700,00	-239.700,00	-108.793,37
4101	Allgemeine Sozialverwaltung	0,00	1.491,00	-1.491,00	113.400,00	-113.400,00	-27.446,14
4202	Hilfe zum Lebensunterhalt	43.400,00	42.948,02	451,98	43.400,00	0,00	3.271,35
4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4206	Hilfe zur Pflege	7.000,00	11.220,20	-4.220,20	7.000,00	0,00	0,00
4207	Hilfen zur Gesundheit	5.400,00	836,71	4.563,29	5.400,00	0,00	0,00
4210	Hilfen zur Überwindung be. Soz. Schwierigkeiten	13.000,00	6.940,91	6.059,09	13.000,00	0,00	-127,82
4251	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	365.000,00	396.699,50	-31.699,50	356.800,00	8.200,00	-21.980,44
4252	Grundsicherung nach dem SGB II - originäre Aufgaben	66.000,00	66.922,20	-922,20	66.000,00	0,00	-6.746,04
4253	Grundsicherung nach dem SGB II - Aufgaben i. R. der Option	129.500,00	117.017,99	12.482,01	129.500,00	0,00	-5.263,89
4301	Leistungen nach § 2 - nicht abrechnungsfähig	1.600,00	2.277,36	-677,36	1.600,00	0,00	80,00
4302	Leistungen nach § 2 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

4303	Grundleistungen nach § 3 - nicht abrechnungsfähig	500,00	3.542,29	-3.042,29	500,00	3.542,29	-3.042,29	0,00	0,00	0,00
4304	Grundleistungen nach § 3 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4305	Krankenhilfe nach § 4 - nicht abrechnungsfähig	11.100,00	21.767,63	-10.667,63	11.100,00	21.767,63	-10.667,63	0,00	0,00	0,00
4306	Krankenhilfe nach § 4 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4308	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4309	Sonstige Leistungen nach § 6 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4310	Sonstige Leistungen nach § 6 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4501	KiGa Mühlenstraße	234.100,00	260.140,90	-26.040,90	709.000,00	612.717,91	96.282,09	-474.900,00	-352.577,01	-122.322,99
4502	KiGa Voßbarg	127.300,00	163.076,19	-35.776,19	463.600,00	399.260,40	64.339,60	-336.300,00	-236.184,21	-100.115,79
4503	KiGa Neusüdende	148.700,00	159.245,89	-10.545,89	395.400,00	318.145,02	77.254,98	-246.700,00	-158.899,13	-87.800,87
4504	KiGa Loy	115.600,00	136.318,93	-20.718,93	345.400,00	282.935,81	62.464,19	-229.800,00	-146.616,88	-83.183,12
4505	KiGa Marienstraße	146.900,00	164.243,13	-17.343,13	343.000,00	295.363,61	47.636,39	-196.100,00	-131.120,48	-64.979,52
4507	Förderung von Kindertagesstätten	88.600,00	110.267,65	-21.667,65	856.900,00	784.097,76	72.802,24	-768.300,00	-673.830,11	-94.469,89
4700	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1.000,00	2.764,99	-1.764,99	1.000,00	2.849,24	-1.849,24	0,00	-84,25	84,25
4801	Einrichtungen für Wohnungslose	27.000,00	27.090,17	-90,17	85.200,00	48.655,03	36.544,97	-58.200,00	-21.564,86	-36.635,14
4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	70.000,00	45.429,18	24.570,82	117.100,00	87.629,42	29.470,58	-47.100,00	-42.200,24	-4.899,76
4900	Sonstige Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5101	Freibad Rastede	123.500,00	124.032,41	-532,41	366.900,00	273.174,82	93.725,18	-243.400,00	-149.142,41	-94.257,59
5102	Badeanstalt Hahn	5.500,00	6.024,89	-524,89	9.500,00	6.030,92	3.469,08	-4.000,00	-6,03	-3.993,97
5103	Hallenbad	326.400,00	288.157,54	38.242,46	579.900,00	490.879,76	89.020,24	-253.500,00	-202.722,22	-50.777,78
5200	Sportplätze	0,00	0,00	0,00	286.200,00	198.258,16	87.941,84	-286.200,00	-198.258,16	-87.941,84
5301	Sporthalle Kleibrok	0,00	228,35	-228,35	72.400,00	38.986,14	33.413,86	-72.400,00	-38.757,79	-33.642,21
5302	Sporthalle Hahn-Lehmnden	0,00	0,00	0,00	72.600,00	49.392,79	23.207,21	-72.600,00	-49.392,79	-23.207,21
5303	Sporthalle Wahnbeck	0,00	0,00	0,00	83.600,00	55.851,80	27.748,20	-83.600,00	-55.851,80	-27.748,20
5304	Sportraum Loy	0,00	0,00	0,00	7.400,00	2.926,69	4.473,31	-7.400,00	-2.926,69	-4.473,31
5305	Turnhalle Feldbreite	0,00	0,00	0,00	43.500,00	24.099,44	19.400,56	-43.500,00	-24.099,44	-19.400,56
5306	Mehrzweckhalle Feldbreite	300,00	5.089,88	-4.789,88	200.500,00	150.518,34	49.981,66	-200.200,00	-145.428,46	-54.771,54
5307	Turnhalle Wilhelmstraße	0,00	0,00	0,00	30.300,00	13.572,21	16.727,79	-30.300,00	-13.572,21	-16.727,79
5400	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	186.200,00	74.178,72	112.021,28	-186.200,00	-74.178,72	-112.021,28
6101	Straßen	328.400,00	330.846,16	-2.446,16	1.913.500,00	1.339.550,10	573.949,90	-1.585.100,00	-1.008.703,94	-576.396,06
6102	Straßenreinigung	52.900,00	54.209,40	-1.309,40	95.300,00	67.284,87	28.015,13	-42.400,00	-13.075,47	-29.324,53
6201	Park- und Gartenanlagen	11.500,00	13.865,82	-2.365,82	227.900,00	137.385,26	90.514,74	-216.400,00	-123.519,44	-92.880,56
6202	Plätze	0,00	0,00	0,00	60.600,00	18.495,80	42.104,20	-60.600,00	-18.495,80	-42.104,20
6203	Kinderspielflächen	0,00	0,00	0,00	167.100,00	95.453,59	71.646,41	-167.100,00	-95.453,59	-71.646,41

7100	Schmutzwasser	2.226.400,00	2.218.714,60	7.685,40	2.073.100,00	1.952.893,93	120.206,07	153.300,00	265.820,67	-112.520,67
7200	Regenwasser	1.400,00	694,88	705,12	448.800,00	329.887,92	118.912,08	-447.400,00	-329.193,04	-118.206,96
7300	sonstige öffentl. Eindr.	0,00	0,00	0,00	48.700,00	16.279,83	32.420,17	-48.700,00	-16.279,83	-32.420,17
8100	Personal	173.700,00	1.200,00	172.500,00	171.400,00	155.134,02	16.265,98	2.300,00	-153.934,02	156.234,02
8200	Allg. Finanzen	17.675.800,00	18.507.152,11	-831.352,11	7.884.700,00	10.397.858,92	-2.513.158,92	9.791.100,00	8.109.293,19	1.681.806,81
8300	Bauwesen	222.300,00	8.293,17	214.006,83	219.900,00	253.532,44	-33.632,44	2.400,00	-245.239,27	247.639,27
8400	Planung	150.300,00	11.778,65	138.521,35	147.800,00	121.790,17	26.009,83	2.500,00	-110.011,52	112.511,52
8500	Liegenschaften	146.400,00	124.479,71	21.920,29	143.800,00	201.292,34	-57.492,34	2.600,00	-76.812,63	79.412,63
8600	Bauhof	564.500,00	572.989,49	-8.489,49	567.300,00	571.450,11	-4.150,11	-2.800,00	1.539,38	-4.339,38
8700	Kommunalmarketing	350.100,00	21.770,54	328.329,46	347.600,00	360.111,15	-12.511,15	2.500,00	-338.340,61	340.840,61
8800	Organisation	1.176.900,00	73.498,48	1.103.401,52	1.174.500,00	1.052.413,94	122.086,06	2.400,00	-978.915,46	981.315,46
8900	Frauenbeauftragte	13.000,00	0,00	13.000,00	10.800,00	7.668,72	3.131,28	2.200,00	-7.668,72	9.888,72
Gesamthaushalt		26.112.300,00	25.316.289,29	796.010,71	26.112.300,00	25.293.057,47	819.242,53	0,00	23.231,82	-23.231,82

Vermögenshaushalt		Einnahmen		Ausgaben		Defizitabdeckung	
Anteilbudget		HHSoll	AOSoll	HHSoll	AOSoll	HHSoll	AOSoll
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1102	Feuerwehr	500,00	11.621,00	292.000,00	290.018,26	-291.500,00	-278.397,26
1103	Standesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1104	Märkte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2101	Allgemeine Schulanlagen	0,00	0,00	5.000,00	115,29	-5.000,00	-115,29
2102	Grundschule Kleibrok	0,00	0,00	23.800,00	23.573,48	-23.800,00	-23.573,48
2103	Grundschule Hahn-Lehmden	0,00	0,00	31.200,00	17.229,31	-31.200,00	-17.229,31
2104	Grundschule Wahnbeck	0,00	0,00	14.300,00	15.550,73	-14.300,00	-15.550,73
2105	Grundschule Loy	0,00	0,00	17.300,00	15.843,98	-17.300,00	-15.843,98
2106	Grundschule Leuchtenburg	0,00	0,00	13.200,00	13.750,05	-13.200,00	-13.750,05
2107	Grundschule Feldbreite	0,00	0,00	16.400,00	16.610,85	-16.400,00	-16.610,85
2201	Schule für Lernhilfe	49.500,00	41.259,17	73.700,00	80.948,59	-24.200,00	-39.689,42
2301	KGS	216.000,00	426.276,60	550.400,00	565.736,93	-334.400,00	-139.460,33
2401	Jugendpflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	0,00	0,00	1.000,00	999,00	-1.000,00	-999,00
3101	Palais	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3102	Archiv	0,00	0,00	500,00	500,00	-500,00	-500,00
3103	Ausstellungen, Veranstaltungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3200	Bücherei	0,00	0,00	500,00	498,50	-500,00	-498,50
3300	Heimspflege	0,00	0,00	500,00	5.633,54	-500,00	-5.633,54
4101	Allgemeine Sozialverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4202	Hilfe zum Lebensunterhalt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4206	Hilfe zur Pflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4207	Hilfen zur Gesundheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

2. im Rahmen des herkömmlichen Haushaltsplanes auf Ebene der Einzelpläne

In Ergänzung zum vorangehenden Vergleich erfolgt in den folgenden Übersichten auf Ebene der Einzelpläne ein Vergleich zwischen dem Haushalts Soll und dem Anordnungs Soll im Ergebnis getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt:

• Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	2.484.600,00	186.139,69	-2.298.460,31	-92,51
1	129.500,00	152.385,06	22.885,06	17,67
2	744.600,00	951.121,66	206.521,66	27,74
3	9.000,00	10.362,29	1.362,29	15,14
4	1.639.200,00	1.779.998,60	140.798,60	8,59
5	467.200,00	430.841,22	-36.358,78	-7,78
6	452.100,00	100.707,05	-351.392,95	-77,72
7	2.817.700,00	2.817.510,52	-189,48	-0,01
8	199.800,00	169.724,13	-30.075,87	-15,05
9	17.168.600,00	18.668.077,47	1.499.477,47	8,73
gesamt	26.112.300,00	25.266.867,69	-845.432,31	-3,24

• Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	0,00	0,00	0,00	0,00
1	500,00	11.621,00	11.121,00	2224,20
2	265.500,00	467.535,77	202.035,77	76,10
3	0,00	0,00	0,00	0,00
4	0,00	0,00	0,00	0,00
5	1.000,00	49.237,60	48.237,60	4823,76
6	2.118.200,00	1.426.834,39	-691.365,61	-32,64
7	926.700,00	1.703.704,75	777.004,75	83,85
8	138.800,00	88.274,00	-50.526,00	-36,40
9	4.173.000,00	4.683.586,11	510.586,11	12,24
gesamt	7.623.700,00	8.430.793,62	807.093,62	10,59

• Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	2.164.800,00	2.100.909,69	-63.890,31	-2,95
1	618.000,00	495.864,33	-122.135,67	-19,76
2	2.682.200,00	2.037.075,78	-645.124,22	-24,05
3	663.300,00	417.253,07	-246.046,93	-37,09
4	4.472.600,00	3.827.903,15	-644.696,85	-14,41
5	2.166.900,00	1.507.513,01	-659.386,99	-30,43
6	2.428.300,00	1.790.552,02	-637.747,98	-26,26
7	3.496.100,00	3.192.508,98	-303.591,02	-8,68
8	91.600,00	72.357,15	-19.242,85	-21,01
9	7.328.500,00	9.824.930,51	2.496.430,51	34,06
gesamt	26.112.300,00	25.266.867,69	-845.432,31	-3,24

- **Ausgaben des Vermögenshaushaltes**

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	313.200,00	361.375,23	48.175,23	15,38
1	292.000,00	287.471,72	-4.528,28	-1,55
2	745.300,00	896.718,72	151.418,72	20,32
3	1.000,00	998,50	-1,50	-0,15
4	43.000,00	11.320,86	-31.679,14	-73,67
5	792.400,00	1.121.957,73	329.557,73	41,59
6	1.825.000,00	2.106.880,10	281.880,10	15,45
7	3.304.600,00	2.867.224,80	-437.375,20	-13,24
8	1.000,00	13.690,00	12.690,00	1269,00
9	306.300,00	763.155,96	456.855,96	149,15
gesamt	7.623.800,00	8.430.793,62	806.993,62	10,59

3. in der Betrachtung nach Gruppierungen

Im Rahmen der Budgetierung ist die haushaltsmäßige Entwicklung mehr aus dem Blickwinkel der einzelnen gemeindlichen Aufgaben (Budgets) zu betrachten und nicht vorrangig aus dem Blickwinkel der verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten. Gleichwohl ist eine entsprechende Betrachtung nach Gruppierungen sinnvoll, da hierüber die Entwicklung der einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppen innerhalb eines Haushaltsjahres aufgezeigt werden kann und Abweichungen der Jahresergebnisse zu den Haushaltsansätzen deutlich hervortreten. Aus diesem Grunde wurden die Jahresergebnisse nach den wichtigen Einnahme- und Ausgabearten zusammengestellt. Die folgende Übersicht gibt hierüber Auskunft. Zu den erheblichen Abweichungen zwischen Jahresergebnissen und Haushaltsansätzen bei einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppierungen werden nachfolgend entsprechende Erläuterungen gegeben.

➤ Übersicht siehe nächste Seiten

Gruppierung	Einnahmeart	2008 HH-Ansatz	2008 Anordn.-SOLL	Differenz Ansatz-ASoll	Prozent %
	Einnahmen des Verwaltungs- haushalts				
000, 001	Grundsteuer A und B	2.240.000	2.301.414	61.414,03	2,74%
003	Gewerbesteuer	6.500.000	6.210.098	-289.902,48	-4,46%
010	Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	4.900.000	5.711.625	811.625,00	16,56%
012	und Beteiligung an der Umsatzsteuer	400.000	391.661	-8.339,00	-2,08%
02, 03	sonstige Gemeindesteuern	66.000	75.279	9.279,37	14,06%
00 - 03	Steuern zusammen	14.106.000	14.690.077	584.077	4,14%
04-06	Allgemeine Zuweisungen				
041, 051, 061	vom Land	1.308.700	1.854.832	546.132,00	41,73%
062	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	274.000	366.202	92.201,62	33,65%
0	Steuern, Allgem. Zuweis. u. Umlagen zusammen	15.688.700	16.911.111	1.222.410,54	7,79%
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl. Entgelte, zweckgeb. Abga- ben	3.087.400	3.049.824	-37.575,85	-1,22%
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	298.800	340.456	41.656,16	13,94%
16,17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd. Zwecke, Erstattun- gen				
161,171	vom Land	651.200	796.417	145.217,27	22,30%
162,163,172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	1.180.900	1.412.256	231.356,18	19,59%
173	von Zweckverbänden u. dgl.				
164-169, 174- 178	von übrigen Bereichen	3.382.200	741.738	-2.640.461,73	-78,07%
1	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb zusammen	8.600.500	45.876.220	37.275.719,88	433,41%
20	Zinseinnahmen	68.400	440.605	372.204,97	544,16%
21,22,24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.754.700	1.809.795	55.095,11	3,14%
2	sonstige Finanzeinnahmen zusammen	1.823.100	2.250.400,08	427.300,08	23,44%
0 - 2	Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen:	26.112.300	65.037.730,50	38.925.430,50	149,07%
	Einnahmen des Vermögens- haushalts				
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	343.500	2.987.045	2.643.544,91	769,59%
31	Entnahmen aus Rücklagen	3.485.800	1.129.470	-2.356.330,43	-67,60%
32, 33, 34	Rückfl. v. Darl. u. Kapitaleinlagen, Einnah- men a. Veräuß. v.	1.952.100	2.031.306	79.205,61	4,06%
	Beiteiligungen u. v. Sachen d. Anlagevermö- gens				
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	1.192.700	1.583.288	390.587,59	32,75%

36	Zuw./Zusch.f.Invest./Inv.- Förderungsmaßnahmen				
361	vom Land	137.800	383.062	245.262,04	177,98%
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	311.200	382.017	70.817,44	22,76%
364-368	von übrigen Bereichen	0	0	0,00	0,00%
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darle- hen				
372,373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und dgl.	200.700	307.900	107.200,00	53,41%
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kre- ditmarkt	0	0	0,00	0,00%
378	Umschuldungen	0	0	0,00	0,00%
3	Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen	7.623.800	5.854.583,24	-1.769.216,76	-23,21%
0 - 3	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	33.736.100	70.892.313,74	37.156.213,74	110,14%

Gruppierung	Ausgabeart	2008 HH-Ansatz	2008 Anordn.-SOLL	Differenz Ansatz-IST	Prozent %
	Ausgaben des Verwaltungs- haushalts				
4	Personalausgaben	6.255.700	6.511.977	256.277,17	4,10%
50 - 66	Sächl. Verw.-/ Betr.-Aufwand (ohne Gr. 67/68)	6.674.600	5.881.428	-793.172,33	-11,88%
670-678	Erstattungen v. Ausgaben d. Verw.- Haushalts	353.000	326.729	-26.271,25	-7,44%
679	Innere Verrechnungen	2.711.500	0	-2.711.500,00	-100,00%
68	Kalkulatorische Kosten	1.386.600	1.408.678	22.077,57	1,59%
5/6	Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand zu- sammen	11.125.700	7.616.834	-3.508.866,01	-31,54%
71,72	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen				
715,716,725	kommunale Sonderrechnungen und sonstige	34.100	34.032	-68,50	-0,20%
726	öffentliche Sonderrechnungen				
714,717,718					
724,727,728	an übrige Bereiche	1.233.400	1.316.439	83.038,99	6,73%
73 - 79	Leistungen d. Sozialhilfe u. ä.	69.900	76.725	6.824,87	9,76%
7	Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (nicht für Investitionen)	1.337.400	1.427.195	89.795,36	6,71%
80, 877	Zinsausgaben	139.300	129.252	-10.048,40	-7,21%
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	1.363.000	1.073.763	-289.237,00	-21,22%
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	5.470.200	5.610.320	140.120,00	2,56%
84, 85	Übrige Finanzausgaben	77.500	24.724	-52.776,00	-68,10%
86	Zuführung zum Verm.- Haush.(Pflichtzuführung)	306.300	292.055	-14.244,68	-4,65%
86	Zuführung zum Verm.- Haush.(Nettozuführung)	37.200	2.694.990	2.657.789,59	7144,60%
893 895	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0,00	0,00%
8	Sonstige Finanzausgaben zusammen	7.393.500,00	6.875.599,59	-517.900,41	-7,00%

4-8	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	26.112.300	22.431.606,11	-3.680.693,89	-14,10%
	Ausgaben des Vermögenshaushalts				
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt				
91	Zuführung zur Rücklage	0	471.100,64	0,00	0,00%
92	Gewährung von Darlehen				
925	an kommunale Sonderrechnungen	0	0	0,00	0,00%
98	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen				
982, 981	an Gemeinden/Gemeindeverbände	86.200	76.279	-9.920,51	-11,51%
987	an private Unternehmen	160.100	86.906	-73.193,98	-45,72%
988, 986	an übrige Bereiche	219.400	208.575	-10.824,99	-4,93%
93	Vermögenserwerb				
930	Beteiligungen	0	10.000	10.000,00	0,00%
932	Erwerb von Grundstücken	3.276.000	3.508.374	232.373,85	7,09%
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	453.800	539.549	85.748,87	18,90%
94, 95, 96	Baumaßnahmen	3.122.000	2.908.796	-213.204,25	-6,83%
98,93,94-96	Invest./Invest.-Förderungsmaßnahmen gesamt	7.317.500	7.338.478,99	20.978,99	0,29%
97	Tilgung v. Krediten, Rückzahl. Innerer Darlehen				
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0	0,00	0,00%
971	an Land	0	0	0,00	0,00%
972,973	an Gemeinden, Gemeinde-/Zweckverb. u. dgl.	248.500	234.302	-14.198,08	-5,71%
974-978	an übrige Bereiche, Kreditmarkt	57.800	57.753	-46,60	-0,08%
977	Umschuldungen/außerordentl. Tilgungen	0	0	0,00	0,00%
92	Deckung von Soll-Fehlbeiträgen				
9	Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	7.623.800	7.630.534,31	6.734,31	0,09%
4-9	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	33.736.100	30.062.140,42	-3.673.959,58	-10,89%

Im Folgenden werden die erheblichen Abweichungen bei einzelnen Gruppierungsbereichen erläutert (ausgenommen die Gruppierungsbereiche, die sich ausschliesslich auf die Umsetzung der Leistungserfüllung nach dem SGB II und dem SGB XII beziehen), wenn die Abweichung zwischen Plan und Ergebnis wenigstens 10.000 Euro beträgt:

Einnahmen

Verwaltungshaushalt

- Realsteuern
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Haushaltsplanung basiert auf den Orientierungsdaten des Landes und der November-Steuerschätzung. Was die Gewerbesteuer betrifft, orientiert sich die Gemeinde mehr an eigenen Erkenntnissen, weil die gewerblichen Aktivitäten und Erfolge eher einen örtlichen als einen landes- oder bundesweiten Bezug haben.

Es war sehr überraschend, dass die Schlüsselzuweisungen so überplanmäßig hoch ausgefallen sind. Die Mitteilung über die Höhe der Schlüsselzuweisungen kam erst in 2008 und konnte deshalb bei der Planung nicht berücksichtigt werden. Ebenso überraschend positiv fiel die Beteiligung an der Einkommensteuer aus. Die Mehreinnahmen insgesamt konnten die Ausfälle bei der Gewerbesteuer kompensieren; die Einschätzung der Gewerbesteuerentwicklung war zu optimistisch. Die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage korrespondieren mit den v.g. Mehreinnahmen.

<u>Verwaltungshaushalt</u>			2008	
Einnahmen			Ansatz	Ergebnis
9000	000000	Grundsteuer A	140.000	143.059,57
9000	001000	Grundsteuer B	2.100.000	2.153.362,14
9000	003000	Gewerbesteuer	6.500.000	6.189.998,43
9000	010000	Einkommensteuerbet.	4.900.000	5.711.625,00
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	400.000	391.661,00
9000	021000	Vergnügungssteuer	14.000	22.552,98
9000	022000	Hundesteuer	52.000	52.788,60
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	982.700	1.527.608,00
9000	061000	Zusch. übertr. WK	326.000	327.224,00
Summe			15.414.700	16.519.879,72

<u>Ausgaben</u>				
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	1.363.000	1.073.763,00
9000	832000	Kreisumlage	5.470.300	5.610.320,00
Summe			6.833.300	6.684.083,00

Saldo	8.581.400	9.835.796,72
Abweichung vom Plan	1.254.396,72	

- Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl. Entgelte, zweckgeb. Abgaben	3.087.400	3.049.824	-37.575,85	-1,22%

Der wesentliche Anteil der Gebühren findet sich im Bereich Abwasser. Dieser Bereich und die Gebühren aus den kostenrechnenden Einrichtungen Märkte und Straßenreinigung un-

terliegen einer Kostenrechnung. Damit ist diese Einnahmeart weitgehend berechnet. Die Verbrauchsabhängigkeit der Abwassergebühren ist letztlich für größere Abweichungen von der Planung verantwortlich. Das vorstehende Ergebnis zeigt allerdings eine recht genaue Haushaltsplanung.

- Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	298.800	340.456	41.656,16	13,94%
16,17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd.Zwecke, Erstattungen				
161,171	vom Land	651.200	796.417	145.217,27	22,30%
162,163,172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	1.180.900	1.412.256	231.356,18	19,59%
173	von Zweckverbänden u. dgl.				
164-169, 174-178	von übrigen Bereichen	3.382.200	741.738	-2.640.461,73	-78,07%

- Zuweisungen und Zuschüsse vom Land

Im Bereich der Kindergärten ergaben sich mehrere größere planmäßig nicht zu erkennende Abweichungen:

Kindergarten	veranschlagt	Ergebnis	Differenz
KiGa Mühlenstraße	122.600,00 EUR	151.792,70 EUR	29.192,70 EUR
KiGa Voßbarg	74.300,00 EUR	92.007,19 EUR	17.707,19 EUR
KiGa Neusüdende	70.600,00 EUR	78.166,40 EUR	8.166,40 EUR
KiGa Loy	42.000,00 EUR	57.452,55 EUR	15.452,55 EUR
KiGa Marienstraße	72.000,00 EUR	83.627,24 EUR	11.627,24 EUR
Förderung von Kindertagesstätten	82.100,00 EUR	106.760,00 EUR	24.660,00 EUR

- Zuweisungen und Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände:

Für die Schülerbeförderung waren 72.000Euro veranschlagt worden. Die tatsächliche Zahlung betrug 100.159,08 Euro.

Die Schulkostenerstattung der Gemeinde Wiefelstede lag mit 16.000 Euro über den veranschlagten 48.000 Euro.

Für die Erstattung der Verwaltungskosten im Bereich „Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende“ waren 365.000 Euro veranschlagt worden. Tatsächlich hat der Landkreis 396.699,50 Euro gezahlt.

Im Bereich der Leistungen nach den AsylbLG wurden bei der Krankenhilfe nach § 4 des Gesetzes an Stelle der veranschlagten 11.000 Euro 21.478,86 Euro vom Landkreis erstattet.

Bei der Beteiligung des Landkreises an den Schulkosten haben sich ebenfalls größere Abweichungen ergeben. Für die Schule für Lernhilfe (Voßbarg) waren 70.000 Euro vorgesehen worden. Aufgrund der höheren entstandenen Kosten ergab sich ein Erstattungsbetrag in Höhe von 108.376,01 Euro. Bei der Kooperativen Gesamtschule wurden an Stelle der veranschlagten 400.000 Euro 486.038,21 Euro vom Landkreis gezahlt.

- Zuweisungen und Zuschüsse von übrigen Bereichen:

In diesen Bereich fällt auch die Verrechnung der Regiekosten. Wie schon an anderer Stelle ausführlich berichtet, wurden die veranschlagten Regiekosten im Hinblick auf die Umstellung der Berechnung der Regiekosten im Zuge der Einführung der Finanzbuchhaltung auf die Doppik ab 2009 tatsächlich nicht mehr abgerechnet. Das ist der Hauptgrund für die erhebliche Abweichung zwischen Plan und Ergebnis.

Im Bereich der Schule für Lernhilfe konnten im Zuge der „Erstattung von Schulkosten (Beteiligung an auswärtigen privaten Sonderschulen)“ 19.104,25 Euro vereinnahmt werden. Eine Veranschlagung war aber nicht vorgesehen.

- Zinseinnahmen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
20	Zinseinnahmen	68.400	440.605	372.204,97	544,16%
21,22,24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.754.700	1.809.795	55.095,11	3,14%

Die Zinseinnahmen liegen deutlich über dem Ansatz. Dies liegt an dem nicht erwarteten hohen Rücklagenbestand (Ergebnis des Haushaltsjahres 2007) und der überplanmäßigen Einnahmeentwicklung in 2008.

Bei der Konzessionsabgabe (Gas) wurden 53.300 Euro veranschlagt. Tatsächlich konnten 65.725,50 Euro vereinnahmt werden.

Die Erstattung im Bereich Grundsicherung nach dem SGB II – originäre Aufgaben wurde mit 5.000 Euro veranschlagt. 16.573,66 Euro konnten realisiert werden. Im Gleichen Aufgabenbereich, aber im Rahmen der Option wurden an Stelle der veranschlagten 50.000 Euro 61.866,55 Euro (Haushaltsstelle 4821.2432) vereinnahmt und an Stelle der veranschlagten 24.000 Euro lediglich 2.909,61 Euro (Haushaltsstelle 4821.2450).

Im Rahmen der Leistungen nach dem SGB XII war mit 2.000 Euro Leistungen von Sozialhilfeträgern gerechnet worden. Realisiert wurden 12.614,08 Euro.

Vermögenshaushalt

- Zuführung vom Verwaltungshaushalt

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	343.500	37.541	-305.959,01	-89,07%

Siehe hierzu weiter oben.

- Entnahmen aus der Rücklage

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
31	Entnahmen aus Rücklagen	3.485.800	1.129.470	-2.356.330,43	-67,60%

Siehe hierzu weiter oben.

- Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
3400	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken	1.000,00	334,00	-666,00	-66,60%
3400	Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken	108.800,00	88.274,00	-20.526,00	-18,87%
3400	Einn. aus der Veräußerung von Grundstücken (Wohnungsbauförderung)	1.056.000,00	670.057,32	-385.942,68	-36,55%
3400	Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken -Förderung der Wirtschaft	746.700,00	1.050.599,85	303.899,85	40,70%

Diese Einnahmen lassen sich sehr schwer abschätzen, denn der Verkauf der Grundstücke hängt sehr davon ab, wie schnell die Grundstücke erschlossen werden können und wie die Nachfrage ist. Das Rechnungsergebnis ist der Spiegel der Erschließungs- und Verkaufssituation; erschlossene Grundstücke werden für den Verkauf nicht zurückgehalten.

- Beiträge und ähnliche Entgelte

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	1.192.700	1.583.288	390.587,59	32,75%

Hier gilt dasselbe wie beim vorstehenden Punkt Veräußerung von Grundstücken. Die Beiträge „hängen“ im Wesentlichen an dem Verkauf von Grundstücken.

- Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
36	Zuw./Zusch.f.Invest./Inv.-Förderungsmaßnahmen				
361	vom Land	137.800	383.062	245.262,04	177,98%
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	311.200	382.017	70.817,44	22,76%
364-368	von übrigen Bereichen	0	0	0,00	0,00%

- Zuweisungen und Zuschüsse vom Land:

Für die Einrichtung der Ganztagschule war in 2008 kein Eingang von Zuschüssen erwartet worden. Tatsächlich konnten 112.396,39 Euro und 56.417,65 Euro vereinnahmt werden.

Letztmalig war im Rahmen der Schlüsselzuweisungen ein Teil dieses Geld als Investitionszuschuss zu behandeln. Es waren 137.000 Euro veranschlagt worden. Unerwartet sind die Schlüsselzuweisungen sehr hoch ausgefallen, was dazu geführt hat, dass der Anteil Investitionszuschuss die Höhe von 214.248 Euro erreicht hat.

- Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehn

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen				
372,373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und dgl.	200.700	307.900	107.200,00	53,41%
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kreditmarkt	0	0	0,00	0,00%
378	Umschuldungen	0	0	0,00	0,00%

Aufgenommen wurden nur Kredite aus der Kreisschulbaukasse. Die Höhe der Einnahme hängt von der Fertigstellung der Investitionsmaßnahmen und der Anforderung der Gelder ab.

Ausgaben

Verwaltungshaushalt

- Personalausgaben

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
4	Personalausgaben	6.255.700	6.511.977	256.277,17	4,10%

Die Überschreitung der Ansätze liegt an den Auswirkungen der tariflichen Vereinbarungen. Der hohe Tarifabschluss war nicht erwartet worden.

- Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
	Unterhaltung bauliche Anlagen	837.500,00	707.736,49	-129.763,51	-15,49%
	Unterhaltung Grundstücke	624.000,00	416.889,00	-207.111,00	-33,19%
	Unterhaltung Straßen	1.217.500,00	1.043.909,00	-173.591,00	-14,26%

Die Veranschlagungen berücksichtigen konkrete Planungen, wobei im Bereich der Unterhaltung von baulichen Anlagen und Grundstücken auch Pauschalen berücksichtigt sind. Die Gründe für die erheblichen Abweichungen sind unterschiedlich. Die Einsparungen ergeben sich daraus, dass Aufträge günstiger vergeben werden konnten, bestimmte Unterhaltungsmaßnahmen aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgeführt wurden und Pauschalen nicht in ihrer berücksichtigten Größe verbraucht wurden. Die Nichtverwendung von Haushaltsmitteln hat jedoch nicht zu „unterlassenen Unterhaltungsmaßnahmen“ geführt.

- Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen, u.s.w.

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
54	Bewirtschaftungskosten	1.761.000,00	1.587.287,95	-173.712,05	-9,86%

Die Haushaltsmittel für diese Ausgaben werden berechnet. Was nicht kalkuliert werden kann sind die genauen Preisveränderungen und die witterungsbedingten Verbrauchsänderungen. So gesehen ist die Einsparung sehr erfreulich.

- **Geschäftsausgaben**

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
65	Geschäftsausgaben	385.900,00	346.887,53	-39.012,47	-10,11%

Die Abweichungen ergeben sich aus einer Vielzahl kleinerer Beträge (rd. 170 Haushaltsstellen). Lediglich im Bereich Druckkosten für Personalausweise ergab sich eine deutliche Abweichung. Die veranschlagten 30.000 Euro haben nicht ausgereicht; es wurden 43.165,32 Euro benötigt

- **Zinsausgaben**

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
80, 877	Zinsausgaben	139.300	129.252	-10.048,40	-7,21%

Die Abweichung liegt darin begründet, dass keine Kassenkredite aufgenommen werden mussten.

- **Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage**

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	1.363.000	1.073.763	-289.237,00	-21,22%
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	5.470.200	5.610.320	140.120,00	2,56%

Diese Ansätze werden berechnet. Wie schon weiter oben ausgeführt, haben sich für 2008 nicht erwartete verbesserte Finanzausgleichszahlungen ergeben, die sich auf die Kreisumlage ausgewirkt haben.

Der nicht erreichte Planansatz bei der Gewerbesteuer hat zur Folge gehabt, dass auch die Gewerbesteuerumlage niedriger ausfällt.

- **Zuführung zum Vermögenshaushalt**

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Pflichtzuführung)	306.300	292.055	-14.244,68	-4,65%
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Nettozuführung)	37.200	2.694.990	2.657.789,59	7144,60%

Siehe hierzu weiter oben.

Vermögenshaushalt

- Vermögenserwerb

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
930	Beteiligungen	0	10.000	10.000,00	0,00%
932	Erwerb von Grundstücken	3.276.000	3.508.374	232.373,85	7,09%
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	453.800	539.549	85.748,87	18,90%

Es wurde für Rastede eine Bürgergenossenschaft gegründet. An dieser Genossenschaft hat sich die Gemeinde mit 10.000 Euro beteiligt. Im Zeitpunkt der Haushaltsplanung war diese Beteiligung nicht absehbar.

Der Erwerb von Grundstücken hängt von Zufällen oder nicht abseh- oder planbaren Zufällen ab. Die Gemeinde nimmt die Aufgabe der Baugebieterschließung als eigene Aufgabe war und kauft deshalb „Bauerwartungsland“ im Rahmen ihrer Gemeindeentwicklungsplanung an. Es haben sich hier Ankaufsmöglichkeiten ergeben, die wahrgenommen wurden.

Bei rd. 90 Haushaltsstellen werden Haushaltsmittel für den Erwerb von beweglichen Sachen veranschlagt. Es sind die vielen Einzelpositionen, die für sich zwar keine großen Abweichungen von der Planung aufzeigen, in der Summe jedoch die größere Abweichung ausmachen. Lediglich in drei Positionen gibt es eine größere Abweichung: Bei der Kooperativen Gesamtschule waren für die Vermögensbeschaffung keine Mittel veranschlagt worden. Tatsächlich mussten aber 10.709,85 Euro ausgegeben werden. Ebenso mussten bei dieser Schule ein nicht geplanter Schrägaufzug mit Kosten in Höhe von 11.344,57 Euro und zwei Klassenräume in Containerbauweise beschafft werden, wofür 16.992,15 Euro auszugeben waren.

- Baumaßnahmen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
94	Hochbau	909.000,00	705.811,29	-203.188,71	-22,35%
95	Tiefbau	2.213.000,00	1.457.677,35	-755.322,65	-34,13%
96	Planungskosten	0,00	0,00	0,00	0,00%

- Hochbau

Im Bereich der Grundschule Hahn-Lehmden für Sanierungsmaßnahmen veranschlagte 15.000 Euro wurden nicht benötigt.

Für die Sanierung von Straßenbeleuchtungseinrichtungen waren 30.000 Euro veranschlagt worden. Benötigt wurden lediglich 2.867,90 Euro.

Für die Sanierung des Rathauses war die Ausgabe wurden 300.000 Euro vorgesehen. Die Kosten sind nicht so hoch ausgefallen; es wurden nur 159.022,79 Euro benötigt.

Beim Kindergarten Mühlenstraße waren Sanierungsmaßnahme in Höhe von 25.000 Euro vorgesehen. Benötigt wurden für die Maßnahmen 9.597,20 Euro

In neun weiteren Fällen, sind die Investitionskosten ebenfalls niedriger als veranschlagt ausgefallen. Die Abweichen haben je Haushaltsstelle 10.000 Euro jedoch nicht erreicht.

- Tiefbau

Hier gibt es zahlreiche Abweichungen von der Planung, die in der Regel den Grund haben, dass günstige Ausschreibungsergebnisse zu Ausgabeneinsparungen geführt haben.

Andere Abweichungen sind Folgende:

Für die Anlage von Kompensationsflächen waren keine Investitionskosten vorgesehen. Tatsächlich mussten 12.702,42 Euro ausgegeben werden.

Für eine Fläche am Schafjückenweg war die Umgestaltung eines Pendlerparkplatzes vorgesehen worden. 71.000 Euro wurden veranschlagt, die aber nicht gebraucht wurden, weil es zur Durchführung der Maßnahme in 2008 nicht gekommen ist.

Im Zuge der Baumaßnahmen für den Turnierplatz war die Erneuerung des Schmutzwasserkanals nicht vorgesehen. Es mussten aber dafür nicht geplante Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden, für die in 2008 11.000 Euro ausgegeben werden mussten.

Auf der Kläranlage muss das Gebläse für das Belebungsbecken erneuert werden. Diese Maßnahme ist 2008 nicht zum Zuge kommen; veranschlagte 30.000 Euro wurden nicht ausgegeben.

Die Erschließung des Industriegebietes BPlan 86 – Gewerbegebiete AK Anschlussstelle-Nord verzögert sich. Die für Bau des Schmutz- und Niederschlagswasserkanals veranschlagten 66.000 Euro wurden 2008 noch nicht benötigt. Dasselbe gilt für das Wohnbaugebiet BPlan 78B – Nethener Weg. Veranschlagte 60.000 Euro wurden 2008 nicht gebraucht.

Für die Neuanlage von Löschwasseranlagen werden regelmäßig Haushaltsmittel veranschlagt. Die im Haushaltsplan eingestellten 15.000 Euro wurden nicht gebraucht.

Der Sportplatz Wahnbek wurde umfassend saniert, wofür für 2008 260.000 Euro veranschlagt wurden. Tatsächlich wurden 603.815,27 Euro ausgegeben. Die Mehrkosten haben sich ergeben, weil von der ursprünglichen Planung, einen Naturrasen wieder herzustellen, abgewichen und ein Kunstrasen hergestellt wurde.

- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

		2008	2008	Differenz	Prozent
Gruppierung	Einnahmeart	HH-Ansatz	Anordn.-SOLL	Ansatz-ASoll	%
98	Investitionszuschüsse und -fördermaßnahmen	465.700,00	284.762,32	-180.937,68	0,00%

Die Gemeinde zahlt Gewerbetreibenden im Rahmen ihrer Ansiedlung für den Abwasserbeitrag einen Zuschuss. Zuschüsse in Höhe von 140.100 Euro waren eingplant; tatsächlich wurden aber lediglich 67.080,02 Euro benötigt.

Im Rahmen der Sportförderung waren Investitionszuschüsse in Höhe von 217.800 Euro veranschlagt worden. Den wesentlichen Anteil daran hat der Zuschuss an den VfL-Rastede für den Neubau einer Turnhalle. Der vorgesehe Zuschuss in Höhe von 183.000 Euro wurde erst nur in Höhe von 91.000 Euro abgerufen.

4. Betrachtung einzelner Haushaltsstellen

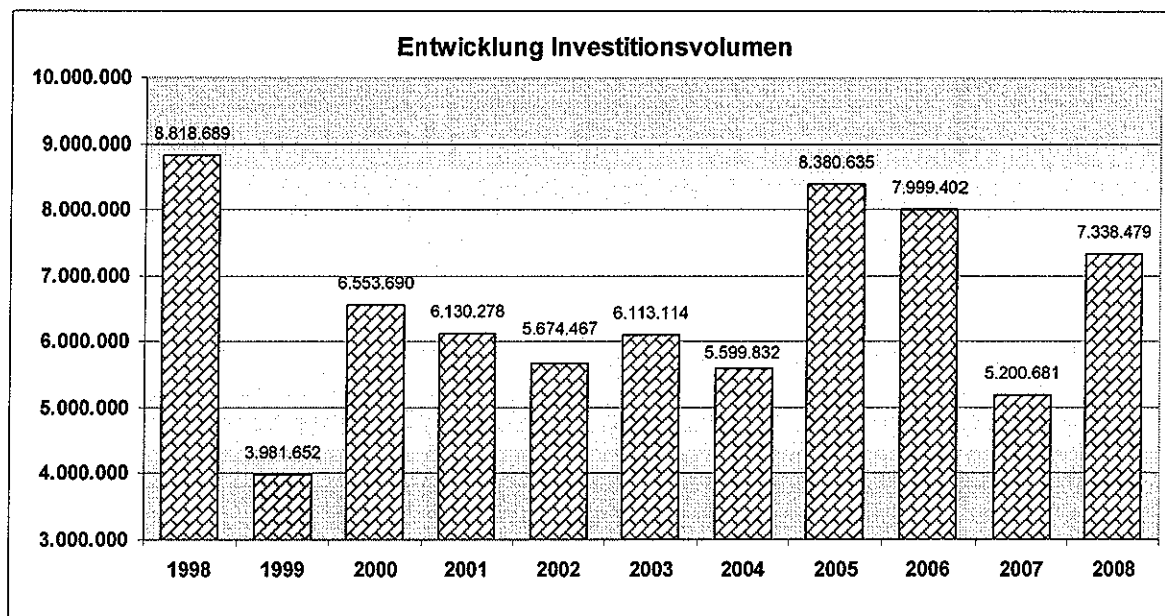
Auf eine noch detailhaftere Darstellung als vorstehend wurde verzichtet; siehe dazu auch das Schreiben vom 20.11.08 des Rechnungsprüfungsamtes

D) Überblick über die Haushaltswirtschaft

1. Allgemeines

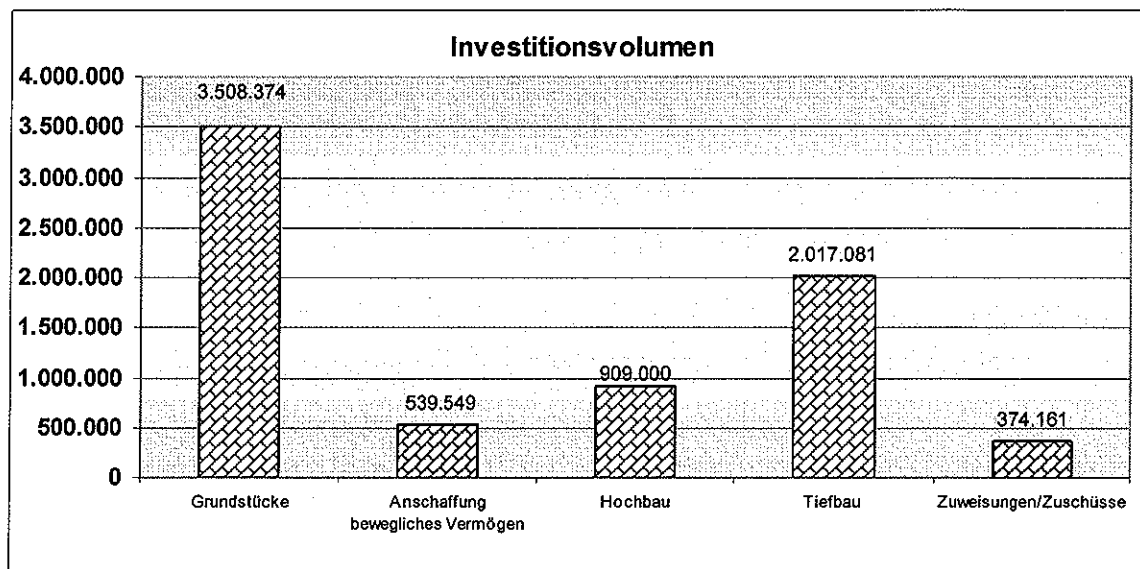
Nachfolgend soll auf die Tätigkeit der Gemeinde Rastede im Bereich der Investitionen und der Investitionsförderungsmaßnahmen eingegangen werden.

2. Investitionen und Investitionsförderung



Der Vermögenshaushalt weist in 2008 für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen ein Haushaltsvolumen i. H. v. 7.338.478 Euro aus. Damit hat die Gemeinde erneut eine sehr hohe Investitionstätigkeit erreicht und das ohne Anstieg der Verschuldung.

Die Ausgaben für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen entfallen dabei auf folgende Bereiche:

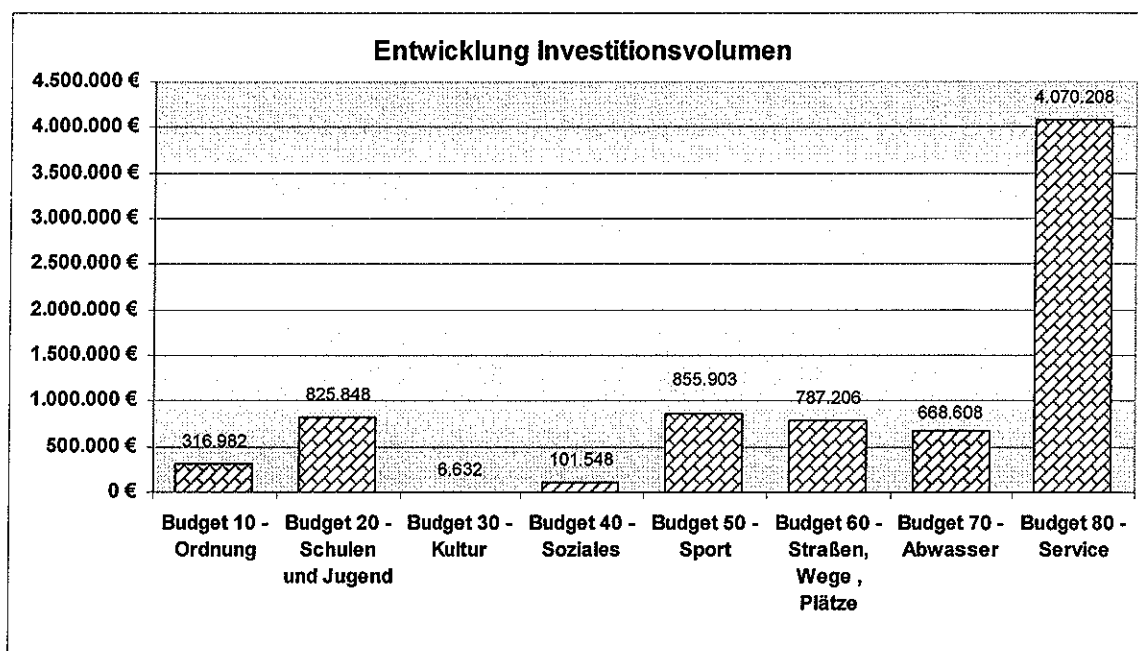


Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt im Erschließungsbereich. Es ist erklärtes Ziel der Gemeinde, der demografischen Entwicklung gegen zu steuern und ist deshalb bemüht, dem Geburtenrückgang durch Zuzugsmöglichkeiten in Form von Anbieten von Baugrundstücken ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Im Haushaltsjahr 2008 haben sich erhebliche Möglichkeiten für den Ankauf von „Bauerwartungsland“ ergeben, die von der Gemeinde wahrgenommen wurden. Mit dem Ankauf von Bauland korrespondieren die Erschließungsmaßnahmen, die dem Bereich Tiefbau anzusiedeln sind.

Weitere besondere Maßnahmen im Bereich Tiefbau sind der Bau einer Abwasser-Druckrohrleitung in Delfshausen (192.699,88 Euro), die Sanierung des Turnierplatzes (202.000 Euro) einschließlich der nicht geplanten Erneuerung des Schmutzwasserkanals im Bereich des Turnierplatzes (174.883,52 Euro) und die Sanierung des Sportplatzes Wahn-
bek (603.815,27 Euro)

Im Bereich Hochbau schlägt besonders die Sanierung des Rathauses (140.977,21 Euro), die Sanierung des Flachdaches der Kooperativen Gesamtschule (345.676,71 Euro) und dort die Anlegung eines zweiten Rettungsweges (81.751,90 Euro), die Sanierung von Toilettenanlagen (37.119,34 Euro) und die Sanierung eines Altbaus (48.039,59 Euro) zu Buche. Kosten der Einrichtung einer Ganztagschule als Mehrjahresmaßnahme entstanden in Höhe von 34.026,50 Euro.

Der folgenden Grafik kann entnommen werden, welches Ausgabevolumen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf die einzelnen Budgets entfällt:



3. Abgeschlossene Baumaßnahmen

In der folgenden Übersicht sind die Baumaßnahmen aufgeführt, die in 2008 abgeschlossen worden sind und deren Durchführung sich über mehrere Haushaltsjahre erstreckt hat:

Glied.	Grupp.	Anteilsbudget		Bezeichnung	2007	2008	Gesamt
2811	940015	2301	KGS	Sonnenschutzanlage		3.800,44	3.800,44 €
2810	940011	2301	KGS	Sanierung WC- Anlagen		37.119,34	37.119,34 €
2140	940014	2201	KGS	Einrichtung Ganztagschule		34.026,50	34.026,50 €
2810	940012	2301	KGS	Sanierung Flachdach		345.676,71	345.676,71 €
2810	940020	2301	KGS	Anlegung 2. Reifungsweg		81.751,90	81.751,90 €
5600	940004	5200	Sportplätze	Sportplatz Lehmnden Urnkleidegebäude	272.996,89	105.024,78	378.021,67 €
2810	940015	2301	KGS	Sanierung Altbau	183.091,68	48.039,59	231.131,27 €
2811	940009	2301	KGS	Sanierungsmaßnahmen		28.071,63	28.071,63
4640	940002	4501	KiGa Mühlenstraße	Sanierungsmaßnahmen		9.597,20	9.597,20

2. Regiekostenrechnung

Seit dem die Gemeinde Rastede einen budgetorientierten Haushalt aufstellt, verrechnet sie auch die Regiekosten. Diese Berechnung wurde gemacht, weil mit der Aufstellung des budgetorientierten Haushaltes auch die Vorstellung verbunden ist, die Produktkosten innerhalb eines Budgets vollständig darzustellen.

Mit der Einführung des Neuen Haushaltsrechts – für die Gemeinde also für die Zeit ab 2009 – ist es von den haushaltsrechtlichen Zielen her zwingend, dass die Regiekosten den Produktkosten zugerechnet werden. Erforderlich ist es also für die Gemeinde Rastede, ab 2009 die Regiekostenverteilung nach den Bedingungen des Neuen Haushaltsrechts neu zu ermitteln.

Die Vorüberlegungen zu der neuen Regiekostenrechnung haben gezeigt, dass die bisherige Berechnung verbesserungswürdig ist. Im Hinblick auf die grundlegende Änderung ab 2009 und aufgrund der sehr zeit- und personalintensiven Vorbereitung der Haushaltsumstellung wurde davon Abstand genommen, die Berechnung der Buchungsbeträge näher zu hinterfragen - die sich aus der Berechnungsdatei sich ergebenden Beträge wurden gebucht.

II. Kredit- und Vermögenswirtschaft im Haushaltsjahr 2008

1. Kreditwirtschaft

<u>Neuaufnahmen</u>	<u>Haushaltssoll</u>	<u>Ergebnis</u>
• Kreditmarkt	0,00 €	0,00 €
• Kreisschulbaukasse	200.700,00 €	307.900,00 €
<u>Tilgung</u>		
• Kreditmarkt	57.800,00 €	57.753,40 €
• Sondertilgung	0,00 €	0,00 €
• Kreisschulbaukasse	248.500,00 €	234.301,92 €
<u>Zinsen</u>	129.300,00 €	129.251,60 €
<u>Schuldendienstleistung gesamt</u>	636.600,00 €	729.206,92 €

In der Haushaltssatzung wurde der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen – lediglich im Rahmen der Kreisschulbaukasse – auf insgesamt 200.700 Euro festgesetzt. Zur Finanzierung der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen war die Aufnahme von Kreditmitteln am Kreditmarkt nicht vorgesehen, da zur Deckung dieser Ausgaben ein entsprechender Rückgriff auf den Rücklagenbestand vorgesehen war.

Im Ergebnis weist das Haushaltsjahr 2008 eine Nettoneuverschuldung i. H. v. 15.844,68 Euro aus.

2. Schuldenentwicklung

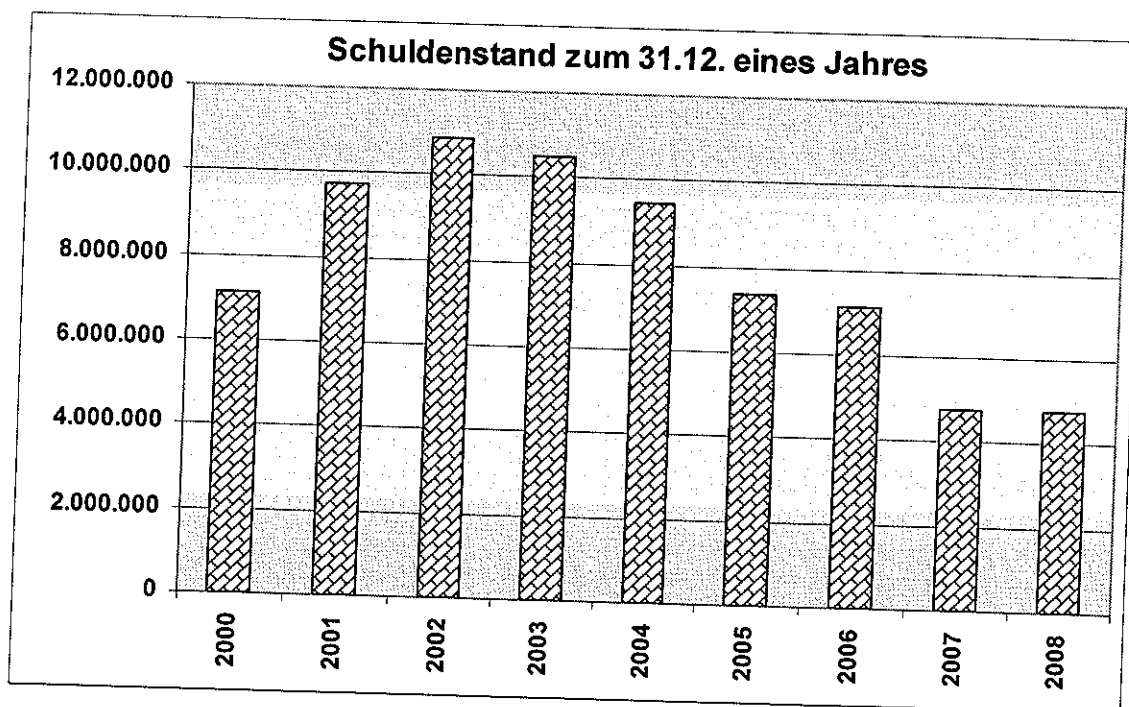
Gemäß den Vorschriften der §§ 39 und 40 Abs. 2 und 3 GemHVO ist der Stand der Schulden in der Jahresrechnung zu Beginn und zu Ende des Haushaltsjahres festzustellen.

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	0,00 €
Schuldenaufnahme aus der Kreisschulbaukasse	307.900,00 €
Neuverschuldung 2008	<u>307.900,00 €</u>

Tilgung Kreditmarkt	57.753,40 €
Sondertilgung	0,00 €
Tilgung Kreisschulbaukasse	234.301,92 €
Gesamttilgung 2008	<u>292.055,32 €</u>

Schuldenstand am 01.01.2007	4.756.886,58 €
Zugang durch Neuverschuldung	307.900,00 €
Abgang durch Tilgung	292.055,32 €
Abgang durch Sondertilgung	0,00 €
sonstige Zugänge	0,00 €
sonstige Abgänge	0,00 €
Schuldenstand am 31.12.2008	<u>4.772.731,26 €</u>

Der Schuldenstand beträgt pro Einwohner der Gemeinde Rastede 230,93 Euro; bei einem Schuldenstand gesamt i. H. v. 4.772.731,26 Euro und 20.667 Einwohnern zum Stichtag 30.06.2008.



3. Vermögensentwicklung

Ab dem 01.01.2009 wird der Haushalt der Gemeinde Rastede nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung im Rahmen der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung geführt. Damit verbunden ist die Aufstellung einer ersten Eröffnungsbilanz für die eine umfassende Vermögensaufnahme, -erfassung und -bewertung erforderlich ist.

Der o.g. Vermögenswert kann aufgrund des nun anzuwendenden Rechts nicht fortgeschrieben werden. Im Hinblick auf die sehr starke Arbeitsbelastung im Rahmen der Umstellung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft ab dem 01.01.2009 macht es keinen Sinn, den o.g. Vermögenswert auf einer Grundlage fortzuschreiben, die über den 01.01.2009 hinaus keinen Bestand hat. Deshalb wurde davon abgesehen, die Vermögensrechnung alter Art fortzuführen.

Rastede, 20.09.2010



Decker

- Bürgermeister -

Anlage 1

Betrachtung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben über 5.000 €Allgemeine Bemerkung:

Nachfolgend wird auf Abweichungen eingegangen, die durch Über- oder außerplanmäßige Ausgaben entstanden sind, soweit sie bei einzelnen Haushaltsstellen 5.000 € überschreiten.

Die Grenze von 5.000 € wurde willkürlich gewählt, um sich auf die wesentlichsten Positionen zu beschränken. Auf eine Erläuterung von Abweichungen bei den Inneren Verrechnungen (Budget 80 und Bauhof) wurde verzichtet.

Datum	Glied.	Grupp.	Betrag ab 5.000 €	Begründung
03.11.2008	2140	940014	5.000,00 EUR	Durch die Neuverkabelung des EDV-Raumes im 1. OG und den Einbau von Fehlerstromschutzschaltern sind entsprechende Mehrkosten entstanden.
14.07.2008	5500	988100	5.125,00 EUR	Gemäß VA am .2008 (Vorlage 2008/) sollen dem KKR Mittel in v.g. Höhe für die Anschaffung einer Spülmaschine und eines Rezeptionstresens bereitgestellt werden.
14.10.2008	7601	935000	5.133,54 EUR	Für die Neueinrichtung des DGH Beckhausen stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung, da dies erst im aktuellen HH-Jahr bekannt wurde.
18.12.2008	1100	414000	5.149,94 EUR	Tariferhöhung 2008
25.06.2008	0350	434000	5.192,09 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. f. Beamte ab den 01.05.- 01.06.08 geändert.
18.12.2008	5720	414000	6.040,14 EUR	Tariferhöhung 2008
20.11.2008	5710	940000	6.500,00 EUR	Die Heizzentrale im Sanitärgebäude Campingplatz Hahn aus dem Jahre 1983 muss ersetzt werden (Durchrostungen/ Warmwasserverluste).
30.05.2008	7000	434000	6.514,01 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. f. Beamte ab den 01.05.- 01.06.08 geändert.
18.12.2008	4000	414000	6.838,67 EUR	Tariferhöhung 2008
18.12.2008	4642	414000	6.974,03 EUR	Tariferhöhung 2008
18.12.2008	1300	550000	7.800,00 EUR	Aufgrund von mehreren unvorhergesehenen Ausgaben (neue Reifen LF8 Loy-Barghorn, Getriebeschaden RW Rastede, neue Bremsen TLF Rastede sowie höhere Benzinpreise als in den Vorjahren) reichen die veranschlagten Mittel nicht aus.
30.05.2008	7000	410000	8.525,27 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. f. Beamte ab den 01.05.- 01.06.08 geändert.

11.12.2008	4000	414000	8.580,00 EUR	Mehraufwand bei den Personalkosten aufgrund Neueinrichtung eines Familienservicebüros.
28.05.2008	0200	935000	8.700,00 EUR	Die Mittel für die Software im Rahmen des neuen Personenstandsrechts wurden im Verw.- Haushalt veranschlagt. Da es sich bei der neuen Software für das Standesamt aber nicht um ein Update, sondern um eine komplett neue Software handelt, muss diese aus
23.12.2008	8800	500000	9.000,00 EUR	Für den Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes Dietr.-Freels-Str. 27 mussten die vorhandenen Parkflächen und die Zufahrt zu dem dahinterliegenden Grundstück umgestaltet bzw. umgelegt werden. Mittel hierfür sind im Haushalt 2008 nicht eingeplant.
11.11.2008	5800	540100	9.621,00 EUR	Die EWE-Stromabrechnungen für den Turnierplatz (Straßenbeleuchtung) und die Ellernfontäne sind deutlich teurer ausgefallen als geplant. Durch einen über längere Zeit nicht erkennbaren Kabelschaden sind ca. 10.000 KWh ins Erdreich abgeflossen. Der Kabelfeh
18.12.2008	2810	414000	9.642,38 EUR	Tarifierhöhung 2008
14.10.2008	7910	9300000	10.000,00 EUR	Gemäß Ratsbeschluss am 08.07.2008 beteiligt sich die Gemeinde Rastede mit einem Betrag i.H.v. 10.000,-€ an der Rasteder Bürgergenossenschaft e.G.
22.01.2009 (für 2008)	8800	932000	12.690,00 EUR	Nicht eingeplante Auszahlung für die Ersteigerung des Erbbaugrundstückes Dringenburger Str. 2, 26180 Rastede (DGH Delfshausen).
16.12.2008	5800	950000	12.702,42 EUR	Der Landkreis Ammerland hat im Rahmen seines Wallheckensanierungsprogramms insgesamt 1.243m Wallhecke zu Lasten der Gemeinde Rastede saniert. HH-Mittel stehen nicht im vollen Umfang zur Verfügung, da davon ausgegangen wurde, dass der LK Ammerland die Sani
18.12.2008	4643	414000	12.737,29 EUR	Tarifierhöhung 2008
18.12.2008	4050	414000	13.213,02 EUR	Tarifierhöhung 2008
18.12.2008	4644	414000	13.733,45 EUR	Tarifierhöhung 2008
02.10.2008	6310	950065	14.657,65 EUR	Die Nachfrage an Wohnbaugrundstücken hat es erforderlich gemacht, bereits in 2008 mit den Erschließungsarbeiten zu beginnen und nicht wie geplant in 2009.
25.06.2008	0350	444000	17.100,63 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. f. Beamte ab den 01.05.- 01.06.08 geändert.
18.12.2008	6000	414000	18.148,66 EUR	Tarifierhöhung 2008
25.11.2008	6000	414000	19.410,00 EUR	Aufgrund einer veränderten Budgetaufteilung müssen die HH-Mittel entsprechend verschoben werden.
11.11.2008	7040	950006	20.000,00 EUR	Das Pumpwerk in Liethe muss umgebaut werden, da es entsprechend an die neuen Höhenverhältnisse angepasst werden muss.

19.12.2009	7000	680000	20.436,91 EUR	Die kalk. Zinsen sind in der Nachkalkulation 2008 um 46.775,60 € höher ausgefallen als für 2008 veranschlagt. Bei der Verzinsung des Anlagekapitals für SW stehen Minderausgaben i.H.v. 26.338,69 € zur Verfügung. Den restlichen 20.391,91 € stehen Mehreinnahmen
11.11.2008	6301	950000	21.448,15 EUR	Es stehen keine ausreichenden Haushaltsmittel mehr für die Inwertsetzung des Denkmalsplatzes zur Verfügung, da der Umfang der Maßnahme größer wird als geplant. Insbesondere wurde die Plasterfläche über die geplante Fläche hinaus erneuert. Dadurch sind nic
02.10.2008	7011	950065	22.240,83 EUR	Die Nachfrage an Wohnbaugrundstücken hat es erforderlich gemacht, bereits in 2008 mit den Erschließungsarbeiten zu beginnen und nicht wie geplant in 2009.
18.12.2008	6320	950041	25.581,00 EUR	Mehrauszahlungen bei der Maßnahme "Eichendorffstraße" infolge nicht eingeplanter Abbruch- und Wiederherstellungsarbeiten sowie beim Querschnittsänderungen beim Regenwasserhauptkanal.
18.12.2008	4641	414000	29.156,56 EUR	Tarifierhöhung 2008
18.12.2008	0202	414000	32.254,12 EUR	Tarifierhöhung 2008
02.10.2008	7110	950065	36.796,75 EUR	Die Nachfrage an Wohnbaugrundstücken hat es erforderlich gemacht, bereits in 2008 mit den Erschließungsarbeiten zu beginnen und nicht wie geplant in 2009.
18.12.2008	4640	414000	38.370,88 EUR	Tarifierhöhung 2008
11.12.2008	0200	935000	40.000,00 EUR	Die Verwaltung benötigt für den gesamten technischen Bereich ein umfassendes Programm für Kostenleistungsmanagement (Auftragsverwaltung, Budgetprüfung- und verwaltung im bautechnischen Bereich), Energiemanagement, Wartung, Instandhaltung und Katasterverwa
25.06.2008	0350	414000	72.321,48 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. f. Beamte ab den 01.05.- 01.06.08 geändert.
24.11.2008	4648	718000	74.800,00 EUR	Höherer Zuschussbedarf beim Diakonischen Werk Wahnbeck e.V. aufgrund Neueinstellung von Mitarbeitern für die neugeschaffene Hortgruppe und die Erweiterung der Ganztagsbetreuung sowie einer erhöhten Anzahl von beitragsfreien Kindern im letzten Kindergartenj
20.11.2008	7110	950061	77.105,00 EUR	Aufgrund der hohen Nachfrage von Wohnbaugrundstücken, wurde der 2. BA (BBPl. 79 - südl. Schlosspark) vorgezogen (VA-Beschluss vom 28.10.2008).
20.11.2008	7011	950061	112.700,00 EUR	Aufgrund der hohen Nachfrage von Wohnbaugrundstücken, wurde der 2. BA (BBPl. 79 - südl. Schlosspark) vorgezogen (VA-Beschluss vom 28.10.2008).

20.11.2008	6310	950061	123.800,00 EUR	Aufgrund der hohen Nachfrage von Wohnbaugrundstücken, wurde der 2. BA (BBPl. 79 - südl. Schlosspark) vorgezogen (VA-Beschluss vom 28.10.2008).
14.07.2008	2811	935005	142.500,00 EUR	Im VA (Vorlage 2008/ 025) wurde die Auftragsvergabe zur Lieferung und Aufstellung von zwei Containerklassen für die KGS Feldbreite beschlossen.
15.10.2008	6200	932000	200.000,00 EUR	Die Gemeinde Rastede hat sich kaufvertraglich verpflichtet für den Erwerb der Baulandflächen der BBPl. 63 F und 79 II. Abschnitt, die Kaufpreise bereits 2008 zu zahlen. Der Erwerb der Baulandflächen des BBPl. 79 II. Abschnitt war erst für das HH-Jahr 2009
24.07.2008	5600	950004	432.000,00 EUR	Lt. VA Beschluss v. 04.03.08 u, 11.06.08 sollen diese Mittel aus der Rücklage genommen und bei der Maßnahme zur Verfügung gestellt werden.

Bericht

**des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland
über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede
für das Haushaltsjahr
2008**

Seite**Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkungen**

01	Die Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2007 einschließlich der Entlastungserteilung für den Bürgermeister ist nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erfolgt.	03
02	Die vom Rat in § 2 der Haushaltssatzung festgelegte Kreditermächtigung wurde um 107.200,00 € überschritten.	09
03	Der Termin für die Aufstellung der Jahresrechnung wurde erneut nicht eingehalten.	10
04	Die Ist-Bestände des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts und der Verwahr- und Vorschussskonten sowie die Haushalts- und Kassenreste sind in die doppisch geführten Bücher des Folgejahres zu übernehmen.	17
05	Das Kassenverrechnungskonto sowie die Verwahr- und Vorschussskonten für den Bauhof weisen weiterhin unterschiedliche Ist-Bestände aus.	21

1. Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede ergibt sich aus § 67 Abs. 2 NLO in Verbindung mit § 120 Abs. 2 NGO.

1.2 Prüfungszeit/Prüfer

Die Jahresrechnung wurde in der Zeit vom 07.05. bis 23.06.2009 (mit Unterbrechungen) in den Büroräumen des RPA von KOAR Frerichs sowie in der Zeit vom 27.09. bis 29.09.2010 (mit Unterbrechungen) von KAR Lübben geprüft.

Der Verwaltung wurde am 09.11.2010 ein Entwurf des Prüfungsberichtes zugesandt. Eine Schlussbesprechung fand nicht statt.

1.3 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung wurde zunächst lediglich der kassenmäßige Abschluss und die Haushaltsrechnung vorgelegt. Weitere notwendige Unterlagen wurden nachgereicht. Etwaige fehlende Unterlagen und Nachweise sind zu den jeweiligen Prüfungsbereichen gesondert aufgeführt.

1.4 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang

Ab 01.01.2006 gelten für die Prüfung der Jahresrechnung grundsätzlich die Bestimmungen der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO). Aufgrund des Beschlusses des Rates der Gemeinde Rastede vom 21.02.2006 gem. Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschafts-rechtlicher Vorschriften bleiben bestimmte Vorschriften der NGO und zugehörige Verordnungsregelungen in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis längstens **31.12.2008** anwendbar.

Weiterhin bleiben durch Beschlüsse des Rates der Gemeinde vom 21.02.2006 gem. Art. 6 Abs. 4 und Abs. 5 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindewirtschaftsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften

- a) für die **Sozialstation Rastede gGmbH** und für die **Residenzort Rastede GmbH**
- b) für den **Bauhof** als Hilfsbetrieb der Gemeinde mit selbstständiger Wirtschaftsführung

die Vorschriften der NGO (§§ 113, 108 Abs. 3 Ziff. 3 und 110) in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis längstens **31.12.2009** anwendbar.

Die Prüfung der Jahresrechnung erstreckte sich auf Teilbereiche. Sie umfasste das Haushaltsjahr 2008 und wurde auf frühere Haushaltsjahre oder bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, wenn es zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig war oder insbesondere aufgrund einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Auf Grund der zum 01.01.2009 bei der Gemeinde vorgenommenen Umstellung auf das neue kommunale Rechnungswesen (Doppik) ist der Prüfungsumfang auf wesentliche Bereiche beschränkt worden. Es sollte hiermit sicher gestellt werden, die Prüfungsvorgänge frühzeitig abzuschließen, um insbesondere die aus dem bisherigen kameralistischen Verfahren in das neue Buchführungssystem zu übernehmenden Übertragungsbuchungen geprüft festzuschreiben, bevor der Rat der Gemeinde über die Eröffnungsbilanz zu beschließen hat.

Im Rahmen der Jahresrechnungsprüfung sind Kassenvorgänge und Belege stichprobenweise geprüft worden.

Der Verwaltung wurden während der Prüfungstätigkeiten aufgrund aktueller Anlässe Hinweise und Empfehlungen gegeben. Etwaige Feststellungen von geringer Bedeutung wurden mit den Bediensteten besprochen und nicht mit in den Prüfungsbericht aufgenommen.

Soweit eine Prüfung stattfand, hat das RPA gem. § 120 Abs.1 NGO darauf geachtet, ob

- der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren ist und
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

2. Jahresrechnung 2007

- 01** Gemäß § 101 Abs. 1 NGO hat der Rat über die Jahresrechnung bis spätestens 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zu beschließen und gleichzeitig über die Entlastung des Bürgermeisters zu entscheiden.

Die endgültigen Unterlagen zur Jahresrechnung lagen erst am 12.08.2009 vollständig vor. Nachdem ein Schlussgespräch zum vorgelegten Berichtsentwurf seitens der Verwaltung nicht für erforderlich gehalten wurde, konnte der Prüfungsbericht am 31.08.2009 ausgefertigt und übersandt werden.

Der Rat der Gemeinde hat am 15.12.2009 über die Jahresrechnung 2007 beschlossen und dem Bürgermeister die Entlastung erteilt. Das nach §§ 100 Abs. 3, 101 Abs. 1 und 2 und 120 Abs. 4 NGO vorgeschriebene weitere Verfahren (Anzeige bei der Aufsichtsbehörde, öffentliche Bekanntmachung und Auslegung der Jahresrechnung einschließlich Rechenschaftsbericht, Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und Stellungnahme des Bürgermeisters) wurde im Januar 2010 durchgeführt. Das Haushaltsjahr 2007 ist damit abgeschlossen.

3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2008

3.1 Haushaltssatzung

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die Haushaltssatzung am 11.12.2007 beschlossen. Eine Nachtragssatzung wurde nicht erlassen.

Die Bestimmungen über die Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde, die öffentliche Bekanntmachung und Auslegung (§ 86 Abs. 2 NGO) einschließlich des Beteiligungsberichtes (§ 116 a NGO) wurden beachtet. Die Haushaltssatzung ist damit rechtswirksam geworden.

Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung am 30.01.2008 (§ 84 Abs. 3 NGO) waren die Vorschriften über die **vorläufige Haushaltsführung** (§ 88 NGO) zu berücksichtigen.

3.2 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan schloss in Einnahmen und Ausgaben wie folgt ab:

	<u>Verwaltungshaushalt:</u>	<u>Vermögenshaushalt:</u>
	Beträge in Euro	
Einnahmen	26.112.300,00	7.623.800,00
Ausgaben	26.112.300,00	7.623.800,00
Fehlbedarf	0,00	0,00

Die Vorschrift des § 82 Abs. 3 NGO, wonach der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll, wurde damit erfüllt.

Die **Bestandteile** des Haushaltsplanes und die Pflichtanlagen (§ 2 GemHVO) sind vorhanden.

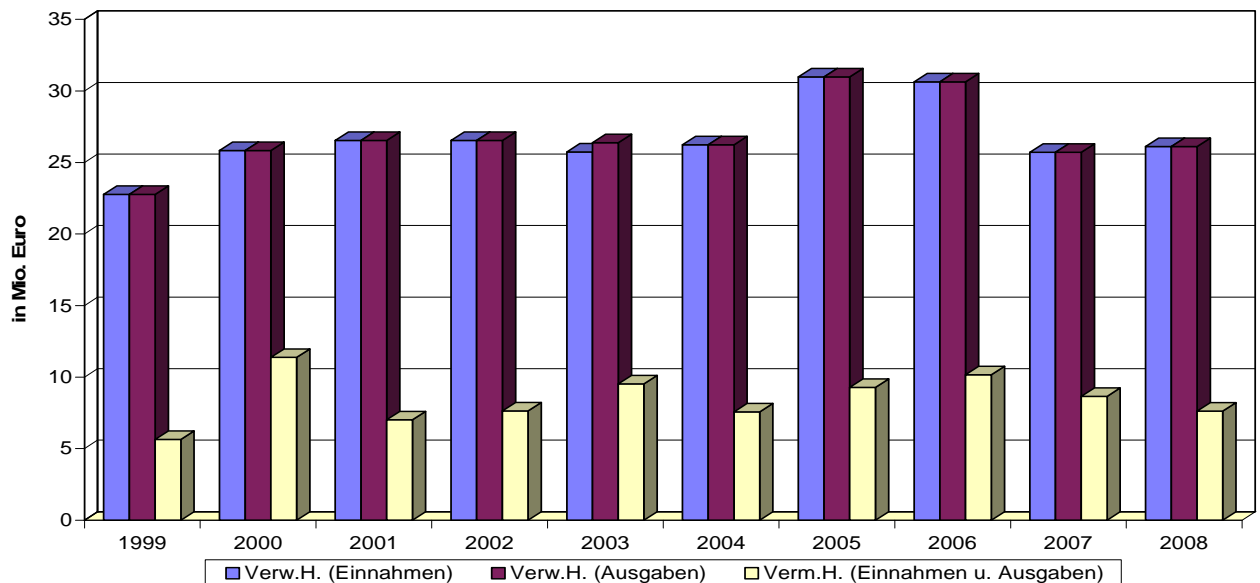
Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wurde in budgetierter Form (8 Budgets) aufgestellt. Sammelnachweise wurden im Zusammenhang mit der Aufstellung der Budgets nicht eingerichtet.

Der budgetierte Haushaltsplan der Gemeinde wurde mit einem hauseigenen EDV-Programm aus dem nach § 5 GemHVO und dem verbindlich vorgeschriebenen Gliederungs- und Gruppierungsplan zu erstellenden Haushaltsplan entwickelt.

Anhand einer Überprüfung wurde festgestellt, dass alle im Rahmen des UVN-Fin-Verfahrens erfassten Haushaltsdaten vollständig in das Budgetprogramm übernommen worden sind. Der in Budgetform erstellte und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegte Haushaltsplan enthielt demnach alle erforderliche Haushaltszahlen.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes der Jahre 1999 bis 2008 (Stand jeweils Haushaltsplan) wird mit der nachstehenden Grafik verdeutlicht:

Einnahmen und Ausgaben nach den Haushaltsplänen



3.3 Finanzplan/Investitionsprogramm

Nach § 90 Abs. 1 NGO haben die Gemeinden ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. Als Grundlage hierfür ist nach § 90 Abs. 3 NGO ein Investitionsprogramm aufzustellen. Gem. § 24 Abs. 4 GemHVO soll der Finanzplan für die einzelnen Jahre in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen sein.

Gem. § 90 Abs. 5 NGO ist der Finanzplan dem Rat zur Kenntnis vorzulegen, das Investitionsprogramm ist dagegen gem. § 40 Abs. 1 Ziffer 8 NGO vom Rat zu beschließen.

Der Finanzplan für das Haushaltsjahr 2008 umfasst die Planungsjahre 2007 bis 2011.

Der Rat der Gemeinde hat das Investitionsprogramm in der Sitzung am 11.12.2007 beschlossen und den Finanzplan zur Kenntnis genommen.

Zwischen der Haushaltsplanung (Haushaltsansatzstatistik) und der Finanzplanung sowie den Ausgaben des Finanzplanes und des Investitionsprogramms ergaben sich keine Abweichungen.

Ein Abgleich der Einnahmen der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm konnte nicht vorgenommen werden, da im Investitionsprogramm die Einnahmen nicht ausgewiesen sind.

Die Finanzplanung weist im **Verwaltungshaushalt** in allen Planungsjahren ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Mit Ausnahme des Jahres 2010 ergeben sich in allen übrigen Jahren sogar Nettoinvestitionsraten in Höhe von 17 T€ bis 798 T€.

Der **Vermögenshaushalt** kann in den einzelnen Planungsjahren ebenfalls ausgeglichen werden. Zum Ausgleich waren neben Entnahmen aus der allgemeinen

Rücklage (für 2007 bis 2009 insgesamt rd. 9,1 Mio. €) auch nachstehend aufgeführte Kreditaufnahmen vorgesehen:

2007	=	553 T€
2008	=	201 T€
2009	=	3.189 T€
2010	=	1.161 T€
2011	=	300 T€

In den vorgenannten Beträgen für 2009 und 2010 sind Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von 2.889 T€ bzw. 861 T€ enthalten; bei den übrigen Beträgen handelt es sich ausschließlich um zinsfreie Kredite aus der Kreisschulbaukasse (KSBK).

Nach den Finanzplanungsdaten ergab sich für den Planungszeitraum **bis 2011** eine **Neuverschuldung von rd. 1,5 Mio. €**. Nach den inzwischen vorliegenden Ergebnissen der Jahresrechnungen 2007 und 2008 ist die **tatsächliche Kreditaufnahme um 176 T€ geringer** ausgefallen.

Darüber hinaus wurden die vorgesehenen Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage in den Jahren 2007 und 2008 in Höhe von insgesamt rd. 7,3 Mio. € nicht erforderlich, statt dessen konnte eine Rücklagenerhöhung von 384 T€ erreicht werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Finanzwirtschaft der Gemeinde im Finanzplanungszeitraum eine weiterhin **positive Entwicklung** genommen hat.

3.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Nach § 91 Abs. 1 NGO dürfen Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt. Unter Beachtung der Voraussetzungen des § 91 NGO können Verträge geschlossen und Aufträge erteilt, es dürfen jedoch keine kassenwirksamen Ausgaben hieraus geleistet werden.

In § 3 der Haushaltssatzung wurde der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (VE) vom Rat auf **832.000,00 €** festgesetzt.

Gemäß § 26 Abs. 3 GemHVO ist die Inanspruchnahme von VE zu überwachen. Um gewährleisten zu können, dass die vom Rat mit dem Haushaltsplan vorgegebene Ermächtigung für die einzelnen Investitionsvorhaben auch eingehalten werden, muss **jederzeit** erkennbar sein, inwieweit aus den veranschlagten VE bereits Aufträge erteilt worden sind bzw. in welcher Höhe noch Aufträge erteilt werden können.

Aus der gem. § 40 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO der Jahresrechnung beizufügenden Übersicht ist zu ersehen, für welche Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren. Nach Auskunft des zuständigen Fachamtes wurden im Haushaltsjahr 2008 lediglich bei der Erschließungsmaßnahme 6310.950065.7 (Tiefbaumaßnahme: BBPl. 63 f – Hohe Brink) Aufträge erteilt, die den Ansatz der Verpflichtungsermächtigung sowie den Haushaltsansatz nicht überschreiten. Die übrigen Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht in Anspruch genommen.

3.5 Haushaltsveranschlagung/Ausführung und Einhaltung des Haushaltsplans

3.5.1 Veranschlagung

Nach § 7 Abs. 1 GemHVO sind die Einnahmen und Ausgaben nur in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Beträge zu veranschlagen; sie sind sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht konkret ermittelt werden können.

3.5.2 Ausführung und Einhaltung des Haushaltsplanes

Ein Vergleich des vom Rat verabschiedeten Haushaltssolls mit dem von der Verwaltung ausgeführten lfd. Anordnungssoll (**ohne** Haushaltsreste) ergibt folgende Abweichungen (es werden die Salden der Mehr-/Mindereinnahmen bzw. -ausgaben und die Abweichungen dargestellt:

	Einnahmen	Abweichung	Ausgaben	Abweichung
	- Beträge in Euro -		- Beträge in Euro -	
Verwaltungshaushalt				
Haushaltsansatz	26.112.300,00		26.112.300,00	
lfd. Anordnungssoll	25.316.289,29		25.293.057,47	
Saldo	-796.010,71	-3,05%	-819.242,53	-3,14%
Mittelübertragung an Vermögenshaushalt gem. § 18 III GemHVO *)			21.046,34	
Saldo danach			-798.196,19	-3,06%
Vermögenshaushalt				
Haushaltsansatz	7.623.800,00		7.623.800,00	
lfd. Anordnungssoll	8.436.303,81		7.106.439,59	
Saldo	812.503,81	10,66%	-517.360,41	-6,79%
Mittelübertragung vom Verw.haushalt gem. § 18 III GemHVO			-21.046,34	
Saldo danach			-538.406,75	-7,06%

*) aufgrund der Ausführungen auf Seite 6 des Rechenschaftsberichtes.

Im **Verwaltungshaushalt** sind im Gesamtergebnis sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite die Abweichungen gegenüber den Vorjahren deutlich niedriger ausgefallen. Dennoch ergaben sich in fast allen Einzelplänen sehr hohe Differenzen, die insbesondere durch die unterbliebene Abrechnung und Verbuchung der „Inneren Verrechnungen“. Hierzu wird auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht auf Seite 41 verwiesen.

Im **Vermögenshaushalt** fielen die Abweichungen insgesamt höher aus. Diese fielen insbesondere in den Epl. 6, 7 und 9 an.

Im Rechenschaftsbericht sind die Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen unter Punkt C) ab Seite 15 ff in tabellarischer Form dargestellt sowie ab Seite 29 zu Einnahme- und Ausgabearten auch erläutert worden. Hierauf wird verwiesen.

3.6 Liquiditätskredite und Kassenliquidität

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde laut § 4 der Haushaltssatzung auf **1,5 Mio. €** festgesetzt.

Die Kassenliquidität konnte im Haushaltsjahr 2008 während des gesamten Jahres durch eigene Mittel sichergestellt werden. Die Mittel der allgemeinen Rücklage wurden im Laufe des Haushaltsjahres 2008 hierzu als Kassenverstärkungsmittel herangezogen. Eine Aufnahme **äußerer Kassenkredite** war **nicht** erforderlich. Dementsprechend sind hierfür auch keine Zinsausgaben angefallen.

Verfügbare Mittel, die zur Abdeckung von Zahlungsverpflichtungen vorübergehend nicht benötigt wurden, sind Zins bringend angelegt worden. Die **Zinseinnahmen** beliefen sich auf **433.289,27 €** (Vorjahr = 235.686,94 €).

Anhand einer Überprüfung der Tagesabschlüsse konnte festgestellt werden, dass die Gemeindekasse hierbei eine sehr exakte Mittelbewirtschaftung durchgeführt hat; höhere Geldbestände auf unverzinslichen Konten waren jeweils nur kurzzeitig festzustellen. Neben dem ganzjährig vorhandenen hohen Mittelbestand hat auch diese gute Mittelbewirtschaftung die hohen Zinserträge ermöglicht.

3.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement

3.7.1 Kreditermächtigung

Der Gemeinderat hat in § 2 der Haushaltssatzung den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf **200.700 €** festgesetzt. Laut Haushaltsplan waren **ausschließlich** zinsfreie Kreditaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse vorgesehen.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts in Niedersachsen und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften vom 15.11.2005 wurde u. a. der § 92 Abs. 1 NGO dahingehend geändert, dass die Kommunen **Richtlinien für die Aufnahme von Krediten** aufzustellen haben. Hierfür ist gem. § 40 Abs. 1 Nr. 13 ausschließlich der Rat zuständig.

Der Rat der Gemeinde hat am 27.02.2007 die Richtlinie beschlossen, die sich mit ihrem Inhalt überwiegend an das von den kommunalen Spitzenverbänden herausgegebene Muster orientiert. Die Richtlinie ist mit Wirkung vom 01.03.2007 in Kraft getreten.

3.7.2 Kreditaufnahmen

3.7.2.1 Kreditaufnahmen im Rahmen der Vorjahresermächtigung

Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts wurden im Vorjahr keine Haushaltseinnahmereste (HER) für Kreditaufnahmen gebildet. Somit konnten aus der Vorjahresermächtigung keine Kreditaufnahmen anfallen.

3.7.2.2 Kreditaufnahmen für das laufende Haushaltsjahr

Gemäß § 92 Abs. 1 NGO dürfen Kredite nur unter der Voraussetzung des § 83 Abs. 3 NGO im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und für Umschuldungen aufgenommen werden. Danach ist eine Kreditaufnahme nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre (Subsidiaritätsprinzip).

Die **Kreditermächtigung lt. Haushaltssatzung** und die tatsächliche Inanspruchnahme bzw. deren Abwicklung stellten sich lt. Jahresrechnung wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
Kreditermächtigung	200.700,00
abzügl. Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse	307.900,00
abzügl. Kreditaufnahme vom Kreditmarkt	0,00
Kreditaufnahmen zusammen	307.900,00
restliche Kreditermächtigung	-107.200,00
davon Übertrag i.d. Folgejahr (HER Kreditmarkt)	0,00
davon Übertrag i.d. Folgejahr (HER Kreisschulbaukasse)	0,00
in Anspruch genommene Kreditermächtigung zusammen	307.900,00
nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung	-107.200,00

- 02** Die **satzungsmäßige Kreditermächtigung** wurde damit in Höhe von 107.200,00 € **überschritten**. Damit wurde **gegen die satzungsmäßige Ermächtigung des Rates sowie gegen die haushaltsrechtlichen Vorschriften** (§§ 84 Abs. 1 und 92 NGO) **verstoßen**.

Die **Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse** wurde realisiert, da hierfür mit entsprechenden Schulbaumaßnahmen eine Verwendung nachgewiesen werden konnte und man hierauf seitens der Gemeinde einen **Rechtsanspruch** hat. Die Möglichkeit, mit eigenen Mitteln (Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage) die endgültige Finanzierung des Vermögenshaushalts zu sichern, hat man nicht in Anspruch genommen.

3.7.2.3 Abwicklung der Kreditgeschäfte für Neuaufnahmen und Schuldendienstverpflichtungen

Im Haushaltsjahr 2008 wurden ausschließlich Kredite aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von insgesamt 307.900,00 € aufgenommen. Die Kredite sind mit einer jährlichen Tilgungsrate von 5 % zu tilgen. Daraus ergibt sich über einen Zeitraum von 20 Jahren eine **jährliche Zahlungsverpflichtung von 15.395,00 €**

3.7.3 Umschuldungen und außerordentliche Tilgungen

Im Haushaltsjahr 2008 wurden keine Umschuldungen vorgenommen.

3.8 Steuerhebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern wurden durch § 5 der Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2008 - gegenüber dem Vorjahr unverändert - wie folgt festgesetzt:

- | | |
|------------------------|--|
| • Grundsteuer A: 280 % | Landesdurchschnitt: 341 % (Vj. 344 %)* |
| • Grundsteuer B: 300 % | Landesdurchschnitt: 356 % (Vj. 357 %)* |
| • Gewerbesteuer: 310 % | Landesdurchschnitt: 364 % (Vj. 361 %)* |

* es handelt sich um landesdurchschnittliche Werte für Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern

Damit liegen die Steuer-Hebesätze weiterhin deutlich (Grundsteuer A um 17,9 %; Grundsteuer B um 15,3 % und Gewerbesteuer um 14,8 %) unter den Durchschnittswerten des Landes.

4. Jahresrechnung

4.1 Allgemeines und Feststellung der Jahresrechnung

- 03** Gemäß § 100 Abs. 2 NGO ist die Jahresrechnung (einschl. der dazugehörigen Anlagen) innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen. Dieser Termin wurde für das Abschlussjahr 2008 erneut nicht eingehalten.

Die Jahresrechnung umfasst den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der kassenmäßige Abschluss wurde entsprechend den Vorgaben des § 41 GemHVO erstellt. Das Abschlussergebnis mit einem Bestand von 8.458.572,72 € stimmt mit dem Stand im Hauptbuch Nr. 252/2008 vom 02.01.2009 überein.

Der Abschluss der Haushaltsrechnung wurde nach Muster 15 zu § 42 GemHVO aufgestellt.

Die Haushaltsrechnung wurde am 23.03.2009 mit dem automatisierten Verfahren UVN-Fin von der Verwaltung entsprechend den Vorgaben des § 42 GemHVO erstellt. Sie enthält die unter Berücksichtigung der nach den Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und des Landkreises vorgesehenen Daten. Die Übernahme und Addition der Jahresergebnisse der Sachkonten in die Haushaltsrechnung ist Bestandteil des EDV-Programms. Auf die Prüfung der richtigen Übernahme der Bestände in die Haushaltsrechnung wurde deshalb verzichtet.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung wurde vom Bürgermeister am 20.09.2010 festgestellt (§100 Abs. 3 NGO).

Der Jahresabschluss des Bauhofes Rastede, der als optimierter Regiebetrieb geführt wird, ist nach § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kauf-

männlich geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede.

Der Jahresabschluss des Bauhofes ist von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen erstellt worden. Der Jahresrechnung ist der hierüber erstellte Bericht vom 27.10.2009 nunmehr beigelegt worden. In diesem Bericht sind die nach § 9 Abs. 1 und 2 EinrVO-Kom geforderten Unterlagen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Lagebericht) enthalten.

4.2 Anlagen zur Jahresrechnung

Der Jahresrechnung sind gem. § 40 Abs. 2 GemHVO folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Vermögensübersicht,
- b) Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
- c) Rechnungsquerschnitt und Gruppierungsübersicht,
- d) Nebenrechnungen gem. § 12 Abs. 2,
- e) Übersicht über die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen,
- f) Rechenschaftsbericht.

Zu a) Eine Vermögensübersicht liegt nicht vor, da sie infolge der Doppikeinführung zum 01.01.2009 überarbeitet bzw. neu aufgestellt wird.

Die übrigen Unterlagen sind vorhanden.

4.3 Jahresergebnis

4.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung

Nach den Buchungsunterlagen schloss das Haushaltsjahr 2008 wie folgt ab:

	endg. Haus- haltssoll	Reste aus Vorjahren			Anord- nungssoll (Ist-Jahr)	Anord- nungssoll (Re-Ergebnis)	Ist	Reste auf Nachjahre	KR HR	Haushalts- Vergleich Sp. e./ B
a	b	c		d	e	f	g	h	i	j
- Beträge in Euro -										
Verwaltungshaushalt										
Einnahme	26.112.300,00	115.308,97	*	KR	25.316.289,29	25.266.867,69	25.244.950,35	137.226,31	KR	-796.010,71
Ausgabe	26.112.300,00	173,00		KR	25.293.057,47	25.266.867,69	25.381.110,03	0,00	KR	-819.242,53
		115.135,97		HR				1.066,63	HR	
Ergebnis	0,00	0,00				0,00	-136.159,68	136.159,68		
* einschl. Übernahme des Ist-Fehlbetrages aus dem Vorjahr in Höhe von - 257.252,97 € **)										
Vermögenshaushalt										
Einnahme	7.623.800,00	2.138.863,50	*	KR	8.436.303,81	8.430.793,62	10.416.807,94	152.849,18	KR	812.503,81
		0,00		HR				0,00	HR	
Ausgabe	7.623.800,00	0,00		KR	7.106.439,59	8.430.793,62	8.104.034,95	0,00	KR	-517.360,41
		2.138.863,50		HR				2.465.622,17	HR	
Ergebnis	0,00	0,00				0,00	2.312.772,99	-2.312.772,99		
* einschl. Übernahme des Ist-Überschusses aus dem Vorjahr i. H. von 1.612.720,78 €										

**) Der Ist-Fehlbetrag des Vorjahres, der gem. § 34 GemKVO in das Folgejahr vorzutragen und nach den Gruppierungsvorschriften zu Haushaltsstelle 9200.895000 zu buchen ist, wurde als Minusbetrag auf der Einnahmeseite (9200.290000) ausgewiesen.

Der **Ist-Fehlbetrag** des **Verwaltungshaushaltes** i. H. v. **136.159,68 €** entspricht der Summe der Kasseneinnahmereste abzüglich der ausgewiesenen Haushaltsausgabereste.

Der **Ist-Überschuss** des **Vermögenshaushaltes** i. H. v. **2.312.772,99 €** entspricht dem Gesamtbetrag der ausgewiesenen Haushaltsausgabereste abzüglich der Kasseneinnahmereste.

Die Ist-Ergebnisse der beiden Teilhaushalte werden im letzten Ausdruck des Hauptbuches der Gemeindekasse Nr. 252/2008 vom 02.01.2009 ausgewiesen.

4.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste)

4.4.1 Allgemeines

Die **Kassenreste** sind in einer Anlage zur Jahresrechnung unter II. Haushaltsrechnung, Nr. 4, nachgewiesen.

Die am Schluss des Haushaltsjahres gebildeten und in das Folgejahr zu übertragenden **Haushaltsreste** sind dort ebenfalls aufgelistet und begründet.

Zu der Übernahme dieser Beträge in die Doppik wird auf die Ausführungen unter **TZ 4.6** verwiesen.

4.4.2 Haushaltseinnahmereste (HER)

4.4.2.1 Neue HER

Gem. § 42 Abs. 2 Satz 2 GemHVO dürfen HER für Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO und aus Krediten gebildet werden, soweit diese Einnahmen **im folgenden Jahr gesichert** werden können.

Die Gemeinde Rastede hat im Haushaltsjahr 2008 keine Haushaltseinnahmereste gebildet.

4.4.2.2 HER des Vorjahres

Im Vorjahr wurden keine HER gebildet.

4.4.3 Haushaltsausgabereste (HAR)

4.4.3.1 Bildung neuer HAR

Die Zulässigkeit für die Übertragung der HAR im **Verwaltungshaushalt** ergibt sich aus § 8 Abs. 3 in Verbindung mit § 19 Abs. 2 GemHVO. Die Ausgabeermächtigungen bleiben bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar.

In diesem Teilhaushalt wurden im Rahmen des Jahresabschlusses neue Haushaltsausgabereste i. H. v. insgesamt **1.063,08 €** (HHSt. 2810.636000 – Kosten der EDV-Systembetreuung KGS) gebildet.

Im **Vermögenshaushalt** bleiben die Ausgabeermächtigungen gem. § 19 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

In diesem Teilhaushalt wurden neue HAR in Höhe von insgesamt **1.843.549,77 €** gebildet. Ein hoher Anteil ist durch erteilte Aufträge gebunden. Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht auf Seite 9 und die unter II. Haushaltsrechnung zu Nr. 4. befindliche Tabelle wird verwiesen.

Im Verhältnis zu den Haushaltsveranschlagungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Einzelplan 0 - 8 des Vermögenshaushaltes) mit einer Gesamtsumme von 7,3 Mio. € (nur hier fallen Haushaltsausgabereste an) sind die für das Haushaltsjahr 2008 bereitgestellten Haushaltsmittel mit einem Anteil von **25,2 %** nicht in Anspruch genommen worden.

4.4.3.2 Abwicklung der HAR aus dem Vorjahr

Die im **Verwaltungshaushalt** gebildeten HAR in Höhe von 115.135,97 € wurden im lfd. Haushaltsjahr tatsächlich mit 87.883,11 € (76,3 %) in Anspruch genommen. Der Restbetrag in Höhe von 27.252,86 € (= 23,7 %) wurde zum Abgang gebracht und demnach nicht benötigt.

Die im **Vermögenshaushalt** aus dem Vorjahr übertragenen HAR wurden im Haushaltsjahr 2008 wie folgt abgewickelt:

Haushaltsreste aus Vorjahr	im lfd. Hj. in Anspruch genommen	Erledigung der verbliebenen HAR aus Vorjahr durch	
		erneute Übertragung	Abgänge (= Einsparung)
a	b	c	d
- Beträge in Euro -			
2.138.863,50	997.595,36	622.072,40	519.195,74
100,0%	46,6%	29,1%	24,3%
		1.141.268,14	
		53,4%	

Die HAR aus dem Vorjahr wurden in Höhe von rd. 2,1 Mio. € (46,6 %) im lfd. Haushaltsjahr abgewickelt. Ein Teilbetrag in Höhe von rd. 622 T€ (29,1 %) wurde erneut in das Folgejahr übertragen. Der restliche Anteil an den HAR in Höhe von **519.195,74 €** (24,3 %) konnte **gänzlich verfallen**.

4.4.4 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung)

4.4.4.1 Kasseneinnahmereste (KER)

Die im Haushaltsjahr 2008 entstandenen KER sind in den von der Kassenverwaltung angefertigten Listen vom 23.03.2009 aufgeführt, die der Jahresrechnung beigefügt sind.

Die KER im **Verwaltungshaushalt** stellten sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2008	% Anteil	2007	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	137.226,31 €	100,00%	372.561,27 €	100,00%	-235.334,96 €	-63,17%
./. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	137.226,31 €	100,00%	372.561,27 €	100,00%	-235.334,96 €	-63,17%

Gemessen am Gesamtbetrag der Solleinnahmen (= Rechnungsergebnis) erreicht die Summe der KER einen Anteil von lediglich 0,5 %. Der **höchste Einzelbetrag** ist bei der Gewerbesteuer (95.517,66 €) entstanden.

Von den KER des Vorjahres in Höhe von 373 T€ sind **nicht realisierbare Forderungen** in Höhe von **49.421,60 €** (= 13,3 %) **zum Abgang** gebracht worden. Eine Überprüfung von Einzelfällen ließ erkennen, dass die Abgänge fast ausschließlich durch befristete Niederschlagungen erfolgt sind, d.h. in diesen Fällen wird noch nicht endgültig auf die Forderungen verzichtet. Die Gemeindekasse bzw. die zuständigen Fachbereiche sind weiterhin um die Realisierung der offenen Forderungen bemüht. In einigen Fällen sind die Erfolgsaussichten nach Einleitung von Insolvenzverfahren allerdings sehr gering.

Im **Vermögenshaushalt** ergab sich folgende Entwicklung:

Bezeichnung	2008	% Anteil	2007	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	152.849,18 €	100,00%	526.142,72 €	100,00%	-373.293,54 €	-70,95%
./. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	152.849,18 €	100,00%	526.142,72 €	100,00%	-373.293,54 €	-70,95%

Nach dem starken Anstieg im Vorjahr ist jetzt wieder ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die höchsten offenen Forderungen entfallen auf Abwasserbeiträge für Schmutzwasser (rd. 98 T€) und auf die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken - Wohnungsbauförderung - (rd. 33 T€).

Von den Forderungen aus den KER des Vorjahres in Höhe von 358.560,62 € wurden im lfd. Haushaltsjahr ein Teilbetrag von **5.510,19 €** (4.427,50 € für Straßenausbaubeiträge und 1.082,69 € für Abwasserbeiträge) **in Abgang gebracht**.

4.4.4.2 Kassenausgabereste (KAR)

Weder im Verwaltungs- noch im Vermögenshaushalt sind KAR entstanden.

4.5 Haushaltsausgleich (Abschlussergebnis)**4.5.1 Verwaltungshaushalt und Nettoinvestitionsrate**

Nach § 22 Abs. 1 GemHVO sind die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die Zuführung **muss** mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können, soweit dafür keine Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 GemHVO **zur Verfügung** stehen. Die Zuführung **soll** ferner die Ansammlung der allgemeinen Rücklage, soweit sie nach § 20 GemHVO erforderlich ist, ermöglichen und insgesamt **mindestens** so hoch sein, wie die aus **speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen** und die für Zwecke des Vermögenshaushalts gebildeten Rückstellungen.

Die ordentliche Tilgung von Krediten und die Kreditbeschaffungskosten sind **in jedem Falle** durch die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt zu finanzieren, **auch wenn** dadurch im Verwaltungshaushalt ein **Fehlbedarf/-betrag entsteht**.

Die „**Sollzuführungen**“ zur Ansammlung der allgemeinen Rücklage bzw. in Höhe der durch spezielle gedeckte Abschreibungen sind **nicht zu Lasten des Haushaltsausgleichs** durchzuführen.

Der Haushaltsausgleich für den Verwaltungshaushalt und die Zuführung zum Vermögenshaushalt stellt sich für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
- Ordentliche Tilgung von Krediten	292.055,32
- Kreditbeschaffungskosten	0,00
Zwischensumme	292.055,32
abzügl. Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 - 4, und zwar	
- Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens	0,00
- Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage	0,00
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter, Beiträge u. ähnliche Entgelte	0,00
= Pflichtzuführung	292.055,32
- Mindestbetrag (aus spez. Entgelten gedeckten Abschreibungen *)	645.895,31
- tatsächliche Zuführung zum Vermögenshaushalt	2.987.044,91
Nettoinvestitionsrate	2.341.149,60

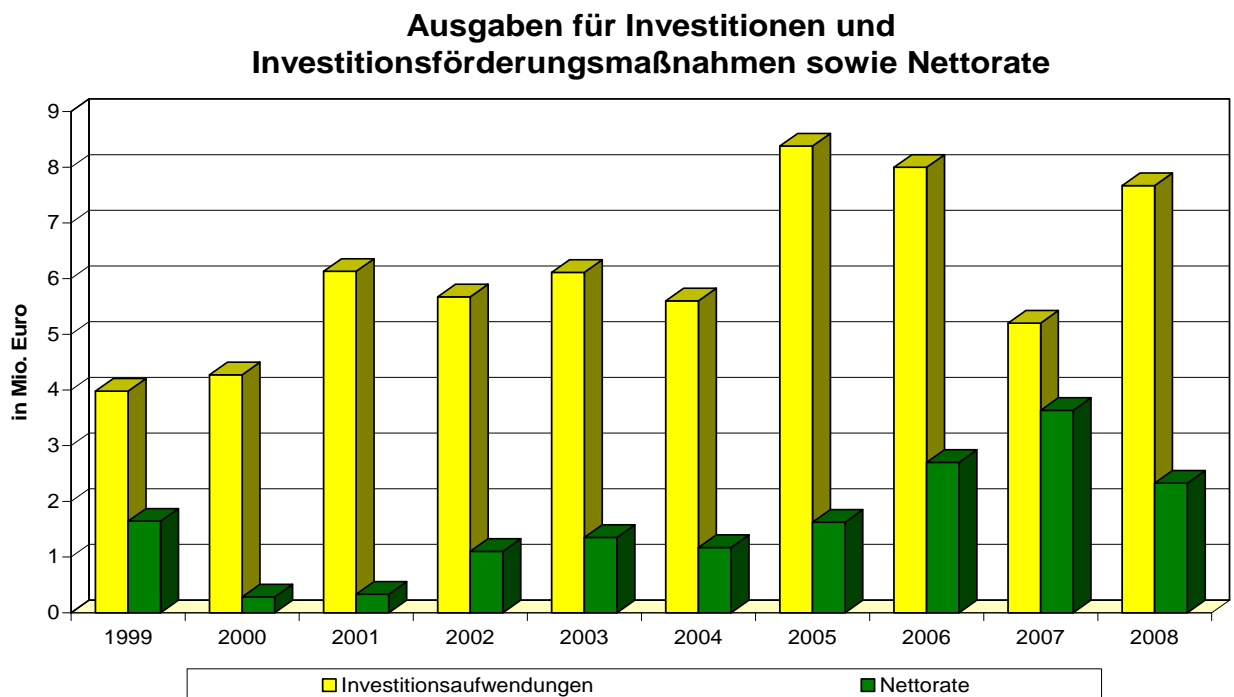
* Abschr. f. Schmutzwasser u. Hauskläranl. sowie der Obdachloseneinricht.

Die Summe der durch spezielle Entgelte gedeckten Abschreibungen übersteigt den Betrag der ordentlichen Kredittilgung. Der höhere Wert ist zu berücksichtigen. Für das **Haushaltsjahr 2008** ergibt sich demnach eine **Nettorate** in Höhe von **2.341.149,60 €** (Vorjahr = 3.633.973,38 €).

Der Verwaltungshaushalt hat damit in diesem Jahr nicht nur die Pflichtzuführung geleistet, sondern hat darüber hinaus noch einen Überschuss erwirtschaften können, der zusätzlich dem Vermögenshaushalt zugeführt werden konnte. Zur Finanzierung

von Investitionen und Investitionsmaßnahmen des Vermögenshaushalts (= Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8, lt. Rechnungsergebnis = 7,7 Mio. €) standen im Haushaltsjahr 2008 demnach Mittel des Verwaltungshaushalts (= **Eigenmittel der Gemeinde**) in Höhe von 2,34 Mio. zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von **rd. 30 %**.

Aus der nachstehenden Grafik kann ersehen werden, wie sich die Nettoinvestitionsrate sowie die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Rechnungsergebnisse) entwickelt haben:



Lt. Haushaltsplanung wurde davon ausgegangen, dass der Verwaltungshaushalt neben der Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung (306.300,00 €) eine Nettoinvestitionsrate in Höhe von 37.200,00 € erwirtschaften, somit insgesamt ein Betrag von 343.500,00 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann.

Mit der im Rahmen des Jahresabschlusses tatsächlich vorgenommenen Zuführung über rd. 2,987 Mio. € konnte eine **Verbesserung** im Verwaltungshaushalt von **rd. 2,65 Mio. €** nachgewiesen werden.

Diese Verbesserung ergab sich insbesondere durch **Mehreinnahmen** beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 811 T€, bei den FAG-Einnahmen mit rd. 400 T€ netto, bei den Bankzinsen mit 373 T€, durch Mehreinnahmen und Minderausgaben im Schulbereich mit rd. 400 T€ sowie durch Minderausgaben im Bereich des Sports, der Bäder und Park- und Gartenanlagen mit rd. 175 T€, bei den Gemeindestraßen mit 200 T€ und bei der Schmutzwasserbeseitigung mit rd. 100 T€.

4.5.2 Vermögenshaushalt

Soweit sich in der abzuschließenden Jahresrechnung des laufenden Haushaltsjahres nach Gegenüberstellung der Solleinnahmen und Sollausgaben im Vermögenshaushalt unter Berücksichtigung etwaiger Haushaltsreste ein Überschuss ergibt, ist dieser gemäß § 42 Abs. 3 GemHVO der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Nach der Haushaltsplanung war keine Zuführung an die Allgemeine Rücklage ausgewiesen. Vielmehr war hier der Ausgleich des Vermögenshaushaltes mit einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 3.485.800,00 € eingeplant. Lt. Jahresrechnung wurde ein Betrag von 1.129.469,57 € entnommen, gleichzeitig jedoch ein Betrag von 471.100,64 € der Rücklage zugeführt. Demnach ist eine Nettoentnahme über lediglich 658.368,93 € erfolgt, womit die Planung um 2.827.431,07 € unterschritten wurde.

Dem gegenüber ist die geplante Kreditaufnahme von 200.700,00 € mit der tatsächlichen Aufnahme von KSBK-Krediten über 307.900,00 € um 107.200,00 € überschritten worden.

Für das lfd. Haushaltsjahr ergab sich somit eine Verbesserung von 2.720.231,07 € Nach Abzug der höheren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt von 2.643.544,91 € hat sich demnach im Vermögenshaushalt gegenüber der Planung eine Verbesserung in Höhe von 76.686,16 € ergeben.

Obwohl zum Teil erhebliche Mehrausgaben (für Sportstätten = 413 T€ und Mindereinnahmen (Grundstücksveräußerungen = 385 T€, Straßenausbaubeiträge = 305 T€) zu verzeichnen waren, konnten diese durch Mehreinnahmen (Abwasserbeiträge = 447 T€, Grundstückserlöse für Gewerbeansiedlungen = 304 T€, Investitionszuschuss für die KGS = 97 T€) sowie Minderausgaben für die Sportförderung, für Straßenbau- und Erschließungsmaßnahmen und im Epl. 7 (Baumaßnahme Klärwerk, RW-Kanäle, Förderung des ländlichen Raumes, Gewerbeansiedlung) mehr als aufgefangen werden.

Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht sowie den Anlagen hierzu wird verwiesen.

4.6 Übertragungen

04	Der Ist-Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes	=	- 136.159,68 €
	die Ist-Überschüsse des Vermögenshaushaltes	=	2.312.772,99 €
	der Bestand der Verwahrkonten	=	6.194.990,88 €
	sowie der Vorschusskonten	=	86.968,53 €
	– siehe Hauptbuch-Nr. 252/2008 vom 02.01.2009 - sind in die Bücher des Folgejahres zu übernehmen.		

Die vollständige und richtige Übernahme ist im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz bzw. der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 festzustellen. Im Rahmen dieser Prüfungen ist ebenso die vollständige Übernahme der Haushalts- und Kassenreste festzustellen.

4.7 Kassenwirtschaft

Nach § 119 Abs. 1 NGO obliegt dem RPA u. a. die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Eigenbetriebe sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht.

4.7.1 Unvermutete Kassenprüfung

Nachdem auch im Haushaltsjahr 2008 aus personellen/zeitlichen Gründen **keine** Prüfung bei der Gemeindekasse durchgeführt werden konnte, hat das RPA im Haushaltsjahr 2009 in der Zeit vom 20.01. bis 05.02.2009 eine unvermutete Kassenprüfung durchgeführt. Das Ergebnis der Prüfung wurde in dem Bericht vom 23.02.2009 zusammengefasst. Hierbei wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die nach § 28 GemHKVO vorgeschriebene Liquiditätsplanung zu erstellen ist sowie die für den Bauhof geführten Vorschuss- und Verwahrkonten umgehend mit dem Kassenverrechnungskonto abzustimmen sind.

Insgesamt hat die Prüfung ergeben, dass die Kassengeschäfte grundsätzlich ordnungsgemäß abgewickelt wurden.

Weiterhin wurde im Rahmen der Jahresrechnung die Mittelbewirtschaftung der Gemeindekasse überprüft. Auf die Ausführungen zu Ziffer 3.6, Seite 8 , dieses Prüfungsberichtes wird verwiesen.

5. Einzelbereiche

5.1 Technische Prüfung

In den Monaten Januar und Oktober bis Dezember 2008 wurden bei der Gemeinde verschiedene schlussgerechnete Baumaßnahmen durch einen technischen Prüfer in Stichproben geprüft. Hierbei haben sich keine bzw. keine wesentlichen Prüfungsfeststellungen ergeben.

5.2 Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen

Dem Rechnungsprüfungsamt wurden im Haushaltsjahr 2008 keine Abrechnungen und Verwendungsnachweise zur Prüfung vorgelegt.

5.3 Vergabeverfahren

Die Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über die Vergabe von Leistungen nach der VOL, der VOB und der VOF (Vergabeordnung) gilt in der Fassung vom 20.09.2001.

In der Anlage 1 zur DA sind folgende RPA-Vorlagegrenzen festgesetzt:

VOL/VOF/HOAI	über 15.000,00 €
VOB-Hochbaumaßnahmen	über 26.000,00 €
VOB-Tiefbaumaßnahmen	über 55.000,00 €

Dem RPA wurden im Haushaltsjahr 2008 insgesamt 35 Vergaben zur Prüfung vorgelegt. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

5.4 Kostenrechnende Einrichtungen

Einrichtungen, die in der Regel und **überwiegend** aus Entgelten finanziert werden, sind kostenrechnende Einrichtungen. Für die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen sind die Gemeinden nach § 5 Abs. 1 Satz NKAG verpflichtet, grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben (Kostendeckungsprinzip). Die Kosten hierfür sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln. Hierbei **sind** Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen **sollen** innerhalb dieses Zeitraumes ausgeglichen werden.

Für die Feststellung der Jahresergebnisse (Über- und Unterdeckung) sind **Betriebsabrechnungen** zu erstellen.

Die Gemeinde Rastede hat für die kostenrechnenden Einrichtungen „Straßenreinigung“, „Schmutzwasserbeseitigung“, „Hauskläranlagen“ und „Märkte“ Kosten- bzw. Betriebsabrechnungen erstellt. Lt. Auskunft des GB Finanzen werden die Ergebnisse der Betriebsabrechnungen fortgeschrieben und bei künftigen Gebührenkalkulationen berücksichtigt. Damit werde grundsätzlich gewährleistet, dass Kostenüber- bzw. -unterdeckungen in dem vorgegebenen Zeitraum ausgeglichen werden.

5.5 Bauhof Rastede

5.5.1 Einrichtung des Nettoregiebetriebes (optimierten Regiebetriebes)

Der Bauhof der Gemeinde Rastede wird ab 01.01.2003 als Nettoregiebetrieb geführt. Das Rechnungswesen erfolgt mittels der kaufmännischen doppelten Buchführung. Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen gelten die Vorschriften der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter Einrichtungen (EinrVO-Kom).

Darüber hinaus gelten für den optimierten Regiebetrieb gem. § 1 EinrVO-Kom und § 110 Abs. 1 NGO die Vorschriften über die Haushaltswirtschaft (sechster Teil der NGO, GemHVO u. GemKVO).

5.5.2 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan, der aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht besteht, ist gem. § 2 Abs. 1 EinrVO-Kom besonderer Teil des Haushaltsplans der Gemeinde. Dem Haushaltsplan ist ab Seite 539 der Jahresabschluss zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Lagebericht) sowie der Wirtschaftsplan mit allen erforderlichen Bestandteilen beigelegt.

Der Wirtschaftsplan des Bauhofes wurde am 04.12.2007 vom Verwaltungsausschuss beschlossen.

5.5.3 Festsetzungen in der Haushaltssatzung der Gemeinde

Gem. § 2 Abs. 2 EinrVO-Kom sind die Endbeträge des Erfolgs- und des Vermögensplans, die Gesamtbeträge der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Höchstbetrag der Kassenkredite für die Einrichtung gesondert festzusetzen.

5.5.3.1 Erfolgs- und Vermögensplan

In § 1 der Haushaltssatzung der Gemeinde wurden die Einnahmen und Ausgaben des Wirtschaftsplans des Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede wie folgt festgesetzt:

	Erfolgsplan	Vermögensplan
	Beträge in Euro	
Einnahmen	1.357.280,00	172.700,00
Ausgaben	1.357.280,00	172.700,00
Fehlbedarf	0,00	0,00

Die Planansätze des optimierten Regiebetriebes haben sich wie folgt entwickelt:

	Beträge in €				
	2006	2007	+ / - zum Vorjahr	2008	+ / - zum Vorjahr
	Erfolgsplan				
Einnahmen	1.207.710,00	1.317.410,00	109.700,00	1.357.280,00	39.870,00
Ausgaben	1.207.710,00	1.317.410,00	109.700,00	1.357.280,00	39.870,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Vermögensplan				
Einnahmen	155.600,00	444.800,00	289.200,00	172.700,00	-272.100,00
Ausgaben	155.600,00	444.800,00	289.200,00	172.700,00	-272.100,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

5.5.3.2 Kreditermächtigung/Kreditaufnahmen

In § 2 der Haushaltssatzung der Gemeinde wurden die Kreditaufnahmen für den Optimierten Regiebetrieb mit 0,00 € festgesetzt.

5.5.3.3 Verpflichtungsermächtigungen und Kassenkredite

In der Haushaltssatzung der Gemeinde ist ein Gesamtbetrag für Verpflichtungsermächtigungen oder ein Höchstbetrag für Kassenkredite für den Optimierten Regiebetrieb nicht gesondert ausgewiesen. Wenn keine konkreten Festsetzungen hierfür erfolgen müssen, so ist es dennoch erforderlich, wie auch für die Kreditermächtigung geschehen, eine Ausweisung mit 0,00 € vorzunehmen.

5.5.4 Finanzmittelverwaltung

Die Finanzmittel des Umlaufvermögens befinden sich auf den Konten der Gemeindegasse. Für die buchungsmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind Vorschuss- und Verwahrkonten eingerichtet, die mit dem Kassenverrechnungskonto in der kaufmännischen Buchführung identisch sind und somit die gleichen Bestände aufweisen müssen.

- 05** Kassenverrechnungskonto und die Vorschuss-/Verwahrkonten weisen ab 2003 unterschiedliche Ist-Bestände aus. Laut Stellungnahme der Gemeinde vom 11.08.2005 sollte diese Differenz bereinigt werden. Nach Auskunft des GB Finanzen konnte ein Ausgleich der Konten, der dann zuletzt im Rahmen der Arbeiten zum Jahresabschluss 2007 erfolgen sollte, weiterhin nicht vorgenommen werden. Es wird für erforderlich gehalten, die Differenz kurzfristig aufzuklären bzw. endgültig zu beordnen.

5.5.5 Rückzahlung von Darlehen

Die Gemeinde Rastede hat dem optimierten Regiebetrieb Bauhof seit Beginn folgende Annuitätendarlehen zur Verfügung gestellt:

	Auszahlung	Betrag in €	Zinssatz	Tilgung	Restschuld 31.12. /in €
a)	31.12.2002	193.205,95	5,000%	2,00%	121.092,14
b)	01.01.2003	150.861,56	6,302%	3,07%	0,00

Die Schuldendienstleistungen für das Darlehen zu a) beträgt jährlich 13.524,42 €. Zum 01.07. dieses Jahres wurde auf Grund der erwirtschafteten Überschüsse des Bauhofes in den zurückliegenden Jahren eine Sondertilgung in Höhe von 39.700,00 € geleistet. Dadurch wurde die planmäßige Laufzeit dieses Darlehns um sechs Jahre verringert (Laufzeitende jetzt 2021).

5.5.6 Jahresabschluss und Abschlussergebnis

5.5.6.1 Jahresabschluss

Gem. § 9 Abs. 1 EinrVO-Kom ist der Jahresabschluss des Bauhofes **besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde**. Alle hierfür zu erstellenden Unterlagen sind daher der Jahresrechnung der Gemeinde als gesonderte Anlage beizufügen (siehe hierzu auch Ausführungen zu Ziffer 4.1, Seite 10 dieses Prüfungsberichts).

Der Jahresrechnung ist der Bericht einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 mit Datum vom 27.10.2009 beigefügt.

In dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird auf Seite 1 zu Ziffer II. vom Wirtschaftsprüfer und im Lagebericht in der Anlage 4, Seite 2 zu Buchstabe A erneut ausgeführt, dass der Bauhof gewinnorientiert eingestellt ist. Nach den Erläute-

rungen zu § 110 NGO sollen Einrichtungen im Sinne des § 108 Abs. 3 NGO zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden, die Absicht der Gewinnerzielung ist jedoch unzulässig. Hierzu wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorjahresbericht verwiesen.

5.5.6.2 Abschlussergebnis

Bei dem Bauhof handelt es sich um einen Hilfsbetrieb nach § 108 Abs. 3 NGO. Dieser ist gem. § 110 Abs. 1 NGO zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, die Möglichkeit Gewinne zu erzielen, ist damit jedoch nicht gestattet. Es verbleibt bei dem **Grundsatz der Kostendeckung**.

Der Baubetriebshof stellt die von ihm erbrachten Leistungen den Geschäftsbereichen (Debitoren) in Rechnung. Für das Wirtschaftsjahr 2008 wurde den Auftraggebern ein Stundensatz in Höhe von 33,50 € (Vorjahr = 36,00 €) in Rechnung gestellt.

Nach den vorgelegten Jahresabschlüssen wurden seit 2003 folgende Jahresüberschüsse erzielt:

2003	=	45.275,61 €
2004	=	77.162,06 €
2005	=	70.302,95 €
2006	=	39.688,08 €
2007	=	89.797,03 €
2008	=	20.039,48 €

Ein Gewinn oder ein Verlust ist entsprechend § 11 EinrVO-Kom zu behandeln.

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am 15.12.2009 beschlossen, dass dieser Überschuss zur Tilgung des Darlehens verwendet wird.

6. **Vorschuss und Verwahrung**

Für Vorschüsse und Verwahrungen sind die Vorschriften des § 31 GemHVO maßgebend. Demnach darf eine Ausgabe, die sich auf den Haushalt bezieht, als **Vorschuss** nur behandelt werden, wenn

- die Verpflichtung zur Leistung feststeht und
- die Deckung gewährleistet ist,
- die Ausgabe aber noch nicht endgültig im Haushalt gebucht werden kann.

Eine Einnahme, die sich auf den Haushalt bezieht, darf als **Verwahrung** nur behandelt werden, solange ihre endgültige Buchung im Haushalt nicht möglich ist.

Die Vorschrift lässt hiernach Buchungen auf den Verwahr- und Vorschusskonten nur in ganz **begrenztem Umfang** zu. Soweit im Haushaltsplan für Einnahmen und zu leistende Ausgaben entsprechende Haushaltsstellen zur Verfügung stehen, sind derartige Einnahmen und Ausgaben direkt bei diesen Haushaltsstellen auf **Sachkonten** zu buchen, die letztlich die Grundlage für die Haushaltsrechnung bilden.

Sind für den Verwendungszweck keine Haushaltsstellen im Haushaltsplan ausgewiesen, ist jeweils das Verfahren für außerplanmäßige Ausgaben nach § 89 NGO durchzuführen.

Der Haushaltsrechnung ist eine aus dem UVN-Fin-Verfahren erstellte EDV-Liste mit allen Verwehr- und Vorschusskonten beigelegt, aus der sich die offenen Posten zum Jahresende 2008 ergeben.

Die Prüfung der Verwehr- und Vorschusskonten ergab, dass sowohl die Umsätze als auch die Bestände, soweit beeinflussbar, am Jahresende **gegenüber den Vorjahren deutlich rückläufig** sind. Das lässt darauf schließen, dass die haushaltsrechtlichen Vorschriften nunmehr verstärkt beachtet werden. Aus diesem Grunde wurde auf eine Prüfung einzelner Konten verzichtet.

6.1 Vorschusskonten

Die am Schluss des Haushaltsjahres geführten Vorschusskonten wiesen folgende Ist-Bestände aus:

lfd. Nr.	Bezeichnung	- Beträge in Euro -
1	Vorschüsse an Bedienstete	-200,00
2	Sonst. Vorschüsse - Pers. u. Innere Dienste -	200,00
3	Betriebsmittelvorschüsse	-7.640,00
4	Vorschüsse SGB II	3.761,43
5	Bauhof 2006	-11.771,92
6	Bauhof 2007	77.757,85
7	Bauhof 2008	47.296,26
8	Bauhof; BgA Rennplatz	-22.435,09
	Gesamtbetrag	86.968,53

Die Einzelbestände sind auf die entsprechenden Konten des Haushaltsjahres 2009 zu übernehmen.

6.2 Verwahrkonten

Die Bestände der Verwahrkonten setzen sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Bezeichnung	- Beträge in Euro -
1	Förderpreis Rastede - Schulprojekt	5.561,30
2	Sonst. durchl. Gelder - FB Schule, Sport u. Kultur -	-34.000,00
3	Allgemeine Rücklage	5.916.601,31
4	Müllabfuhrgebühren	-9.788,49
5	Verkaufserlöse Müllsäcke	11.072,28
6	Sonst. durchl. Gelder - Ordnung -	50,00
7	Gebühren (Anträge f. EU-Führerschein)	2,60
8	Sicherheitssummen	46.555,99
9	Bauhof	-6.016,22
10	Bauhof	54.642,15
11	Bauhof	210.309,96
	Gesamtbetrag	6.194.990,88

Die Einzelbestände sind ebenfalls in das Folgejahr zu übernehmen.

7. Vermögen, Beteiligungen, Schulden

7.1 Vermögen Bestandsverzeichnisse/Anlagennachweise, Nachweis des Vermögens

Nach § 96 Abs. 2 NGO sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Der Nachweis der Vermögensgegenstände richtet sich nach § 100 Abs. 1 NGO, §§ 38 und 39 GemHVO.

Die Vermögenswerte der Gemeinde wurden im Hinblick auf die zum 01.01.2009 vorgesehene Doppikeinführung neu erfasst bzw. bewertet. Aus diesem Grunde wurde im laufenden Haushaltsjahr auf eine Fortschreibung der bisherigen Vermögensbuchführung verzichtet.

Nach den haushaltsmäßigen Buchungen (Gruppierungsübersicht) ergaben sich für das Haushaltsjahr 2008 Vermögenszugänge in Höhe von 6.966.718,47 € und Vermögensabgänge von 2.031.305,61 €, so dass eine **Vermögensverbesserung** von **4.935.412,86 €** entstanden ist.

7.2 Beteiligungen

Laut Beteiligungsbericht (siehe Haushaltsplan S. 464 ff) ist die Gemeinde in Form der „echten“ Beteiligung, d. h. durch Erwerb von Mitgliedschafts- oder Mitinhaber-rechten mit dem Ziel der kommunalen Steuerungs- und Einflussmöglichkeit, an folgenden privatrechtlichen Organisationen beteiligt:

		Beteiligung	
		in Euro	in v.H.
1.	Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH	19.470,00	3,81%
2.	Sozialstation Rastede gGmbH	25.564,59	100,00%
3.	"Huno" Verlag Rastede GmbH	5.200,00	20,00%
4.	Residenzort Rastede GmbH	15.000,00	60,00%
5.	Musikschule Ammerland e.V.	Mitglied und Umlagebeteiligung lt. Satzung (für 2008 = 11.017,71 €)	

Der Beteiligungsbericht ist um weitere Informationen ergänzt worden. Ferner sind zu den Beteiligungen die neuesten Jahresabschlusszahlen (31.12.2006) und zu den Beteiligungen zu Ziffern 1., 2. und 4. der Wirtschaftsplan 2008 beigefügt.

Auf die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht für jedermann (§ 116 a Abs. 3 NGO) wurde im Zusammenhang mit der Bekanntmachung der Haushaltssatzung öffentlich hingewiesen.

7.3 Schulden

7.3.1 Schuldenentwicklung

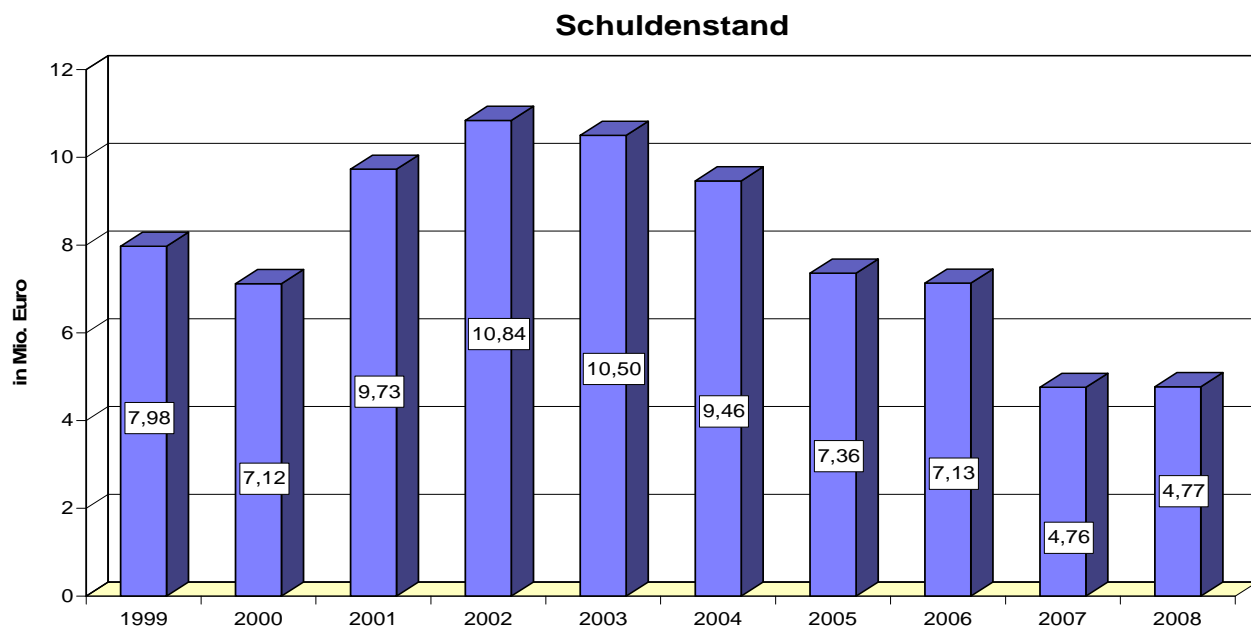
Der Schuldenstand der Gemeinde Rastede hat sich im Haushaltsjahr 2008 wie folgt entwickelt:

	- Beträge in Euro -
- Stand zu Beginn des Jahres	4.756.886,59
- Zugänge (Kreditaufnahmen)	307.900,00
- sonstige Zugänge (Bewertung)	0,00
- Abgänge (ordentl. Tilgung)	292.055,32
- Abgänge (Sondertilgung)	0,00
- sonstige Abgänge (Bewertung, Verzicht)	0,00
- Stand am Schluss des Jahres	4.772.731,27

Bei den Zugängen handelt es sich um die Aufnahme zinsloser Kredite aus der Kreisschulbaukasse.

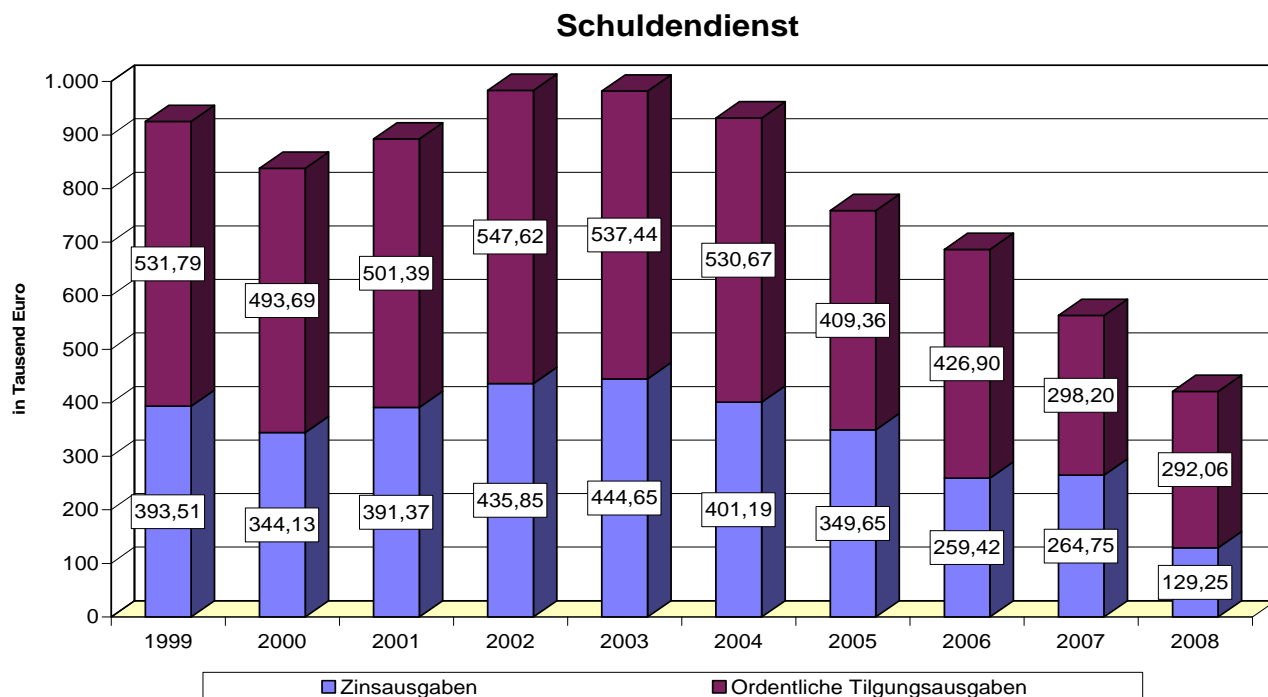
Nach fünf Jahren der Schuldenverringerung ist der Schuldenstand erstmals gegenüber dem Vorjahr geringfügig (16 T€) angestiegen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes wird aus der nachstehenden Grafik ersichtlich:



7.3.2 Entwicklung der Schuldendienstleistungen

Anhand der nachfolgenden Aufstellung und der Grafik wird dargestellt, welche Entwicklung die Folgekosten, d. h. die **ordentlichen Schuldendienstleistungen** (ohne Sondertilgungen) aus dem vorhandenen Kreditbestand genommen haben:

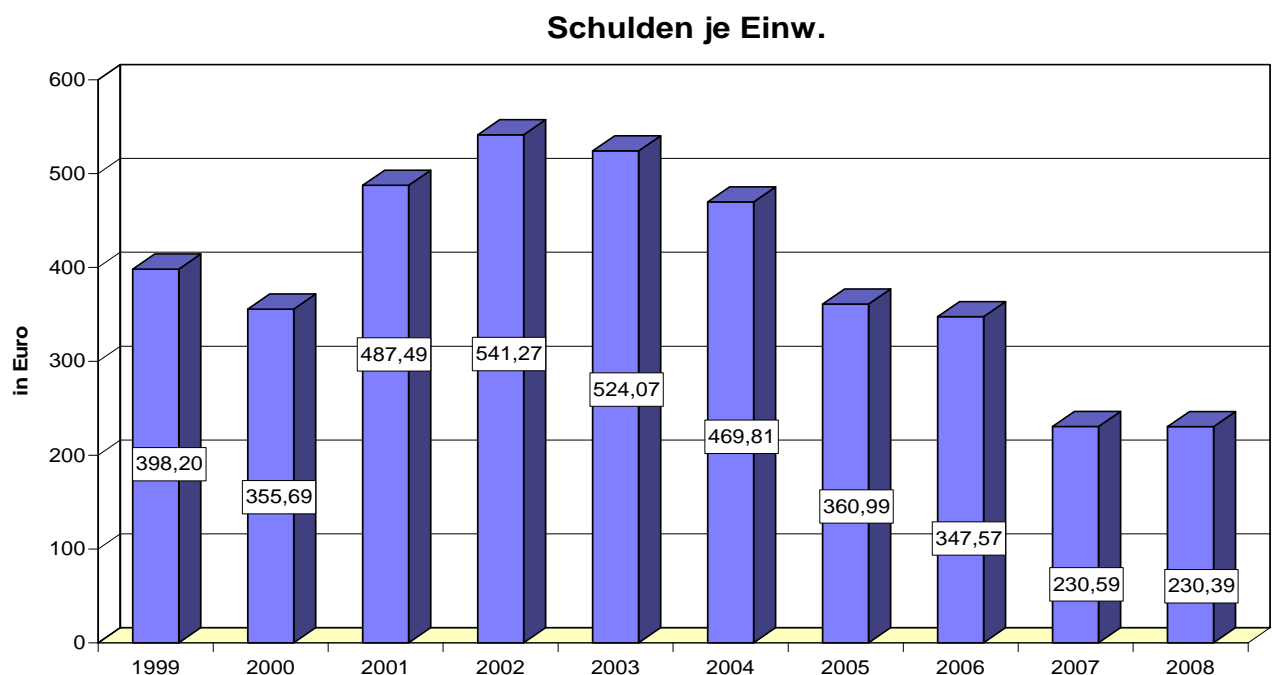


Aus dieser Übersicht ist die stetige Verringerung der **Folgelasten** infolge des starken Schuldenabbaus in den letzten Jahre deutlich zu erkennen.

7.3.3 Pro-Kopf-Verschuldung

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen der Gemeinde Rastede von 20.716 (Stand: 31.12.2008) belief sich die **Pro-Kopf-Verschuldung** am Jahresende 2008 auf **230,39 € (Vorjahr: 230,59 €)**. Dieser Wert **unterschreitet deutlich den Landesdurchschnitt**, der sich auf **564,00 €** je Einwohner beläuft.

Die Entwicklung des „Pro-Kopf-Wertes“ ist aus der nachstehenden Grafik zu ersehen:



8. Allgemeine Rücklage

Nach § 20 Abs. 2 GemHVO soll die allgemeine Rücklage die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck muss ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens 1 vom Hundert der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft. Maßgebend hierfür ist das **Gesamtanordnungssoll** der abgeschlossenen Haushaltsjahre für den Verwaltungshaushalt.

Der vorgeschriebene **Mindestbetrag** der allgemeinen Rücklage errechnet sich demnach wie folgt:

Haushaltsjahr	- Beträge in Euro -
2005	32.030.881,41
2006	27.317.581,67
2007	29.334.305,90
Summe 2005 bis 2007	88.682.768,98
Durchschnitt	29.560.922,99
Mindestbetrag gem. § 20 Abs. 2 GemHVO	295.609,23

Den Berechnungen der Gemeinde über die Ermittlung des Mindestbetrages der allgemeinen Rücklage (siehe Übersicht „Entwicklung der allgemeinen Rücklage“ vom 23.03.2009 zu Pos. III.4. der Jahresrechnung und Darstellung im Rechenschaftsbericht Seite 7 – Pos. B 5. -) liegen unterschiedliche Beträge zugrunde, die zu unterschiedlichen Mindestbeträgen führte. Grundlage für die Ermittlung des Mindestbestandes sind die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Daten.

Der **vorhandene Bestand** der allgemeinen Rücklage stellt sich wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
- Bestand zu Beginn des Haushaltsjahres	6.574.970,24
- Entnahme	1.129.469,57
- Zuführung	471.100,64
- Bestand am Schluss des Haushaltsjahres	5.916.601,31

Im laufenden Haushaltsjahr wurden **Rücklagenentnahmen** in zehn Einzelbeträgen **zur Deckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben** im Vermögenshaushalt vorgenommen. Die Zuführung ergab sich durch die Abschlussbuchung gem. § 42 Abs. 3 GemHVO.

Der vorhandene Bestand der allgemeinen Rücklage **übersteigt** den gesetzlich geforderten Mindestbetrag **um rd. 5,6 Mio. €** (= freiwillige Ansammlung).

Der Bestand der allgemeinen Rücklage ist im Kassenbestand enthalten und wird buchmäßig auf den Verwahrkonten 0000.020201.9/0000.420201.0 in voller Höhe nachgewiesen.

9. Schlussbetrachtung

Nach §§ 119 Abs. 1, 120 NGO hat das RPA die Rechnungen mit allen Unterlagen dahin zu prüfen,

1. ob der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. ob bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Bezug nehmend auf die Ausführungen zu Ziffer 4.2, Seite 10, dieses Prüfungsberichts wird darauf hingewiesen, dass der Vermögensnachweis nicht geprüft werden konnte.

Feststellungen und Anmerkungen hierzu sind in der Kurzdarstellung auf der Seite 1 dieses Prüfungsberichtes aufgeführt. Hierauf wird hingewiesen.

Anhaltspunkte, die gegen eine Entlastung des Bürgermeisters sprechen, haben sich nicht ergeben.

Nach § 100 Abs. 3 NGO legt der Bürgermeister die Jahresrechnung mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und seiner Stellungnahme zu diesem Bericht dem Rat vor.

Gemäß § 101 Abs. 1 NGO beschließt der Rat über die Jahresrechnung; zugleich entscheidet der Rat über die Entlastung des Bürgermeisters.

Mit dem Beschluss bewertet der Rat, ob die Haushaltswirtschaft gemäß den Festsetzungen durch die Haushaltsatzung bzw. Nachtragssatzung und Beschlüssen nach § 89 NGO (über- und außerplanmäßige Ausgaben) im abgelaufenen Haushaltsjahr ordnungsgemäß geführt worden ist. Dabei ist er an die Feststellungen, die durch das RPA und den Bürgermeister getroffen worden sind, nicht gebunden.

Nach § 120 Abs. 4 NGO ist dieser Bericht um die Stellungnahme des Bürgermeisters zu ergänzen und frühestens nach seiner Vorlage im Rat (§ 100 Abs. 3 NGO) an 7 Tagen öffentlich auszulegen; die Auslegung ist öffentlich bekannt zu machen.

Westerstede, den 24.11.2010

gez. Unterschrift

Deichsel

Inhaltsverzeichnis	Seite
Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkungen	1
1. Vorbemerkungen	2
1.1 Prüfungsauftrag	2
1.2 Prüfungszeit/Prüfer	2
1.3 Prüfungsunterlagen	2
1.4 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang	2
2. Jahresrechnung 2007	3
3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2008	4
3.1 Haushaltssatzung	4
3.2 Haushaltsplan	4
3.3 Finanzplan/Investitionsprogramm	5
3.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	6
3.5 Haushaltsveranschlagung/Ausführung u. Einhaltung des Haushaltsplanes	7
3.5.1 Veranschlagung	7
3.5.2 Ausführung und Einhaltung des Haushaltsplanes	7
3.6 Liquiditätskredite und Kassenliquidität	8
3.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement	8
3.7.1 Kreditermächtigung	8
3.7.2 Kreditaufnahmen	8
3.7.2.1 Kreditaufnahmen im Rahmen der Vorjahresermächtigung	8
3.7.2.2 Kreditaufnahmen für das laufende Haushaltsjahr	9
3.7.2.3 Abwicklung der Kreditgeschäfte für Neuaufnahmen und Schuldendienstverpflichtungen	9
3.7.3 Umschuldungen und außerordentliche Tilgungen	9
3.8 Steuerhebesätze	10
4. Jahresrechnung	10
4.1 Allgemeines und Feststellung der Jahresrechnung	10
4.2 Anlagen zur Jahresrechnung	11
4.3 Jahresergebnis	11
4.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung	11
4.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste).....	12
4.4.1 Allgemeines	12
4.4.2 Haushaltseinnahmereste (HER)	12
4.4.2.1 Neue HER	12
4.4.2.2 HER des Vorjahres	12
4.4.3 Haushaltsausgabereste (HAR)	12
4.4.3.1 Bildung neuer HAR	12
4.4.3.2 Abwicklung der HAR aus dem Vorjahr	13
4.4.4 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung)	14
4.4.4.1 Kasseneinnahmereste (KER)	14
4.4.4.2 Kassenausgabereste (KAR)	14

4.5	Haushaltsausgleich (Abschlussergebnis)	15
4.5.1	Verwaltungshaushalt und Nettoinvestitionsrate	15
4.5.2	Vermögenshaushalt	17
4.6	Übertragungen	17
4.7	Kassenwirtschaft	18
4.7.1	Unvermutete Kassenprüfung	18
5.	Einzelbereiche	18
5.1	Technische Prüfung	18
5.2	Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen	18
5.3	Vergabeverfahren	18
5.4	Kostenrechnende Einrichtungen	19
5.5	Bauhof Rastede	19
5.5.1	Einrichtung des Nettoregiebetriebes (optimierten Regiebetriebes)	19
5.5.2	Wirtschaftsplan	19
5.5.3	Festsetzungen in der Haushaltssatzung der Gemeinde	20
5.5.3.1	Erfolgs- und Vermögensplan	20
5.5.3.2	Kreditermächtigung/Kreditaufnahmen	20
5.5.3.3	Verpflichtungsermächtigungen und Kassenkredite	20
5.5.4	Finanzmittelverwaltung	21
5.5.5	Rückzahlung von Darlehen	21
5.5.6	Jahresabschluss und Abschlussergebnis	21
5.5.6.1	Jahresabschluss	21
5.5.6.2	Abschlussergebnis	22
6.	Vorschuss und Verwahrung	22
6.1	Vorschusskonten	23
6.2	Verwahrkonten	24
7.	Vermögen, Beteiligungen, Schulden	24
7.1	Vermögen (Bestandsverzeichnisse/Anlagennachweise, Nachweis des Vermögens)	24
7.2	Beteiligungen	24
7.3	Schulden	25
7.3.1	Schuldenentwicklung	25
7.3.2	Entwicklung der Schuldendienstleistungen	26
7.3.3	Pro-Kopf-Verschuldung	27
8.	Allgemeine Rücklage	27
9.	Schlussbetrachtung	29

Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht 2008 des Rechnungsprüfungsamtes

- 01 *Die Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2007 einschließlich der Entlastungserteilung für den Bürgermeister ist nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erfolgt.*

Die Feststellung ist zutreffend. Die Situation ist allein dem Umstand geschuldet, dass wegen der Umstellung der Finanzbuchhaltung von der Kameralistik auf die Doppik keine ausreichenden Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung gestanden haben, um die Arbeiten fristgerecht zum Abschluss zu bringen.

- 02 *Die vom Rat in der § 2 der Haushaltssatzung festgelegte Kreditermächtigung wurde um 107.200 Euro überschritten.*

Bei der Aufnahme von Krediten aus der Kreisschulbaukasse ist es immer wieder vorgekommen, dass sich wegen verspäteter Fertigstellung von Schulbauinvestitionsmaßnahmen die Kreditaufnahme in das nächste Haushaltsjahr verschoben hat. Die nach Fertigstellung in Anspruch genommenen Kredite haben dann den aktuell veranschlagten Kreditrahmen für Kredite aus der Kreisschulbaukasse überschritten. Das ist übersehen worden.

- 03 *Der Termin für die Aufstellung der Jahresrechnung wurde erneut nicht eingehalten.*

Auf die Begründung zu Punkt 01 wird verwiesen.

- 04 *Die Ist-Bestände des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts und der Verwahr- und Vorschusskonten sowie die Haushalts- und Kassenreste sind in die doppisch geführten Bücher des Folgejahres zu übernehmen*

Die Bestände wurden vollständig in die neue Finanzbuchhaltung übernommen.

- 05 *Das Kassenverrechnungskonto sowie die Verwahr- und Vorschusskonten für den Bauhofweisen weiterhin unterschiedliche Ist-Bestände aus.*

Der Abgleich der Konten ist sehr schwierig. Die Abstimmung konnte erst im Kalenderjahr 2010 abgeschlossen werden. Ab der Eröffnungsbilanz 2009 für die Gemeinde sind die Konten der Finanzbuchhaltung der Gemeinde und des Bauhofes gleichlautend.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/148

freigegeben am 16.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 16.09.2010

Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2011 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 16,50 Euro.

Sach- und Rechtslage:**Vorbemerkung**

Wie in der Vorlage Nr. 2010/147 bereits erwähnt, kann für die Jahre 2009 und 2010 noch kein endgültiges Ergebnis der Kostenrechnung Straßeneinigung vorgelegt werden. Es wurde jedoch für die genannten Jahre eine Nachkalkulation durchgeführt.

Für die Kalkulation des Gebührensatzes 2011 wurden die Ertrags- und Aufwendungsansätze zum Produkt P1.06.00.545100/Kostenstellen „Straßenreinigung“ zugrunde gelegt. Änderungen, die sich während der Aufstellungsphase des Haushaltsplanes 2011 noch ergeben, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2011 stehen das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 und die Nachkalkulationen der Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung. Bei der Nachkalkulation für 2009 handelt es sich um tatsächlich entstandene Aufwendungen und Erträge bis auf die Regiekosten, die als Plansummen eingerechnet werden mussten, weil für 2009 noch keine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen werden konnte. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2008 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie zu den folgenden Positionen gegenübergestellt.

Deponiekosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
2096,48 €	1.994,14 €	2.000 €	16.000 €

Die Deponiekosten sind in der Gesamtsumme für die Jahre 2008 bis 2010 konstant. In der Kalkulation für 2011 steigen sie auf 16.000 € an.

Bislang konnte das Kehrgut durchgesiebt und das Laub durch eine Fremdfirma auf landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgebracht werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 2.000 €. Der Landkreis hat mit Rechtsgutachten darauf hingewiesen, dass es nicht erlaubt ist, das Kehrgut nach wieder verwertbaren Gütern (Laub) durchzusieben. Die Gemeinden sind verpflichtet, das gesamte Kehrgut über die Deponie zu entsorgen. Diese Gesamtkosten (Fahrtkosten und Deponiekosten) wurden für das Jahr 2011 auf 16.000 € geschätzt.

Verwaltungskosten (Lohn- und Gehaltskosten)

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
6.176,68 €	6.540,51 €	7.000 €	7.100 €

Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2008 bis 2011 vorsehen.

Persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes (Reinigungskosten)

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
1.442,51 €	0,-- €	2.500 €	2.500 €

Der Gemeinde obliegt nach der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung auch die Reinigungspflicht für Radwege entsprechend dem Straßenverzeichnis A. Da diese Reinigungspflicht nicht auf die Eigentümer bzw. auf die Fremdfirma übertragen wurde, werden im Herbst die Radwege bei Bedarf mit einem Kehrfahrzeug des Bauhofes von Laub und Schmutz befreit. Zusätzlich nimmt der Bauhof bei Bedarf Nachreinigungen vor, wo die Kehrmaschine der Fremdfirma die Reinigung nicht im vollen Umfange leisten kann.

Im Ergebnis 2008 und in der Nachkalkulation 2009 sind für die vorgenannten Reinigungsarbeiten durch den Bauhof insgesamt 2.200 € einkalkuliert worden, aber tatsächlich sind im Haushaltsjahr 2008 insgesamt 1.442,51 € und 2009 keine Aufwendungen angefallen. Für die Nachkalkulation 2010 und die Gebührenkalkulation 2011 wurden nach dem Entwurf des Wirtschaftsplanes des Bauhofes jeweils ein Betrag in Höhe von 2.500 € berücksichtigt.

Reinigung der Straßeneinlaufschächte

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
5.713,49 €	2.856,74 €	5.713,49 €	5.713,49 €

Die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ hat die Aufgabe, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zustand zu halten. Hierzu gehört das Fegen der Straßenoberfläche, das einerseits dazu dient, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zu-

stand zu halten, aber andererseits wird auch gewährleistet, dass das Oberflächenwasser zügig ablaufen kann. Bei Verschmutzungen der Straßeneinlaufschächte durch Laub oder Sand kann das Oberflächenwasser nicht ablaufen, und es besteht z. B. die Gefahr des Aquaplanings. Die Straßeneinlaufschächte sind Bestandteil der Straße, jedoch steht die Reinigung der Schächte auch im Dienst der Einrichtung Straßenreinigung. Die Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte werden daher zu 50 % in die Kostenrechnung „Öffentliche Einrichtung Straßenreinigung“ und zu 50 % in die Kostenrechnung „zentrale Abwasserbeseitigung Niederschlagswasser“ (z. Zt. noch keine Gebührenerhebung) eingerechnet.

Die Straßeneinlaufschächte sollten jährlich zweimal gereinigt werden. Dies wurde im Jahre 2009 nicht eingehalten, daher wurde auch nur die Hälfte der Kosten in Rechnung gestellt. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass es unerlässlich ist, zweimal im Jahr eine Reinigung der Straßeneinlaufschächte vorzunehmen. Aus diesem Grunde wurden in der Nachkalkulation 2010 und in der Kalkulation für 2011 die Kosten für zwei Reinigungsvorgänge zugrunde gelegt. Da sich die Anzahl der gebührenrelevanten Straßeneinlaufschächte bislang nicht verändert und die Reinigungsfirma die Kosten für die Reinigungsarbeiten nicht erhöht haben, wurde in der Nachkalkulation 2010 und in der Gebührenberechnung 2011 mit gleichen Beträgen kalkuliert.

Regiekosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
6.000 €	11.100 €	11.100 €	11.100 €

Mit Einführung der Doppik wurde die Regiekostenberechnung auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt. Bei dem Betrag in Höhe von 11.100 € in den Nachkalkulationen 2009 und 2010 handelt es sich noch um jährliche Planungskosten auf neuer Berechnungsbasis. Da das Vermögen für die erste Eröffnungsbilanz noch nicht vollständig aufgenommen wurde, konnten bislang für 2009 auch noch keine Abschreibungen gebucht werden. Bevor die Abschreibungen nicht gebucht wurden, stehen die Produktkosten noch nicht fest und eine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die entsprechenden Produkte ist demzufolge noch nicht möglich.

Reinigungskosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
47.805,49 €	47.405,47 €	50.000 €	50.000 €

Ab 2006 wurde der Reinigungsintervall nicht mehr geändert. Im Ergebnis 2008 sowie in der Nachkalkulation 2009 handelt es sich um tatsächlich angefallene Reinigungskosten durch eine Fremdfirma.

Der Vertrag mit der Reinigungsfirma wurde für eine Dauer von zwei Jahren (bis 31.12.2007) abgeschlossen. Eine Vertragsverlängerung von jeweils einem Jahr ist möglich. Bislang hat die Reinigungsfirma keine Mehrkosten (Nebenkostenpauschale aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselmkraftstoffpreisänderungen) der Gemeinde Rastede in Rechnung gestellt. Somit wurde vorsichtshalber für das Jahr 2010 mit einem Betrag in Höhe von 50.000 € nachkalkuliert bzw. für 2011 kalkuliert.

Allgemeinkostenanteil

	Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalk. 2011
Gesamtkosten	69.234,65 €	71.395,85 €	78.313,48 €	92.413,48 €
15%ige Anteil	10.385,20 €	10.709,38 €	11.747,02 €	13.862,02 €
10%ige Anteil	6.923,46 €	7.139,59 €	7.831,35 €	9.241,35 €
Gebührenrelevante Kosten	51.925,99 €	53.546,88 €	58.735,11 €	69.310,11 €

Hier geht es um einen Abzug in Höhe von insgesamt 25 % der Gesamtkosten. Der Abzug basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Die gebührenrelevanten Kosten steigen einerseits durch die Neuberechnung der Regiekosten und andererseits durch die einkalkulierten Mehrausgaben für eine evtl. Nebenkostenerhöhung (tarifliche Lohn- oder Dieselmotorenkraftstoffpreisänderung lt. Reinigungsvertrag) der zu reinigenden Firma. Darüber hinaus steigen in der Kalkulation für 2011 die gebührenrelevanten Kosten erheblich durch die Deponiekosten für die Entsorgung des kompletten Kehrgutes.

In der Nachkalkulation für 2009 sind die gebührenrelevanten Kosten geringer als in der Nachkalkulation 2010, da die Reinigung der Straßeneinlaufschächte nur einmal vorgenommen wurde und es keine Kosten für die Radwegreinigung und die punktuelle Reinigung durch den Bauhof angefallen sind.

Kalkulation der Gebühr 2011

Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr sind die Gebühreneinheiten. Für das Ergebnis 2008 wurden insgesamt 4.211 und für 2009 4.204 Gebühreneinheiten ermittelt. In der Nachkalkulation 2010 und in der Gebührenberechnung 2011 wurde von 4.201 Gebühreneinheiten (lt. Hochrechnung 2010) zugrunde gelegt.

	Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010
Gebührensatz	13,50 €	11,80 €	13,50 €
Gebührenaufkommen	54.209,40 €	47.405,47 €	54.238,95 €
Geb.-relevante Kosten	51.925,99 €	53.546,88 €	58.735,11 €
Überschuss/Defizit:	2.283,41 €	-6.141,41 €	-4.496,16 €
Fortschreibung Überschuss/Defizit	13 582,55 €	7.441,14 €	2.944,98 €

Das kumulierte Gesamtergebnis am 31.12.2007 der Kostenrechnungen Straßenreinigung betrug insgesamt 11.299,14 €, zuzüglich des Überschusses aus dem Ergebnis 2008 in Höhe von 2.283,41 € ergibt sich zum 31.12.2008 ein kumuliertes Gesamtergebnis in Höhe von 13.582,55 €.

Im Jahre 2009 wurde der Gebührensatz von 13,50 € auf 11,80 € festgesetzt, um den fortgeschriebenen Überschuss der Vorjahre wegen einer geplanten Neuordnung der Straßenreinigung komplett abzubauen. Der Überschuss konnte in der Nachkalkulation 2009 rechnerisch auf 7.441,14 € gesenkt werden.

Für das Jahr 2010 wurde der Gebührensatz wieder auf 13,50 € angehoben, weil es zu einer Neuordnung der Straßenreinigung nicht gekommen ist. Jedoch das voraussichtliche Gebührenaufkommen in Höhe von 54.238,95 € wird die nachkalkulierten gebührenrelevanten Kosten in Höhe von 58.735,11 € nicht decken können. Rechnerisch ergibt sich ein Defizit in Höhe von 4.496,16 €. Dies Defizit ist durch die höheren berechneten Regiekosten begründet. Die 2010 wegen der Komplettdeponierung gestiegenen Deponiekosten sind in der Nachkalkulation 2010 nicht berücksichtigt worden, weil diese Kosten nicht absehbar und damit nicht kalkulierbar waren. Ab 2011 sind diese Mehrkosten als reguläre Kosten bei der Gebührenberechnung zu berücksichtigen. Die Nachkalkulation 2010 wird voraussichtlich rechnerisch einen kalkulierten Gesamtüberschuss von 2.944,98 € ausweisen.

Mit Einbeziehung des vorgenannten rechnerisch nachkalkulierten Überschusses zum 31.12.2010 betragen die gebührenrelevanten Kosten in der Gebührenberechnung 2011 insgesamt 66.365,14 €. Um diese gebührenrelevanten Kosten zu decken, wurde eine Gebühr von 16,52 € (Komplettabbau des Überschusses) ausreichend sein. Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 69.310,11 € und der Gebührensatz müsste 17,24 € betragen.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, den Gebührensatz für die Straßenreinigungsgebühr für das Haushaltsjahr 2011 auf 16,50 € fest zu setzen. Bei einer Straßenreinigungsgebühr in Höhe von 16,50 € sind Einnahmen in 2011 von 68.300,90 € zu erwarten.

Überblick über die Gebührensätze:

2006	2007	2008	2009	2010	2011
13,50 €	13,50 €	13,50 €	11,80 €	13,50 €	16,50 €

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1 – Berechnung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“.

Berechnung d. Gebührensatzes d. Straßenreinigung (mit Deponierung)**Kalkulation: 2011****1.) Ermittlung der Gebühreneinheiten:**

1.1) 4 Monate im Jahr 14-tägige Reinigung und 8 Monate im Jahr wöchentl. Reinigung

Einheiten	zu	
3742,0	100	3742,0
231,0	70	161,7
228,0	50	114,0
4201,0		4017,7

1.2) Einheiten insgesamt: **4017,7****2.) Umlagekosten**

2.1) Deponiekosten:	
Gesamtkosten:	16.000,00 E R
je Einheit	3,98 EUR

2.2) Verwaltungskosten:	
Personal Gemeinde	7.100,00 E R
je Einheit	1,77 EUR

2.3) Kosten sonstige Reinigung - Radwegreinigung	
Kosten des Bauhofes	2.500,00 E R
je Einheit	0,62 EUR

2.4)	Reinigung Einlaufschächte		
	Gesamtkosten einschl. MWST		7.464,27 E R
		Anzahl	anteilige Kosten
	Schächte laut Vertrag	5.018	
	Schächte im Bereich Straßenreinigung	3.841	5.713,48 E R
	je Einheit		1,42 EUR

2.5) Anteilige Regiekosten (Budget 80)	
Kosten Vorjahr	11.100,00 E R
je Einheit	2,76 EUR

2.6) Kosten der eigentlichen Reinigung	Werte
Reinigungskosten	E R/km 347,60 E R
	Reinigungs-km 116,9
	Preis 40.634,44 E R
	zuzügl. MWST 7.720,54 E R
	Preis insges.: 48.354,98 E R
	0,00 E R
	50.000,00 E R
je Einheit	12,44 EUR

3.) Abzugskosten

3.1)	Reinigungskostenanteil für die es keine Anlieger gibt		
	umzulegen auf alle Benutzer zu gleichen Anteilen		
	Reinigungskosten		92.413,48 E R
	Abzug (Prozent): 15	ergibt:	13.862,02 E R
	je Einheit:		3,45 EUR

3.2)	Reinigungskostenanteil Allgemeininteresse		
	umzulegen nach unterschiedlichen Anteilen		
	Reinigungskosten		92.413,48 E R
	Abzug (Prozent): 10	ergibt:	9.241,35 E R
	je Einheit:		2,30 EUR

4.) Verarbeitung Überschussvortrag Vorjahr

4.1)	voraussichtliches Defizit aus den Vorjahren laut Nachkalkulation 2010		
	Gesamtbetrag:		-2.944,97 E R
	je Einheit:		-0,73 EUR

5.) Berechnung der Gebühr:

5.1)	Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten		
	Gebühreneinheit	4017,7	Gesamtkosten
			je Einheit
	zuzüglich	- Deponiekosten: (2.1)	16.000,00 E R
		- Verwaltungskosten (2.2)	7.100,00 E R
		- Kosten sonstige Reinigung (2.3)	2.500,00 E R
		- Reinigung Einlaufschächte (2.4)	5.713,48 E R
		- Anteilige Regiekosten (2.5)	11.100,00 E R
		- Kosten der eigentlichen Reinigung	50.000,00 E R
	Zwischenergebnis		92.413,48 E R
	abzüglich	- keine Anlieger (3.1)	-13.862,02 E R
		- Allgemeininteresse (3.2)	-9.241,35 E R
	zuzüglich	- Defizitvortrag Vorjahr (4.1)	-2.944,97 E R

neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis):	17,24 E R
--	-----------

neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) mit Überschussabbau	16,51 E R
---	-----------

Gebührenrelevante Kosten ohne Überschussabbau 69.310,11 EUR

Gebührenrelevante Kosten mit Überschussabbau 66.365,14 EUR

5.2) 1. Kontrollrechnung

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen:	17,24 E R	3.742,0		64.512,08 E R
		231,0		2.787,71 E R
		228,0		1.965,36 E R
Gebühreneinnahmen insgesamt:				69.265,15 EUR
gebührenrelevante Kosten		4.201,0	66.365,14 EUR	
Differenz				-2.900,01 E R

wenn Differenz, dann Ausgleich über den Gebührensatz	
Ausgleichsbetrag	-2.900,01 E R
je Einheit	-0,72 EUR

5.3) Endgültige Gebührensatzberechnung

Rundung

Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten

unter 5.1 berechneter neuer Gebührensatz 17,24 E R

Berücksichtigung des berechneten Ausgleichsbetrages -0,72 E R

Vorschlag

Neuer einheitlicher Gebührensatz	16,52 EUR	16,50 EUR
Gebührensatz ohne Berücksichtigung des kalkulierten Defizits aus 2010	17,24 E R	
bisheriger Gebührensatz 2010	13,50 E R	

5.4) Ergebnisrechnung mit dem vorgeschlagenen Gebührensatz

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen	17,00 EUR	3742,0		63.614,00 E R
		231,0		2.748,90 E R
		228,0		1.938,00 E R
Gebühreneinnahmen insgesamt:				68.300,90 EUR
gebührenrelevante Kosten		4201,0	66.365,14 EUR	
Differenz				1.935,76 E R

voraussichtlich rechnerisches Ergebnis: betragung des berschusses nac 1.935,76 E R

Aufgestellt: 30.08.2010

Ihmels

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/152**

freigegeben am 17.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 17.09.2010**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt" in der Gemeinde für 2011****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz wird für das Jahr 2011 nicht verändert.

Sach- und Rechtslage:

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“ in der Gemeinde Rastede für 2011 mit Blick auf das Ergebnis 2008 und die Nachkalkulationen 2009 und 2010

Allgemeines

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Ab 2011 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr stehen das Ergebnis 2008, Gebührenfestsetzung 2009, sowie die Nachkalkulationen 2009 bis 2010 zur Verfügung.

Bei der Nachkalkulation 2009 handelt es sich um tatsächlich entstandene Aufwendungen und Erträge bis auf die Regiekosten und die Abschreibungen für die „Öffentliche Toilette“. Hier wurden die Planungskosten zugrunde gelegt, da bei den Abschreibungen für 2009 noch die „Ist-Buchungen“ und bei den Regiekosten noch die „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen werden müssen.

Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2008 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie gegenübergestellt.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen

	Ergebnis	Kalkulation	Nachkalkulation	Nachkalkulation	Kalkulation
	2008	2009	2009	2010	2011
Frischwasser	1,80 □	1,80 □	1,80 □	1,80 □	1,80 □
Abwassergebühren	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □
Stromkosten	1.486,45 □	1.200,00 □	1.206,51 □	1.200,00 □	1.200,00 □
Heizkosten	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □
Abfallbeseitigung	3.750,00 □	3.750,00 □	3.750,00 □	4.000,00 □	4.000,00 □
Kosten Verlegung Marktplatz	200,37 □	300,00 □	157,08 □	300,00 □	400,00 □
Grundsteuer	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □
Miete Marktplatz	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □
Bekanntmachungskosten	120,49 □	150,00 □	86,82 □	150,00 □	150,00 □
Regiekosten/ mlage	8.522,48 □	11.389,20 □	11.389,20 □	11.183,60 □	11.200,00 □
Personalk. Verw./ direkte Buchung	3.724,28 □	4.984,00 □	4.796,86 □	5.000,00 □	5.100,00 □
Personalk. Verw./ m-lagen Löhne	897,87 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □	0,00 □
Öffentl. Toilette	1.130,29 □	1.100,00 □	1.000,00 □	1.000,00 □	1.000,00 □
insgesamt:	19.834,04 □	22.875,00 □	22.388,27 □	22.835,40 □	23.051,80 □

Das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 wurde vom Rat in der Sitzung am 15.12.2009 (Vorlage 2009/199) bereits zur Kenntnis genommen. Es wurde in der oben aufgeführten Tabelle zum Vergleich noch einmal aufgeführt. Die tatsächlich entstandenen Stromkosten fallen zwischen dem Ergebnis 2008 (1.486,45 €) und den tatsächlich entstandenen Kosten in der Nachkalkulation für 2009 (1.206,51 €) um 279,94 € geringer aus. Worin die Gründe für die Stromverbraucherschwankungen liegen, lässt sich mit verhältnismäßigem Aufwand z. Zt. nicht ergründen.

Bei den Kosten der Abfallbeseitigung sind in der Nachkalkulation 2010 und in der Kalkulation 2011 Mehrausgaben in Höhe von 250 € kalkuliert worden. Verantwortlich für die Mehrausgabe ist die Erhöhung der Löhne aufgrund von Tarifvereinbarungen. Durch die Erhöhung des Stundenlohnes werden diese Mehrkosten vom Bauhof in Rechnung gestellt.

Obwohl in der Satzung geregelt ist, dass der Standplatz von den Marktbeziehern nach Marktschluss zu säubern und in einem ordentlichen Zustand zu verlassen ist, hat sich herausgestellt, dass die Marktbezieher der Satzungsregelung nicht voll nachkommen. Somit ist eine Reinigung des Marktplatzes durch den Bauhof der Gemeinde Rastede weiterhin erforderlich.

Die Aufwendungen für die Verlegung des Marktplatzes mit den dazu gehörigen Bekanntmachungskosten sind schlecht zu schätzen, da im Voraus nicht zu erkennen ist, wie oft der Marktbetrieb auf einen anderen Platz umgelegt werden muss, weil am Wochenmarkttag auf dem Marktplatz eine andere Veranstaltung stattfindet.

Für die Verlegung des Marktplatzes wurden für 2009 insgesamt 300 € einkalkuliert, aber tatsächlich nur 157,08 € ausgegeben. Für 2010 wurde nochmals 300 € und für 2011 vorsichtshalber ein Betrag in Höhe von 400 € einkalkuliert. Unter anderem stellt auch der Bauhof Kosten für notwendige Absperrungen in Rechnung, wenn der Wochenmarkt verlegt werden muss.

Bei den Regiekosten handelt es sich um Planungskosten. Sie sind ab dem Jahre 2009 deutlich gestiegen. Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation werden nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“.

Die Personalkosten werden ab 2009 direkt bei dem Produkt „Wochenmarkt“ nachgewiesen. Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2009 bis 2011 vorsehen.

Unter der Position „Öffentliche Toilette“ werden die anteiligen Kosten für die Benutzung der „Öffentlichen Toilette“ auf dem Marktplatz berücksichtigt. Bei dieser Position handelt es sich um Planungskosten. Das Produkt „Öffentliche Toiletten“ (WC Marktplatz, WC Denkmalsplatz und WC Rennplatz) hat auch anteilige Regiekosten und Abschreibungen zu übernehmen.

Da die Abschreibungen und Regiekosten noch nicht im „Ist“ gebucht wurden, stehen tatsächliche Kosten für 2009 noch nicht zur Verfügung. Somit kann der Anteil - der nur die Toilette Marktplatz betrifft - noch nicht genau errechnet werden. Es wurde vorerst ein Betrag in Höhe von 1.000 € ab der Nachkalkulation 2009 zugrunde gelegt.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Ergebnis 2008	Kalkulation 2009	Nach- kalkulation 2009	Nach- kalkulation 2010	Kalkulation 2011
Benutzungsgebühren	16.417,60	16.500,00	16.081,20	16.100,00	16.100,00
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.692,48	2.100,00	2.185,40	2.200,00	2.200,00
insgesamt:	19.110,08	18.600,00	18.266,60	18.300,00	18.300,00

Die Gebühreneinnahmen sind im Jahre 2009 in Höhe von 16.081,20 € gegenüber dem Ergebnis 2008 um 336,40 € gesunken. Auch die Erstattung von Verwaltungsausgaben (Stromkosten, die die Marktbezieher je nach Verbrauch der Gemeinde erstatten) sind gegenüber dem Ergebnis 2008 um 507,08 € gesunken. Grund für die Mindereinnahmen kann der spätere Besuch einiger Marktbezieher nach einem strengen Winter sein. Für 2010 wurde daher eher vorsichtiger nachkalkuliert bzw. für 2011 kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

Ergebnis 2008	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
		42,97 %	20%	80%	
Aufwendungen	19.834,04 □	8.522,48 □	3.966,81 □	15.867,23 □	
Erträge	19.110,08 □	0,00 □	0,00 □	19.110,08 □	
	-723,96 €	8.522,48 □	3.966,81 €	3.242,85 €	0,00 €

Kalkulation 2009	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten
	Ergebnis	49,79 %	20%	80%
Aufwendungen	22.875,00 □	11.389,20 □	4.575,00 □	18.300,00 □
Erträge	18.600,00 □	0,00 □	0,00 □	18.600,00 □
	-4.275,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	300,00 €

Nachkalk. 2009	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	50,87 %	20%	80%	
Aufwendungen	22.388,27 □	11.389,20 □	4.477,65 □	17.910,62 □	
Erträge	18.266,60 □	0,00 □	0,00 □	18.266,60 □	
	-4.121,67 €	11.389,20 €	4.477,65 €	355,98 €	355,98 €

Nachkalk. 2010	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	48,97 %	20%	80%	
Aufwendungen	22.835,40 □	11.183,60 □	4.567,08 □	18.268,32 □	
Erträge	18.300,00 □	0,00 □	0,00 €	18.300,00 □	
	-4.535,40 €	11.183,60 €	4.567,08 €	31,68 €	387,66 €

Kalkulation 2011	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	48,59 %	20%	80%	
Aufwendungen	23.051,80 □	11.200,00 □	4.610,36 □	18.441,44 □	
Erträge	18.300,00 □	0,00 □	0,00 €	18.300,00 □	
	-4.751,80 €	11.200,00 €	4.610,36 €	-141,44 €	246,22 €

Die Kostenrechnung 2008 wurde unter Berücksichtigung einer öffentlichen Interessenquote von 20 % mit einem Überschuss in Höhe von 3.242,85 € abgeschlossen. Laut Ratsbeschluss vom 15.12.2009 ist der Überschuss nicht auszugleichen.

In der Nachkalkulation für 2009 wurde unter Berücksichtigung der 20-prozentigen Öffentlichen Interessenquote ein Überschuss in Höhe von 355,98 € (Gebührenkalkulation 2009 = 300 €) errechnet. Für 2010 wurde ein Überschuss in Höhe von 31,68 € und in der Gebührenkalkulation 2011 ein leichtes Defizit in Höhe von 141,44 € rechnerisch ausgewiesen. Bei Verrechnung des rechnerischen Überschusses und Defizits ergibt sich zum 31.12.2011 ein rechnerisch fortgeschriebener Überschuss in Höhe von 246,22 €.

Auffällig sind ab 2009 die Regiekosten, die fast 50 % der Gesamtkosten ausmachen. Für die Kalkulation 2009 wurden die Regiekosten – wie vorstehend beschrieben – auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt. Bei Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge kann eine vollständige Kostendeckung nicht erreicht werden. Die Deckungslücke beträgt 20 % der Aufwendungen und entspricht damit recht genau der festgesetzten öffentlichen Interessenquote.

Gebührenfestsetzung 2011

Da davon auszugehen ist, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird wie in den Vorjahren, sind die Nachkalkulationen 2009 und 2010 die Grundlage für die Gebührenfestsetzung 2011. Auf eine Gebührenfestsetzung für insgesamt 3 Jahre sollte so lange verzichtet werden, bis die endgültigen Ergebnisse 2009 und 2010 bezüglich der tatsächlichen Höhe der Regiekosten vorliegen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Gebührensatz von bisher 1,60 € pro laufenden Meter und die festgesetzte öffentliche Interessenquote in Höhe von 20 % im Hinblick auf die Attraktivität des in der Bevölkerung beliebten Wochenmarktes für das Jahr 2011 nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/154**

freigegeben am 17.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 17.09.2010**Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die zentrale und dezentrale
Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2011 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers

/ Fäkalschlamms

63,00 €

b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers

/ Fäkalschlamms

52,50 €

Sach- und Rechtslage:**Allgemeines**

Abschreibungen

Das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 wird in der Vorlage 2010/153 behandelt. Das Ergebnis für 2009 konnte noch nicht festgestellt werden. Grund der zeitlichen Verzögerung sind fehlende Angaben in der Anlagenbuchhaltung, die nicht nur den Bereich der Kostenrechnung betreffen, sondern auch andere Vermögenswerte, die in das „Produktivsystem SAP“ zu übernehmen sind.

Erst nach Übernahme der Anlagegüter für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung und nach Aufteilung der Vermögenswerte (Anlage im Bau) zum 01.01.2009 können die Abschreibungsläufe für das Haushaltsjahr 2009 sowie die vorläufigen Abschreibungsläufe der Jahre 2010 und 2011 durchgeführt werden.

Regiekosten

Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Das Nebenbuch „Anlagenbuchhaltung“ zur Finanzbuchhaltung muss für das Haushaltsjahr 2009 abgeschlossen sein, bevor die Regiekosten 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte „Ist-mäßig“ umgelegt werden können, somit auch auf das Produkt „zentrale Abwasserbeseitigung“. Regiekosten wurden bei dem Produkt „dezentrale Abwasserbeseitigung“ bislang nie berücksichtigt.

1. Zentrale Abwasserbeseitigung

In der unten stehenden Tabelle wurden die Erträge, sächlicher Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenübergestellt:

Schmutzwasser in €

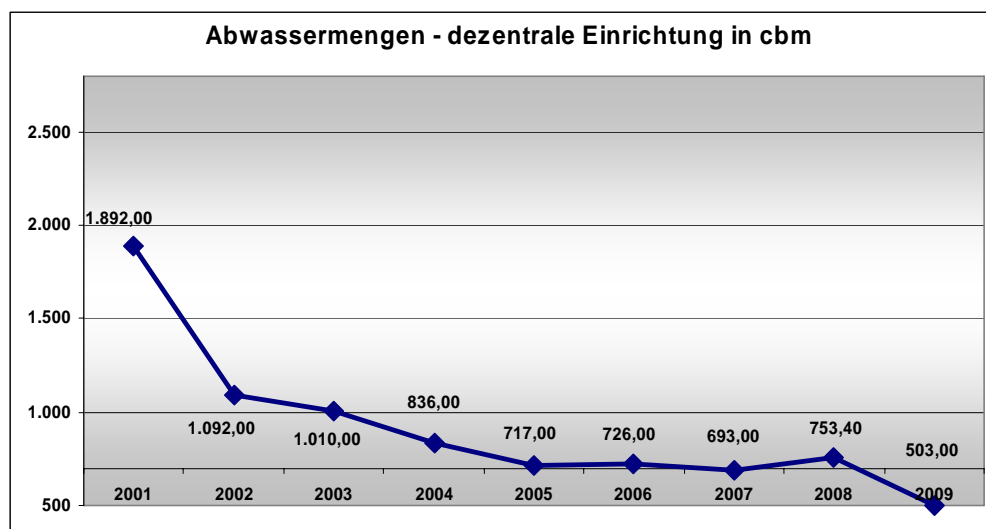
	2008 „Ist“- Beträge	2009 - Plan	2009 – teilweise Ist-Beträge	2010 Plan	2011 Plan
Erträge	2.173.697,08	2.076.350,00	2.032.163,16	2.072.450,00	2.009.300,00
Sächl. Betriebsaufwand	860.196,02	969.554,16	782.379,88	961.142,60	1.016.243,00
Abschreibungen	640.991,14	662.665,00	662.665,00	660.911,00	660.911,00
Kalk. Zinsen	498.814,42	500.000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00
Aufwendungen	2.000.001,58	2.132.219,16	1.945.044,88	2.122.053,60	2.177.154,00
Saldo	+173.695,50	-55.869,16	+87.118,28	-49.603,60	-167.854,00

Im Ergebnis für 2008 wurden insgesamt 173.695,50 € erwirtschaftet, sodass zum 31.12.2008 ein fortgeschriebener Gesamtüberschuss in Höhe von 586.547,31 € nachgewiesen werden konnte. Um den Überschuss abzubauen, wurde in der Gebührenkalkulation für 2009 der Gebührensatz von 2,60 € auf 2,55 € pro cbm gesenkt.

Für 2009 wurden Ist-Beträge berücksichtigt, soweit sie vorhanden sind. Planwerte wurden zugrunde gelegt in den Bereichen Regiekosten, Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen, die erst nach Übernahme des Schmutzwasservermögens und Abschluss des Nebenbuches „Anlagevermögen für 2009“ berechnet werden können. Aufgrund der vorstehenden überschlägigen Kalkulation schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz in Höhe von 2,55 € für das Haushaltsjahr 2011 nicht zu ändern.

2. Dezentrale Abwasserbeseitigung

Bei der Gebührenberechnung für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser ist die Abfuhrmenge von besonderer Bedeutung. Aus der unten stehenden Tabelle sind die Abfuhrmengen bis zum Jahre 2009 aufgeführt.



Im Ergebnis 2008 ist die Abfuhrmenge gegenüber dem Ergebnis 2007 um ca. 60 cbm gestiegen und im Jahre 2009 um insgesamt 250 cbm gravierend gesunken. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr seitens der Gemeinde Rastede aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlammes für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr). Da die Abfuhrmenge im Jahre 2009 so drastisch gesunken ist, könnte in dem Jahr voraussichtlich ein Defizit in Höhe von rechnerisch ca. 2.305,60 € entstehen, das fortgeschriebene Defizit zum 31.12.2009 würde sich auf 7.373,54 € erhöhen.

Entwicklung des Defizits bis zum 31.12.2009

2004	2005	2006	2007	2008	2009
-23.077,72	-21.557,18	-19.629,88	-13.120,13	-5.067,94	-7.373,54

Regiekosten wurden bislang bei der Berechnung des Gebührensatzes nicht mit einberechnet, siehe Ausführungen dazu in der Vorlage 2010/153. Die Regiekosten belaufen sich auf rd. 11.000 €. Allein die Einbeziehung der Regiekosten würde den Gebührensatz um rd. 17 € pro cbm erhöhen.

Die Gebührensätze wurden für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben ab 2005 bis 2007 insgesamt um 20 € angehoben, um das kumulierte Defizit der vergangenen Jahre nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Die Gebührenerhöhungen haben dazu geführt, das kumulierte Defizit mit einem Höchststand im Jahre 2004 mit 23.077,72 € bis zum 31.12.2008 (Ergebnis der Kostenrechnung 2008) auf 5.067,94 € sinken zu lassen. Nach Vorliegen zeitnaher Kostenrechnungen ist das Gesamtergebnis der Einrichtung dezentraler Abwasserbeseitigung neu zu bewerten und über die Einbeziehung der Regiekosten zu entscheiden.

Übersicht der Gebührensätze

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Hausklär-Anlagen	43,00 €	53,00 €	58,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €
Abflusslose Gruben	32,50 €	42,50 €	47,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €

Die Verwaltung schlägt vor, weiterhin ohne Berücksichtigung der Regiekosten ab 2009 bei der dezentralen Abwasserbeseitigung die Gebührensätze 2011 wie im letzten Jahr zu beschließen:

- 63,00 € pro cbm für Hauskläranlagen und
- 52,50 € pro cbm für abflusslose Gruben

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/155

freigegeben am 20.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 20.09.2010

Gebührensatzsatzung 2011 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2010/155 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2010/148 – Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“
- 2010/154 – Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1 – Gebührensatzsatzung 2011

**Satzung
über die Festsetzung der Gebührensätze 2011 für
die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von
Abwasser und die
öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
der Gemeinde Rastede**

in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds.GVBl. Nr.27/2006 S.473), geändert durch Art. 3 des Gesetzes v. 7.12.2006 (Nds.GVBl. Nr.31/2006 S.575) Art. 4 des Gesetzes vom 10.12.2008 (Nds. GVBl. Nr. 25/2008 S. 381), Art 2 des Gesetzes vom 25.03.2009 (Nds:GVBl. Nr. 6/209 S. 72) Art. 1 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds GVBl. Nr. 11/2009 S. 191) und Art. 1 des Gesetzes vom 28.10.2009 (Nds. GVBl. Nr. 22/2009 S. 366)

§ 96 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), geändert am 22. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 258)

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl., Seite 41), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl., Seite 191)

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 13.12.2010 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €.

§ 2

Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers /
Fäkalschlamms 63,00 €,
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers /
Fäkalschlamms 52,50 €

§ 3

Gebührensätze für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung jährlich 16,50 €.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2011 in Kraft.

Rastede, den 13.12.2010

Decker
- Bürgermeister -

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/119B**

freigegeben am 11.11.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 11.11.2010**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:**Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses für den Rat:**

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2011 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	24.461.476 Euro
bei den Aufwendungen mit	24.461.476 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	22.258.569 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	21.874.730 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	2.767.035 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	5.055.161 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.607.110 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.702.823 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2010 bis 2014 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2010 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung für den Verwaltungsausschuss:

1. Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.10.10 (Vorlage 2010/115) wird bestätigt.
2. Im Rahmen der Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Gemeinden wird dem Vorschlag zugestimmt, ab 2011 die Konzessionsabgabe vollständig bei den Gemeinden einzunehmen und dass im Gegenzug der Kreisumlagesatz im Umfang des Kreisanteils der Konzessionsabgabe angehoben wird.

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.10 dem vorstehenden Beschlussvorschlag über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einstimmig zugestimmt.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Schulbeteiligung sind gegenüber den politischen Gremien weitere Informationen weiter zu geben, die sich erst jetzt nach der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten am 10.11.10 konkret ergeben haben.

Neuordnung der Schulfinanzierung:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.10.10 u.a. beschlossen:

Der Neuordnung der laufenden Schulbeteiligung und der Investitionsförderung ab 2011 entsprechend den in der Vorlage genannten Eckpunkten unter Einbeziehung der Kreisumlage wird zugestimmt.

Zu den Eckpunkten gehörte im Zeitpunkt der v.g. Beschlussfassung, dass die Rückflüsse aus den Tilgungsbeiträgen der Kommunen zu einem Drittel an die Gemeinden zurückgezahlt und die restlichen zwei Drittel nicht endgültig an den Landkreis gezahlt, sondern dazu verwendet werden, dass der Landkreis daraus Investitionszuschüsse zahlt.

Mit der Verwendung der Zweidrittel-Zahlung für Investitionszuschüsse ist die Gemeinde Apen nicht einverstanden, weil sie vorausblickend nicht erkennen kann, dass ihr entsprechend den Schulinvestitionsbedarfen der anderen und größeren Landkreiskommunen einen gerechten Anteil an den zurückfließenden Kreisschulbaukassen-Geldern (Investitionszuschüsse für den Schulbau) bekommen wird.

Der verwaltungsseitige neue Kompromissvorschlag vom 10.11.10 sieht nun vor, dass die Zweidrittel-Zahlung nicht mehr für Investitionszuschüsse verwendet wird. Die eine Hälfte der Zweidrittel-Zahlung soll an die Gemeinden nach einem Schlüssel (Schülerzahlen) ausgezahlt werden und die andere Hälfte würde der Landkreis dafür verwenden, um die von ihm für die Kreisschulbaukasse aufgenommenen Kredite zu tilgen.

Dieser Kompromiss ist akzeptabel. Anstelle einzelner Investitionszuschüsse für Schulbaumaßnahmen erfolgen nun schulmäßig nicht gebundene Mittelrückflüsse an die Kommunen, wovon alle Kommunen gleichermaßen profitieren. Die ersten Rückzahlungen werden vor 2014 nicht erfolgen, weil bis zu diesem Zeitpunkt noch Zusagen aus der Kreisschulbaukasse „abgearbeitet“ werden müssen. Die vorstehende neue Kompromissformel macht zwar keine neue Formulierung des Beschlusses erforderlich, aber er bedarf einer Bestätigung durch den Verwaltungsausschuss, um zum Ausdruck zu bringen, dass er auch mit der neuen Verfahrensweise einverstanden ist.

Zahlung der Konzessionsabgabe für Strom und Gas:

Die von der EWE an die Kommunen zu zahlende Konzessionsabgabe wird auf die Gemeinden und den Landkreis verteilt. Im Rahmen von Maßnahmen zur weiteren Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Gemeinden besteht Übereinstimmung auf Verwaltungsebene, die Gesamtzahlung der Konzessionsabgabe nicht mehr zwischen Landkreis und Gemeinden aufzuteilen. Die Zahlung sollte ab 2011 insgesamt an die Gemeinden erfolgen und im Gegenzuge erhöht der Landkreis die Kreisumlage im Umfang des Kreisanteils an der Konzessionsabgabe.

Die im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Ansätze wären wie folgt zu ändern:

Produkt:	P1.03.03.611000.000		
	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Mlagen		
Sachkonto	437200	Kreisumlage	
Ansatz:	alt:	4.780.000	
	neu:	5.138.000	
	Veränderung:		358.000

Produkt:	P1.06.00.541100.001		
	Gemeindestraßen		
Sachkonto	351100	Konzessionsabgabe Strom	
	alt:	257.700	
	neu:	530.100	
	Veränderung:		272.400
	3511100	Konzessionsabgabe Gas	
	alt:	81.000	
	neu:	166.600	
	Veränderung:		85.600
			358.000

Kreisumlagesatz:

Der Landkreis hat in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten am 10.11.10 mitgeteilt, dass für 2011 der Prozentsatz nicht geändert werden soll. Abhängig von der Entwicklung des Finanzausgleichs müsse aber damit gerechnet werden, dass der Umlagesatz ab 2012 angehoben wird.

Z. Zt. beträgt der Kreisumlagesatz 38 %. Durch die v.g. Maßnahmen zur Entflechtung der Finanzbeziehung „reduziert“ er sich auf 34,5 %:

38,0 %
- 5,9 % Reduzierung wegen Neuordnung Schulfinanzierung
+ 2,4 % Anhebung wegen Zahlung aus der Konzessionsabgabe
34,5 % Kreisumlagesatz 2011

Finanzielle Auswirkungen:

Keine vorhanden.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung 2011

Anlage 2: Gesamtergebnis- und -finanzplan

Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede in der Sitzung am ... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	24.461.476 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	24.461.476 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf	0 Euro

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.258.569 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.874.730 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	2.767.035 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	5.055.161 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	3.607.110 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.702.823 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich : Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	28.632.714 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	28.632.714 Euro

1 a

Der Wirtschaftsplan des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede für das Wirtschaftsjahr 2010 wird

im **Erfolgsplan**

in der Einnahme auf	1.335.085 Euro
in der Ausgaben auf	1.335.085 Euro

im **Vermögensplan**

in der Einnahme auf	269.800 Euro
in der Ausgaben auf	269.800 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 3.607.110 Euro festgesetzt.

§ 2 a

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Vermögensplan des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede wird auf 101.425 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 15.472 Euro festgesetzt.

§ 3 a

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede wird auf 0 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2010 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt :

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	280 v. H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.

2. Gewerbesteuer	310 v. H.
------------------	-----------

Rastede, den

Decker
Bürgermeister

Gesamtplan
Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 – Euro –	Ansatz 2010 – Euro –	Ansatz 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –	Ansatz 2014 – Euro –
Ordentliche Erträge						
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.638.441,42	-12.981.100	-13.908.000	-14.615.000	-15.439.000	-16.215.000
02. Zuwendungen u. allgemeine mlagen	-5.131.729,56	-4.219.573	-3.114.050	-3.069.150	-3.149.150	-3.201.950
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.550.229	-1.581.156	-1.581.156	-1.581.156	-1.581.156
04. sonstige Transfererträge	-249.123,12	-184.500	-222.700	-222.700	-222.700	-222.700
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.704.970,39	-2.933.079	-3.048.379	-3.029.800	-3.029.800	-3.029.800
06. privatrechtliche Entgelte	-2.762.591,24	-1.406.950	-1.497.856	-1.113.256	-823.256	-602.256
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-733.448,95	-684.900	-832.550	-788.850	-799.850	-807.850
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	-117.206,71	-55.781	-46.289	-45.877	-45.445	-44.991
09. aktivierte Eigenleistung						
10. Bestandsveränderungen	1.509.136,73	441.000	587.000	335.000	304.000	145.000
11. sonstige ordentliche Erträge	-622.880,15	-378.100	-797.496	-433.800	-433.800	-433.800
12. = Summe ordentliche Erträge	-24.451.254,81	-23.953.212	-24.461.476	-24.564.589	-25.220.157	-25.994.503
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	5.787.673,47	6.239.076	6.006.135	6.007.077	6.000.300	6.000.300
14. Aufwendungen für Versorgung		6				
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.207.962,01	5.292.817	5.691.334	5.953.481	6.013.381	5.982.881
16. Abschreibungen	47.043,98	2.138.046	2.182.191	2.182.191	2.182.191	2.182.191
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148.872,73	265.000	245.000	133.139	131.609	129.996
18. Transferaufwendungen	8.431.763,11	8.391.745	8.334.850	7.950.550	7.970.550	7.990.550
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.158.097,19	1.221.349	1.523.290	1.516.210	1.515.510	1.526.210
20. berschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		405.173	478.676	852.541	1.437.216	2.212.975
21. = Summe ordentliche Aufwendungen	20.781.412,49	23.953.212	24.461.476	24.595.189	25.250.757	26.025.103
abzüglich berschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		405.173	478.676	852.541	1.437.216	2.212.975
22. ordentliches Ergebnis	-3.669.842,32	-405.173	-478.676	-852.541	-1.437.216	-2.212.975
23. außerordentliche Erträge	-368.070,07	0				
24. außerordentliche Aufwendungen	374.350,94					
25. berschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO						
26. Summe aus Zeile 24 und 25	374.350,94					
abzüglich berschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO						
27. außerordentliches Ergebnis	6.280,87	0				
28. Jahresergebnis	-3.663.561,45	-405.173	-478.676	-852.541	-1.437.216	-2.212.975
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO						
Fortgeschriebenes Jahresergebnis	-3.663.561,45	-405.173	-478.676	-852.541	-1.437.216	-2.212.975

Gesamthaushalt
Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 – Euro –	Ansatz 2010 – Euro –	Ansatz 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –	Ansatz 2014 – Euro –
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-13.553.165,65	-12.981.100	-13.908.000	-14.615.000	-15.439.000	-16.215.000
02. Zuwendungen und allgemeine mlagen	-5.275.810,11	-4.219.573	-3.114.050	-3.069.150	-3.149.150	-3.201.950
03. sonstige Transfereinzahlungen	-233.919,30	-184.500	-222.700	-222.700	-222.700	-222.700
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-2.869.912,47	-2.933.079	-3.048.379	-3.029.800	-3.029.800	-3.029.800
05. privatrechtliche Entgelte	-300.049,02	-186.950	-240.356	-209.756	-209.756	-209.756
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-620.613,84	-684.900	-832.550	-788.850	-799.850	-807.850
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-121.812,71	-55.781	-46.289	-45.877	-45.445	-44.991
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-339,08					
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-787.088,74	-465.745	-846.245	-373.800	-373.800	-373.800
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-23.762.710,92	-21.711.628	-22.258.569	-22.354.933	-23.269.501	-24.105.847
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11. Auszahlungen für aktives Personal	5.903.185,59	6.084.900	5.965.400	6.000.100	6.000.300	6.000.300
12. Auszahlungen für Versorgung		6				
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GVG	5.169.263,41	5.292.517	5.691.334	5.953.481	6.013.381	5.982.881
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	148.872,73	265.000	245.000	133.139	131.609	129.996
15. Transferauszahlungen	8.424.463,56	8.391.745	8.334.850	7.950.550	7.970.550	7.990.550
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.436.053,30	1.305.014	1.638.146	1.516.210	1.515.510	1.526.210
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.081.838,59	21.339.182	21.874.730	21.553.480	21.631.350	21.629.937
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.680.872,33	-372.446	-383.839	-832.053	-1.668.751	-2.506.510
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-413.033,24	-1.482.092	-456.700	-180.400		

20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-1.151.690,86	-733.500	-1.028.000	-310.000	-140.000	-140.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	-2.573.831,40	-1.709.000	-1.274.100	-997.100	-613.100	-486.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen						
23. sonstige Investitionstätigkeit	-95.365,67	-7.843	-8.235	-10.247	-10.680	-11.134
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-4.233.921,17	-3.932.435	-2.767.035	-1.497.747	-763.780	-637.134
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	4.242.414,54	851.900	311.000	1.161.000	1.000	
26. Baumaßnahmen	4.264.199,28	7.399.100	4.194.312	1.402.100	530.000	275.000
27. Erwerb von beweglichen Sachvermögen	1.137.035,06	397.299	268.124	315.172	67.250	218.350
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen			25.000			
29. Aktivierbare Zuwendungen	685.720,66	280.100	155.300	53.800	53.800	53.800
30. Sonstige Investitionstätigkeit		67.000	101.425			
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.329.369,54	8.995.399	5.055.161	2.932.072	652.050	547.150
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	6.095.448,37	5.062.964	2.288.126	1.434.325	-111.730	-89.984
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	3.414.576,04	4.690.518	1.904.287	602.272	-1.780.481	-2.596.494
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		-5.100.000	-3.607.110	-912.472		
35. Auszahlungen Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.315.338,89	360.000	1.702.823	310.200	330.900	327.400
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.315.338,89	-4.740.000	-1.904.287	-602.272	330.900	327.400
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36	4.729.914,93	-49.482	0	0	-1.449.581	-2.269.094
38. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres		-370.000	-419.482	-419.482	-419.482	-1.869.063
39. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	4.729.914,93	-419.482	-419.482	-419.482	-1.869.063	-4.138.157

Brutto-Kreditaufnahme ohne mschuldung:	2.264.287
mschuldungssumme:	1.342.823
ordenliche Tilgung:	360.000
Gesamtbetrag Einzahlungen:	-28.632.714
Gesamtbetrag Auszahlungen:	28.632.714

2.288.126 Nicht gedeckte Investitionen
360.000 ordentliche Tilgung
-383.839 berschuss FinHH, lfd. Verw.
2.264.287 Kreditbedarf
1.342.823 mschuldung
3.607.110 Kreditaufnahme